

Vorwort

Von Klaus Segbers, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

hier halten Sie die neue Ausgabe des BOI in den Händen. Ich nutze gerne die Gelegenheit, Ihnen kurz zu schildern, wie es um die Fortentwicklung des Osteuropa-Instituts der FUB steht.

Im Juli hat die Expertenkommission zur Beurteilung der Regionalinstitute unter Prof. Neidhardt ihren Bericht vorgelegt. Die Kommission war nach dem Gutachten des Wissenschaftsrates vom Frühjahr 2000 eingesetzt worden, um alle Berliner „Regionalinstitute“ zu beurteilen. Die Beurteilungen und Empfehlungen der Neidhardt-Kommission sind aus Sicht des OEI sehr positiv. Das OEI wird erhalten bleiben; mehr noch, es wird weiterentwickelt und soll zum Forum für osteuropa-bezogene Forschung, Lehre und Beratung in Berlin und Brandenburg werden. Das ist für alle hier Beschäftigten und Lernenden eine sehr gute Nachricht. Eine Nachricht, die allerdings auch verpflichtet. Wir werden uns dieser Aufgaben stellen.

Worum geht es nun konkret?

- Die vier vakanten Professuren müssen qualifiziert und rasch besetzt werden. Das dürfte im Fall der VWL-Professur relativ zügig möglich sein – wie es aussieht, im Laufe des Wintersemesters. Die anderen drei Professuren werden von einer nun einzurichtenden Struktur- und Programmkommission in ihrem Zuschnitt noch einmal beraten. Die Kommission soll ihre Arbeit sehr bald – Anfang November – abschließen. Danach wird eine gemeinsame Berufungskommission gebildet, die die weiteren drei Stellen dann ausgeschrieben und berufen wird. Dies sollte im Sommersemester 2002 möglich sein.*
- Die Arbeit an den neuen Studiengängen, die von der Neidhardt-Kommission gebilligt wurden, wird konsequent fortgesetzt. Im Laufe des Wintersemesters sollen sowohl der Entwurf für einen M.A. für Osteuropastudien wie auch der Entwurf für den Fernstudiengang eines Master for East European Studies von den zuständigen Gremien der FUB beschlossen werden.*
- Das Veranstaltungsangebot des kommenden Wintersemesters spiegelt den Übergang, in dem sich das OEI befindet. Auf der einen Seite sind die Lücken, die vier noch unbesetzte Lehrstühle verursachen, nicht zu übersehen. Auf der anderen Seite gibt es nun gute Aussichten, dass schon vom nächsten Semester an zunächst ein Lehrstuhl, danach auch die anderen besetzt sein werden. Soweit es geht, wird die Differenz durch Lehraufträge ersetzt. Dabei achten wir bei der Auswahl der Dozentinnen und Dozenten und der Themen darauf, dass es sich um qualifizierte, substantielle Angebote handelt.*
- Im Bereich der wissenschaftlichen Entwicklung werden wir ebenfalls neue Akzente setzen. Die Einwerbung einer Stiftungsdozentur – einer von 14, die in Deutschland für alle Fachrichtungen ausgeschrieben wurden – ist ein großer Erfolg für das OEI. In den kommenden Zielvereinbarungen mit dem Präsidium werden wir einen Antrag auf ein neues DFG Graduiertenkolleg prüfen.*
- Die infrastrukturelle Ausstattung des Osteuropa-Instituts wird laufend verbessert. Das gilt für die Homepage, deren Servicefunktion gestärkt wird, für die inzwischen bundesweit tätige Praktikumsbörse, für elektronische Informationsdienste und für die Bibliothek. Der Hörsaal A des OEI ist inzwischen mit einem festen Beamer und einem Computer ausgestattet.*

Wir werden entschlossen weiter in diese Richtung gehen. Stellen sind zu besetzen – was gut ist. Studiengänge werden mit Bedacht neu gefasst – unabdingbar in Zeiten ständigen und raschen Wandels. Wissenschaftliche Exzellenz und qualifizierte, professionelle Lehrangebote, eine aktive Dienstleistungsorientierung verbunden mit weiteren Verbesserungen der Infrastruktur – das sind die Zielsetzungen für die kommenden Monate und Jahre. Begriffe wie Inter- und Transnationalisierung, Multimedia, lebenslanges Lernen, Nachhaltigkeit – sie müssen mit Leben gefüllt werden.

Osteuropa wird eine Schlüsselregion bleiben, in vieler Hinsicht. Die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Prozesse dort sind in vielerlei Hinsicht mit weltweiten Entwicklungen

verschränkt. Historische Grundlagen – auch als Indikatoren für aktuelle Spielräume – und die Herausbildung von Institutionen bleiben wichtig.

Die Mehrzahl der WissenschaftlerInnen und DozentInnen am OEI ist sozialwissenschaftlich orientiert. Es gibt zunehmend Themen in und Anfragen aus anderen Disziplinen – vor allem den Lebenswissenschaften – die man als neue Leitwissenschaften sehen mag. Die Sozialwissenschaften haben keinen Anlass, darüber zu erschrecken. Sie sind mehr denn je gefordert, eigene substantielle Deutungsangebote vorzulegen. In dem Maße, in dem dies qualifiziert und für verschiedene Öffentlichkeiten aufbereitet geschieht, werden Sie sich weniger Sorgen um die eigene Zukunft machen müssen.

Klaus Segbers

Vorsitzender des Institutsrats

Einleitung

Von Rosalinde Sartorti, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Sprachkontakt als Sprachkonflikt“ – so lautet das Thema der vorliegenden Ausgabe dieser Zeitschrift. Seit dem 11. September aber sind mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon Konflikte ganz anderer Art über uns hereingebrochen und bestimmen unser Denken und Nachdenken über politische und soziale Kräfteverhältnisse und Gefahrenherde. Vor diesem Hintergrund nehmen sich sprachliche Konflikte in ihrer politischen Dimension geradezu marginal aus. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die Sprachenprobleme in einzelnen Regionen durch die veränderte weltpolitische Lage für die Betroffenen weniger brisant oder relevant sein werden. Nur wird sich der Grad der Bedrohung, der mit sprachlichen Auseinandersetzungen verknüpft ist, in globalem Maßstab erheblich relativieren, selbst wenn der Sprachenstreit regional auch weiterhin in bewaffnete Konflikte münden kann.

Ursprünglich verband sich mit der Wahl dieses Themenschwerpunkts das Ziel, den Blick auf ein Konfliktpotential und dessen unterschiedliche Handhabung zu lenken, das in den letzten Jahren im postsowjetischen Raum – aber nicht nur dort – zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Es war und ist noch immer aufs Engste mit dem Ziehen neuer Grenzen im Rahmen einer politischen Neuordnung Europas verknüpft, wobei die allseits spürbaren Auswirkungen der Globalisierung bei der verstärkten Hinwendung zum Lokalen, zum Eigenen, keine unerhebliche Rolle spielen. Schließlich ist Sprache das zentrale identitätsstiftende Medium.

Aus der Distanz, d.h. kritisch-analytisch betrachtet kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine Sprachgemeinschaft gar nicht klein genug sein kann, um ihre Anerkennung als Standardsprache und damit als gleichberechtigte Staatssprache einzuklagen oder ihr Recht auf staatliche Eigenständigkeit mit einer eigenen Staatssprache anzumelden, und dies sogar häufig mit Waffengewalt. Zuweilen wird auch ein und dieselbe Sprache diesseits und jenseits der Grenze nur mit einem anderen Namen belegt (z.B. Moldauisch vs. Rumänisch oder Tad•ik vs. Persisch), so dass hier die vielfach beschworene Einheit von Sprache und Nation außer Kraft gesetzt wird. In mehrsprachigen Gesellschaften ist die Kenntnis der einen oder anderen Sprache in der Regel zugleich eine Statusfrage, ein Problem von gesellschaftlicher Anerkennung und Aufstiegschancen. Die Sprache ist in diesen Fällen Ausdruck für die jeweiligen Machtverhältnisse, um deren Erhalt oder Veränderung die beteiligten Parteien kämpfen. Zweisprachigkeit, Code-switching, Pidginisierung sind nur einige Begriffe, die die Gemüter bewegen und erhitzen. Doch nicht jeder Sprachkontakt wird zwangsläufig zum Konfliktfall, weshalb die meisten Probleme dieser Art, von denen nur einige in diesem Heft behandelt werden, auch nicht die Titelseiten unserer Zeitungen erreichen.

Die genaue begriffliche Unterscheidung zwischen Standardsprache, Hochsprache, Mundart oder Dialekt mag Linguisten vorbehalten sein, doch sind diese sprachlichen Unterschiede schlichtweg unüberhörbar und von daher bestens geeignet, sprachlich zwischen dem „Eigenen“ und „Vertrauten“ und dem „Anderen“ und „Fremden“ zu diskriminieren und die Sprache zum Maßstab für Freund oder Feind zu erheben.

Sprachkontakt und die damit einhergehende lexikalische und strukturelle Veränderung der Sprachen ist so alt wie die Geschichte der Menschheit. Was in der modernen Sprachwissenschaft als normaler sprachlicher Entwicklungsprozess beschrieben wird, kann in Krisensituationen zu einem Politikum werden, so dass – ganz in der Tradition der Sündenbock-Strategie – eine „Säuberung“ der Sprache von sogenannten „fremden Elementen“ vorgenommen wird, dies häufig unter Mithilfe von Sprachwissenschaftlern. Auch dies ist in der Geschichte nicht neu, (man denke nur an die Säuberung des Deutschen von Fremdwörtern im Dritten Reich) hat aber an politischer Stoßkraft offenbar nichts verloren, scheint doch ein erfolgreicher Sprachenkampf einer ethnischen Homogenisierung gleichzukommen und den Sieg auf politischem Feld zumindest symbolisch vorwegzunehmen.

Verschiedenste Disziplinen befassen sich mit den Problemen, die aus dem Kontakt unterschiedlicher Sprachen erwachsen: nicht nur die Linguistik oder Sprachsoziologie, sondern auch Kommunikationswissenschaftler, Soziologen, Sozialpsychologen und Politikwissenschaftler, selbst Juristen. Die politische Instrumentalisierung von Sprache hat in jüngster Zeit zu einer Konjunktur dieses Themas in den verschiedensten Forschungsrichtungen geführt, wobei ein monodisziplinärer Zugang gar nicht mehr ausreicht, um die Komplexität des Problems zu erfassen, was auch an den Beiträgen in diesem Heft deutlich wird.

Ein besonderes Problem stellt sich bei Sprachen von Minderheiten in Staaten mit multinationaler Bevölkerung, in denen eine lingua franca der interethnischen Kommunikation dient. Die Mehrsprachigkeit innerhalb der Grenzen eines Ortes, einer Stadt oder Region macht in vielen Fällen eine politische Regelung der Sprachkontakte erforderlich. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass diese Regeln konfliktfreie Kontakte garantieren. Vielmehr sind sie ein – manchmal verzweifelter – Versuch, die gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte, für die die jeweiligen Sprachen nur eine Art Erkennungszeichen, ein Label für soziales, politisches und ökonomisches Ungleichgewicht sind, durch ein gesetzliches Regelwerk zu neutralisieren und damit einzudämmen, d.h. emotional aufgeladene Beziehungen auf eine rationale Ebene zu überführen. Die Schwierigkeiten, die mit einer solchen Lösungsmöglichkeit verbunden sind, lassen sich zur Zeit vor allem in den Krisenregionen des Balkans verfolgen, wo gegenwärtig in der Republik Mazedonien über die Einführung des Albanischen als gleichberechtigte Staatssprache verhandelt wird.

Das im Juli 2000 im mazedonischen Parlament verabschiedete Gesetz über Hochschulbildung, das die Gründung einer albanisch(sprachigen) Universität in Mazedonien vorsieht und damit einem über sechs Jahre andauernden Konflikt mit etlichen Todesopfern ein vorläufiges Ende setzte, ist nur ein Beispiel für diese Entwicklung.

Das Thema des Forums „Sprachkontakt als Sprachkonflikt“ lässt sich in seiner Grundproblematik auch in anderen Beiträgen dieses Heftes verfolgen, wie etwa im Bericht von Tomasz Pszczołowski aus Warschau über Lesekurse (S. 68 ff.), die u.a. der Überwindung sprachlicher Ethnozentrismen und damit einer Minimierung sprachlicher Konfliktsituationen dienen sollen. Ein ähnliches Ziel verfolgt auch das für das Wintersemester angekündigte studentische Projektutorium zum Problem der interkulturellen Kommunikation zwischen Russen und Deutschen (S. 107 ff.).

Ein Problem, das in diesem Heft leider nicht thematisiert wird, sind die Konflikte, die sich aus der Dominanz des Englischen in der Welt des Internet ergeben bzw. aus der Anglizifizierung der Einzelsprachen als Ergebnis der globalen Kommunikation über die digitalen Medien, von dem der östliche Teil Europas ebenso betroffen ist wie die übrigen nicht englischsprachigen Länder der Welt.

Das vermehrte Umschlagen von Sprachkontakt in Sprachkonflikt lässt u.a. den Fortbestand des Russischen als lingua franca im postsowjetischen Raum mehr als zweifelhaft erscheinen. In vielen der früheren Sowjetrepubliken, wie etwa in Estland, Litauen oder der Ukraine, hat das Russische seine ehemals beherrschende Stellung im öffentlichen Leben völlig eingebüßt, und die Kenntnis der jeweiligen Landessprache, der neuen Staatssprache, wird auch für die russischsprachige Bevölkerung vorausgesetzt. Im Hinblick auf den Prozess der europäischen Integration ergeben sich daraus ganz neue Erfordernisse für den Spracherwerb, auch und vor allem im Zusammenhang mit den Osteuropastudien. Allein unter diesem Aspekt sollten und müssen wir diese Entwicklung weiter im Auge behalten.

Rosalinde Sartorti

Arbeitsbereich Geschichte und Kultur

Neue Untersuchungen zum destruktiven Potential von Sprache und zur Überlebensfähigkeit multilingualer Staaten

Von Holm Sundhaussen, Berlin

Sprache hat neben einer kommunikativen auch eine Identitätsstiftende und symbolische Funktion. Sie dient nicht nur der zwischenmenschlichen Verständigung, sondern gilt zugleich als „Ausweis“ ethnischer oder nationaler Identität. In weiten Teilen Europas ist (ungeachtet der Globalisierung von Kommunikationsströmen) nach wie vor die Überzeugung lebendig, dass jede Nation ihre eigene Sprache haben müsse – unabhängig von deren kommunikativer Reichweite. In dieser Überzeugung wirken jene Vorstellungen nach, die Ende des 18. Jahrhunderts von Johann Gottfried Herder breitenwirksam und folgenreich formuliert wurden. Herder betrachtete die Sprache als stärkste innere Bindung eines gesellschaftlichen Organismus. So heißt es z.B. im Aufsatz „Über die Fähigkeit zu sprechen und zu hören“: „Nur durch Sprache wird ein Volk...“ oder in der Abhandlung „Haben wir noch das Publikum und Vaterland der Alten“, dass es ohne „eine gemeinschaftliche Landes- und Muttersprache...keine gemeinsame patriotische Bildung,...kein vaterländisches Publikum“ gäbe. Sprache und das durch sie hervorgerufene Nationalbewusstsein seien nicht voneinander zu trennen. Wenn eine Nation ihre Sprache missachte (oder verliere), zerstöre sie sich selbst.¹

Wir wissen inzwischen aus der europäischen (und v.a. aus der außereuropäischen) Erfahrung, dass der Nexus Sprache – Nation nicht so unauflösbar ist wie Herder postulierte. Die Österreicher sind eine Nation, ohne dass sie die deutsche Normsprache aufgeben hätten, ebenso wenig wie die deutschsprachigen Schweizer. Und dass nicht alle, die Englisch oder Spanisch als Muttersprache sprechen, Engländer resp. Spanier sind, braucht nicht gesondert betont zu werden. Mit anderen Worten: Nation und Nationalsprache sind zwar in vielen Fällen eine enge Symbiose eingegangen, aber Herders „Horrorvision“, dass eine Nation sich selbst aufgebe, sobald sie ihre Sprache vernachlässige, hat sich nicht bewahrheitet. Und noch fragwürdiger ist das Diktum des ungarischen Aufklärers Ferenc Kazinczy von Anfang des 19. Jahrhunderts, der in Anlehnung an Herder die Missachtung der nationalen Sprache, in diesem Fall des Magyarischen, als „politischen Mord“ klassifizierte.

Am Ende des 20. Jahrhunderts hat das Streben nach nationalsprachlicher Abgrenzung in einem Teil Europas – vornehmlich in einigen postsozialistischen Ländern – ein Ausmaß bzw. eine Dynamik angenommen, die angesichts transnationaler Integrations- und Globalisierungstendenzen anachronistisch anmutet. Die symbolische, identitätsstiftende Funktion der Sprache erlangte absolute Priorität vor ihrer kommunikativen Funktion. Geradezu exemplarisch ist die Zerstörung der serbokroatischen/kroatoserbischen (bzw. der serbisch-kroatischen Bindestrich-) Gemeinschaft.

Es sei ausdrücklich betont, dass es sich nicht um einen Zerfall, sondern um die Zerstörung einer (wie immer getreten) Sprachgemeinschaft handelte. Die Destruktion war nicht das Ergebnis einer Auseinanderentwicklung sprachlicher Varietäten, kein Prozess von unten, sondern das Ergebnis gezielter Sprachpolitik, ein intentionaler Prozess.

Der Sprachpolitik fällt in multinationalen (insbesondere multilingualen) Staaten eine sensible, integrative oder desintegrative Rolle zu. Das gilt für das frühere Jugoslawien und einige seiner Nachfolgestaaten ebenso wie für Belgien, die Schweiz oder Indien. Makedonien droht derzeit nicht zuletzt wegen der Sprachproblematik in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Die Frage, wie im zweiten jugoslawischen Staat mit der Sprachfrage umgegangen wurde, eröffnet neue Einblicke in die Vorgeschichte der Staatsvernichtung Anfang der 90er Jahre. Zwei kürzlich am Osteuropa-Institut abgeschlossene Magisterarbeiten versuchen, sich der Problematik aus unterschiedlichen Blickrichtungen zu nähern.

Ksenija Cvetkovic-Sander hat die „Sprachpolitik im sozialistischen Jugoslawien“ anhand eines breit gefächerten Quellenmaterials untersucht und den Zusammenhang von Sprache und Politik, von Sprachwissenschaft, Nationsbildungsprozessen und Nationalismus im serbokroatischen Sprachraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Verfassung von 1974 (mit einem Ausblick auf die nachfolgende Zeit) analysiert.² Im einzelnen werden die Träger der Sprachpolitik, ihre Konzepte und Argumente, die Positionen des Bundes der Kommunisten und der Zusammenhang von sprach- und kulturwissenschaftlichen Diskursen und Politik ins Blickfeld genommen. Die Verfasserin macht deutlich, dass der Jugoslawismus im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren in eine tiefe Krise geriet, da die Prämissen des Konzepts entweder unrealistisch waren (weil ideologisch aufgepfropft) oder keine ungeteilte Akzeptanz fanden, zumindest nicht in Teilen der wissenschaftlichen und kulturellen Deutungseliten. Die politische Führung zeigte sich außer Stande, eine zukunftsweisende Strategie im Umgang mit den seit Ende des 19. Jahrhunderts stets virulenten „nationalen Fragen“ zu entwickeln. Eine der Folgen war der „Zerfall der sprachlichen Einheit“, treffender: ihre Zerstörung, die in mehreren Einzelschritten von der Autorin analysiert wird. Was ist Serbisch? Was ist Kroatisch? „Was spricht man eigentlich in Bosnien-Herzegowina?“ Eine gute Frage. Und wie positionierten sich die Montenegriner bei der Reformulierung von Sprachen, Nationen und Identitäten? Cvetkovic-Sander weist überzeugend nach, dass die „jugoslawischen“ Kommunisten keine kohärente Sprachpolitik hinsichtlich des Serbokroatischen betrieben und kein Konzept dafür besaßen, wie der Gründungsmythos von „Brüderlichkeit und Einheit“ auf

sprachlicher Ebene gestaltet werden sollte oder konnte. „Ein Konsens zur Lösung dringender sprachpolitischer Fragen konnte sich auf Bundesebene zwischen 1945 und 1974 nicht herausbilden. Der mit der Verfassung von 1974 erreichte Stand in den sprachpolitischen Debatten zwischen Serben, Kroaten, Muslimen und Montenegrinern ist der Abschluss einer insgesamt gesehen zentrifugalen Entwicklung und zugleich der Ausgangspunkt für die vollständige Verselbständigung der dort festgeschriebenen Varietäten in Einzelsprachen, wie sie dann in den neunziger Jahren unter den politischen Vorzeichen extremer Nationalismen Wirklichkeit werden sollten.“ (S. 214)

Der Untersuchungsgegenstand der zweiten Magisterarbeit ist einerseits thematisch breiter, andererseits regional fokussiert. Die Verfasserin, Gabrijela Boškoviæ, wendet sich der Frage zu, welche Rolle die Kultur bei der Zerstörung Jugoslawiens spielte.³ Mit einer Analyse des traditionsreichen, 1839 gegründeten, kroatischen Kulturvereins „Matica hrvatska“ versucht die Autorin, den Einfluss von Kultur (im weitesten Sinne) auf das Bewusstsein der kroatischen Öffentlichkeit sowie auf die Konstruktion von Auto- und Fremdstereotypen in der kroatischen Gesellschaft empirisch zu bestimmen. Unter Verwendung von Katerine Verderys Konzept „politics of culture“ wird die identitätsstiftende Rolle der kroatischen Intelligencija ins Zentrum gerückt. Auch hier zeichnen sich die 60er Jahre als Wendepunkt im zweiten jugoslawischen Staat ab (ähnlich wie bei Cvetkovic-Sander und in einem abgeschlossenen Forschungsprojekt über den Wandel von der inklusiven Mehrfach- zur exklusiven nationalen Identität im früheren Jugoslawien⁴). Vor dem Hintergrund dieser Krise gewinnen die kulturellen und kulturpolitischen Diskurse und Inszenierungen der 60er Jahre ihre eigentliche Bedeutung. Der kulturelle Diskurs trat an die Stelle des verbotenen politischen Diskurses: Kultur als Ersatzpolitik. Im leidenschaftlich ausgetragenen Sprachenstreit (mit dem der Normalbürger kaum etwas anfangen konnte) artikulierten sich die Brüche und Defizite in der nationalen Identitätskonstruktion. Die Zeitschriften der „Matica hrvatska“ entwickelten sich zu Sprachrohren einer zunehmend emotionalisierten Öffentlichkeit. Im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren, insbesondere während des „kroatischen Frühlings“ von 1971 und anlässlich der Debatten über eine neue jugoslawische (und kroatische) Verfassung, verzeichnete die „Matica hrvatska“ einen gewaltigen Zustrom neuer Mitglieder und mutierte zu einer „quasi-politischen Partei“. Boškoviæ skizziert die Rekonstruktion der (vorsozialistischen) kroatischen Nationalikonographie anhand bedeutender Jahres- und Gedenktage. Sie macht deutlich, wie die wieder gefundene oder neu erfundene Nationalgeschichte zur aktuellen Abgrenzung innerhalb Jugoslawiens instrumentalisiert wurde und wie sich diese Diskussionen auf das Verhältnis zwischen Kroaten und kroatischen Serben auswirkte. Der von der „Matica“ 1971 lancierte Verfassungsentwurf (der in seinen wesentlichen Teilen Anfang der 90er Jahre realisiert wurde) brachte das Fass zum Überlaufen und veranlasste Tito zur Zerschla-

gung der kroatischen „Massenbewegung“ – sowie zur Schließung der „Matica“. Erst Ende 1990 wurde der Kulturverein wieder belebt. Aber bisher gelang es ihm nicht, seinen Platz in der Gesellschaft zurückzuerobern. Angesichts des vehementen Nationalismus im selbstständigen Kroatien unter Franjo Tudjman wurde Kultur als Ersatz für (nationale) Politik obsolet. Seither ist offen, ob die „Matica“ „elitär, populistisch oder einfach nur anachronistisch“ ist.

Die Sprachgemeinschaften im früheren Jugoslawien waren vereinzelt schon vor der Zerschlagung des Staates klein. Und seither werden sie immer kleiner. Ihre Sprecher (z.B. Slowenen, Makedonier, Montenegriner) zählen oft weniger als die Hälfte der Einwohner Berlins. Natürlich können auch Berliner und Brandenburger ihre eigenen Standardsprachen entwickeln. Doch es stellt sich die Frage, ob dies zur Bewahrung von Identität notwendig ist und der Kommunikation dient. Auf der anderen Seite muss sprachliche Vielfalt kein Hinderungsgrund für die Entwicklung einer gemeinsamen Identität (mit unterschiedlicher Mehrfachbindung) sein. Viele Beobachter des jugoslawischen Dramas haben die postjugoslawischen Kriege als Beweis dafür gewertet, dass Multikulturalität eine „Chimäre“ sei und (durch Überforderung der Menschen) Gewalt geradezu provoziere. Gegen diese These spricht die Überlebensfähigkeit einiger multinationaler, multilingualer (und multikonfessioneller) Bundesstaaten. Zum Beispiel Indien. In seiner am Südasien-Institut der Universität Heidelberg eingereichten Dissertation, für die der Unterzeichnete als Zweitgutachter fungierte, untersucht Daniel Blum Sprachnationalismus und Sprachpolitik in Indien und Jugoslawien.⁵ Blum unterscheidet zwischen den zwei Grundfunktionen der Sprache, der kommunikativen und der symbolischen, sowie drei Dimensionen von Sprachpolitik: der politischen, der linguistischen und der psychologischen Dimension. „Die beiden Staaten, um die es hier geht“, so fasst der Erstgutachter Dietmar Rothermund die Ergebnisse Blums zusammen, „sind (bzw. waren) Bundesrepubliken, in deren Bundesländern verschiedene Sprachen gesprochen werden. (...) Indien, wo die Sprachvielfalt und die regionalen Unterschiede wesentlich größer und die rechtlichen Garantien für Sprachminderheiten weit weniger deutlich vorgegeben sind, hatte weniger politische Probleme zu verzeichnen als Jugoslawien mit einer geringeren Vielfalt und – auf dem Papier – weit besser ausgearbeiteten Garantien sprachlicher Eigenständigkeit. Der Verfasser erklärt dieses Paradoxon damit, dass im demokratischen System Indiens stets die Möglichkeit gegeben war, Interessen auszuhandeln und Spannungen abzubauen, während das politische System Jugoslawiens solche Ausgleichsprozesse verhinderte. Das Zerbrechen dieses Systems führte dann zu einer chaotischen Konfliktsituation, in der sogar Unterschiede, die kaum noch bemerkbar waren, bewusst emporstilisiert wurden.“ Faszinierend ist der Vergleich zwischen den jeweiligen Abstand- und Ausbausprachen (Heinz Kloss) in Jugoslawien und Indien, z.B. zwischen Slowenisch und Tamil als Abstandsprachen auf der einen und Serbokroatisch und Hindi-Urdu oder Make-

donisch und Panjabi als Ausbausprachen auf der anderen Seite. Bei den letzteren geht es um Sprachkontinuen, die durch „Ausbau“ entweder in Richtung Konvergenz oder Divergenz getrieben werden können. Mit der kommunikativen Funktion von Sprache hat dies wenig zu tun. Dagegen sehr viel mit Politik und mit der symbolischen Funktion von Sprache. Die Auseinandersetzungen über Sprache (und Schrift: kyrillisch – lateinisch, Devanagari – Nastaliq) erweisen sich oft nur als Ausdrucksformen von „hidden conflicts“. Sobald Sprache zum Politikum wird, fällt der Qualität des politischen Systems eine Schlüsselrolle zu. Das indische System war in der Praxis viel offener und pragmatischer als das frühere jugoslawische oder das heutige makedonische. Die Rolle des Englischen als transnationales Kommunikationsmittel in Indien hat außerdem Konfliktstoff neutralisiert, der sich im ehemaligen Jugoslawien aus der faktischen (wenn auch nicht rechtlichen) Dominanz der serbischen (ekavischen) Variante des Serbokroatischen ergab. Zwar konnte auch das Englische als Sprache der vormaligen Kolonialherren in Indien symbolisch aufgeladen werden, aber diese Aufladung hat sich – zum Glück für Indien – nicht durchgesetzt.

Das Beispiel Indien (wie anderer multinationaler und –lingualer) Bundesstaaten macht deutlich, dass es keinen Automatismus gibt, der vom föderativen Staatsaufbau – oder auch nur von der Gewährung regionaler Autonomie – früher oder später zum Staatszerfall bzw. zur Separation einer Region vom Gesamtstaat führen muss.

Schon im Wintersemester 1994/95 wurde am Institut für Romanische Philologie des damaligen Fachbereichs Neue Fremdsprachliche Philologien eine Masterarbeit über Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit im kroatischen Teil der Halbinsel Istrien abgeschlossen.⁶ Der Verfasser, Jens-Eberhard Jahn, rief eindrücklich in Erinnerung, dass Istrien in Vergangenheit und Gegenwart mit seinen kroatischen, serbischen und slowenischen Dialekten, mit Istrorumänisch, Istroromanisch, Istrovenetisch und Standarditalienisch ein Sprachbabylon im Kleinformat darstellt(e). „Da keine Kultur in sich geschlossen ist“, schreibt Jahn auf S. 135, „können wir uns einen Bikulturalismus keineswegs als Kontakt zwischen homogenen und hermetischen Kulturen vorstellen, sondern müssen über den Begriff Bikulturalismus insofern hinausgehen, als ja jede Kultur heterogen, aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt und somit Grenz- und Mischkultur ist.“ Und abschließend: „Das Studium des Sprachkontakts und der Mehrsprachigkeit in Istrien ermöglicht uns...Einblicke und Erkenntnisse, die nicht nur die Sprachkontaktforschung und die Soziolinguistik bereichern, sondern die darüber hinaus Impulse für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener Sprache und Kultur in einem kommenden Europa der Regionen sein können.“ (S. 137)

Ob diese Botschaft auch nach Makedonien gedrungen ist?

Holm Sundhaussen ist Univ.-Professor für Südosteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

- ¹ Einzelheiten bei H. Sundhaussen: Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie. München 1973. Derzeit hält sich am Osteuropa-Institut ein kanadischer Gastwissenschaftler, Dr. Tristan Landry, als Humboldt-Stipendiat auf, der sich systematisch mit der Rezeption Herderscher Ideen in Russland beschäftigt.
- ² Ksenija Cvetkovic-Sander: Sprachpolitik im sozialistischen Jugoslawien von 1945 bis 1974: Serbokroatisch. Masterarbeit 2001.
- ³ Gabrijela Boškoviæ: The Politics of Culture. Die Matica hrvatska in Kroatien 1966–1971. Masterarbeit 2001.
- ⁴ Das Projekt wurde aus Mitteln der Volkswagen-Stiftung gefördert und stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Wolfgang Höpken (Univ. Leipzig) und H. Sundhaussen. Erste Ergebnisse werden derzeit in Belgrad unter dem Titel: Identitet: Srbi i/ili Jugosloveni? für den Druck vorbereitet.
- ⁵ Daniel Blum: Sprache und Politik. Sprachpolitik und Sprachnationalismus in der Republik Indien und im sozialistischen Jugoslawien (1945–1991). Diss. Universität Heidelberg 2000.
- ⁶ Jens-Eberhard Jahn: Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit in Istrien. Die soziolinguistische Situation der italienischen Volksgruppe. Masterarbeit 1994/95.

Berliner Arbeitskreis Rechtswirklichkeit (BAR)

Interdisziplinäres Forum für sozialwissenschaftliche Rechtsforschung

Gründungsaufruf

Die deutsche Rechtsforschung ist in ihrer institutionellen Gestaltung von überkommenen disziplinären Grenzen geprägt. Rechtssoziologen und Kriminologen sind in der Regel den juristischen Fachbereichen zugeordnet und sollen vor allem Themen der justiziellen Praxis bearbeiten. Darüber hinausgehende sozialwissenschaftliche Fragestellungen bleiben innerhalb der normativen „Rechtswissenschaft“ weiterhin ausgeblendet. Zwischen der allgemeinen Soziologie und den Rechtswissenschaften fehlt ein Austausch, dasselbe betrifft die Politikwissenschaft, Anthropologie, Ökonomie, Sozialgeschichte, Sozialpsychologie und – auf Osteuropa bezogen die Transformationsforschung.

Dabei werden in einzelnen Bereichen dieser Fächer Fragen des Rechts berührt – z.B. die rechtlichen Grundlagen der Politik und des Verwaltungshandelns, die ökonomische Rechtsanalyse und Institutionenökonomie, der Zusammenhang zwischen Rechts- und Sozialgeschichte – zwischen denen für eine interdisziplinäre Forschung Bezüge hergestellt werden könnten. Dazu gehören weiterhin die Rechtsethnologie, die Fragen der Rechtswirklichkeit und des Rechtspluralismus ins Zentrum ihrer Diskussion stellt, in Deutschland jedoch kaum in eine theoretische Auseinandersetzung mit den Nachbardisziplinen getreten ist, und die *gender studies*, in denen bereits interdisziplinäre Ansätze verfolgt werden. Zusätzlich stellt sich gerade auch in einer interdisziplinär angelegten Osteuropaforschung die Frage nach der Rolle des Rechts im Zuge gesellschaftlicher Transformation. Während im angelsächsischen Bereich eine interdisziplinäre *law and society*-Forschung Wissenschaftler aller Fächer vereint, fehlt in Deutschland eine institutionalisierte fächerübergreifende Diskussion zwischen Sozialwissenschaftler/innen, die sich mit Recht beschäftigen.

Das Wechselverhältnis von Recht und Gesellschaft soll im Vordergrund der Arbeit des „Berliner Arbeitskreises Rechtswirklichkeit“ (BAR) stehen. Zunächst ist geplant, einen Gesprächskreis zu eröffnen, in dem laufende Forschungsprojekte vorgestellt sowie theoretische und empirische Fragestellungen diskutiert werden können, z.B. in Bezug auf interkulturelle Rechtsvergleiche, Rechtspluralismus sowie die Diskrepanz von Recht und Rechtswirklichkeit. Die aktuellen Theoriendebatten der unterschiedlichen Disziplinen sollen in dem Forum zusammengebracht werden. Angesprochen sind alle, die sich in eigenen Forschungsarbeiten mit den angesprochenen Themenkreisen befassen, (Nachwuchs-)WissenschaftlerInnen genauso wie fortgeschrittene Studierende.

In einem ersten Schritt wurde bereits im Internet eine Email-Diskussionsliste eingerichtet, um einen Austausch zwischen den interessierten TeilnehmerInnen zu ermöglichen. Geplant sind zunächst regelmäßige Arbeitstreffen. Mittel- und längerfristig wird daran gedacht, Tagungen und wissenschaftliche Veröffentlichungen zu realisieren, sowie eine Literaturdatenbank im Internet aufzubauen.

Bei Interesse senden Sie bitte eine Email an: info@rechtswirklichkeit.de, oder rufen Sie an unter 030/4201 3329. Sie können sich auch direkt in die elektronische Diskussionsliste einschreiben, indem Sie eine Mail an: recht-und-wirklichkeit-subscribe@yahoogroups.de schicken. Weitere Informationen finden Sie unter der Internetadresse <http://www.rechtswirklichkeit.de>

Julia Eckert, Christian Boulanger, Judith Dick, Milena Büchs, Kirsten Wiese

Berlin, im September 2001

Veröffentlichungen von Mitarbeitern des Osteuropa-Instituts (Januar – Juli 2001)

- JÜRGEN BRUCHHAUS Runet 2000 – Die politische Regulierung des russischen Internet, Heft 31/2001
- KATJA PATZWALDT Die russische Leidensfähigkeit – Mythos oder rationales Verhalten?, Heft 32/2001
- KLAUS SEGBERS
KERSTIN IMBUSCH (Hg.) Designing Human Beings? Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft („Life Science“), Glossar: Mareike Robus, Heft 33/2001
- KLAUS SEGBERS Russland zwischen Vergangenheit und Globalisierung, in: Russland unter Putin. Themenausgabe von „Der Bürger im Staat“, 51.2/3 (2001), 155–159
- KLAUS SEGBERS Eine Welt ohne Regeln? Die USA wollen über NMD, Kyoto und Nato-Grenzen nicht mehr reden, sie entscheiden, in: Der Tagesspiegel, 16.06.2001, S. 8
- KLAUS SEGBERS (Hg.) Explaining Post-Soviet Patchworks. Volume 1: im Druck, Volume 2: Pathways from the past to the global, 2001, 436 pp., Volume 3: The political economy of regions, regimes and republics, 2001, 328 pp. Aldershot: Ashgate
- KLAUS SEGBERS Institutional Change in Russia: A Research Design, in: Klaus Segbers (ed.), Explaining Post-Soviet Patchworks, Volume 2, Chapter 1, pp. 1–38, Introduction to: Explaining Post-Soviet Patchworks, Vol. 3, Aldershot 2001, 1–18
- HOLM SUNDHAUSSEN Ethnonationale Gewalt auf dem Balkan im Spiegel der Goldhagendebatte, in: Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika, hrsg. von Wolfgang Höpken und Michael Riekenberg. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2001, S. 37–51
- HOLM SUNDHAUSSEN Kriegserinnerung als Gesamtkunstwerk und Tatmotiv: Sechshundertzehn Jahre Kosovo-Krieg (1389–1999), in: Dietrich Beyrau (Hg.): Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit, Tübingen: edition diskord 2001, S. 11–40
- HOLM SUNDHAUSSEN Grundzüge der Verfassungsgeschichte des Balkanraums im „langen 19. Jh.“, in: Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich, hrsg. von Martin Kirsch und Pierangelo Schierer, Berlin: Duncker & Humblot 2001, S. 249–266. (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 38)
- HOLM SUNDHAUSSEN Unerwünschte Staatsbürger. Grundzüge des Staatsbürgerschaftsrechts in den Balkanländern und Rumänien, in: Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten, hrsg. von Christoph Conrad und Jürgen Kocka, Hamburg: edition Körber-Stiftung 2001, S. 193–215
- HOLM SUNDHAUSSEN Die Königsdiktaturen in Südosteuropa: Umrisse einer Synthese, in: Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, hrsg. von Erwin Oberländer in Zusammenarbeit mit Rolf Ahmann, Hans Lemberg u. Holm Sundhausen. Paderborn (u.a.): Schöningh 2001, S. 337–348
- HOLM SUNDHAUSSEN
HEIKO HÄNSEL (Hg.) Konfliktregionen Südosteuropas im Zeitalter des Nationalismus. Teil 1 u 2, Berlin 2001 (Arbeitspapiere Geschichte und Kultur des OEI. 3/2001, 4/2001)
- RICARDA VULPIUS Ukrainische Katholische Kirche, in: Lexikon für Theologie und Kirche, hrsg. von Walter Kasper u.a. 3., völlig neubearb. Aufl., Freiburg i.Br. 1993–2001, Bd. 10, 2001, S. 349–351
- RICARDA VULPIUS Provinzialsynode von Zamočæ, in: Lexikon für Theologie und Kirche, hrsg. von Walter Kasper u.a. 3., völlig neubearb. Auflage, Freiburg i.Br. 1993–2001, Bd. 10, 2001, S. 1382
- RICARDA VULPIUS Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861–1921, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 49 (2001), H. 2, S. 240–56
- RICARDA VULPIUS Nationsbildung der Ukraine im Spiegel der Kämpfe um die Nationalisierung von Religion (1861–1921), in: Berliner Osteuropa Info 16 (2001), 52–54
- RICARDA VULPIUS Rezension zu Judith Pallot: Land Reform in Russia, 1906–1917. Peasant Responses to Stolypin's Project of Rural Transformation, Oxford Univ. Press New York 1999, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 49 (2001) H. 2, S. 279–280

Sprache und Politik im Kosovo – Ein Erfahrungsbericht 1999–2001

Von Zuzana Finger, Priština

Das Leben wird im Kosovo von der Politik beherrscht, so die allgemeine Klage. Die Einwohner müssen ständig bereit sein, ein Bekenntnis zu nationalen Werten abzugeben, eine politikfreie Privatsphäre gibt es kaum. Ebenso intensiv wird die Sprachsituation durch politische Handlungen und Loyalitäten geprägt. Sie lässt sich in drei Haupttendenzen zusammenfassen: Albanisierung, Anglisierung, Entserbisierung.

Diese Tendenzen wurzeln in den nach dem NATO-Einmarsch im Juni 1999 geschaffenen politischen Verhältnissen und den durch die Siegerjustiz und Racheakte der zurückgekehrten militanten Albaner ausgelösten Wandel der ethnischen Zusammensetzung Kosovos. Viele Serben, Montenegriner und Roma sind geflohen. Von den früheren geschätzten 10% der Nichtalbaner blieben nur etwa 5% im Lande. Die Rückkehr der Vertriebenen und Geflohenen wird international gewünscht, doch sie wäre für die Betroffenen ein höchst gefährliches Unterfangen und würde die internationalen Schutzkräfte vor gewaltige Sicherheitsaufgaben stellen.

Vor diesem Hintergrund sind die zwei wichtigsten Sprachen im Kosovo Englisch und Albanisch. Englisch ist die Arbeitssprache der internationalen zivilen Verwaltung UNMIK, der militärischen Nato-Kräfte, KFOR, und der OSCE sowie weiterer großer und kleiner internationaler Organisationen. Die Posten bei der UNMIK sind doppelt besetzt: international und kosovarisch, wobei die Entwicklung in Richtung der „Kosovarisation“ geht, d. h. der stufenweisen Verantwortungsübergabe an die Kosovaren, mehrheitlich an die Albaner. Englisch ist, nach der Ablösung des traditionellen Französischen, das noch bei der älteren Generation als Bildungssprache überwiegt, die schon vor dem NATO-Einmarsch am weitesten verbreitete Fremdsprache in der jungen kosovoalbanischen Bildungsschicht. Da die meisten neu geschaffenen Arbeitsplätze nach der Einführung der internationalen Verwaltung die Beherrschung des Englischen erforderten, setzte mit der Einführung der internationalen Verwaltung ein Boom des Englischlernens ein, der immer noch anhält, obwohl der Markt kaum noch zu besetzende Stellen zu bieten hat.

Aus dem Bewusstsein der älteren und höheren kosovoalbanischen Funktionsträger in der öffentlichen und der Wirtschaftsverwaltung, am Ziel der staatlichen Unabhängigkeit zu arbeiten, notfalls auch an der UNMIK vorbei, erwächst ihre geringe Neigung, sich das Englische anzueignen. So ist es zu verstehen, dass dank dieses Personenkreises einerseits die Zahl der Dolmetscher nicht zurückgeht, und andererseits, dass die Träger des albanisch-englischen Sprachkontakts überwiegend sehr junge kosovoalbanische Dolmetscher und Übersetzer ohne jegliche Berufs- oder Studienabschlüsse sind. Dies hat mehrere Konsequenzen: Es fehlt ihnen an allgemeiner Bildung,

was zu Lasten des verfügbaren Wortschatzes geht, ihr Albanisch hat eine starke regional-kosovarische Ausprägung, die sich von der Standardsprache unterscheidet und als Absolventen des parallelen albanischen Bildungswesens können sie nur mangelhaft Serbisch.

Diese Merkmale spielen eine Sonderrolle bei den Auswirkungen des Dolmetschens und Übersetzens auf die verwendeten Sprachen. Allein der Zeitdruck, unter dem zumeist verwaltungstechnische und informationspolitische Zieltexte hergestellt werden, führt zu rationalisierten Sprachhandlungen, die an der Oberfläche als lexikalische Entlehnungen erscheinen. Von Seiten der Albanologen werden diese Erscheinungen regelmäßig angeprangert, aber es ist kaum zu erwarten, dass sie wieder rückgängig gemacht werden können, da das Englische und sein Einfluss auf das Albanische mit sozialem Aufstieg assoziiert werden. Dies zählt mehr als die Autorität des Albanologischen Instituts.

Diesem Trend folgen im starken Maße die albanischen Dienstleistungsanbieter, indem sie Ihre Firmen, Restaurants, Rechtsanwaltspraxen und Geschäfte nach Möglichkeit zweisprachig beschriften. Stellenweise kann man erkennen, dass die Schilder auch früher schon zweisprachig waren. Das Englische hat das Serbische ersetzt. In der noch spärlichen Werbung im öffentlichen Raum wird gern Englisch statt Albanisch verwendet. Die Werbung eines kroatischen Lizenzherstellers von Maggi-Tütensuppen wurde nach kurzer Zeit mit der englischen Version überklebt.

Die Freude am Sprachlich-kreativen prägt auch die Jugendsprache. In Jugendzeitschriften liest man, in Jugendtreffpunkten hört man oft die zur Zeit als schick empfundenen Anglizismen, die von den Sprachhütern weitgehend unbeachtet existieren.

Die Einwirkungen des Albanischen auf das kosovarische Behördenenglisch sind in der Lexik am sichtbarsten. Die albanischen Dolmetscher und Übersetzer gebrauchen aus politisch-patriotischer Überzeugung den Landesnamen „Kosova“, ganz gleich wie er in der jeweiligen Zielsprache heißt. Die Form „Kosovo“ lehnen sie als „serbisch“ ab. „Kosova“ enthält die Bedeutung der staatlichen Unabhängigkeit, durch „Kosovo“ fühlen sich die albanischen Sprecher an Serben und Jugoslawien erinnert. Es gehört zum öffentlichen Verhaltenskodex der Kosovoalbaner, sich von beiden zu distanzieren. Irgendwann passiert es in dieser sprachlichen Umgebung auch den Internationalen, dass sie zum Gebrauch von „Kosova“ übergehen. Sei es aus der spontanen Anpassung heraus, sei es auch aus Sympathie für die Ziele oder ganz einfach für die Menschen, unter denen man lebt. Es erübrigt sich zu sagen, dass dieser Wortgebrauch bei den im Land verbliebenen Serben in englisch geführten Gesprächen auf wenig Gegenliebe stößt.

Ähnliche politische Fallstricke lauern in der Orthographie. Schreibt man in englischen und anderen fremdsprachigen Texten die Hauptstadt als „Prishtina“, hat man sich in den Augen der kosovarischen Nichtalbaner zu den Albanern bekannt. Schreibt man jedoch „Pristina“, wie in den deutschen Texten üblich, fühlen sich die Albaner erniedrigt. Mit „Priština“ hat man sich in einem fremdsprachigen Text für die Albaner als ein Freund der Serben mit allen von den Albanern unterstellten Weiterungen bekannt. Auf dem Vormarsch ist in den offiziellen UNMIK -Dokumenten die Form „Prishtina“, sei es, weil die Übersetzer Albaner sind, sei es, weil es der englischen Orthographie entgegenkommt.

Während die KFOR-Soldaten noch nach Karten mit serbischen Ortsnamen fahren (wobei sie sich mehr nach Koordinaten, als nach Namen orientieren), und die UNMIK wie auch die OSCE bemüht sind, sowohl den albanischen als auch den serbischen Ortsbezeichnungen Rechnung zu tragen, ist albanischerseits eine große geographische Namenskampagne im Gange, die darauf abzielt, ausschließlich albanische Ortsbezeichnungen zu verwenden. In den von früher herstammenden zweisprachigen Orts- und Richtungsschildern wurden die serbischen Bezeichnungen durch Übermalung für eine lange Zeit unleserlich gemacht, bis sie durch Anordnung der UNMIK wieder gereinigt wurden. In den serbisch bewohnten Ortschaften ist die UNMIK noch nicht so weit: nur die kyrillische Aufschrift ist sichtbar, die andere ist durch eine Farbschicht verdeckt. Der Schildersprachenkrieg hat im Kosovo übrigens eine lange Tradition. Viele Ortschilder täuschen durch Beschriftung in kyrillischen und in lateinischen Buchstaben die Zweisprachigkeit nur vor: Beide Male handelt es sich um Serbisch und der eine Name ist nur die Transkription des andern. Die Namensgebung demonstriert die Herrschaft über das Territorium, und dies ist immer noch ein wichtiges Thema im kosovarischen politischen Denken. Die Albaner postulieren zwar die historisch älteren Rechte, doch bis jetzt sprachen die Toponyme eine andere Sprache. Auch darin wird ein Zeichen der serbischen Unterdrückung gesehen, die jetzt vollends beseitigt werden soll. Das Albanologische Institut hat eine Reihe von neuen, rein albanischen, an die als Vorfahren gewählten Illyrer gemahnenden Ortsnamen erlassen. Diese Institution kann zwar keine offizielle Sprachpolitik betreiben, sie genießt aber so viel nationale Autorität, dass die neuen Ortsbezeichnungen in der albanischen Tagespresse benutzt werden und auf neuen geographischen Karten Kosovos zu finden sind. So führen manche Orte gegenwärtig mehrere albanische Namen. Serbisch „Podujevo“, albanisch früher „Podjevë“ heißt jetzt albanisch „Besianë“; serbisch „Istok“, albanisch früher „Istog“, heißt jetzt albanisch „Burim“, eine Übersetzung des serbischen „Istok“, also „Quelle“; serbisch „Suva Reka“, früher albanisch „Suharekë“, heißt jetzt nach dem Illyrischen „Therandë“; serbisch „Glogovac“ früher albanisch „Glogofc“, jetzt albanisch „Drenas“ usw. Eine Zeitlang gab die Tagespresse in Klammern den alten albanischen Ortsnamen noch an, jetzt nicht mehr.

Auch die kleineren Einheiten, wie etwa Stadtviertel von Pristina (serbisch. „Kupusište“, früher albanisch „Lakrihtë“, jetzt albanisch „Artë“; serbisch „Dragodan“, albanisch „Dragodan“, jetzt altalbanisch „Arbëri“ usw.) oder Gebäudebezeichnungen (das Sport- und Kulturzentrum, früher nach den serbisch-albanischen Partisanenfreunden Boro und Ramiz genannt, heißt auf albanisch „Pallati i Rinisë“, Jugendpalast) und Straßen wurden albanisiert. Am Ende weiß kein normaler Bürger mehr in Pristina, wie seine Straße aktuell heißt, denn so oft und so unkoordiniert haben sich die Namen von den serbischen und früheren albanischen Straßennamensberechtigten zu den ganz aktuellen albanischen Kriegshelden geändert. Die selbst ernannte albanische „Sprachpolizei“ sorgt jedoch dafür, dass in der Öffentlichkeit die politisch korrekten Bezeichnungen verwendet werden. Durch die albanische Überzahl an Sprachmittlern gehen diese auch in die fremdsprachlichen und englischen offiziellen Texte ein. Aus Rationalisierungsgründen sagt auch der um Neutralität bemühte Ausländer kaum Namenspaare wie (serbisch) „Pea“, (albanisch) „Pejë“, (serbisch) „Djakovica“, (albanisch) „Gjakovë“ oder (serbisch) „Orahovac“, (albanisch) „Rahavec“, sondern, wenn er in albanischer Sprachumgebung lebt, nur den albanischen Namen, weil er das hört und lernt. Unnötig zu sagen, wie das auf die Kosovoserben wirkt.

Die offizielle Sprachpolitik der KFOR, UNMIK und OSCE hat das Prinzip der dreisprachigen Informierung. Alle Pressemitteilungen und Informationsbroschüren werden auf Englisch, Albanisch und Serbisch herausgegeben. Die kleineren, nicht landesweit tätigen internationalen Organisationen beschränken sich zumeist auf zweisprachige Veröffentlichungen in Englisch und Albanisch, bzw. Englisch und Serbisch. Die Pressemitteilungen werden in den Pressezentren ausgelegt, in die man nur hineinlangt, wenn man eine Ausweiskontrolle passiert hat. Dementsprechend gering schätze ich den Wirkungsradius dieser Sprachpolitik ein. Die aktive Sprachpolitik in den Bildungseinrichtungen hält sich in Grenzen. Bosnische Kinder besuchen in Priština aus Vorsicht türkischsprachige Klassen. Albanisch wird ebenso wenig von den serbischen Schülern in den Enklaven gelernt wie Serbisch von den albanischen Schülern. Die Verbreitung der Minderheitensprachen in den Medien ist ebenfalls bescheiden. Der Hauptfernsehsender RTK bringt täglich nach 22 Uhr Kurznachrichten auf Serbisch, einige Radiostationen wie der KFOR-Sender berichten ebenfalls auf Serbisch. In der Regel wird er in der Öffentlichkeit für die Dauer der serbisch-sprachigen Nachrichten abgedreht. Die bosnische Wochenzeitung „Kosovski Avaz“ ist aus dem Pristinaer Straßenbild verschwunden, die türkische Zeitung gibt es nur in Prizren, dem Hauptsiedlungsgebiet der türkischen Minderheit, zu kaufen. Zeitungen aus den slavischen Nachbarländern werden im Kosovo nicht vertrieben, die aus Albanien allerdings auch nicht.

Zu der dritten sprachlichen Haupttendenz, der „Entserbisierung, sollte man wissen, dass die dritte wichtige Spra-

che im Kosovo, und eigentlich die historische Kontaktsprache des Kosovoalbanischen, das Serbische, der Spiegel des Schicksals ihrer muttersprachlichen Sprecher ist, die im Kosovo zahlenmäßig reduziert, sprachlich homogen im Nordkosovo, und südlich von Mitrovica in bewachten Enklaven wohnen. In Pristina können sie öffentlich und ohne Schutzvorkehrungen nicht leben. Das erschreckendste Beispiel für den todbringenden Gebrauch des Serbischen auf der Straße ist die Ermordung eines bulgarischstämmigen UN-Mitarbeiters, der Ende Oktober 1999 auf eine serbisch gestellte Frage nach der Uhrzeit auf Serbisch antwortete. Er wurde am helllichten Tage im belebten Stadtzentrum von unbekannt gebliebenen Tätern erschossen. Aus der einstigen Amtssprache ist im international verwalteten Kosovo in den albanischen Siedlungen eine Tabusprache geworden, die man nur in geschützten oder sich vor den aggressiven albanischen Radikalen sicher wählenden Räumen in Gesprächen mit Ausländern, in Form von Zitaten, Witzen und Sprachspielen untereinander oder im meist durch Ausländer vermittelten Kontakt zu Serben sowie passiv durchs Fernsehen oder Bücherlesen verwenden kann. Geht man indessen von den Stellenbewerbungen der Kosovoalbaner bei den internationalen Organisationen aus, gewinnt man den Eindruck, dass alle Arbeitssuchenden des Serbokroatischen, so die Kompromissbezeichnung des tabuisierten Sprachennamens „Serbisch“, mächtig sind. Im öffentlichen Raum jedoch weigern sich viele bei den internationalen Institutionen fest eingestellte albanische Dolmetscher, Serbisch zu dolmetschen.

Der unter der internationalen Verwaltung aufgewertete Status des Albanischen lässt die Minderheiten hoffen, durch die Spracherlernung könnten sie sich einen Zugang zum neu aufgeteilten Markt verschaffen. So sehr es auch als ein Bildungswert zu begrüßen ist, dass die Goraner, Türken und die kosovarischen Bosnier Albanisch lernen, so unsicher ist doch der dadurch erhoffte Erfolg. In Zeiten begrenzter Ressourcen und eines glühenden öffentlichen albanischen Nationalismus sind Ausschlusskriterien wirksam, zu denen neben der Sprache auch die Abstammung gehört, die man entweder kennt, oder vom Akzent und auch vom Aussehen ableiten kann. Die Angehörigen Albanisch sprechender nicht-albanischer Minderheiten werden trotz der Sprachbeherrschung abgelehnt und benachteiligt, denn ein Funktionsprinzip der albanischen Gemeinschaft ist Solidarität auf der breiten Verwandtschaftsebene, die Unterordnung von persönlichen Interessen, Überzeugungen und Gefühlen unter die der ethnischen Gruppe, und zwar nicht nur aus Sympathie, sondern auch aus Selbstschutz, sowie eine geringe Durchlässigkeit der Gruppengrenze für Außenstehende.

Zusammenfassend lassen sich die Spracheinstellungen im Kosovo wie folgt bewerten: Das Englischlernen ist etabliert, es wird sich aber mit der abnehmenden Anzahl von Arbeitsplätzen voraussichtlich auf einem niedrigeren Niveau einpendeln. Deutsch als eine Fremdsprache, die von den erwachsenen Rückkehrern im Kosovo eher in Pidgin-

form, von ihren Kindern jedoch akzentfrei gesprochen wird, wird an einigen Schulen als zweite Fremdsprache eingeführt. Die Sprachen der slavischen Nachbarn besitzen zwar bei der mittleren Generation einen Bildungswert, aber in der Philologischen Fakultät wurden zunächst alle nicht-albanischen Bücher entfernt. Vorreiter eines pragmatischen bildungsbezogenen Umgangs mit den Slawen ist die Internationale Buchhandlung in Pristina, die Fachlehrbücher in kroatischer Sprache verkauft und eine breite Auswahl an kroatischen, slovenischen und auch polnischen Wörterbüchern führt. Je mehr sich die kosovarische Gesellschaft aus dem Griff der radikalen militanten Kräfte befreit, und das könnte nach den Parlamentswahlen im November 2001 der Fall sein, umso entspannter wird das Verhältnis auch zum Türkischen werden, und somit auch zu den Menschen, deren Muttersprache es im Kosovo ist. Die Entspannung bedarf jedoch auch einer aussichtsreichen wirtschaftlichen Lage. Im großen Umfang sind hier keine schnellen Verbesserungen zu erwarten, so dass die Masse der jungen Menschen weiterhin unterbeschäftigt und somit in alle Richtungen manipulierbar bleiben wird.

Nur im Privatbereich einiger weniger, der von der Sprachpolitik der eigenen Ethnie unabhängig und weithin auch unbemerkt bleibt, gelten die Sprachen als das, was sie sind: Informations- und Kommunikationsmittel, frei von ethnischen Feindbildern. Der von ihnen praktizierte Sprachgebrauch und Sprachkontakt stehen für diese Sprecher nicht im Widerspruch zum Nationalbewusstsein und stellen somit auch keinen Sprachkonflikt dar.

Dr. Zuzana Finger studierte Germanistik, Slavistik und Balkanologie an der FU Berlin, seit 1999 arbeitet sie als DAAD-Lektorin im Kosovo und Montenegro.

ZUZANA FINGER

**Die slowakisch-ungarische
Kommunikationsgemeinschaft
Eine Fallstudie**

Balkanologische Veröffentlichungen
Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften
der Freien Universität Berlin

Harrassowitz Verlag 2000

188 Seiten, 6 Karten, br

ISBN 3-447-04295-8 DEM 78,- / öS 569,- / sFr 71,-

Zur sprachlichen Situation in der Republik Mari El

Von Hanka Kliesch, Berlin

Mari El, „das Land der Mari“, ist nicht größer als Mecklenburg-Vorpommern und liegt am Mittellauf der Wolga, wo es im Norden an das Verwaltungsgebiet von Kirov, im Westen an das von Ni•nij Novgorod, im Süden an Tschuwaschien und im Osten an Tatarstan grenzt. Nur ca. 750.000 Menschen leben in diesem Gebiet, doch gehören sie mehr als 50 Nationalitäten an. Nach Russen (47,8%) und Mari (43,1%) stellen Tataren (5,8%) und Tschuwaschen (1,2%) zahlenmäßig bedeutende Gruppen dar.

Ihren Namen verdankt die Republik den Mari, einem finno-ugrischen Volk, dessen Urheimat das heutige marische Gebiet einschloss, sich aber im Westen und Südwesten weit darüber hinaus erstreckte. Das Wort *marij* ist im Marischen Ethnikon, bedeutet allerdings auch „Mann, Ehemann“. Bekannter ist die Bezeichnung *Tscheremisse*, die durch russische Vermittlung weite Verbreitung gefunden hat und in der westlichen Forschungsliteratur bis heute üblich ist. Carmis werden erstmals in einem Brief des chasarischen Khans Iosif aus dem 10. Jahrhundert unter den ihm tributpflichtigen Völkern erwähnt. Für *èremis* liegen mehrere Deutungen vor, unter denen sich Erklärungen wie „kriegerischer Mensch“, „Mensch aus dem Wald oder aus sumpfigem Gebiet“ finden.

Mehr als die Hälfte der ca. 671.000 Mari leben außerhalb der Republik.¹ Zahlenmäßig bedeutende Gruppen gibt es in den angrenzenden Verwaltungsgebieten von Kirov und Ni•nij Novgorod. Weiter östlich haben sich Mari hauptsächlich in Baschkirien, in geringerem Umfang in Tatarstan, Udmurtien sowie in den Gebieten von Sverdlovsk und Perm niedergelassen. Nach ihren Siedlungsgebieten unterteilt man die Mari in Berg- (am rechten, „hügeligen“ Wolgaufer), Wiesen- (am linken Wolgaufer) und Ostmari. Dieser geographischen Gliederung entspricht die in der westlichen Forschung übliche Unterscheidung von drei Dialekten.

Die Migration nach Osten setzte bereits im 16. Jahrhundert ein, als das Gebiet der Mari 1552 nach der Niederlage Kasans in das Moskauer Reich eingegliedert wurde. Da die Mari am linken Wolgaufer zum Kasaner Khanat gehört und gegen die Truppen Ivan IV. gekämpft hatten, war die Eingliederung mit Vergeltungsmaßnahmen verbunden, der die Bevölkerung durch Abwanderung zu entgehen versuchte. Ihr größtes Ausmaß erreichte sie Ende des 17./Anfang des 18. Jahrhunderts, als die Erhöhung der Steuerlast und die von der orthodoxen Kirche betriebene Missionierung ganze Dörfer auf wiesenmarischem Gebiet zur Flucht bewegten. Die Furcht vor Zwangstaufen trieb viele Anhänger des paganen marischen Glaubens, die *èimari* (wahre Mari), zur Abwanderung, die Mitte des 18. Jahrhunderts abgeschlossen war. Die naturreligiösen Glaubensvorstellungen ihrer Ahnen haben vor allem die Ostmari bis in die Gegenwart bewahrt. 72,4% der Mari in Baschkirien gaben 1999 als Religion den marischen Glauben an.² In

den vergangenen Jahren hat dieser unter dem Eindruck des „nationalen Erwachens“ der Mari auch in den anderen Siedlungsgebieten an Bedeutung gewonnen. So finden seit 1991 in Mari El wieder regelmäßig Opferhandlungen in heiligen Hainen statt, denen ein beachtlicher Teil der marischen Bevölkerung (53,2%) positiv gegenübersteht, doch bezeichnen sich nur 17,6% als *èimari*. Auffallend ist, dass ein Teil der Befragten (22,3%) scheinbar problemlos heidnische Traditionen mit den christlichen Glaubensgrundsätzen der Orthodoxie zu verbinden vermag.³

Im vergangenen Jahr lud die Republik aus Anlass von achtzig Jahren „Autonomie“ zu Konferenzen, Ausstellungen und unzähligen kulturellen Veranstaltungen ein. 1920 war zunächst das Marische Autonome Gebiet geschaffen worden, das 1936 den Status einer Autonomen Sowjetrepublik erhielt. Im Oktober 1990 folgte die Marische ASSR dem Beispiel der anderen Autonomen Sowjetrepubliken im Wolgaraum und erklärte ihre Souveränität, die sie lediglich einer Unionsrepublik gleichstellte. Heute ist Mari El Teil der Russischen Föderation. Man nutzte den feierlichen Anlass, um Stellung zu den Entwicklungen des letzten Jahrzehnts zu nehmen. Dass dabei der Nationalitätenpolitik viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, kann angesichts der multi-ethnischen Bevölkerungsstruktur der Republik nicht überraschen. Die Bedeutung, die der Problematik beigemessen wird, lässt Konflikte vermuten, doch ist die Lage aus Sicht der Bevölkerung stabil. In einer Umfrage von 1995 stuften 87,7% (6,8%) der befragten Russen, 84,8% (6,3%) der Mari und 94,2% (5,8%) der Vertreter anderer Minderheiten die interethnischen Beziehungen in der Republik als gut bzw. zufriedenstellend (nicht zufriedenstellend) ein.

Die innere Stabilität wird als Erfolg des behutsamen Umgangs mit Nationalitätenfragen gewertet. In den vergangenen Jahren wurde das rechtlich-normative Fundament für die Nationalitätenpolitik geschaffen, dessen Hauptpfeiler das Bildungsgesetz (1993), die Verfassung der Republik (1995), das „Gesetz über die Sprachen“ (1995) und das „Konzept der staatlichen Nationalitätenpolitik“ (1997) sind. Die Dokumente garantieren allen auf dem Territorium der Republik lebenden Ethnien das Recht auf Schutz und Förderung ihrer Sprache und Kultur. Zugleich wird auf die Verantwortung der Republik gegenüber den Mari als Titularnation verwiesen, die Notwendigkeit ihrer Förderung betont. Wegen der Bedeutung des Marischen für den Erhalt der Ethnie werden dem Schutz und der Förderung der Sprache besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Sprachpolitische Belange waren bereits 1990/91 im Bewusstsein der Öffentlichkeit präsent. Ende der 80er Jahre hatte sich im Zuge der Umstrukturierungsprozesse in der Sowjetunion auch eine marische Nationalbewegung zu formieren begonnen, die ihre primäre Aufgabe in dem

Erhalt der Ethnie und diesbezüglich vor allem in der Förderung des Marischen sah. Auf dem Gründungskongress der überregionalen Organisation „Marij Ušem“ (Bund der Mari) im April 1990 entschied sich die Mehrheit der Teilnehmer für eine Tätigkeit auf sprachlich-kultureller Ebene und gegen einen politischen Charakter der Bewegung.⁴

Die seit 1990 aktiv für die Förderung des Marischen eintretende Nationalbewegung stieß bei Teilen der russischen Bevölkerung auf Besorgnis. Man fürchtete eine Beschränkung der eigenen Rechte. Anfang der 90er Jahre standen sprachpolitische Fragen im Zentrum der öffentlich geführten Diskussionen.

Unter den Mari, hauptsächlich der marischen Intelligenz, rief Ende der 80er Jahre die fortschreitende sprachliche Assimilation Besorgnis hervor. Innerhalb weniger Jahrzehnte war der Anteil der Mari, die das Marische beherrschten, beträchtlich zurückgegangen. 1959 hatten 97,5% Marisch als Muttersprache angegeben, 1989 80,8%, 1999 nur 75,3%. Obwohl Assimilationsprozesse in nunmehr 450 Jahren gemeinsamer Geschichte immer wieder eine Rolle gespielt haben, waren sie in den letzten 70–80 Jahren von größter Intensität. Die sprachliche und damit einhergehende kulturelle Assimilation ist direkte und indirekte Folge der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Zwei Entwicklungen waren für den Rückgang des Marischen von enormer Bedeutung. Zum einen war Marisch in den 60er und 70er Jahren als Unterrichtssprache und -fach aus den Schulen verdrängt worden. Ende der 80er Jahre gab es in der Republik lediglich auf dem Lande einige Schulen, in denen der Unterricht in den ersten Klassen (1.–3.) auf Marisch erteilt wurde. Ebenso nachteilig hatten sich die Migrationsprozesse auf die Stellung der Sprache ausgewirkt. Da in den Städten der russische Bevölkerungsanteil überwog und die marisch-russische Zweisprachigkeit einseitig ausgerichtet war, bestand die praktische Notwendigkeit, Russisch zu sprechen. Im Gegensatz zum Russischen, das in allen Domänen des Sprachgebrauchs verwendet wurde, war das Marische weder in der Verwaltung noch in der Schule präsent – und in den Medien nur in begrenztem Umfang. In der Stadt spielte das Marische vor allem im familiären Bereich eine Rolle. Allerdings zeigte sich die Tendenz, dass die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder

häufig auf das Russische zurückgriffen und die zweite Generation das Marische nur unzureichend bzw. gar nicht beherrschte. Gesprochen wurde Marisch auf dem Lande, wo die Mari noch heute die Bevölkerungsmehrheit (ca. 70%) stellen. Von der Dominanz des Russischen in der Verwaltung zeugt, dass selbst die Wochenpläne für die Kolchosen auf Russisch geschrieben wurden.

Man hoffte, dem Marischen mit dem Status der Staatssprache Prestige zu verleihen und so der sprachlichen Assimilation entgegenzuwirken. Die nichtmarische Bevölkerung stand diesen Bestrebungen ablehnend gegenüber. Ein Teil der nichtmarischen Bevölkerung befürwortete die Aufwertung des Marischen als Sprache der Titularnation, solange diese nicht den Gebrauch des Russischen einschränken würde. Der 1992 in der Presse zur Diskussion gestellte Gesetzentwurf „Über die Sprachen der Republik Mari El“ sah Marisch (Berg- und Wiesenmarisch) und Russisch als Staatssprachen vor.⁵ Drei Jahre später wurde der Entwurf mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Auf die Darstellung der Reglementierung des Sprachgebrauchs in den einzelnen Domänen soll an dieser Stelle verzichtet werden. Ausschlaggebend ist, dass das Gesetz die Gleichstellung der Staatssprachen garantiert und dem Bürger die Wahl in der Verwendung überlässt.

Nur in einem Bereich, im Bildungswesen, greift das Gesetz aktiv in den individuellen Sprachgebrauch ein. Laut §10 hat der Bürger das Recht, die Sprache seiner Erziehung und Ausbildung frei zu wählen. Da jedoch beide Staatssprachen in allen Bildungseinrichtungen unterrichtet werden sollen, müsste jeder Schulabgänger sowohl über Russisch als auch über Marischkenntnisse verfügen. Entspricht dies heute, fünf Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes, der sprachlichen Realität?

Sprache und Kultur der Mari werden in spielerischer Form bereits in den Kindergärten vermittelt. In den Schulen variieren Umfang und Inhalt des Unterrichts nach Schultypen. Ein Schüler kann heute zwischen so genannten russischen Schulen mit der Unterrichtssprache Russisch und zwei Modellen der nationalen marischen Schule mit den Unterrichtssprachen Russisch (Typ A) bzw. Marisch (Typ B) wählen. In den russischen Schulen wird Marisch als Staatssprache von der 1.–11. Klasse im Umfang von 2h pro Woche unterrichtet. Der Zusatz „Staatssprache“ weist darauf hin, dass die Schüler Marisch wie eine Fremdsprache erlernen. Auf Wunsch werden in russischen Schulen sogenannte nationale Klassen für marische Kinder eingerichtet, in denen ebenfalls nur 2h Marisch wöchentlich unterrichtet werden. In marischen Schulen erfolgt der Sprachunterricht in den Fächern „Marische Sprache“ und „Marische Literatur“. Dem Marischunterricht werden hier mehr Stunden eingeräumt. Die erwähnten zwei Modelle weisen lediglich in der Grundstufe Unterschiede auf, doch sind diese schwer zu durchschauen. Unklar ist, inwieweit Marisch tatsächlich als Unterrichtssprache Anwendung findet. Werden in den Schulen (Typ B) alle oder nur bestimmte Fächer auf Marisch unterrichtet? Außer Frage steht, dass der Unterricht in „Marischer Sprache“,

Nationalität	Meinung über die Staatsprache(n) der Republik Mari El (in %)		
	Marisch	Marisch u. Russisch	Russisch
Russen	2,2	41,5	50,7
Wiesenmari	31,7	56,6	6,8
Bergmari	23,6	62,7	6,4
Tataren	1,2	18,6	65,1
Andere	0,0	46,2	43,6

Aus: *Me•nacional'nye otnošenija v Respublike Marij El (po materialam sociologičeskogo issledovanija 1994 g.). Joškar-Ola, 1995.*

„Marischer Literatur“ und „Geschichte und Kultur der Völker“ bei entsprechender Sprachkenntnis auf Marisch erfolgt und Russisch ab der 5. Klasse in allen Schulen Unterrichtssprache ist. Da die Schüler in den Städten, unter ihnen auch ethnische Mari, oft nicht über ausreichende Marischkenntnisse verfügen, wird der Unterricht dort kaum auf Marisch geführt. An einigen Schulen werden Fächer wie Mathematik und Ökologie auf Marisch angeboten, doch scheint es sich dabei um Pilotprojekte zu handeln.

Die Einführung obligatorischen Marischunterrichts stieß bei den nationalen Minderheiten auf Protest. 1995 lehnten 57,2% der Russen und 46,8% der Vertreter anderer Nationalitäten diesen ab. Zum einen bestehe nicht die Notwendigkeit, Marisch zu können, da das Russische alle Funktionen einer Staatssprache erfülle, zum anderen sei der Marischunterricht eine zusätzliche Belastung für die Schüler.⁶ Man fürchtet, dass die Schulabgänger im harten Kampf um Studienplätze an den Moskauer oder Kasaner Universitäten benachteiligt wären. Dass Lehrer diese Sorge teilen, zeigt die Tatsache, dass im vergangenen Jahr an einigen Schulen der Hauptstadt nur fakultative Marischkurse angeboten wurden.

Die Einführung des Marischunterrichts wird durch das Fehlen von Lehrmaterial und qualifizierten Lehrkräften erschwert. Aus diesem Grund hat man an der Pädagogischen Hochschule und der Marischen Staatlichen Universität entsprechende Lehramtsstudiengänge (u.a. Lehrer für Marisch und Russisch, Lehrer für den Russischunterricht in nationalen Schulen) eingeführt, deren erste Absolventen bereits unterrichten. Einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung von Lehrern leistet das Marische Institut für Bildung, indem es u.a. auch für Lehrer des Faches „Geschichte und Kultur der Völker“ regelmäßig Fortbildungskurse anbietet. In besagtem Unterrichtsfach wird den Schülern marische Geschichte und Kultur vermittelt. Während bei der Ausbildung von Lehrkräften sichtbare Erfolge erzielt wurden, bleiben Lehrbücher weiterhin Mangelware. Wegen der schwierigen Finanzlage (Mari El gehört zu den ärmsten Regionen der RF) konnten im vergangenen Jahr nur 2 Lehrbücher herausgegeben werden.

Kann heute von einer weitgehenden Einführung des Marischunterrichts in den Kindergärten und Schulen ausgegangen werden? Eine genaue Einschätzung ist aufgrund fehlender aktueller Angaben nicht möglich, doch lässt die Tatsache, dass 1999 erst 54,5% aller Kindergartenkinder am Marischunterricht teilnahmen, daran zweifeln. Dass heute ca. 80% der marischen Kinder die Sprache ihrer Vorfahren (als Mutter- und als Staatssprache) erlernen, ist zweifellos ein Erfolg.

In geringerem Maße als in den allgemein bildenden Schulen der Republik ist Marisch in Fach-, Berufs- und Hochschulen vertreten. An der Marischen Staatlichen Universität wird es z.B. als Fach an einigen Fakultäten unterrichtet, als Unterrichtssprache an der Fakultät für Marische Philologie in bestimmten Seminaren und Vorlesungen verwendet.

Fünf Jahre nach Verabschiedung des „Gesetzes über die Sprachen“ ist zu überprüfen, ob sich die Stellung des Marischen in dieser Zeit verbessert hat. Im Bildungsbereich sind zweifellos Erfolge zu verzeichnen. Marisch ist wieder Unterrichtsgegenstand und -sprache. Eine große Anzahl von Schülern wurde in den vergangenen Jahren an die Staatssprache herangeführt. Rege Beteiligung an Marisch-Olympiaden zeugt vom Interesse marischer Kinder an ihrer Muttersprache. Es ist jedoch fraglich, ob diese Entwicklung von einer tatsächlichen Aufwertung des Marischen im Sprachbewusstsein der Bevölkerung zeugt oder sie lediglich Ausdruck dessen Status als Staatssprache ist. Für das letztere spricht die Tatsache, dass marische Kinder in den Städten häufig russische Schulen besuchen. Nur wenige entscheiden sich für die so genannten nationalen Klassen. Mangelndes Nationalbewusstsein, niedriges Leistungsniveau aufgrund der geringen Bewerberzahl und weite Anfahrtswege werden als Gründe angeführt. Da Marisch obligatorisches Unterrichtsfach ist und an den meisten Schulen als solches gelehrt wird, kann auch die stetig wachsende Anzahl von Schülern mit Marischkenntnissen nur als Indiz, nicht aber als Beweis für den Prestigegewinn der Sprache gelten. Wie viele von ihnen wären bereit, Marisch fakultativ zu erlernen?

In den seit Anfang der 90er Jahre wiederholt geführten Diskussionen über die Form des Marischunterrichts ist ein Argument von besonderem Gewicht. Die Gegner des obligatorischen Marischunterrichts begründen ihre Position mit der begrenzten Verwendung des Marischen in den verschiedenen Domänen des Sprachgebrauchs. Ihnen zufolge bestehe nicht die Notwendigkeit, diese Sprache zu beherrschen. Zu Beginn der 90er Jahre plante man auf verschiedenen Ebenen Sprachkurse für die nichtmarische Bevölkerung, die jedoch wegen Mangels an Interesse nicht zustande kamen. Lektionen für das Selbststudium wurden im Radio und in Zeitungen angeboten, doch scheint dies auf die Initiative einzelner Personen zurückzugehen.

Sollen die Bemühungen um die Förderung des Marischen an den Schulen erfolgreich sein, muss die Sprache auch tatsächlich in den verschiedenen Domänen verwendet werden. Dies ist heute noch nicht der Fall. So dominiert das Russische weiterhin in der Verwaltung. Obwohl sich der Bürger auf Marisch an die Beamten wenden kann und diese verpflichtet wären, ihm in der von ihm gewählten Sprache zu antworten, scheint diese Möglichkeit selten genutzt zu werden. Zum einen geht man davon aus, daß in dem Verwaltungsapparat nach wie vor mehr Russen tätig sind, die das Marische in der Regel nicht beherrschen; zum anderen scheinen es viele Mari nicht als Einschränkung zu empfinden, sich in dieser Situation des Russischen zu bedienen. Ob sich die im „Gesetz über die Sprachen“ enthaltene Bestimmung über den Nachweis von Marischkenntnissen für einige Berufsgruppen auch auf die Verwaltung erstreckt, muss an dieser Stelle leider offen bleiben. Informationen über die betreffenden Berufsgruppen, die Art des Nachweises und dessen Umsetzung liegen der Autorin nicht vor.⁷

In den Medien ist Marisch gut vertreten. In beiden Dialekten erscheinen regelmäßig Zeitungen und Zeitschriften. Der staatliche Rundfunksender strahlt jeden Monat im Umfang von ca. 30h Sendungen in marischer Sprache aus. Einen eigenen Fernsehkanal besitzt die Republik nicht. Nachrichten, Kindersendungen und Folklore füllen die Sendezeit aus, die der regionalen Berichterstattung täglich auf dem Kanal RTR eingeräumt wird.⁸ Die Übertragungen erfolgen sowohl auf Russisch als auch auf Wiesenmarisch. Einmal wöchentlich wird sogar eine Reportage im Dialekt der Bergmari ausgestrahlt. Hinsichtlich der Medienpräsenz des Marischen wird Kritik an der Qualität und der Quantität der Beiträge geübt. Zwar sieht das Gesetz eine Förderung des Marischen in den Medien vor, doch fehlen dazu die finanziellen Mittel. Dies ist zugleich der Grund für die geringe Anzahl von Veröffentlichungen.

Angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Republik erstaunt das vielfältige kulturelle Angebot um so mehr. Seit Ende der 80er Jahre finden in Mari El regelmäßig Konferenzen, Kongresse, Festivals, Theaterwochen, Ausstellungen und Sommerlager statt, die oft überregionalen Charakter haben und an denen Vertreter anderer finno-ugrischer Völker teilnehmen. Finanziert werden diese Veranstaltungen oft mit Hilfe finnischer und ungarischer Organisationen.

Fasst man die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts zusammen, ist zunächst zu betonen, dass für den Erhalt und die Förderung der marischen Kultur vieles getan wurde. Auf sprachlicher Ebene war man bemüht, dem Marischen Prestige zu verleihen und damit der sprachlichen-kulturellen Assimilation entgegenzuwirken. Die Erhebung des Marischen zur Staatssprache stellt diesbezüglich den entscheidenden Schritt dar. Desweiteren wurde der Sprachgebrauch innerhalb der Republik, der auf der Gleichstellung der Staatssprachen beruht, rechtlich verankert. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem „Gesetz über die Sprachen“ zu, doch hat sich das eigentliche Sprachverhalten in der Republik Mari El bisher kaum geändert. Das Marische und das Russische sind zwar formell einander gleichgestellt, jedoch nicht faktisch. Der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen dient das „Programm zur Realisierung des ‚Gesetzes über die Sprachen‘“, welches erst im Frühjahr vergangenen Jahres angenommen worden ist. Ob das Marische wirklich Verwendung als Staatssprache finden und den damit verbundenen sprachlichen Anforderungen entsprechen kann, dürfte in entscheidendem Maße von der Umsetzung des Programms abhängen.

Hanka Kliesch studiert Slavistik und Osteuropastudien an der FU Berlin und war 1999/2000 als Sprachlektorin der Robert Bosch Stiftung an der Marischen Staatlichen Universität in Joškar-Ola.

sociologičeskogo issledovanija]//Marijskij mir. Problemy nacional'nogo, social'no-ekonomičeskogo i kul'turnogo razvitiya marijskogo naroda. Joškar-Ola, 2000. 90–99.

- ³ A. Schtschupkow geht davon aus, daß die „doppelgläubigen“ Mari trotz Taufe nicht als Christen bezeichnet werden können, da sie nicht beichten und die Eucharistie verweigern. Vorchristliche und christliche Vorstellungen verbänden sie insofern, daß sie dem marischen Gott Mer Jumo (Gott aller Kreaturen) eine ähnliche Stellung zuweisen wie dem christlichen Gott. S. Schtschupkow, A. „Heidentum in Rußland. Kulturpolitische Beobachtungen an einigen Völkern der Wolga-Finnen“//G2W 5 (2001): 18–24.
- ⁴ Die marische Nationalbewegung war kein monolithischer Block. So schlossen sich im Januar 1991 radikaler Gesinnte zur politischen Organisation „Kugese mlande“ (Land der Ahnen) zusammen, die jedoch ihre Außenseiterrolle niemals abzustreifen vermochte. Eine detaillierte Darstellung der Bewegung soll in diesem Rahmen nicht erfolgen. Bleibende Spuren hat v.a. Marij Ušem hinterlassen. 1991 nahm „Marij Ušem“ politischen Charakter an.
- ⁵ Die Einführung des Bergmarischen als Staatssprache löste unter marischen Sprachwissenschaftlern eine Diskussion über dessen Status (Dialekt, Literatursprache) aus. Die marische literarische Tradition hat ihre Anfänge im 18. Jh. Seit 1870 wurden Bücher in den 3 Dialekten (Berg-, Wiesen-, Ostmarisch) herausgegeben. Zu Beginn des 20. Jhs. übernahmen die Ostmari im Schriftgebrauch das Wiesenmarische, auf bergmarischer Dialektgrundlage wurde in dieser Zeit fast nichts veröffentlicht. In den 20er und 30er Jahren und erneut in den 50ern kam es zu Bemühungen um eine einheitliche Literatursprache, die man noch zu sowjetischer Zeit realisiert glaubte. Mit der Erhebung des Bergmarischen wurden alle Bemühungen um eine einheitliche Literatursprache zunichte gemacht. Prof. I. Ivanov tritt allerdings noch heute für die Schaffung einer einheitlichen Literatursprache ein, die er als Meilenstein auf dem Wege zur Sicherung des Marischen versteht.
- ⁶ Subjekte der RF können regionale Spezifika in bestimmtem Umfang in den Schulunterricht einbeziehen, müssen sich im übrigen aber an die in Moskau erstellten Lehrpläne und Anforderungen halten. Die regionale Komponente wird durch die Fächer Marische Sprache und Literatur, Marisch als Staatssprache, Geschichte und Kultur der Völker, Ökonomie und Ökologie vertreten.
- ⁷ Auf ein Ereignis kann in diesem Zusammenhang jedoch hingewiesen werden. Für die Präsidentschaftswahlen 1996 war unter dem amtierenden Präsidenten V. Sotin ein Wahlgesetz verabschiedet worden, das von den Kandidaten den Nachweis von Marischkenntnissen forderte. Außer V. Sotin, der Mari ist, kandidierten V. Kislicyn und L. Markelov, beide russischer Nationalität, um das Amt. Sie werteten diese Bestimmung als Verletzung der Verfassung der RF, die eine Benachteiligung aufgrund sprachlicher „Kriterien“ ausschließt, und klagten. Das Verfassungsgericht der RF entschied zu ihren Gunsten. Die Marischkenntnisse wurden nicht überprüft. Aus den Wahlen ging V. Kislicyn als Sieger hervor. L. Markelov gewann die letzten Präsidentschaftswahlen im Dezember vergangenen Jahres.
- ⁸ 1999 produzierte man sogar sechs Folgen einer marischen Fernsehserie auf Marisch, die später auch auf Russisch gesendet wurde. Aufgrund des Erfolges plant man nun deren Fortsetzung.

¹ Angaben nach der Volkszählung von 1989.

² Šabykov V. I. „Marij kalyk, kuze ilet, mom šonet?“ [Marijskij narod, kak ‚iveš‘, o ðem dumaeš‘? O nekotorych itogach

Nomos

Biz Kimik?** – das Problem mit der Bezeichnung der Staatssprache in der Republik Aserbaidschan*

Von Barbara Kellner-Heinkele, Berlin

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eröffnete die *Perestroika* in den nicht-russischen Teilrepubliken der Sowjetunion die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit Debatten über Themen auszutragen, die davor wegen ihrer Brisanz höchstens in privaten Kreisen hatten erörtert werden können. Zu diesen Themen gehörten Fragen der Interpretation ethnischer, religiöser und kultureller Identität, vor allem aber auch der Pflege der Sprachen und Literaturen der Titularvölker und regionalen Minderheiten, meist im Hinblick auf das Verhältnis zum Russischen.¹ Auch in den Teilrepubliken mit türksprachiger Titularnation wurden diese Debatten, vornehmlich unter Philologen, Historikern, Schriftstellern und Publizisten, geführt, wenn auch noch recht vorsichtig, wie sich dies in den Zeitungen und Zeitschriften der Zeit verhältnismäßig gut verfolgen lässt. Auch in den Sprachgesetzen, die in den einzelnen Republiken noch in sowjetischer Zeit verabschiedet wurden (1989–1990), fanden solche Debatten ihren Niederschlag.²

Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 gingen die Regierungen in den nun unabhängigen Republiken daran, die gerade erlassenen Sprachgesetze zu erweitern, neu zu definieren und umzusetzen.³ Dieser Prozess fand erneut ein lebhaftes Echo, das allerdings auch nicht immer der staatlichen Steuerung entbehren durfte. Der vorliegende Beitrag soll am Beispiel der Republik Aserbaidschan aufzeigen, in welcher Weise sich Sprachdebatten in den Printmedien niederschlugen⁴ und damit als Teil des umfassenderen Phänomens der Bildung ethnischen Bewusstseins und nationaler Identität greifbar werden.

Vorausgeschickt sei, dass zu Beginn der 1990er Jahre die neu entstandenen Türkrepubliken – wie man sie etwas verkürzt bezeichnen könnte – in Zentralasien und im Kaukasus die Nähe der Türkei suchten und zwar nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem, sondern auch auf kulturellem Gebiet. Auch die Entscheidungsträger in der Türkei bemühten sich, den Vorstellungen vom „Modell Türkei“ bei den ex-sowjetischen „Brüdern“ gerecht zu werden. Auf beiden Seiten wurde dies mit dem vollmundigen Hinweis auf die gemeinsame Herkunft, Sprache und islamische Tradition der Türkvölker unterstrichen und damit im In- und Ausland die Erwartung genährt, dass hier ein politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluss im Entstehen sei, der die Machtverhältnisse in der Region erheblich verändern könnte. Am Ende der 1990er Jahre lässt sich allerdings wahrnehmen, dass die Wirklichkeit die Ideologie eingeholt hat und jede der neuen Türkrepubliken bedacht ist, ihren individuellen Weg des *nation building* zu gehen. In Aserbaidschan allerdings, einem Land ohne Tradition der Eigenstaatlichkeit,⁵ lässt der Diskurs über die Staatssprache erkennen – die ja der in der Türkischen Republik

gesprochenen tatsächlich recht nahe steht –, dass die Gemeinsamkeiten mit dem „Brudervolk“ nicht nur aus ideologisch verbrämter Zweckmäßigkeit postuliert werden, sondern historische und kulturelle Wurzeln aus vorsewjetischer Zeit aufweisen, die der derzeit maßgeblichen politischen Elite bei der Verfolgung des nationalstaatlichen Weges nicht immer willkommen sind.

Aserbaidschan ist mit einem Bevölkerungsanteil von 90 % Türken das Land mit dem höchsten relativen Prozentsatz an ethnischen Türken in der Welt.⁶ Es stellt in zweierlei Hinsicht eine Ausnahme unter den postsowjetischen Türkrepubliken dar. Zum einen hatte die Aserbaidschanische SSR bereits im Jahre 1978 eine Verfassung verabschiedet, in der dem Aserbaidschanischen (Russ. *Azerbajdžanskij jazyk*/Az. *Azərbaycan dili*) der Status der offiziellen Sprache zugesichert war. Zum anderen geriet nach Erklärung der Unabhängigkeit am 5. Oktober 1991 und im Zusammenhang mit den Bemühungen wechselnder Regierungen um Verfassungsänderungen bzw. Schaffung einer neuen Verfassung eine Streitfrage in den Vordergrund, die schon seit Jahrzehnten unterschwellig vorhanden war und nur in Aserbaidschan gestellt wurde: Welche Bezeichnung sollte die Staatssprache tragen? Sollte sie Aserbaidschanisch (*Azərbaycan dili*) heißen? Oder Aserbaidschanisch-Türkisch (*Azərbaycan Türk dili*, *Azərbaycan Türkcəsi*)? Oder einfach Türkisch (*Türk dili*, *Türkcä*)? Angesichts der politischen, wissenschaftlichen und ideologischen Argumente, die in den Diskussionen um diese Frage eingesetzt wurden, verstand die Öffentlichkeit sie als gleichbedeutend mit der Frage nach der eigenen Identität: „Wer sind wir?“ (*Biz kimik?*).

Die Beantwortung der Frage spaltete Politiker wie Intellektuelle in zwei Hauptlager: *Azərbaycan dili* einerseits und *Türk dili/Türkcä* andererseits, während die Varianten *Azərbaycan Türk dili* bzw. *Azərbaycan Türkcəsi* von einigen als Kompromisslösung vorgeschlagen wurden.

Die Annahme der neuen Verfassung durch ein Referendum am 12.11.1995⁷ entschied die Frage zwar zugunsten der Beibehaltung von *Azərbaycan dili* und entzog damit den bitteren Auseinandersetzungen in Gremien und Medien den Boden, aber die Wiederkehr des Themas in Zeitungen, Zeitschriften, online-Publikationen und in privaten Gesprächen bis auf den heutigen Tag zeigt deutlich, dass noch kein Gras über den Dissens gewachsen ist.⁸

Die Presseberichte über die Diskussionen in den Sitzungen der seit 1993 mit der Neuschöpfung einer Verfassung betrauten Gremien und ihr Echo ermöglichen es, die Hintergründe der Argumente und Scheinargumente bis zu einem gewissen Maß zu erfassen, mit denen die Verfechter

der einen oder anderen Position aufwarteten. Am ausführlichsten ist dies aber in den Protokollen der zwei großen Abschlussitzungen zum Thema Artikel 23 „Staatsprache“ dokumentiert, die das Regierungsorgan „Azərbaycan“ in seinen Ausgaben vom 2., 4., 7., 9., 10. und 11. November 1995 unter dem Titel „Dövlət dili milli mənavi sərvətimizdir“ (Die Staatssprache ist unser nationaler spiritueller Reichtum) in voller Länge abdruckte. Zweck der Sitzungen war, Sachverständige aus Literatur und Wissenschaft offiziell zu Wort kommen zu lassen, bevor das Parlament über die neue Verfassung abstimmte und damit auch zu demonstrieren, wie demokratisch die Staatsführung den Prozess der Formulierung und Annahme der neuen Verfassung handhabte. Schon wochen- und monatelang zuvor hatten sich Politiker und Intellektuelle, aber auch „der Mann aus dem Volke“, in Presse, Zeitschriften und Fernsehen unverblümt darüber geäußert, für welchen Namen der Staatssprache sie plädierten und weshalb.

Die erste der erwähnten entscheidenden Sitzungen fand am 31. Oktober 1995 im Hauptgebäude der Akademie der Wissenschaft statt, die zweite am 2. November in der Nationalversammlung (*Milli Məclis*). Deutlicher als die Kommentare der anderen Zeitungen lassen die in „Azərbaycan“ publizierten Protokolle die Tiefe der Kontroverse, besonders aber die eminente Rolle, die Präsident Heydər Əliyev in den Sitzungen spielte, erkennen. In seinen Redebeiträgen ließ er sich vor allem von politischen und verfassungsrechtlichen Überlegungen leiten und wusste zugleich in der Sitzungsleitung subtil die jahrzehntelange politische Erfahrung auszuspielen, die er als Mann der sowjetischen *nomenklatura* erworben hatte.

Präsident Əliyev ließ es sich nicht nehmen, zu Beginn der Sitzungen in langen Reden die Bedeutung des Vorganges hervorzuheben und dabei die Verfassungsgeschichte Aserbaidschans aufzurollen. Seine Sichtweise – die unangefochten blieb – sei hier kurz nachskizziert, da sie die Parlamentsabstimmung zugunsten der Bezeichnung *Azərbaycan dili* stark beeinflusst haben dürfte.

Am 19. Mai 1921, sagte Əliyev, wurde in Aserbaidschan, damals noch Sowjetrepublik außerhalb der Union, zum ersten Mal eine Verfassung (*konstitusiyası*) verabschiedet, allerdings ohne Erwähnung der Staatssprache (*dövlət dili*). Zwar hatte bereits die Aserbaidschanische Demokratische Republik (AzDR, 1918–1920) 1919 ein Verfassungsdokument (*konstitusiyası akti*) verabschiedet, doch eine Verfassung im juristischen Sinn stellte diese nicht dar. Als Aserbaidschan 1922 Mitgliedsrepublik der Sowjetunion wurde, mussten an der Verfassung von 1921 einige Änderungen vorgenommen werden, d.h., diese hatte nie in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Im Jahre 1937 erhielt die Aserbaidschanische SSR eine neue Verfassung, die an die der gesamten Sowjetunion von 1936 angepasst war. Erst in einem Zusatz zur Verfassung von 1937 aus dem Jahre 1958 war von Aserbaidschanisch die Rede. Im Jahre 1977 gab sich die Sowjetunion eine neue Verfassung, die in der Folge auch denen zur Richtschnur diente, die 1978 in den einzelnen Unionsrepubliken verabschiedet wurden.

Mit deutlichem Stolz erinnerte Əliyev seine Zuhörer daran, dass er 1977 Mitglied der Kommission gewesen sei, die die Allunionsverfassung auszuarbeiten hatte und dass er damals gegen den erbitterten Widerstand der Genossen durchgesetzt hatte, dass ein Satz über Aserbaidschans offizielle Sprache, Aserbaidschanisch (*Azərbaycan dilində*), in diese Verfassung aufgenommen wurde.⁹ Er gab auch zu, dass er eine Briefkampagne initiiert hatte, in der aserbaidschanische Sowjetbürger Moskau bestürmten, den Namen ihrer Staatssprache in der Allunionsverfassung zu verankern. Im Endeffekt waren es nur Aserbaidschan, Georgien und Armenien, deren (Titular)-Sprachen in der Allunionsverfassung wie in den jeweiligen Republikverfassungen eigens erwähnt wurden.

Əliyev wies in seiner Rede auch mit Recht darauf hin, dass die Verfassung von 1978 im unabhängigen Aserbaidschan von 1995 noch immer in Kraft und daher nichts dringlicher sei als eine alsbaldige Verabschiedung des Verfassungsentwurfes, der von der „Kommission zur Vorbereitung eines Entwurfes der neuen Verfassung der Republik Aserbaidschan“ (*Azərbaycan Respublikasının Yeni Konstitusiyası Layihəsini Hazırlayan Komissiya*) ausgearbeitet worden war. Der Präsident ging in diesem Zusammenhang auch auf den Beschluss (*qərar*) über die Staatssprache ein, der in der Regierungsperiode von Präsident Əbülfəz Elçibəy am 22. Dezember 1992 verabschiedet worden war und *Türk dili* zur Staatssprache erklärt hatte.¹⁰ Diesen Beschluss bezeichnete er rundweg als illegal. Seine Begründung erscheint durchaus objektiv: Der Beschluss war damals als Verfassungsänderungsentwurf vorgelegt, aber nur mit einfacher statt Zweidrittelmehrheit verabschiedet worden. Zudem war er nie Teil der Verfassung geworden.

In seinem Schlusswort zur Debatte am 2. November ließ der Präsident keinen Zweifel mehr daran, dass er in der neuen Verfassung *Azərbaycan dili* als Name der Staatssprache zu verankern wünsche. Nach seiner Meinung hatte das Volk den Namen *Türk dili* nie verinnerlicht. *Azərbaycan Türk dili* schob Əliyev als „hybride“ Bildung beiseite und führte stattdessen an, dass Aserbaidschanisch (*Azərbaycan dili*) unter dieser Bezeichnung in der Welt bekannt sei und diese Sprache sich im übrigen in den letzten 60 Jahren mehr entwickelt habe als je zuvor. Er erinnerte die Abgeordneten an die Unabhängigkeit der Republik, die ihren Platz unter den Staaten der Welt gefunden hätte und beschwor sie, nie an die nationale Identität zu rühren, zu welcher Entscheidung sie auch immer hinsichtlich der Staatssprache kommen sollten („Azərbaycan“, 11.11.1995).

Die ganze Prozedur der Diskussion um die neue Verfassung und insbesondere um den Artikel 23 „Staatsprache“ wurde von den Gegnern Əliyevs – als Hauptvertreter der *Azərbaycan dili*-Fraktion – als lächerliches Präsidententheater kritisiert, ja sogar als Rückfall in die Zeiten des totalitären Regimes.¹¹ In der Oppositionszeitung „Azadlıq“ (4. Nov. 1995) kommentierte der Linguistikprofessor Kamil Vəliyev unter der Überschrift „Der Name unserer Sprache oder wer sind wir?“ die sieben Stunden Diskussion im Akademiegebäude (31. Okt. 1995) mit der Bemerkung, dass

der Präsident den Wortlaut des Artikels 23 „Staatssprache“ auch leicht ohne jede Debatte in der Öffentlichkeit oder unter Fachleuten in seinem Sinne hätte durchsetzen können. Außerdem hätten diejenigen, die sich für *Azərbaycan dili* aussprachen, dies getan, um sich dem Präsidenten anzudienen. Der Schriftsteller Äkräm Äylisli sprach für sich und seine Kollegen Bəxtiyar Vahabzadə, Anar und Elçin, wenn er über diese Debatte sagte: „Wir fühlten uns dort ganz fehl am Platze (*qərib*). Wir hatten naiverweise saubere Vorgehensweisen erwartet, aber dann realisierten wir, dass es hier nicht um wissenschaftliche Diskussion ging, sondern ganz und gar um politische Aktion. Wenn ich das vorher gewusst hätte, dann hätte ich vielleicht nicht teilgenommen“ (Interview mit „525-ci Qəzet“, 10. 11. 1995). Ein Jahr später sagte der Abgeordnete Sabir Rüstəmxanlı im Rückblick auf diese Diskussionen: „Wenn die Intellektuellen sich alle für *Türk dili* stark gemacht hätten, dann hätte der Präsident das akzeptiert“ („525-ci Qəzet“, 30. 10. 1996).

Dem realpolitischen Grundton Äliyevs und seiner Parteigänger gegenüber argumentierten die Verfechter der Lösung *Türk dili* eher historisch und sprachhistorisch, jedoch mit nicht weniger nationaler Emotion. Manchen genügte es zu wissen, dass die Regierung der Aserbaidschanschen Demokratischen Republik (AzDR, 1918–1920) am 27. Juli 1918 durch Beschluss (*qərar*) Türkisch (*Türk dili*) zur Staatssprache erklärt hatte, um dieser Bezeichnung Gültigkeit zu verleihen. Immer wieder wurde in den Experten Debatten und in den Medien angeführt, dass das neue unabhängige Aserbaidschan Rechtsnachfolger der AzDR sei, indem es nämlich alle ihre Hoheitszeichen (Flagge, Hymne und Wappen) übernommen habe und eben auch den Namen der Staatssprache. Wiederholt wurde auch trotz gefragter, warum auf *Türk dili* als Bezeichnung der eigenen Sprache verzichtet werden solle, da man diese Bezeichnung für die Staatssprache doch rechtlich fixiert habe bevor (1918) die Türken der Türkischen Republik dies für sich taten (20. April 1924).¹²

Tatsächlich versetzt die Tatsache, dass *Türk dili* sowohl „Türksprache“ bedeutet als auch „Türkisch“ und in der Gegenwart selbst in Aserbaidschan primär als „Türkeitürkisch“ verstanden wird, die Fürsprecher von *Türk dili* in gewisse Verlegenheit. Doch geschwind fragen sie zurück „Warum sollen zwei Länder, in denen man Türkisch spricht, ihre Sprache nicht beide als „Türkisch“ bezeichnen?“ und verweisen auf die vergleichbare Sprachsituation in arabisch-, englisch- und spanischsprachigen Ländern.¹³ Bis 1936 sei in Büchern und Dokumenten die Bezeichnung *Türk dili* üblich gewesen. Erst in der Zeit der Unterdrückung 1936–1937 hätten Stalin und Genossen in ihrer Turkophobie künstlich die Bezeichnung *Azerbajd•anskij jazık* (Aserbaidschanisch) in die Praxis umzusetzen begonnen und dem türkischen Volk Aserbaidschans den Namen *Azerbajd•anskij narod* (aserbaidschanisches Volk) aufgezwungen (wie dies deutlich aus der sowjetischen Verfassung von 1936 und der aserbaidschanischen von 1937 ersichtlich sei)¹⁴, um es seinen Brüdern in Iran und der Türkei zu entfremden. Das käme dem Verdikt gleich,

dass Aserbaidschaner keine Wurzeln und keine Kultur hätten, sondern eine Mischung aus mehreren Völkern seien (Azər Rə'idođlu in „Millət“, 9. Nov. 1995).

Auch in einer Gesprächsrunde über das Pro und Kontra von *Türk dili*, zu der die Oppositionszeitung „Azadlıq“ bereits im Mai 1995 eingeladen hatte¹⁵ und an der bekannte Befürworter von *Türk dili* bzw. *Azərbaycan Türk dili* wie Yusif Seyidov, Leiter des Lehrstuhls für Aserbaidschansche Sprache und Didaktik der Staatsuniversität Baku (BSU), Tofiq Hacıyev, Leiter des Lehrstuhls für Turkologie an der BSU, Xaliq Bahadır, Kamil Vəliyev, Leiter des Lehrstuhls für Aserbaidschansche Linguistik der BSU und Siracəddin Hacı teilnahmen – die Opponenten waren der Einladung nicht gefolgt – fehlte der Verweis auf Stalin als rhetorische Waffe nicht. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass man das unabhängige Aserbaidschan zum Erben der Sowjetunion mache, wenn man in der neuen Verfassung die Bezeichnung *Azərbaycan dili* festschreibe, die doch Stalin seinerzeit auferlegt habe. Im übrigen argumentierten die Gesprächsteilnehmer, dass in keiner der historischen Quellen von *Azərbaycan dili* die Rede sei, sondern nur von *Türk dili* oder verwandten Formulierungen wie *Azərbaycan Türk dili*. Allerdings sei es beklagenswert, dass sich die Bürger des Landes nach Jahrzehnten des stalinistischen Tabus auf *Türk dili* nicht mehr daran erinnerten, dass dies ja der historische Name ihrer eigenen Muttersprache sei.

Als einer der prominentesten Verteidiger der Formeln *Azərbaycan Türk dili* und *Türk dili* äußerte sich Tofiq Hacıyev schon im Vorfeld zu den großen Debatten über die Staatssprache im Oktober/November 1995 in verschiedenen Zeitungen zu dem Thema. Nach seiner Ansicht hieß historisch gesehen überhaupt nur in Aserbaidschan die Sprache *Türk dili* oder *Türki*, während andere Türkvölker ihre Sprache als Tschagataisch, *Osmanlı* oder Baschkirisch bezeichneten („Azadlıq“, 2. Mai 1995). In den genannten Debatten ließ er wie eine Reihe seiner Fachkollegen neben *Türk dili* auch *Azərbaycan Türk dili* gelten („Azərbaycan“, 7. Nov. 1995)

Andere wiederkehrende Argumente für *Türk dili* sind, dass die „Brüder“ in Süd-Aserbaidschan (NW-Iran) weiterhin als „Türken“ bezeichnet würden, und man daher das Wort „Türk“ auch für Nord-Aserbaidschan bewahren müsse, um den Sinn für das Gemeinsame zu stärken (Kamil Vəliyev in „Azadlıq“, 4. Nov. 1995). Ansonsten mache man es den „Feinden“ (gemeint sind vornehmlich die Armenier) leicht, ein Volk mit zwei Namen zu belegen und es damit auseinanderzuidividieren und zu schwächen.¹⁶ Seit der Eroberung Nord-Aserbaidschans durch das zaristische Russland (1828) seien ein Volk, das seit dem Mittelalter unter dem Namen Türken bekannt sei, und seine Sprache, Türkisch, umbenannt worden, um Norden und Süden zu trennen.¹⁷

Der Schriftsteller Äkräm Äylisli war – als Fürsprecher von *Türk dili* – einer der wenigen, die die Frage offen aufgriffen, was diese Bezeichnung für die zahlreichen Minderheitengruppen in Aserbaidschan bedeuten könne. Im

Anschluss an die Debatten um den Namen der Staatssprache sagte er in einem Interview: „Wir Intellektuellen haben völlig versagt: Es ist uns nicht gelungen zu vermitteln, dass der Begriff *Türk dili* in keiner Weise für einen neuen Imperialismus steht oder die Rechte der Minoritäten in Frage stellt“ („525-ci Qäzet“, 10. Nov. 1995).¹⁸

In derselben Nummer der Zeitung „Yeni Müsavat“, in der über die erste Parlamentsdebatte zur Staatssprache unter Elçibäy berichtet wurde (24. Dez. 1992), erschien auch ein Kommentar von Nizami Cäfärov, Professor für Turkologie an der Staatsuniversität Baku, unter dem Titel „Azərbaycanda dövlət dili Azərbaycan Türk dilidir! ...“ (In Aserbaidshan ist die Staatssprache Aserbaidshanisch-Türkisch). Hier meldete sich ein Vertreter des mittleren Weges zu Wort, der mit seiner Ansicht eine Anzahl von Philologen und prominente Schriftsteller (wie Anar, Elçin, B. Vahabzadə) repräsentiert und auch jenseits der politisch-national motivierten Diskussionen umsetzt.¹⁹ Nach Cäfärov bildete sich der Ausdruck *Azərbaycan dili* – wie auch *Azərbaycan xalqi* oder *Azərbaycan milləti* – in den 1930er Jahren heraus und, wie sehr man sich auch an diese „unlogische Ausdrucksweise“ gewöhnt haben möge, man müsse sie in heutiger Zeit austauschen für *Azərbaycan Türk dili* oder *Azərbaycan Türkcəsi*, da Türkisch immerhin seit 1000 Jahren in dem, was heute Nord- und Süd-Aserbaidshan ist, gesprochen worden sei. *Türk dili* andererseits lehnte Cäfärov als zu allgemein und *Azəri dili* oder *Azəri Türkcəsi* als Relikt eines kurzlebigen Ausdrucks aus den 1960ern ab.²⁰

Diese knappe Presseschau zeigt, dass es allen Beteiligten an der Diskussion um die Staatssprache darum geht, in der Welt als eigene Nation wahrgenommen zu werden, gleich ob sie dies mit der Sicherheit begründen, die die geschichtlich gewachsenen Realitäten dem unabhängigen Aserbaidshan verleihen, oder mit dem kostbaren Erbe der türkischen Sprache, das sie mit Stolz erfüllt. Dennoch lässt sich eine tiefe Verunsicherung ob der eigenen Identität in der türkischsprachigen Bevölkerung Aserbaidshans wahrnehmen, die nicht nur eine Nachwirkung der in der sowjetischen Periode durchgemachten Entwicklung ist.

Barbara Kellner-Heinkele ist Professorin am Institut für Turkologie der FU Berlin.

* Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Bezeichnung der Staatssprache stellte die Zeitung „Millət“ ihre Beiträge dazu unter die Überschrift *Biz kimik?* (Wer sind wir?) (11.11.1995); auch einzelne Kommentatoren stellten diese Frage (Kamil Vəliyev in „Azadlıq“, 4.11.1995; „Tofiq“ in „Millət“, 14.11.1995).

** Zuerst erschienen in *Folia Orientalia* XXXVI (2000)/*Studia in honorem Stanisłai Stachowski dicata*, Jerzy Chmiel/Joachim Ćeliwa (Hrsg.), Kraków: The Enigma Press 2000, pp. 159–170.

¹ Die Forschung hat sich in den letzten Jahren recht eingehend mit den Phänomenen der Ethnizität, des Nationalismus und

der Suche nach Identität in der späten Sowjetperiode und den ersten postsowjetischen Jahren auseinandergesetzt und mit diesen gerade auch die Sprachproblematik in Verbindung gesetzt, vgl. u.a. D. D. Laitin, *Identity in Formation: The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*, Ithaca/London 1998; Graham Smith et al., *Nation-Building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge 1998; Karen Barkey/Mark von Hagen, Hrsg., *After Empire: Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman and Habsburg Empires*, Boulder, CO 1997; R. J. Kaiser, „Nationalism and Identity“, in M. J. Bradshaw, Hrsg., *Geography and Transition in the Post-Soviet Republics*, Chichester 1997, pp. 9–30.

² Im August 1989 reagierte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Aserbaidshans auf die Zeichen der Zeit und erhob die aserbaidshanische Sprache durch ein Dekret (*ukaz*) zur Staatssprache. Die anderen SSR mit türkischer Titularsprache verabschiedeten jeweils ein Sprachgesetz, das die Titularsprache zur Staatssprache erklärte: die Kasachische, Kirgisische und die Usbekische SSR zwischen Sept. und Okt. 1989, die Turkmenische SSR im Mai 1990.

³ Vgl. Jacob Landau/Barbara Kellner-Heinkele, *Politics of Language in the Ex-Soviet Muslim States: Azerbaijan, Uzbekistan, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Turkmenistan, and Tajikistan*, London 2001, Kap. 5 und 6.

⁴ Für diesen Beitrag wurden Zeitungsausschnitte aus folgenden aserbaidshanischen Zeitungen ausgewertet: „Azərbaycan“, „Azadlıq“, „525-ci Qäzet“, „Cümhuriyyət“, „Humanitar“, „Millət“, „Müxalifət“, „Yeni Müsavat“, „Zaman“. Die Titel dieser Zeitungen sind in dem durch Gesetz vom 25. Dez. 1991 eingeführten neuen Lateinalphabet gedruckt, wie gelegentlich auch Artikelüberschriften, während die Texte selbst weiterhin die aserbaidshanische Variante des Kyrillischen aufweisen. Zur Umschrift: Die neue Lateinschrift wird hier wie im Original wiedergegeben, nur „ä“ ist durch „a“ vertreten. Das Kyrillische ist nach der Umschrifttafel in *Nehmat Rahmati/Korkut Buđday, Aserbaidshanisch-Lehrbuch. Unter Berücksichtigung des Nord- und Südaserbaidshanischen*, Wiesbaden 1998, p. 2 transkribiert.

⁵ Vgl. Tadeusz Swietochowski, „Azerbaijan: Perspectives from the Crossroads“, in *Central Asian Survey*, Jg. 18 (1999), H. 4, pp. 419–434, hier p. 420.

⁶ Gesamtbevölkerung 7,9 Mio. (1999); neben 90% Aserbaidshanern werden für 1999 3% Slawen, 2% Armenier und 5% andere Minderheiten angegeben (Lesgier, Taten, Talyschen, u.a.), s. *The World Almanac and Book of Facts 2000*, Mahwah, N.J. 1999. Die Republik Türkei weist in absoluten Zahlen die höchste Bevölkerungszahl an ethnischen Türken auf.

⁷ Russischer Text in „Bakinskij Raboëj“, 5.12.1995, englischer Text in *Foreign Broadcasts Information Service-SOV-95-232-S*, 4.12.1995.

⁸ Vgl. die Rezension zu Nizami Hudiyevs Buch „Heydär Əliyev və Azərbaycan dili“ (Heydär Əliyev und das Aserbaidshanische), in: „Azərbaycan Dili və Ədəbiyyati Tədrisi“ 1998, no. 1, pp. 6–10. Die Teilnehmer an einer Gesprächsrunde der oppositionellen Müsavat-Partei zu dem Thema *Milli 'ii' ur və dil* (Nationales Bewußtsein und Sprache) verabschiedeten eine Erklärung darüber, dass die Regierung die Zerstörung des nationalen Bewusstseins verschulden könne, indem sie *Azərbaycan dili* in der Verfassung verankert habe („Yeni Müsavat“, 4.09.1998).

- ⁹ Äliyev scheint hier keinen Unterschied zwischen Staatssprache und offizieller Sprache zu machen, denn er spricht von *dövlät dili* („Azərbaycan“, 2.11.1995).
- ¹⁰ Ein Bericht des Turkologen Nizami Cəfərov über die kontroverse Debatte findet sich in „Yeni Məsəvat“ (24.12.1992). Zum Schluß heißt es da: *Azərbaycan parlamenti Azərbaycanca dövlət dilinin məhz türk dili (‘‘übhəsiz, Azərbaycan türk dili!’’) olduğunu qəbul etdi* (Das Aserbaidschanische Parlament verabschiedete (ein Gesetz darüber), dass die Staatssprache in Aserbaidschan allein Türkisch (sicherlich aserbaidschanisches Türkisch!) ist).
- ¹¹ Vgl. Kamil Vəli Nərimanoğlu, *Dilimiz varlığımızın təsdiqidir* (Unsere Sprache ist die Bestätigung unserer Existenz) in *Araz*, No. 1, Okt.–Dez. 1996, pp. 89–93, hier p. 89.
- ¹² Unter der Überschrift *Bir dilin iki adı olmur* (Eine Sprache hat nicht zwei Namen) Fikrət Rəhimov in „Cümhuriyyət“, 20.03.1993; der Turkologe Prof. Tofiq Hacıyev in „Azadlıq“, 2.05.1995. In diesem Zusammenhang überrascht immer wieder, dass manche Kommentatoren – nicht unwidersprochen – argumentieren, die zeitgenössische Sprache der Türken in der Türkischen Republik sei osmanisches Türkisch und damit „gehöre“ die Bezeichnung *Türk dili* den Türken Aserbaidschans (z. B. Sabir Rüstəmxanlı in der Parlamentsdebatte vom 22.12.1993, s. „Yeni Məsəvat“, 24.12.1992).
- ¹³ İslam Ələsgər in „Müxalifət“, 8. 11.1995. Er plädiert für *Türk dili* mit dem Sprichwort *Əslini danan haramzadədir* (Wer seinen Ursprung verleugnet, ist ein Bastard).
- ¹⁴ Der Verweis auf Stalins negative Rolle dient häufig dem Argument für die Wiederbelebung von *Türk dili*, vgl. Mahal Məmmədov, Geschichtspräsident, in seinem Artikel „Vətənimiz və dilimiz“ (Unser Vaterland und unsere Sprache) in „Cümhuriyyət“, 27.03.1993; A. H. in „Azadlıq“, 25.04.1995; Philologengesprächsrunde, „Azadlıq“, 2.05.1995; Ədalət Tahirzadə in „Yeni Məsəvat“, 23.06.1995; Anonym, *Tarixi həqiqət bərpə olunmalıdır* (Die historische Wahrheit muss aufrechterhalten werden) in „Zaman“, 4.11.1995; B. Safaoğlu in „Millət“, 11.11.1995; Tofiq in „Millət“, 14.11.1995; Kamil Vəli Nərimanoğlu in „Humanitar“, 24.04.1997.
- ¹⁵ „Azadlıq“ (2.05.1995) berichtete darüber ausführlich unter dem Titel „Dilimiz varlığımızdır“ (Unsere Sprache ist unsere Existenz).
- ¹⁶ Interview mit Prof. Tofiq Hacıyev unter dem Titel „Dilimiz Azərbaycan dili deməklə tariximizi saxtala’dırblar“ (Sie verfälschten unsere Geschichte, indem sie unsere Sprache aserbaidschanische Sprache nannten) in „Müxalifət“, 8.11.1995; Məhəmməd Allahmanlı in „Müxalifət“, 11.11.1995; Fikrət Rəhimov in „Cümhuriyyət“, 20.03.1993.
- ¹⁷ Prof. Əlisa ʹükürlü in ihrem Artikel *Türk dili* in „Yeni Məsəvat“, 7.01.1993. Die Zahl der gegenwärtig im „Süden“ (Iran) lebenden Volksgenossen geben die unterschiedlichen Autoren wechselnd mit mehr als 20, 25 oder 30 Mio. Menschen an.
- ¹⁸ Prof. Əlikram Abdullayev betont in seinem Artikel *Etnik rəngarənglik və milli birlik konstitusiyası* (Ethnische Vielfalt und die Verfassung der nationalen Einheit) aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Annahme der neuen Verfassung das Motiv der nationalen Einheit („Azərbaycan“, 11.11.1997).
- ¹⁹ So auch in seinem Beitrag *Ana dilim – varlıq möhürüm* (Meine Muttersprache – mein Existenzsiegel), in „Azərbaycan Dili və Ədəbiyyatı Tədrisi“ 1997, no. 2, pp. 2–8, wo von *Azərbaycan Türk dili* die Rede ist.
- ²⁰ Kein Verständnis für die im Ausland gebräuchliche Bezeichnung „Azeri“ für die Aserbaidschan-Türken und ihre Sprache zeigt Tofiq Melikli, s. *Azeri mi, Türk mü?* (Azeri oder Türke?), in „Türk Dili“ 569, Mai 1999, pp. 403–405.

„Til tagdyr – əl tagdyr“*: Das Schicksal der Sprache ist das Schicksal des Volkes – ein Jahrzehnt Sprachenpolitik im unabhängigen Kyrgyzstan

Von Brigitte Heuer, Berlin

Nationsbildung und Sprachenpolitik

Sprachenpolitik bildet einen Teilaspekt der Nationsbildungsprozesse in den neuen Nationalstaaten Zentralasiens. Wieso diese Prozesse sich in einer bestimmten Richtung entwickeln, wird nachvollziehbarer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bei den intellektuellen Eliten der Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Auffassung „ihrer“ neuen Staaten als ethnisch definierte Nationalstaaten – in denen der sogenannten Titularnation eine Hegemonialstellung zukommt – dominiert, wie Rogers Brubaker¹ brilliant dargelegt hat. Auf die Kontinuität sowjetisch geprägter Begrifflichkeiten und Denkmuster hat auch der russische Sozialanthropologe Valery Tishkov verwiesen: „As a result of past long-term indoctrination and the present-day propaganda for titular nationalism there exists an apparently indestructible belief in following postulates

of the following nature amongst former Soviet citizens – in this case amongst the Kyrgyz – both at the individual and at the collective level: [...] the republic, its resources, the state and other institutions are the property of the Kyrgyz nation.“²

Den Einwand, dass beispielsweise in Kyrgyzstan zur Zeit der Verabschiedung des Sprachengesetzes Ende der 80er Jahre neben 53 % ethnischen Kyrgyzen auch 29 % „Russischsprachige“, fast 13 % Uzbeken sowie Angehörige einer Vielzahl weiterer Ethnien lebten³, lässt diese Denkform nicht gelten: „Für die meisten anderssprachigen ethnischen Gruppen existieren in ihren *angestammten Gebieten*, sei es auf dem Boden der UdSSR oder außerhalb, *eigene* administrativ-territoriale Einheiten, die größtenteils auf dem ethnizistischen Prinzip begründet sind.“⁴ [Hervorhebungen der Verf.]. Diese These übersieht geflissent-

lich sowohl die Tatsache, dass manche russischen Familien seit vielen Generationen auf dem Gebiet des heutigen Kyrgyzstan siedeln, wie auch die ethnische Gemengelage in Zentralasien, aufgrund derer die problematischen Grenzbeziehungen der 20er Jahre gar keine ethnisch homogenen Staatsgebilde schaffen konnten.

In diesem Begründungszusammenhang, aber auch auf dem historischen Hintergrund der leidvollen Erfahrungen der Kolonialisierung sind die antirussischen Ausfälle der Partei der „nationalen Wiedergeburt“ *Asaba* (Freiheit) zu verstehen, die 1992 in einer programmatischen Erklärung heftige Vorwürfe gegen die Rolle der Russen in der Geschichte Kyrgyzstans erhob, die (ein Jahr später in der Verfassung verankerte) Konzeption eines „Volkes von Kyrgyzstan“ als Fiktion abtat und dafür eintrat, dass das Land ausschließlich den ethnischen Kyrgyzen gehören solle.⁵ Freilich wurde von offizieller Seite versucht, dieser gefährlichen Polarisierung und den ethnokratischen Tendenzen gegenzusteuern, indem Kyrgyzstan als „Staat aller Kyrgyzstaner“ definiert wird⁶; die Verfassung von 1993 trifft jedoch keine völlig eindeutige Festlegung zwischen dem Konzept der Staats- und der Kulturnation⁷. *Asaba* revidierte später die antirussischen Positionen, kritisiert aber weiterhin die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung der Sprachenpolitik als ungenügend.

Ebenfalls ein Erbe Stalin'scher Nationalitätenpolitik und der fest in den Köpfen etablierten Definition von Nation ist die Bedeutung, die Sprache im Prozess der Festigung der neuen Unabhängigkeit und der „Konsolidierung der Nation“ zugewiesen wird, häufig als ein „primary marker of national identity“⁸, als unabtrennbarer „Kern“ ethnischer Identität. In dieser Sichtweise ist ein Ukrainer ohne die Beherrschung „seiner“ Muttersprache quasi ein defizitäres Wesen, ohne „echte“ Identität. Ethnische Gruppen, die sich sprachlich (vorwiegend an das Russische) assimiliert haben, sind damit auch zu Akkulturation, letztlich zum „Untergang“, verurteilt.⁹ In diesem ideengeschichtlichen Kontext wird die emphatische Formulierung „das Schicksal der Sprache ist das Schicksal des Volkes“ verständlicher, derer sich ein mit Sprachenpolitik befasster hoher kyrgyzischer Beamter im eingangs zitierten Artikel bedient und die er wie folgt erläutert: „Wenn die Sprache lebt, lebt auch das Volk. Und je reicher sie ist, desto reicher ist das Volk. Deswegen sind wir Kyrgyzen jetzt auch so besorgt um unsere Sprache. Aber ich unterstreiche – ohne Schmälerung der Rechte der Sprachen anderer Völker, die auf unserem Territorium leben.“¹⁰

An dieser Stelle sei nur ergänzend angemerkt – selbstverständlich ohne das legitime Bedürfnis einer ethnischen Gruppe, ihre Sprache zu nutzen und zu entwickeln, in irgendeiner Weise in Frage stellen zu wollen –, dass es offensichtlich ethnien gibt, welche die Fortexistenz und das Wohlergehen ihrer Gruppe nicht ausschließlich an den Erhalt einer „ursprünglichen“ Sprache geknüpft sehen. Mitglieder einer ethnischen Gruppe können unter bestimmten Umständen den Sprachwechsel sogar als wichtig für ihr

weiteres Überleben und für die Mobilitätschancen ihrer Gruppenangehörigen gutheißen, sehen aber gleichzeitig ihre Differenz und Eigenart in diesem Prozess durchaus nicht als gefährdet an. Der Soziolinguist Werner Kummer hat darauf verwiesen, dass in den untersuchten Fällen die eher pragmatische Einstellung der indigenen Bevölkerung zu „ihrer“ Sprache mit den Ideen der (an westlichen Universitäten ausgebildeten) Intellektuellen dieser Gruppe kontrastierte, die Sprache zum „Schlüsselement der kulturellen Identität“ ihrer Gruppe erklärten.¹¹ Doch Sprachwechsel muss keineswegs mit unabdingbarer Konsequenz zum „Aussterben“, zum „Untergang“ eines Volkes führen. Die im Zweiten Weltkrieg nach Zentralasien deportierten Krimtataren beispielsweise, die bis Ende der 80er Jahre immer noch im usbekischen Exil auf ihre Repatriierung warten mussten, hatten sich sprachlich stark an die russische Sprache assimiliert, ohne ihre nationale Identität und Kohäsion einzubüßen.¹²

Sprachwechsel ist gerade auch für die Geschichte Zentralasiens mit ihren ethnisch-kulturellen Mischungen und Überlagerungen belegt¹³, ebenso wie Zweitsprachen und Bilingualismus verbreitet waren¹⁴ und in einigen Regionen bis heute sind, bis hin zum Trilingualismus.

Die russische Sprache freilich ist heute assoziiert mit der sowjetischen Vergangenheit und hat die Konnotation der kolonialen Unterdrückung und Fremdbestimmung. Als Symbol der Selbstbestimmung, als unentbehrlich für den nationalen Zusammenhalt wird seit Erlangung der Unabhängigkeit in den Staaten Zentralasiens die „Muttersprache“ aufgefasst, die unmittelbarer als „Geschichte“ oder „Kultur“ nationale Zugehörigkeit ausdrücken soll. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der „national (=kyrgyzisch)-russische Bilingualismus“ in der Sowjetunion ein einseitiger war, mit eindeutiger Dominanz der sowjetischen *lingua franca*. Die kyrgyzische Sprache erlebte in vielen gesellschaftlichen Gebieten einen Funktionsverlust und konnte sich in modernen Lebensbereichen nicht etablieren, wie der Jurist M. Ukušev am Beispiel des Rechtswesens und der Gesetzgebung 1991 beklagte. Neue Gesetzesprojekte wurden zunächst in Russisch erarbeitet und anschließend ins Kyrgyzische übersetzt; eine juristische Ausbildung konnte man damals nur in Russisch absolvieren.¹⁵ Ähnliche Tendenzen galten für das gesamte Ausbildungswesen, insbesondere für technische Disziplinen, in denen die notwendige Fachterminologie in Kyrgyzisch fehlte, und weite Bereiche des öffentlichen Lebens. Diese Situation führte nach Auffassung der kyrgyzischen Linguistin Bubiyna Oruzbaeva schließlich dazu, „dass allmählich sogar Kirgizen selbst das Interesse an ihrer Muttersprache verloren und Bedeutung und Wert von Muttersprache, nationaler Kultur und nationalem Selbstbewusstsein negierten.“¹⁶

Ein Problem ist allerdings, dass die sprachliche Assimilation an das Russische tatsächlich von Individuen vollzogen worden ist und an die nächsten Generationen weitergegeben wurde, welchen der Sprachwechsel nicht mehr

als Zwang der Verhältnisse bewusst ist, sondern die mit dem „muttersprachlichen“ russischen Medium „natürlich“ aufgewachsen sind (am stärksten in urbanen Schichten und in der technischen Intelligenz). Die Nationalisten würden diesen Prozess gerne rückgängig machen, sie geben also erneut Wertungen und Einstellungen vor. Sie sprechen den sprachlich Russifizierten die volle Zugehörigkeit zum kyrgyrischen Volk ab, denn diese haben nach ihrer Auffassung ihre ethnische Identität verloren und sind zu „Mankurten“ ohne kulturelles Gedächtnis geworden.¹⁷

Demographische Konstellationen und Sprachkenntnisse

Bei der letzten sowjetischen Volkszählung im Jahre 1989 hatte der Anteil ethnischer Russen noch mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Kyrgyzstans betragen. Ein Jahrzehnt später war nach den Resultaten des ersten in der unabhängigen Republik durchgeführten Zensus von 1999 die russische Bevölkerung auf 12,5 % der 4,82 Millionen Einwohner gefallen. Den Platz der zahlenmäßig zweitstärksten Ethnie nach der Titularnation nehmen nun die Uzbeken ein (konzentriert in den südlichen Provinzen des Landes). Zählt man zur Gruppe der „Russischsprachigen“ neben den Ostslaven auch Tataren und Deutsche, so macht ihr Anteil noch etwa 15 % aus. Abgesehen von unterschiedlichen Geburtenraten ist vor allem die Abwanderung ethnischer RussInnen und Russischsprachiger aus Kyrgyzstan Ursache ihres sinkenden Anteils an der Bevölkerung. Zwischen 1989 und 1995 haben ca. 330.000 Russen, Ukrainer und Weißrussen das Land verlassen.¹⁸ Der Schwerpunkt der Ausreisewelle lag in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Inzwischen hat sich der Prozess generell verlangsamt, doch je nach politischen Konstellationen vergrößert sich das Kontingent der potentiellen Migranten wieder (s.u.).

*Ethnische Gruppen in Kyrgyzstan
(in % der Gesamtbevölkerung)*

	1979	1989	1999
Kyrgyzen	47,9	52,4	64,9
Uzbeken	12,1	12,9	13,8
Russen	25,9	21,5	12,5
Dunganen	0,8	0,9	1,1
Ukrainer	3,1	2,5	1,0
Uighuren	0,8	0,9	1,0
Tataren	2,0	1,6	0,9
Kazachen	0,8	0,9	0,9
Tad•iken	0,7	0,8	0,9
Deutsche	2,9	2,4	0,4
Koreaner	0,4	0,4	0,4
Andere	2,8	2,8	2,2

Quelle: National Statistical Committee. Kyrgyz Republic: Results of the First National Population Census of the Kyrgyz Republic of 1999. Abschnitt 3.– URL: <http://stat-gvc.bishkek.su/Eng/Home/Start.html> (08.06.01).

Während nach den Daten der letzten sowjetischen Volkszählung 1989 nur 53 % der erwachsenen Bevölkerung in Kyrgyzstan nach eigener Einschätzung fließend Kyrgyrisch sprachen – bei einem Anteil von 52,4 % Kyrgyzen – war diese Quote zehn Jahre später im unabhängigen Kyrgyzstan auf 71 % gestiegen.¹⁹ Dabei sind die Verschiebungen in der ethnischen Zusammensetzung zu berücksichtigen; es sind zudem eher die Angehörigen der Titularnation selbst wie auch anderer turksprachiger Gruppen, die verstärkt ihre „Muttersprache“ bzw. die Staatssprache lernen. Im Jahre 1989 hatten nur 1,6 % der RussInnen und UkrainerInnen Kenntnisse in der Titularsprache angegeben. Die Russischsprachigen tun sich wegen sprachlicher, aber auch psychischer Barrieren mit dem Erlernen der Staatssprache schwer, beklagen aber auch mit Recht praktische Schwierigkeiten (fehlende Kursangebote, Lehrmaterialien, Lehrer etc.). Es ist weiterhin zu bedenken, dass – wie in den vorangegangenen Allunionsvolkszählungen – die Frage nach der Beherrschung der Staatssprache oder der „Muttersprache“ sowie nach der russischen Sprache keine unpolitische und periphere ist, die Antwort darauf also einen starken Bias hat. Diese Zensus-Kategorie ist ebenso sehr oder sogar eher ein Maß für Gruppenzugehörigkeitsgefühl wie für tatsächliche Sprachbeherrschung und -praxis.²⁰ Unter den „anderen Sprachen“ behauptet sich mit weitem Abstand das Russische; ein Drittel aller Kyrgyzen und Uzbeken und eine starke Mehrheit in anderen nationalen Gruppen (z.B. 81 % der Kazachen) sprechen Russisch fließend.²¹

Etappen der Sprachenpolitik: Staatssprache und „offizielle Sprache“²²

In Kyrgyzstan ist wie in Kazachstan in den vergangenen Jahrzehnten eine starke sprachliche Russifizierung zu verzeichnen gewesen; die Ergebnisse der Volkszählungen spiegeln deren Ausmaß jedoch, wie schon erörtert, nur ungenügend. In den Jahren 1989/90, also schon vor den Souveränitätserklärungen, wurden in den nichtrussischen Sowjetrepubliken in symbolischen Akten nationaler Selbstbehauptung und kultureller Wiedergeburt Sprachgesetze erlassen, mit denen eine wesentliche Forderung von Intellektuellen, den vorrangigen Trägern der nationalen Bewegung, erfüllt wurde.

Auch im noch sowjetischen Kyrgyzstan hatte das Sprachengesetz vom 23. September 1989 das Kyrgyrische – „die Sprache der ursprünglichen Bevölkerung und der Mehrheit der Bürger der Kirgizischen SSR, eine der ältesten Turksprachen, in der herausragende kulturelle Werte geschaffen wurden“ (wie es in der Präambel heißt) – zur Staatssprache erklärt.²³ In jener ersten, euphorischen Phase der Sprachenpolitik erhoffte man sich eine rasche Implementierung des Gesetzes und setzte ehrgeizige Fristen. Der Übergang zu Kyrgyrisch als Geschäftssprache in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen sollte gemäß den Ausführungsvorschriften zum neuen Gesetz bis Ende des Jahres 1998 vollzogen sein. Russisch erhielt im Gesetz

von 1989 den Status der Sprache der „interethnischen Kommunikation der Völker der UdSSR“ zugewiesen und konnte in allen im Sprachengesetz genannten Bereichen angewendet werden.

Art. 5 der neuen Verfassung der unabhängigen Republik (1993) bestätigte Kyrgyzisch als alleinige Staatssprache; Russisch und allen anderen im Land gebräuchlichen Sprachen wird ihre „Bewahrung, Gleichberechtigung und freie Entwicklung und freies Funktionieren“ garantiert. Diskriminierung aufgrund von Unkenntnis bzw. mangelnder Beherrschung der Staatssprache ist ausdrücklich untersagt.²⁴ Freilich war damit in Kyrgyzstan, anders als in Uzbekistan und Turkmenistan, die sprachenpolitische Debatte nicht abgeschlossen, und in der Folgezeit hoben neue Gesetzesinitiativen und Verordnungen den Status des Russischen, das in Kyrgyzstan bis heute im politischen und wirtschaftlichen Leben, in Ausbildung und Wissenschaft eine wichtige Rolle spielt, auch *de jure* allmählich wieder an – ein Prozeß, der auch mit Beginn des neuen Jahrhunderts noch anzudauern scheint.

Die Abwanderung der russischsprachigen Bevölkerung, die 1993/94 kulminierte, bedeutete für die junge Republik einen massiven *braindrain* und wirtschaftlichen Schaden. Präsident Askar Akaev reagierte auf diese Entwicklung mit einem Dekret vom Juni 1994 „Über Maßnahmen zur Regulierung der Migrationsprozesse in der Kyrgyzischen Republik“.²⁵ Dieses Dokument sieht erstmals Russisch als „offizielle Sprache“ in kompakten Siedlungsgebieten der russischen EinwohnerInnen vor. Die Forderung vor allem der politischen Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung nach Verankerung des Russischen als „offizielle Sprache“ auch in der Konstitution konnte bisher aber nicht durchgesetzt werden, da sie im Juni 1996 nur in einer Kammer des Parlaments eine Mehrheit fand.²⁶ Allerdings hat das damals von einer Gruppe von Parlamentariern angeforderte Verfassungsgericht eine mögliche Änderung von Art. 5 als – entgegen den Hoffnungen der Antragsteller der Normenkontrollklage – im Grundsatz verfassungskonform erklärt.²⁷ Dieses Projekt scheint jedoch im Moment auf Eis gelegt, denn trotz einer positiven Wiederholung der Abstimmung in der ersten Kammer des Parlaments im Juni 1997 kam es nicht zu einer endgültigen Verabschiedung des Amendments.²⁸

Vielmehr nahm schließlich am 25. Mai 2000 – insgesamt fünf Jahre nach der ersten Parlamentsvorlage zur Verfassungsänderung – ein „Gesetz über die offizielle Sprache der Kyrgyzischen Republik“ die parlamentarischen Hürden.²⁹ Damit kann Russisch als Amtssprache (offizielle Sprache) auf allen Ebenen der Verwaltung, Gesetzgebung, Rechtsprechung und in anderen öffentlichen Bereichen eingesetzt werden. Abgeordnete, die für das Gesetz gestimmt hatten, brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass dieses die Abwanderung der russischsprachigen Bevölkerung bremse. Die politischen Gegner, unter ihnen der Präsident von „*Kyrgyz Til*“, der Gesellschaft zur Pflege der Sprache, argumentieren dagegen mit der immer noch

„sehr schwachen“ Position des Kyrgyzischen. Eine Statusanhebung für das Russische, gar seine Etablierung als zweite Staatssprache würde den realen Status der kyrgyzischen Sprache erneut empfindlich beeinträchtigen.³⁰

Die vorläufig letzte Auseinandersetzung auf diesem Feld scheint sich im Frühjahr 2001 im Parlament abgespielt zu haben. Eine umstrittene Gesetzesvorlage aus dem Präsidialamt zur Einführung von Sprachprüfungen in Kyrgyzisch für Staatsbeamtete wurde wieder zurückgezogen.³¹ Dies war offenbar ein politisch zu brisanter Vorstoß, eine solche Maßnahme würde die russische Bevölkerung noch mehr als bisher schon geschehen aus der öffentlichen Verwaltung verdrängen.

Ist Kyrgyzisch weiterhin eine „Minderheitensprache“?

Deutlich wird, wie Sprachenpolitiker in Kyrgyzstan immer wieder einen Spagat vollbringen müssen bzw. um einen Ausgleich bemüht sind zwischen dem politischen Druck kyrgyzischer Nationalisten, das Sprachgesetz von 1989 nicht Makulatur werden zu lassen, sondern endlich mit gezieltem Nachdruck zu implementieren, und der Tatsache, dass Russisch im Lande weiterhin eine starke Stellung einnimmt und entsprechend artikulierten Forderungen russischsprachiger Bevölkerungsteile, der faktischen Existenz zweier Staatssprachen auch verfassungsmäßig Ausdruck zu geben.

Um dem Kyrgyzischen stärkere Geltung zu verschaffen, erließ Präsident Askar Akaev Anfang 1998 ein „Konzept zur Entwicklung der Staatssprache der Kyrgyzischen Republik“, in welchem anstehende Probleme identifiziert und Prioritäten und Lösungsstrategien festgelegt werden.³² Mit anderen Worten, das Programm kann auch stellenweise als Mängelkatalog gelesen werden – auf vielen Gebieten bedarf es verständlicherweise noch großer Anstrengungen und nicht zuletzt finanzieller Inputs, um den Status der Staatssprache bis hin zu „ihrer allseitigen Anwendung in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens“ anzuheben.³³ Die zunächst im Sprachengesetz von 1989 festgelegten Fristen zum vollständigen Übergang auf das Kyrgyzische als Geschäftssprache wurden zwischenzeitlich modifiziert und werden nun stufenweise realisiert: in den nordöstlichen Provinzen Naryn und Talas bereits im Jahre 2000, in den Provinzen Issyk-köl sowie Oš und Jalalobod mit hohen russischen bzw. usbekischen Bevölkerungsanteilen im Jahre 2003, und schließlich im Jahre 2005 in der Hauptstadt Biškek und im Èui-Gebiet.³⁴

In der Sichtweise betont nationaler Gruppierungen sind die weit reichenden Intentionen des Sprachgesetzes von 1989 im Verlauf der letzten zehn Jahre durch neue Dekrete, Programme und Gesetze immer mehr verwässert worden³⁵ – aus dem Blickwinkel der russischsprachigen Bevölkerung und in der Sicht der augenscheinlich um einen Ausgleichskurs bemühten Regierung sind diese Entwicklungen

als notwendige Anpassung an die Realitäten zu verstehen. Festzuhalten bleibt, dass in Kirgyzstan gegenwärtig der *de facto* Status der Staatssprache, „einem der Symbole staatlicher Souveränität, (...), dem Mittel zur Stärkung der Staatlichkeit und der Konsolidierung der Nation“³⁶, nicht dem gegenwärtig erreichten Macht- und Dominanzstatus der eponymen Ethnie im Staat entspricht.

Es ist nicht leicht, die linguistische Assimilation rückgängig zu machen, es gehört dazu auch die sekundäre sprachliche Sozialisation von erwachsenen Angehörigen der Titularnation in ihrer „Muttersprache“. Es geht hier also nicht nur um ideologische Probleme, sondern auch um ganz praktische, mit hohen finanziellen Kosten verbundene Aufgaben: Ausbildung guter Kirgyzischlehrer, Ausarbeitung neuer Methodiken des Sprachunterrichts und neuer Lehrbücher, Kursangebote sowohl für erwachsene Angehörige der Titularnation als auch für die verschiedenen minoritären Ethnien, vor allem die russische Bevölkerung. Eine entscheidende Weichenstellung für den künftigen Status des Kirgyzischen ist auch die Wahl der Unterrichtssprache für die Kinder. Hier machen sich die Faktizität des Faktischen und ein verhängnisvoller Kreislauf geltend: Solange sich die Hochschulausbildung in Kirgyzstan vor allem im Medium des Russischen vollzieht, wird auch die Nachfrage nach kirgyzischsprachigen Kindergärten und Schulen nur langsam steigen.



„Freunde, was soll denn passieren, wenn wir zur Zweisprachigkeit übergehen ...“ (Ata-urt, 21.–30. Nov. 1998).

Anm. d. Verf.: „koš tildүүлүк“ bedeutet nicht nur „Zweisprachigkeit“, sondern auch „Doppelzüngigkeit“, „Verrat“.

Noch immer ist die russische Sprache in der Ausbildung der künftigen intellektuellen und wissenschaftlichen Eliten, an den Hochschulen, dominierend, vor allem in technischen, naturwissenschaftlichen Fächern. Es mangelt weiterhin an Studienmaterial in der Staatssprache. Das Kirgyzische ist daher eigentlich weiterhin, wie Britta Korth treffend auf den Punkt bringt, eine „Minderheitensprache“, denn es sind ethnische Kirgyzen, die um höherer Mobilitätschancen willen Russisch lernen müssen, und die Staatssprache bedarf auch in Zukunft der institutionellen Unterstützung, um im öffentlichen Leben und nicht nur in der Familien- und Alltagskommunikation zu funktionieren.³⁷

Sprachenpolitik und Abwanderung der russischsprachigen Bevölkerung³⁸

Bei der Analyse der Migrationsmotive von RussInnen aus Zentralasien ist die Sprachenpolitik immer wieder an hervorragender Stelle genannt worden, während nach anderer Ansicht die wenig erfreuliche Wirtschaftssituation im Vordergrund steht. Meinungsumfragen und Experteneinschätzungen ergeben ein uneinheitliches Bild hinsichtlich der Bedeutung dieses Faktors in den letzten Jahren in Kirgyzstan.

Nach einer Umfrage russländischer Soziologen im Jahre 1996 rangierte die „Einführung der Staatssprache“ an letzter Stelle einer Skala von Migrationsmotiven potentieller russischer Emigranten aus Kirgyzstan.³⁹ Vor dem Hintergrund der geringen Kenntnisse der Staatssprache unter der russischen Bevölkerung Kirgyzstans gesehen, unterstützt die Gewichtung der Migrationsgründe den Eindruck, den auch die Medien vermitteln, dass *de facto*, im Alltag, in der Arbeitswelt die Staatssprache bisher doch nur in geringerem Maße zur Anwendung kommt. Sie hatte sich bis Mitte der 90er Jahre nicht durchsetzen können, und dieser Durchbruch ist auch Anfang des Jahrhunderts nicht gelungen.⁴⁰ Die Sprachenpolitik und ihre Umsetzung, nur für sich genommen, bereiten den russischsprachigen EinwohnerInnen weitaus weniger Probleme als beispielsweise die wirtschaftliche Krise und ihre Verdrängung aus wichtigen Funktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese beiden Momente wurden 1996 an erster Stelle der Migrationsmotive genannt⁴¹, und in einer anderen Umfrage aus dem Jahre 1998 gaben 35 % der Russischsprachigen an, dass sie die kirgyzische Sprache nicht erlernten, weil es für sie nicht notwendig sei⁴².

Die Abwanderung wird mit dem ethnopolitischen Klima insgesamt und den Tendenzen zur Entwicklung einer Ethnokratie begründet. Immer wieder wird darüber geklagt, dass die Aufstiegschancen für russischsprachige Staatsbedienstete – und jeder vierte Erwerbstätige ist in diesem Sektor beschäftigt – im heutigen Kirgyzstan begrenzt sind, auf der oberen und mittleren Regierungs- und Verwaltungsebene sind ethnische Kirgyzen überproportional vertreten.⁴³

Im zweiten Halbjahr 1999 waren nach Angaben des Föderalen Migrationsdienstes Russlands von RussInnen in Kirgyzstan wieder deutlich verstärkt Ausreisewünsche

und -absichten geäußert worden. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Angst vor äußeren Bedrohungen durch „militante Islamisten“, aber auch die zu jener Zeit immer noch ausstehende Verabschiedung eines Gesetzes, dass den Status der russischen Sprache anheben sollte (s.o.), wurden als wesentliche Motive der Abwanderung genannt.⁴⁴ Dabei mag auch die Sprachenpolitik als Legitimation herangezogen werden, um der verständlichen Unzufriedenheit mit der Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage und der berechtigten Sorge um die Zukunft der Kinder ein weiteres Motiv beizugesellen und in der Selbst- bzw. Fremdwahrnehmung eher den Status von „Zwangsmigranten“⁴⁵ einzunehmen. Zwar vertritt ein kyrgyzstanischer Autor vermutlich russischer Herkunft die Auffassung, dass der Sprachfaktor nach der Statusanhebung für das Russische kein gewichtiges Motiv der „erzwungenen Migration“ mehr bildet.⁴⁶ Die Sprachenpolitik hat jedoch auch für die russische Bevölkerung eine symbolische Bedeutung: „Damit hat alles angefangen“.

Hinsichtlich der Frage der Staatsbürgerschaft hatte übrigens Kyrgyzstan, wie alle zentralasiatischen Staaten, die sogenannte Nulloption gewählt. Im Gegensatz zur Praxis in Lettland und Estland wurden alle zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit im Lande ansässigen Personen auf Wunsch naturalisiert, ohne sich hierfür – wie in den beiden baltischen Staaten – besonderen Sprachtests unterziehen zu müssen. Doch auch auf diesem Gebiet ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Eine Gesetzesvorlage zur Änderung der Verfassung vom Juni 2001, immerhin von 70 Abgeordneten beider Kammern des Parlaments eingereicht, zielt darauf ab, nunmehr unter bestimmten Bedingungen auch die doppelte Staatsbürgerschaft, allerdings ausschließlich mit Russland, zuzulassen.⁴⁷ Dieser politische Schachzug soll die Beziehungen mit Russland und die Lage jener KyrgyzInnen bzw. RussInnen erleichtern, die den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern vorantreiben. Es ist zu hoffen, dass dieser Schritt als vertrauensbildende Maßnahme gedeutet wird und dazu beiträgt, den noch in Kryrgyzstan verbliebenen ethnischen RussInnen und Russischsprachigen eine Perspektive zum Bleiben zu geben.

Dieser kurze Überblick, der nur einige Aspekte der Sprachenpolitik und -situation aufgreifen konnte, lässt vermuten, dass die Entwicklung auf diesem Gebiet in Kyrgyzstan noch nicht zu ihrem Abschluss gekommen ist. Es wird noch längere Zeit dauern und politischer Anstrengungen bedürfen, um der Staatssprache Kyrgyzisch stärkere Geltung zu verschaffen. Vielleicht könnte in Kyrgyzstan, nach einer Aussöhnung mit der sowjetischen Vergangenheit, in den nachwachsenden Generationen eine neue, weniger belastete Variante eines kyrgyzisch-russischen Bilingualismus entstehen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Sprachenrechte auch der anderen ethnischen Gruppen, wie beispielsweise der starken uzbekischen „Minderheit“ (auf die in diesem Beitrag nicht eingegangen werden konnte).

Der Erhalt des Russischen als Zweitsprache bietet immerhin auch die Chance, einen einheitlichen eurasischen Kommunikationsraum zu bewahren.

Stud. Ass. Brigitte Heuer ist Lehrbeauftragte am Osteuropa-Institut und Freie Mitarbeiterin am Institut für Turkologie der FU Berlin, z.Zt. Stipendiatin des Berliner Programms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre.

* Interv'ju po povodu *Til tagdyr – el tagdyr*, Slovo Kyrgyzstana, 1./2. April 1997. Vgl. auch: Sud'ba jazyka – sud'ba naroda, a.a.O., 25./26. März 1997; *Til tagdyr el tagdyrynan a'yragys* (Das Schicksal der Sprache ist nicht zu trennen vom Schicksal des Volkes), *Ata•urt*, 21.–30. Nov. 1998. – Für die Übersetzung kyrgyzischer Texte ins Russische gilt mein herzlicher Dank Dr. Tynchtekbek Tchorojev [Tchorotegin], Prag/Bishkek, sowie auch M.A. Helga Anetshofer, Berlin, für die geduldige Hilfe bei schwierigen kyrgyzischen Textstellen.

¹ Rogers Brubaker: Nationhood and the national question in the Soviet Union and its successor states: an institutionalist account. In: Ders., *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*, Cambridge 1996 (repr. 1997), S. 23–54.

² Valery Tishkov: 'Don't Kill Me, I'm a Kyrgyz!': An Anthropological Analysis of Violence in the Osh Ethnic Conflict. In: *Journal of Peace Research*, Jg. 32 (1995), H. 2, S. 133–149, hier S. 147.

³ Bubiyna O. Oruzbaeva: Die kirgizische Sprache als Staatssprache unter neuen Voraussetzungen. In: *Bamberger Zentralasiastudien. Konferenzakten ESCAS IV. Bamberg 8.–12. Oktober 1991*, hrsg. von Ingeborg Baldauf und Michael Friedrich, Berlin 1994, S. 165–170; hier S. 166.

⁴ Ebenda.– Es soll der Autorin nicht unterstellt werden, dass sie durchdacht hat bzw. damit einverstanden ist, was eine konsequente Fortführung dieses Gedankengangs implizieren könnte.

⁵ Zit. bei: Paul Kolstoe: *Russians in the Former Soviet Republics*, London 1995, S. 236.

⁶ Analoge Konzepte sind in anderen zentralasiatischen Republiken entwickelt worden.

⁷ Vgl. die Präambel (Konstitucija Kyrgyzskoj Respubliki, Biškek 1998).

⁸ Graham Smith et al.: *Nation-building in the Post-Soviet Borderlands*, Cambridge 1998, S. 150.

⁹ Laitin, David D.: *Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*, Ithaca/London 1998 (The Wilder House Series in Politics, History, and Culture), S. 10.

¹⁰ Interv'ju po povodu.

¹¹ Werner Kummer, *Sprache und kulturelle Identität*. In: *Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten*, hrsg. von Eckhard J. Dittrich u. Frank-Olaf Radtke, Opladen 1990, S. 265–275.

¹² Gwendolyn Sasse: Die Rückkehrbewegung der Krimtataren. Voraussetzungen, Gremien und aktuelle Entwicklungen. In: *Osteuropa*, Jg. 45 (1995), H. 4, S. 338–348, hier S. 339.

¹³ Ingeborg Baldauf: Some thoughts on the making of the Uzbek nation. In: *Cahiers du monde russe et soviétique*, Jg. 23 (1991), H. 1, S. 79–95.

- ¹⁴ Zur Rolle des Persischen als Zweitsprache in diesem Raum vgl. Bert G. Fagner: Die „Persephonie“: Regionalität, Identität und Sprachkontakt in der Geschichte Asiens. Halle/Berlin 1999 (Anor; 5).
- ¹⁵ *Jurist kyrgyzëa bilebi?* (Beherrscht der Jurist das Kyrgy-zische?), *Ërkin Too*, 11.–17. Sept. 1991.
- ¹⁶ Oruzbaeva, a.a.O., S. 168.
- ¹⁷ Dieser Terminus geht zurück auf eine mythische Figur, die einer Art „Gehirnwäsche“ unterzogen wurde, in *Ëngiz Ajtmatovs Roman „I dol’she veka dlitsja den“* (Frunze 1981). Der Begriff wird seit den 80er Jahren in ganz Zentralasien pejorativ in den Diskursen über kulturelle Identität verwendet.
- ¹⁸ Geringfügig niedrigere bzw. höhere Daten in *Social’no-ëkonomiëskie problemy migracii naselenija Kyrgyzskoj Respubliki (1991–1996 gg.)*, hrsg. von Kyrgyzsko-Rossijskij Slavjanskij Universitet, Biškek 1997, S. 38, und in Jacob M. Landau u. Barbara Kellner-Heinkele: *Politics of Language in the ex-Soviet Muslim States. Azerbaijan, Uzbekistan, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Turkmenistan and Tajikistan*, Ann Arbor 2001; S. 43, Tab. 3.4.
- ¹⁹ Vgl. Abschnitt 3: National Statistical Committee. Kyrgyz Republic: Results of the First National Population Census of the Kyrgyz Republic of 1999. Abschnitt 3.– URL: <http://stat-gvc.bishkek.su/Eng/Home/Start.html> (08.06.01).
- ²⁰ Vgl. Kap. 5.3, S. 87 ff. in Valery Tishkov, *Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union. The Mind Aflame*, London etc. 1997.
- ²¹ National Statistical Committee, Kyrgyz Republic.
- ²² Vgl. auch Kap. 5 u. 6 in Landau/Kellner-Heinkele, *Politics of Language*.
- ²³ *Zakon Kirgizskoj SSR „O gosudarstvennom jazyke Kirgizskoj SSR“*; russische Fassung abgedruckt in: *Nationalities Papers*, Jg. 23 (1995), H. 3, S. 631 ff.
- ²⁴ *Konstitucija Kyrgyzskoj Respubliki*, Biškek 1998.
- ²⁵ *Social’no-ëkonomiëskie problemy migracii*, S. 73 f.
- ²⁶ *Nezavisimaja gazeta*, 01.07.1996.
- ²⁷ *Veëernij Biskek*, 08.01.1997.
- ²⁸ Allerdings stellten einige kyrgyzische Medien und westliche Darstellungen die Verfassungsänderung als vollendete Tatsache hin.
- ²⁹ *Kyrgyz News*, 25.05.2001. Online: idinov@referl.org.– Diese Nachricht firmierte nicht nur in dieser Quelle unter der inkorrekten Schlagzeile „Russisch ist zweite Staatssprache“.
- ³⁰ *News and Comments*, in: *Central Asia Monitor*, 1998, H. 5, S. 27.
- ³¹ RFE/RL Newslines, vol. 5, 2001, No. 82, Part I (27.04.2001). Online: newsline@listrferl.org.
- ³² Ukaz prezidenta Kyrgyzskoj Respubliki: O dal’nejšem razvitii gosudarstvennogo jazyka Kyrgyzskoj Respubliki. Priloženie 1: *Koncepcija razvitija gosudarstvennogo jazyka Kyrgyzskoj Respubliki*. In: *Normativnye akty Kyrgyzskoj Respubliki*, 1998, No. 3, S. 10–14.
- ³³ Ebenda.
- ³⁴ Interview T. Tchoroev mit Almaz Toktomametov, Sekretär des Staatskomitees für die Staatssprache, Sept. 1999 (Brief von T. Tchoroev, 24. Sept. 1999).
- ³⁵ Diese Diskussionen finden ihren Niederschlag vor allem in der kyrgyzischsprachigen Presse, beispielweise *Ëne tilsiz egemendik bolbojt* (Ohne Muttersprache keine Souveränität), *Zaman Kyrgyzstan*, 14. Aug. 1998, *Prezidentibiz „orus tiline oficialduu status“ degen „ildetke“ äaldyky* (Unser Präsident ist von der „Krankheit: offizieller Status für das Russische“ angesteckt), *Asaba*, 12. Sept. 1997; *Ëkinèi ène til „oorusunun“ kabyldap ketiši* (Die Verschlimmerung der „Krankheit“ der zweiten Muttersprache), *Res Publica*, 14.–20. Jan. 1997.
- ³⁶ Ukaz prezidenta.
- ³⁷ Britta Korth: *The Limits of Language Revival*, in: CIMERA. Publications [2001]. URL: http://www.cimera.org/publications/nav_publications.htm, 8 pp. (06.05.01).
- ³⁸ Aktuelle Migrationsdaten sind widersprüchlich. Nach Angaben der Russischen Botschaft in Bishkek stellten 1999 rund 25.000 Personen einen Ausreiseantrag und 6.300 setzten diese Absicht tatsächlich um (*Kyrgyz News*, 25.06.2000. Online: idinov@rferl.org).
- ³⁹ Kusein I. Isaev u. Galina L. Gorborukova: *Russkie v Kyrgyzstane*. In: *Sociologiëskie issledovanija*, 1998, No. 3, S. 58–66, vgl. hier Tabelle 3, S. 65.
- ⁴⁰ Natal’ja Kosmarskaja: *Chotjat li russkie v Rossiju?* (Sdvigi v migracionnoj situacii i položenija russkojazyčnogo naselenija Kyrgyzstana). In: *V dviženii dobrovol’nom i vynuđennom. Postsovestskie migracii v Evrazii*, hrsg. von A.P. Vjatkin, N.P. Kosmarskaja, S.A. Panarin, Moskva 1999, S. 180–214, hier S. 188 ff.
- ⁴¹ Jurij P. Došëicin u. Nikolaj N. Lapin: *Social’naja znaëimost’ faktorov vynuđennoj migracii*. In: *Sociologiëskie issledovanija*, 2001, No. 1, S. 92–96.
- ⁴² Kosmarskaja, *Chotjat li russkie*, S. 193.
- ⁴³ Vgl. U.S. Department of State. *Kyrgyzstan. Country Report on Human Rights Practices –2000–*. Released (...) February 2001. URL: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2000/eur/index.cfm?docid=807> (20.06.01).
- ⁴⁴ *Interfax* 7. März 2000 und *RFERL* 8. März 2000 (URL: <http://www.soros.org/kyrgyzstan/omri/0488.html> und URL: <http://www.soros.org/kyrgyzstan/omri/0490.html>) (29.03.00).
- ⁴⁵ „*Vynuđennye migranty*“.
- ⁴⁶ M.A. Rudov, *Jazykovaja motivacija vynuđennoj migracii*. In: *Social’no-ëkonomiëskie problemy migracii*, S. 75.
- ⁴⁷ *Kyrgyzstan Daily Digest*, 5. Juni 2001. URL: <http://www.eurasianet.org/resource/kyrgyzstan/hypermail/news/0010.html> (06.06.01).

Nach Abschluss des Manuskripts stieß die Verfasserin auf folgende Nachricht:

Russian to Be Designated as Official Language in Kyrgyz Constitution?

Meeting in Sochi at the CIS summit with his Russian counterpart Vladimir Putin, Kyrgyz President Askar Akaev said that the Kyrgyz parliament may soon amend the country’s constitution to formally designate Russian as an official language, ITAR-TASS reported. In a bid to stem the outmigration of qualified Russian personnel from Kyrgyzstan, the Kyrgyz parliament last year adopted legislation giving Russian the status of an official language (...).

(Kyrgyz Daily Digest, 03.08.2001. URL: <http://www.eurasianet.org/resource/kyrgyzstan/hypermail/news/0008.html>. 21.08.2001.)

Unerwünschte Kontakte. Die rumänisch-slawischen Sprach- und Kulturbeziehungen und ihre Entwertung

Von Siegfried Tornow, Berlin

Vorbemerkung

Südosteuropa ist aus seiner langen Geschichte ein reiches Erbe zugefallen, das prähistorische „balkanische“, das römische aus der Antike, das byzantinische aus dem Mittelalter und das osmanische aus der frühen Neuzeit; seit dem 19. Jh. können nun die südosteuropäischen Nationen darüber frei verfügen, sie können es antreten oder ausschlagen, die Zeugnisse pflegen, vernachlässigen oder zerstören. Zu solchen historischen Zeugnissen gehören nicht nur die aus der Vergangenheit erhaltenen Texte sondern auch die Sprachen selbst: Sie sind – diachronisch beschrieben – wahre Geschichtsmuseen.

So auch das Rumänische. Allerdings waren die sprachlichen Verhältnisse in den von Rumänen besiedelten Gebieten besonders kompliziert. Einmal weil man von 600 bis ins 18. Jh. von einer romanisch-slawischen Symbiose und dementsprechend von romanisch-slawischer Zweisprachigkeit ausgehen muss und weiter weil in der Moldau und der Walachei bis in die Mitte des 17. Jh. bis auf wenige religiöse Übersetzungen und Kaufurkunden alle Texte grundsätzlich auf Kirchenslawisch geschrieben wurden.

Dieser slawische Einfluss hat zusammen mit dem griechischen und türkischen, denen die südosteuropäischen Sprachen insgesamt ausgesetzt waren, das Rumänische entscheidend geprägt, so sehr, dass sich daraus ein bis in unsere Tage andauerndes ideologisches Problem entwickelt hat, dem ich hier nachgehen will.

1. Ethnische und sprachliche Verhältnisse in Südosteuropa um 1800

Die geographischen Termini Südosteuropa und Balkan werde ich wie folgt gebrauchen: Südosteuropa definiere ich kulturhistorisch als das orthodoxe (und muslimische) Osteuropa südlich des Dnjestr, das mittel- oder unmittelbar unter osmanischer Herrschaft stand, mit anderen Worten den Balkan unter Einschluss der Donaufürstentümer. Balkanisch verwende ich hier als linguistischen Begriff für die südosteuropäischen Sprachen mit starkem Analytismus (s.u.). Südosteuropa umfasst somit das Areal der zentralen Balkansprachen Griechisch, Albanisch, Bulgarisch mit Makedonisch und Rumänisch mit Moldauisch und Aromunisch.

Es ist aber auch das Gebiet anderer Völker wie der Türken und Serben, dazu kommt die jüdische, deutsche, ungarische und armenische Diaspora. Vorab ist festzuhalten, dass auch um 1800 die Siedlungsverhältnisse insgesamt noch instabil waren. Neben der weit verbreiteten Wanderviehzucht der Walachen sei an die politisch bedingten

Umsiedlungen erinnert, so die Abwanderung der Osmanen und sephardischen Juden. Davon abgesehen siedelte man überhaupt nicht geschlossen, sondern oft verstreut, selbst die Dörfer konnten ethnisch gemischt sein, waren jedoch grundsätzlich konfessionell einheitlich; die Städte waren multiethnisch und multikonfessionell, die Stadtviertel *mahalle* hingegen konfessionell abgegrenzt. Solche soe. Städte waren noch am Ende des 19. Jh.: Czernowitz: 51% Deutsche, 19% Ruthenen, 14% Rumänen, 13% Polen; Temesvár: 51% Deutsche, 27% Ungarn, 14% Serben (und Rumänen?); Bitola: 35% Albaner (und Türken?), 29% Slawen, 19% Griechen, 12% Aromunen, 6% Juden; Saloniki: 55% Juden, 20% Türken, 12% Griechen, 8% Slawen, 3% „Franken“; Konstantinopel: 43% Türken, 23% Griechen, 17% Armenier, 5% Bulgaren, 5% Juden (Meyer 1902–8, Brokgauz/Efron 1890–1904).

So kann man wohl annehmen, dass sowohl in den Städten als auch weitgehend auf dem Lande Mehrsprachigkeit eher die Regel als die Ausnahme war. Multiethnischer, unikonfessioneller Kontakt herrschte innerhalb des Dorfs, des Stadtviertels, beim Gottesdienst, in den Zünften; multikonfessioneller Kontakt innerhalb der Stadt als ganzer, auf den Handelswegen, auf den Märkten, bei religiösen Festen, die ja von Angehörigen verschiedener Glaubensrichtungen besucht wurden.

Um 1800 sprach man in Südosteuropa meist ländliche Dialekte oder Stadtmundarten, die von den gebildeten Zeitgenossen mit ziemlicher Verachtung bewertet wurden.

„Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, dass um die untere Donau und weiter nach Südwesten sich eine Gruppe auseinandergränzender Sprachen zusammengefunden hat, die bei stammhafter Verschiedenheit nur darin übereinstimmen, dass sie die verdorbensten ihrer Familien sind. Diese misstratenen Söhne sind das Walachische in der romanischen, das Bulgarische in der slawischen und das Albanesische in der griechischen Familie“ (A. Schleicher: Zur vergleichenden Sprachgeschichte. Bonn 1848, S. 143, zitiert bei Schaller 1999: 98–99).

Diese genetisch verschiedenen Sprachen hatten im Laufe der Zeit Gemeinsamkeiten besonders in zwei Bereichen herausgebildet, der Lexik und der Morphosyntax. Die balkanische Lexik war vor allem griechischer und türkischer Herkunft. Die griechische bezog sich auf die kirchliche Terminologie und die damit zusammenhängende Kultur wie das Schulwesen, aber auch auf die Zivilverwaltung, Landwirtschaft und Schifffahrt; die türkische auf den Islam, das Militär, das Hauswesen, Handwerk, Handel, Kleidung und Nahrung.

Die balkanischen morphosyntaktischen Strukturen sind durch den Analytismus geprägt, der sich durch intensiven

Sprachkontakt erklären lässt. Analytisch sind auch andere Sprachen wie das Englische oder Persische; für die Balkansprachen ist entscheidend, dass sie in für solche Prozesse verhältnismäßig kurzer Zeit vom synthetischen Ausgangspunkt, der für das Kirchenslawische noch um 900 belegt ist, bis etwa 1500 (frühes Neubulgarisch, älteste rumänische Texte, neugriechische Volkssprache) den analytischen Typ herausbilden.

Diese Sprachen waren um 1800 in diesem Zustand nicht verschriftlicht. Man schrieb und las damals die Sakralsprachen Griechisch und seltener aus Russland reimportiertes Kirchenslawisch, weiter osmanisches Türkisch, daneben albanische oder südslawische Literaturdialekte; zum Rumänischen weiter unten. Man bemühte sich um überregionale Ausdrucksmittel, die sich sowohl mündlich als auch schriftlich verwenden ließen; gewöhnlich konkurrierten zwei oder mehrere davon auf einem vornationalen Territorium.

Als sich um 1800 die nationalen Eliten der Sprachenfrage annahmen, ging es für sie darum, in dieses vermeintliche Chaos eine Art Ordnung zu bringen: Man wollte an alte Traditionen anknüpfen, den Sprachen wieder „Dignität und Anciennität“ verleihen (Steinke 1999: 399). Mit der Sprache und über sie sollten die Sprecher sich identifizieren, über die banale Gegenwart erheben und gleichzeitig von den Sprechern anderer Sprachen abgrenzen. Über den Schulunterricht und die Volksbildung wollte man den Griechen wieder „anständiges“ Griechisch beibringen, d.h. die Sprache Platons und Xenophons, den Bulgaren wieder „richtiges“ Slawisch, d.h. Kirchenslawisch. Im Falle der Rumänen war die Sache allerdings komplizierter.

2. Die kirchenslawisch-orthodoxe Tradition bei den Rumänen

Denn was war eigentlich die rumänische Tradition? Das rumänische Mittelalter hat ja sehr spät begonnen. In der Walachei konnte sich erst nach den Mongoleneinfällen und dem damit verbundenen Abzug der Kumanen nach Ungarn eine dauerhafte weltliche und kirchliche Ordnung etablieren: 1359 gewährte ihr Konstantinopel die kirchliche Unabhängigkeit unter einem Metropoliten in Curtea Arge^o. Die orthodoxe Kirche der Moldau war zunächst nach dem Erzbistum Haliè orientiert und erhielt erst 1401 einen eigenen Metropoliten in Suceava.

„1369 wurde auf Anregung des Serben Nikodim... im Banat von Severin mit Vodija ein erstes Kloster bei den Rumänen gegründet, um 1377 in Tismana ein zweites... An diesen ersten Gründungen wie an den folgenden sind Slaven in hohem Maße beteiligt, so dass in den rumänischen Ländern die großen Klöster neben den Fürstenhöfen zu Zentren der slavischen Kultur werden. Auch die folgenden 20 walachischen Klostergründungen... im Verlaufe des 14. und 15. Jh. und nochmals 30 im 16. Jh. sind dem athonitischen Vorbild verpflichtet... In der Moldau beginnt das Klosterleben unter Beteiligung bulgarischer Mönche 1395 mit der Gründung von Neampj; es folgen noch 3 im 14. Jh., weitere

12 Klöster im 15. Jh. und nochmals 10 im 16. Jh.“ (Trunte 1998: 212). Bis 1600 wurde in den Donaufürstentümern also die beeindruckende Menge von 78 Klöstern gegründet.

In den moldauischen Klöstern entwickelten sich regelrechte Schreiberschulen, neben religiöser wurde auch weltliche Literatur in slawischer Sprache gepflegt, so erschien 1444 in Bistrija eine Ausgabe des „Zakonik“ Stefan Dušans von 1349. Als später der Buchdruck bei den Serben durch das Vordringen der Türken zum Erliegen kam, wurde die Walachei zu einem Zentrum des slawischen Buchdrucks: der Metropolit Maxim holte den Drucker Makarije aus Cetinje nach Muntenien, wo er 1508–12 biblische und liturgische Bücher druckte.

Ungeachtet ihrer ethnischen Besonderheit waren die Rumänen also rundum eingebettet in die slawisch-orthodoxe Kultur. Amtssprache war das Kirchenslawische. „Regierungsverordnungen, Kaufmannsprivilegien, Akten und Urkunden über Grundbesitzverhältnisse, Chroniken, Geschichtsbücher und Gesetze waren in der kirchenslawischen Sprache verfasst“ (Huber 1973: 41). Es war ein Kirchenslawisch bulgarischer Redaktion, „Urkunden, die die lokale bulgarische Sprachform repräsentieren...“, haben sich seit der Mitte des 14. Jh. erhalten. Erst Ende des 15. Jh. zeigt die Kanzleisprache erste Rumänismen, im 16. Jh. wird das Slawische fehlerhaft... Die bulgarisch-kirchenslawische Literatursprache in den Donaufürstentümern orientierte sich seit dem Ende des 14. Jh. am Vorbild der Tärnover Schule und gab deren Einflüsse nach Russland weiter. In der zweiten Hälfte des 15. Jh. zeigte sich... eine Zunahme serbischer Züge in der Literatursprache“ (Trunte 1998: 126).

Die Kenntnis dieser kirchenslawischen Kanzlei- und Kirchensprache war sicher allgemein verbreitet, zumindest bei allen, die lesen und schreiben konnten. Zentren der kirchenslawischen Kultur waren die Klöster und bischöflichen Verwaltungen, die Kanzleien der Fürstenhöfe und Bojarensitze aber auch die Kontore der Kaufleute, soweit man dort nicht Griechisch schrieb. Es ist anzunehmen, dass das Kirchenslawische auch darüber hinaus verständlich gewesen sein muss:

Erstens dauerte die slawisch-rumänische Symbiose und Zweisprachigkeit in manchen Gegenden sehr lange an, noch 1900 war die Moldau (einschließlich der Bukowina und Bessarabiens) zu einem Drittel slawisch;

zweitens wurde der Gottesdienst nicht nur in den Städten und Klöstern, sondern auch auf dem Lande kirchenslawisch abgehalten;

drittens war der Anteil an slawischen Wörtern im Rumänischen vor der Romanisierung im 19. Jh. sehr hoch. Im ersten etymologischen Wörterbuch des Rumänischen von 1870 sind von den 5765 behandelten Lexemen nur 20% lateinischer Herkunft, 41% slawischer, 18% türkischer, 11% griechischer und 10% ungarischer (Cihac 1870–79: viii). „Obgleich das Wörterbuch des moldauischen Philologen... nicht alle Etyma enthält – übrigens auch weitgehend unzuverlässig ist –, sähe eine vollständige Statistik in ihren

Proportionen nicht wesentlich anders aus; denn wenn einerseits viele Wörter lateinischen Ursprungs fehlen, so fehlen andererseits auch sehr viele anderer Herkunft“ (Tagliavini 1973: 257).

Geschrieben wurde das rumänische Kirchenslawisch in der westlichen Kyrillica, aus der später die serbische, kroatische und rumänische Kyrillica hervorgingen, während Bulgaren und Russen die östliche Kyrillica verwenden. Es ist von großer Bedeutung festzuhalten, dass die Rumänen vom ersten Tage an, da sie Rumänisch schrieben, nämlich 1521, bis zur Einführung der Lateinschrift 1860, also 340 Jahre, sich der Kyrillica bedienten. Die Rumänen haben die kyrillische Schrift nicht nur einfach von den Bulgaren übernommen, sondern schöpferisch weiterentwickelt und ihren Bedürfnissen angepasst, so haben wahrscheinlich sie den Buchstaben II für das im Rumänischen häufige / d•/ geschaffen, den wiederum die Serben von ihnen entlehnten.

Wie sehr die Moldau und die Walachei Kernländer der slawischen Orthodoxie in politischer und kultureller Hinsicht waren, zeigt die Tätigkeit Petr Mogilas aus einer moldauischen Fürstenfamilie, Abt des Kiewer Höhlenklosters und dann Metropolit von Kiew, dessen „Orthodoxa Confessio Fidei“ 1642 auf dem ersten panorthodoxen Konzil der Neuzeit in Iași approbiert wurde. Mit seiner Unterstützung wurden 1640 nach dem Vorbild von Kiew Geistliche slawisch-griechisch-lateinische Akademien mit kirchenslawischer Unterrichtssprache in Țirgovite für die Walachei und in Iași für die Moldau gegründet, die nicht nur für die Rumänen sondern für alle Orthodoxen von zentraler Bedeutung waren.

3. Das Ende der rumänisch-slawischen Symbiose

Doch um die Mitte des 17. Jh. neigte sich diese 300 Jahre alte Kultur in den Donaufürstentümern ihrem Ende zu. Das hing mit dem allgemeinen Niedergang der kirchenslawisch-orthodoxen Kultur jener Zeit sowohl auf dem Balkan als auch in Russland zusammen.

Bei den Bulgaren war sie so gut wie erloschen, bei den Serben sollte sie sich erst nach dem Neuanfang in Südungarn um 1700 erholen. „Als Matei Basarab um einen guten Lehrer des Kirchenslawischen zu den Bulgaren schickte, sandte man ihm einen Kroaten mit der Bemerkung, dass es nur mehr wenige bulgarische Priester gebe und sie alle recht unwissend seien“ (Trunte 1998: 375). So tauschte er 1646 an der Schule von Țirgovite das Kirchenslawische gegen das Griechische aus, die slawischen Lehrer mussten griechischen weichen.

Im Großfürstentum Litauen mit den Zentren Kiew und Wilna unterlag nach der Kirchenunion von Brest in Folge der kulturellen Überlegenheit des Westens das Kirchenslawische dem Lateinischen, das Westrussische dem Polnischen, bis schließlich 1696 der offizielle Sejmerlass erging: „Pisarz ziemskiego s' du po Polsku, a nie po Rusku pisaaæ powinien“ (Damerau 1963: 13). Da wundert es nicht,

dass Eremia Cacavela aus Kreta, der in Leipzig und Wien studiert hatte und Cantemirs Lehrer war, den Kiewer Lehrkörper von Iași 1656 durch Griechen ersetzen konnte. „Die Vertreibung der Kiewer signalisierte den Sieg des griechisch-byzantinischen Kultureinflusses über die durch die slawische Orthodoxie bestimmte Kulturepoche. Der ständige Zuzug von griechischen Mönchen und Gelehrten führte diesen kulturellen Wandel weiter, bis mit dem Beginn der Fanariotenherrschaft auch die politische Macht in griechische Hände geriet“ (Huber 1973: 58).

Dieser Wechsel bedeutete jedoch nicht, dass nun das Griechische die Stelle des Kirchenslawischen einnahm, sondern das Rumänische profitierte von der kirchenslawisch-griechischen Rivalität und eroberte sich langsam seinen Platz: erst 1679 wurde das erste rumänische Liturgikon gedruckt, noch 1736 erschien in der Walachei letztmals ein liturgisches Buch in kirchenslawischer Sprache (Trunte 1998: 375–6).

Im Gottesdienst schwankte man lange zwischen den drei Sprachen. So führte^a erban Cantacuzino (1678–88) in der Walachei die Liturgie in rumänischer Sprache ein. Andererseits hieß es in einer Instruktion des Jerusalemer Patriarchen Dositheos Notaras von 1698 in Bezug auf Siebenbürgen: Wenn auch die Reformierten den Gottesdienst in rumänischer Sprache feiern, sollte Rumänisch nicht Sprache der orthodoxen Liturgie sein; denn es sei „klein und schmal“. Der Bischof solle den Gottesdienst nur slawisch oder griechisch halten, die Volkssprache sei nur beim Evangelium und der Predigt erlaubt (de Vries 1963: 402). Doch diese Mahnung fruchtete nichts; denn als in der Fanariotenzeit das Kirchenslawische endgültig obsolet wurde, ging man nicht zum Griechischen sondern zum Rumänischen über.

Aber erst nach der Vereinigung der beiden Fürstentümer erließ Fürst Alexandru Ioan Cuza 1863 ein Dekret, mit dem das Rumänische definitiv als Liturgiesprache etabliert wurde.

4. Die Neuorientierung

Tagliavini schrieb in seiner „Rumänischen Konversations-Grammatik“ vor sechzig Jahren: „Da alle rumänischen Drucke und Handschriften (bis auf die wenigen Ausnahmen...) bis ca. 1860 mit dem kyrillischen Alphabet geschrieben sind, ist es unentbehrlich für jemand, der rumänisch gelernt hat, auch die kyrillische Schrift zu kennen“ (Tagliavini 1938: 431). Heute kann in Rumänien außer einigen Fachleuten niemand mehr kyrillisch geschriebene rumänische geschweige denn kirchenslawische Texte lesen, weil nämlich zwischen 1640 und 1780 eine langsame aber konsequente kulturelle Wende stattfand, eine völlige Umorientierung der Intelligenz, die schließlich zu einer Uminterpretation der nationalen Geschichte führte. An die Stelle der mittelalterlichen theologischen Weltanschauung, die die Walachen und Moldauer zusammen mit den orthodoxen Slawen an der Seite von Byzanz im gottgefälligen Kampf gegen Türken und Katholiken sah, trat eine an die Renaissance erin-

nernde heidnisch-völkische Interpretation, die die Rumänen als Kinder Roms betrachtete; sie tauchte zuerst in den Chroniken auf.

Bezeichnenderweise wurde ja in der Historiographie das Kirchenslawische eher durch das Rumänische ersetzt als in der geistlichen Literatur. „Die bis Ende des 15. Jh. nach bulgarischen und serbischen Anregungen entstandene und im 16. Jh. unter dem Einfluss des polnischen Humanismus zur Blüte gelangte moldauische Chronistik in kirchenslawischer Sprache wurde von Grigore Ureche... und seinen Nachfolgern rezipiert und in rumänischer Sprache fortgeführt“ (Trunte 1998: 376).

Die kulturellen Beziehungen zwischen der Moldau und Polen waren seit der Zeit des Späthumanismus ziemlich eng. Dabei spielten vor allem die Jesuitenkollegien in Galizien und Podolien eine Rolle. Dort hatten die beiden ersten großen Chronisten der Moldau studiert und Latein gelernt, Grigore Ureche in Lemberg und Miron Costin in Bar. Ureches „*Letopiseșul Țării Moldovei*“ (1642–47) war nach dem Vorbild der „*Chronika wszystkiego świata*“ von Marcin Bielski von 1597 verfasst und behandelt die Ereignisse von der Gründung des Fürstentums Moldau 1359 bis 1594 (Behring 1994: 59). Und hier hieß es erstmals „de la Rîm ne tragem“, von Rom stammen wir ab (Bochmann 1992: 103). In Miron Costins Chronik „*Letopiseșul Țării Moldovei de la Aron Vodă încoace*“ (bis 1675) treten dann die ersten Direktentlehnungen aus dem Lateinischen ins Rumänische auf wie *canțelar*, *gheneral*, *răspublică* (Bochmann 1979: 21); in der Moldau also unter dem Spätinfluss des polnischen Humanismus und nicht in Siebenbürgen.

Dort formulierte ein halbes Jahrhundert später der unierte Bischof Inochentie Micu die latinistische These, als er 1735 in einer Bittschrift an Karl VI. schrieb: „Wir sind seit Kaiser Trajan die ältesten Bewohner Siebenbürgens“ (Köpeczi 1990: 419). Hieraus entwickelte sich bekanntermaßen die Kontinuitätstheorie, wonach die Rumänen von den Dakern und Römern abstammen, seit der Spätantike ohne Unterbrechung in den drei Fürstentümern siedeln und ihnen deshalb die gleichen Rechte wie den anderen Völkern zustehen. So wollte man den privilegierten Nationen Siebenbürgens, „den Sachsen, Ungarn und Szeklern, welche die Rumänen für späte Eindringlinge hielten, beweisen, dass dies vielmehr für jene selbst zutrefte“ (Alexici 1906: 71); darüber hinaus bestand aber offensichtlich auch das starke Bedürfnis, sich von den slawischen Nachbarn abzugrenzen.

Mit der Latinität resp. Romanität war es aber vorerst nicht weit her. Schon das aus dem lat. *Romanus* lautgesetzlich entstandene *rumîn* bedeutet „Leibeigener“, ein *Romîn* musste neu gebildet werden, um die Rumänen der drei Fürstentümer zu bezeichnen. Die Romanisierung des Rumänischen vollzog sich in zwei Etappen:

Die erste geschah in Siebenbürgen, wo unter der Führung der unierten Kleriker Samuil Micu, Gheorghe ^a incai und Petru Maior die Siebenbürgische Schule mit historischen und linguistischen Mitteln versuchte, die Latinitäts-

Kontinuitätstheorie zu erhärten. Als Auftakt erschienen 1780, dem Jahr der Thronbesteigung Josephs II., in Wien die „*Elementa linguae daco-romanae sive valachicae*“ von S. Micu und ^a incai, deren Titel schon Programm war. 1825 kam in Buda das von S. Micu begonnene und von seinen Nachfolgern beendete „*Lesicon românesc-latinesc*“ heraus (Behring 1994: 93–94, 122). Hier wird das Rumänische mit Hilfe von Latinismen behutsam und diskret modernisiert (Bochmann 1992: 103). Dieser Prozess lässt sich mit dem der Latinisierung der romanischen Sprachen Westeuropas vergleichen, der dort allerdings schon im Mittelalter begann und ununterbrochen bis in die heutige Zeit fort-dauert.

Der Latinisierung fielen auch slawische Elemente zum Opfer, die ja den größten Teil der „fremden“ Lexik ausmachten und von der siebenbürgischen Schule als Barbarismen betrachtet wurden: „Par leur haine contre l'époque où les Roumains avaient vécu sous l'influence slave, Micu, ^a incai et Maior avaient érigé en dogme l'idée que cette époque ne méritait pas d'être étudiée. L'influence des Slaves était considérée par eux comme désastreuse pour la culture roumaine et, dans leur esprit, elle était associée à l'idée de barbarie“ (Densusianu 1997: 16–17).

Die zweite Etappe erfolgte anschließend in den Donaufürstentümern, wo nach dem Frieden von Adrianopel 1829 die Griechenherrschaft endgültig vom russischen Protektorat abgelöst wurde. Sie endet etwa 1880 mit der Normierung der Rechtschreibung. Quelle der Modernisierung war diesmal das Französische. Auf das Griechische verzichtete man, obwohl es allen Anforderungen des modernen Lebens entsprach, „einmal wegen der ablehnenden Einstellung, die unter vielen Rumänen in der letzten und finstersten Phase der Phanariotenherrschaft gegen alles Griechische entstanden war; zum anderen wegen der fehlenden Transparenz der griechischen Elemente, die besonders für ein dieser Sprache immer weniger mächtiges und breiteres Publikum als unmotivierte Einzelwörter wirkten und nur in beschränktem Umfang Ableitungen zuließen“ (Bochmann 1979: 46).

Zunächst bediente man sich der vorhandenen Mittel des rumänischen Sprachsystems, um Neologismen zu schaffen. Obwohl das rumänische Wortbildungssystem durchaus Ableitungen, Neuprägungen und auch Komposita gestattet, ging man dann trotzdem zu direkten Entlehnungen aus dem Französischen über. „Ausschlaggebend war dafür die alles erdrückende politische und kulturelle Vormachtstellung Frankreichs, die dazu führte, dass in den Augen der jungen Intellektuellen, der Bojarensöhne, aber auch der aristokratisch-mondänen Welt, alles als progressiv und chic empfunden wurde, was französisch war, das Hergebrachte aber – darunter das türkische, griechische, kirchenslawische Lehnwort, aber auch neugebildete Lehnübersetzungen aus traditionellem Sprachgut – als alt, reaktionär oder unmodern“ (Bochmann 1979: 47).

Insofern ist es bemerkenswert, dass zu Beginn dieser Etappe im ersten Jahrzehnt des „*Réglement Organique*“

(1830–39) ein Teil der lateinisch-romanischen Neologismen wieder durch slawische Vermittlung, diesmal über das Russische ins Rumänische gelangt ist, Wörter wie *clas*, *finans*, *comisar*, *prezident* usw. (Bochmann 1979: 79–80).

Dabei konnte das Rumänische ganz auf der Strecke bleiben. So versuchte man, seine Einführung als Unterrichtssprache zu boykottieren. 1847 beschlossen die Fürsten Mihail Sturza für die Moldau und Gheorghe Bibescu für die Walachei, in den höheren Klassen der Akademien das Rumänische durch das Französische zu ersetzen. Dieses Vorhaben scheiterte lediglich am Mangel an geeigneten Lehrern, gelang aber z.B. an dem 1833 gegründeten Mädchenpensionat in Bukarest (Fritsche: 1983: 400). Hierher gehört auch, dass einige der größten aus Rumänien stammenden Autoren wie Panaït Istrati und Eugen Ionescu Französisch schrieben.

Die sprachliche Revolution von oben führte zu einer absurden Situation. Die oberen Schichten schrieben Französisch, auf dem Lande aber gab es keine Schulen, wer dort lesen und schreiben lernen wollte, musste zu den Priestern gehen, die wiederum nur Griechisch oder Kirchenslawisch alphabetisiert waren. In Panaït Istratis Roman „Die Haiduken“, der um 1860 in der Walachei spielt, erzählt das Mädchen Floarea: „In diesen Jahren lernte ich auch Griechisch schreiben und lesen. Und wiederum war es Groza, dem ich diese Kenntnisse verdankte. Er hatte diese Sprache ohne Wissen des Dorfes bei seinen Fahrten nach Buzău gelernt. ‚Willst du‘, fragte er mich eines Tages, ‚Griechisch lernen? Unsere Sprache hat keine eigene Schrift. Um lesen und schreiben zu können, muss man zwischen Slawisch und Griechisch wählen. Ich habe Griechisch gelernt, und jetzt sehe ich mit vier Augen. Mach es so wie ich. Du wirst ungläubliche Dinge kennen lernen!‘ ‚Ich will schon, aber wo? Und wie?‘ ‚Bei dem berühmten Kantor Joakim von der Einbaumkirche in Buzău.“ (Istrati 1985: 34).

5. Die Uminterpretation der Geschichte

Seit hundert Jahren ist das Rumänische eine gefestigte Standardsprache, die inzwischen auch von den Intellektuellen des eigenen Landes akzeptiert wird. Wie blicken aber heute, zehn Jahre nach der Wende und in Erwartung des vereinten Europas, die Rumänen zurück auf den Reichtum und die Vielfalt ihrer sprachlichen Traditionen?

Obwohl der Anteil der Slawismen im Rumänischen heute bei nur mehr 10% liegt (Hinrichs 1999: 628), ist der slawische Einfluss in jedem Bereich immer noch deutlich zu erkennen, Grund genug für einige rumänische Sprachwissenschaftler, dagegen anzugehen. In dem 1999 von Uwe Hinrichs herausgegebenen Handbuch der Südosteuropalinguistik behandelt Grigore Brâncu^o, aus Bukarest auf 15 Seiten das Rumänische. Er verwendet viel Mühe darauf, die slawischen Spuren zu beseitigen: So seien rumänische Hydronyme keineswegs durch slawischen Einfluss zu erklären (Brâncu^o: 1999: 266), der postponierte Artikel sei im Bulgarischen eine vom Rumänischen und Albanischen unabhängige Erscheinung (S. 267), die Donauromanen

hätten den Laut /h/ bereits vor dem Kontakt mit den Slawen gekannt (S. 267), bei der Bildung der Kardinalzahlen von 11–19 sei „die Annahme einer Entlehnung aus dem Slawischen nur schwer zu akzeptieren“ (S. 268). Wenn der Autor auch zugesteht, dass der slawische Einfluss nahezu alle Bereiche des rumänischen Wortschatzes umfasst, muss er doch betonen, dass in dem Beispielsatz *iubesc pe prietenii dragi* „die Wörter slawischer, jedoch ausnahmslos alle grammatischen Morpheme lateinischer Herkunft sind“ (S. 273), als wenn das ein Verdienst wäre.

Brâncu^o argumentiert immer noch wie Petru Maior vor 200 Jahren: „Wenn wir auch das nicht leugnen können, dass sich in die rumänische Sprache Wörter der Slawen hineingemengt haben..., [haben] die Slawen jedoch überhaupt nicht den inneren Aufbau der rumänischen Sprache berührt, hingegen ist dieser intakt geblieben, so wie er anfangs war, als die Römer, die Vorfahren der Rumänen nach Dakien kamen. Die Wörter, welche von den Slawen in die rumänische Sprache gebracht wurden, sind außerdem auch ziemlich leicht erkennbar, und es wäre einfach, sie auszumerzen und zu reinigen, wenn sich die Rumänen hierauf einigen könnten“ (Fritsche 1983: 375–6).

Besonders hoch ist natürlich auf Grund der kulturellen Verhältnisse der slawische Anteil an der religiösen Lexik: Es finden sich nur 17 christliche Begriffe lateinischer Herkunft, die man verschieden interpretieren kann. Brâncu^o meint: „Die grundlegende religiöse Terminologie im Rumänischen ist lateinischen Ursprungs“ (Brâncu^o, 1999: 261), Trunte dagegen: „Der theologische Wortschatz der Rumänen ist frei von Latinismen“ (Trunte 1998: 106).

Ähnlich Pu^o cariu: „Es fehlen viele christliche Ausdrücke lateinischen (oder griechisch-lateinischen) Ursprungs, die im Westromanischen zu den verbreitetsten Wörtern gehören... Das Fehlen dieser Ausdrücke erklärt sich durch den Umstand, dass die Rumänen... keine kirchliche Organisation in den Städten und kein mönchisches Leben kannten, wie es sich in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters entwickelte, sondern nur Dorfgeistliche“ (Pu^o cariu 1943: 456–7).

Für manche Autoren beginnt das ganze Unglück mit der „schiefe gelaufenen“ Christianisierung, nämlich mit dem Beschluss des 8. Ökumenischen Konzils in Konstantinopel 869/870, wonach das neu einzurichtende bulgarische Erzbistum, das die Siedlungs- bzw. Wanderungsgebiete der Rumänen einschloss, dem Patriarchat Konstantinopel und nicht Rom unterstellt wurde. Dazu schreiben^a imanschi und Agache in dem 1997 von Harald Heppner herausgegebenen Sammelband „Die Rumänen und Europa vom Mittelalter bis zur Gegenwart“:

„Für die rumänische Bevölkerung erwies sich dieser Beschluss nachträglich von höchster Wichtigkeit, denn in weiterer Folge war sie angehalten, die lateinische Sprache in den Kulthandlungen aufzugeben und von den Bulgaren die sogenannte kirchenslawische (‘slawonische’) Sprache, Schrift und Liturgie zu übernehmen. So entfernten sich die Rumänen von der als häretisch geltenden westlichen

Romanität und übten sich fortan in einem kulturellen 'Slawonismus', der sie von einer unmittelbaren Rezeption abendländischer Werte abhielt" (Simonschi/Agache 1997: 24).

Auch diese Argumentation hat Tradition. Schon Gheorghe ^ai ncai behauptet, die Orthodoxie habe den Rumänen geschadet, indem sie sie von der lateinischen Kirche getrennt und dadurch die rumänische Sprache verdorben habe (Fritsche 1983: 376).

Hier wird einerseits suggeriert, dass die Rumänen überhaupt jemals Rom unterstellt waren und das Lateinische in der Liturgie verwendet haben, wovon nichts bekannt ist, weiter wird spekuliert, dass durch die bloße Zugehörigkeit zur Römischen Kirche und den Gebrauch des Lateinischen westeuropäische Verhältnisse hergestellt worden wären, was ja selbst für katholische, ostmitteleuropäische Länder wie Polen nur zum Teil zutrifft; andererseits wird die ganze kostbare rumänische Tradition vor 1700, die ja auch solche Schätze wie die weltberühmten bemalten Klöster in der Moldau hervorgebracht hat, mit einem Schlag abgelehnt und verworfen.

Zeittafel

- | | |
|---|--|
| <p>869/870 das 8. Ökumenische Konzil unterstellt das neu einzu-richtende bulgarische Erzbistum dem Patriarchat Konstantinopel und nicht Rom</p> <p>1359 Gründung der walachischen Metropole in Curtea Arges</p> <p>1369 erstes Kloster in der Walachei</p> <p>1395 erstes Kloster in der Moldau</p> <p>1401 Gründung der moldauischen Metropole in Suceava</p> <p>1444 Kopie des „Zakonik“ Stefan Dušans in Bistrița/Moldau</p> <p>1508 erster kirchenslawischer Buchdruck in Tîrgoviște/Walachei</p> <p>1521 erster erhaltener rumänischer Text</p> <p>1640 Gründung der Slawisch-griechisch-lateinischen Akademien in Tîrgoviște/Walachei und Iași/Moldau</p> <p>1642 erstes Panorthodoxes Konzil der Neuzeit in Iași</p> <p>1642–7 erste rumänische Chronik von Grigore Ureche in der Moldau</p> <p>1646 Vertreibung der slawischen Lehrer aus Tîrgoviște</p> <p>1656 Vertreibung der slawischen Lehrer aus Iași</p> <p>1675 erste Direktentlehnungen aus dem Lateinischen in M. Costins Chronik</p> <p>1679 erstes rumänisches Liturgikon</p> <p>1680 erstmals Liturgie in rumänischer Sprache in der Walachei</p> <p>1697 Kirchenunion der Rumänen in Siebenbürgen</p> <p>1711 Fanariotenherrschaft in der Moldau</p> <p>1715 Fanariotenherrschaft in der Walachei</p> <p>1735 Bittschrift des unierten Bischofs Inochentie Micu an Karl VI.</p> <p>1736 letztes liturgisches Buch in kirchenslawischer Sprache in der Walachei</p> <p>1780 in Wien die „Elementa linguae daco-romanae sive valachicae“</p> <p>1825 in Buda das „Lesicon romaⁿesc-latinesc“</p> <p>1829 Frieden von Adrianopel, die Griechenherrschaft wird vom russischen Protektorat abgelöst</p> | <p>1847 Französisch teilweise Unterrichtssprache in der Walachei</p> <p>1860 Einführung des lateinischen Alphabets für das Rumänische</p> <p>1863 Rumänisch endgültig Liturgiesprache in den Donaufürstentümern</p> <p>1880 Normierung der lateinischen Rechtschreibung.</p> |
|---|--|

PD Dr. Siegfried Tornow ist Privatdozent für Slavische Sprachwissenschaft des Arbeitsbereichs Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Literatur

- Alexici, G.: Geschichte der rumänischen Literatur. Leipzig 1906.
- Behring, E.: Rumänische Literaturgeschichte. Konstanz 1994.
- Bochmann, K.: Der politisch-soziale Wortschatz des Rumänischen von 1821 bis 1850. Berlin 1979.
- Bochmann, K.: La formation du roumain standard. In: Sociolinguistica 6. Tübingen 1992.
- Brâncuș, G.: Das Rumänische. In: Handbuch der Südosteuropa-Linguistik. Hrsg. U. Hinrichs. Wiesbaden 1999. S. 261–276.
- Brokgaуз/Efron: Enciklopediĕeskij slovar'. Sankt Peterburg 1890–1904.
- Cihac, A. de: Dictionnaire d'étymologie daco-romane. Frankfurt/M. 1870–9.
- Damerau, N.: Russisches und Westrussisches bei Kurbskij. Berlin 1963.
- Densusianu, O.: Histoire de la langue roumaine. București 1997.
- Fritsche, M.: Die rumänische Nationalbewegung. In: Nationalbewegungen auf dem Balkan. Hrsg. N. Reiter. Berlin 1983.
- Hinrichs, U.: Der Einfluss des Slavischen in Südosteuropa. In: Handbuch der Südosteuropa-Linguistik. Hrsg. U. Hinrichs. Wiesbaden 1999. S. 619–647.
- Huber, M.: Grundzüge der Geschichte Rumäniens. Darmstadt 1973.
- Istrati, P.: Die Haiduken. Frankfurt a. M. 1985.
- Köpeczi, B. (Hrsg.): Kurze Geschichte Siebenbürgens. Budapest 1990.
- Meyer=Meyers Großes Konversations-Lexikon. Leipzig 1902–8.
- Pușcariu, S.: Die rumänische Sprache. Leipzig 1943.
- Schaller, H.W.: Geschichte der Südosteuropa-Linguistik. In: Handbuch der Südosteuropa-Linguistik. Hrsg. U. Hinrichs. Wiesbaden 1999. S. 91–115.
- Simonschi, L. u. Agache, D.: Die Rumänen und Europa: Vorspiel im ausgehenden Mittelalter. In: Die Rumänen und Europa vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hrsg. H. Heppner. Wien 1997.
- Steinke, K.: Sprachen. In: Südosteuropa. Ein Handbuch. München 1999. S. 395–416.
- Tagliavini, K.: Rumänische Konversations-Grammatik. Heidelberg 1938.
- Tagliavini, K.: Einführung in die romanische Philologie. München 1973.
- Trunte, N.: Ein praktisches Lehrbuch des Kirchenslawischen in 30 Lektionen. Band 2. München 1998.
- Vries, W. de: Rom und die Patriarchate des Ostens. Freiburg i. B. 1963.

Surzhyk and National Identity in Ukrainian Nationalist Language Ideology¹

by Niklas Bernsand, Lund (Sweden)

This article discusses how language forms are connected with conceptualisations of national identity in contemporary Ukrainian nationalist language ideology. It especially focuses on surzhyk a pejorative collective label for non-standard language varieties that dissolve the language boundary between the Ukrainian and Russian standard languages. Although most attention in Ukrainian debates on language and national identity is directed towards the complex relations between the two standard languages, surzhyk is considered an important problem, not the least among those for whom it is a major threat to the survival of the Ukrainian language.

The language situation in contemporary Ukraine

In contemporary Ukraine the language situation is characterised by shifting regional systems of asymmetric language relations, where Ukrainian and Russian as well as the mixed language varieties that result from their interaction form the main components.² The situation is further complicated by a discrepancy between ethnicity and declared mother tongue; in the last Soviet census (1989) 72.9% of the population considered themselves ethnic Ukrainians, while 64% stated Ukrainian as their mother tongue.³ According to surveys conducted annually (1992–2000) by the Kyiv Institute of Sociology (NAN) this last figure has since then remained virtually the same.⁴ The same surveys confirm the existence of an even wider gap between declared mother tongue and actual language use, since not more than 39% of the respondents claim to use only Ukrainian with their family.⁵ The number of persons claiming to use only Russian in the same context has during the 1990s risen to 36% and widely exceeds the number of ethnic Russians (22.1% in 1989). The remaining 25% of the respondents claimed to use both Ukrainian and Russian in their family depending on the situation, a figure which interestingly enough has diminished from 32% in 1992.⁶

If there are some data available on code-switching between Ukrainian and Russian, code-mixing (surzhyk) between the two eastern Slavonic languages is a statistically more elusive phenomenon. Due to the non-occurrence of surzhyk in censuses and the virtual non-occurrence of it in sociological surveys it is impossible to provide reliable information on the number of users. Every answer will, as states the writer and culturologist Maksym Strikha⁷ depend on the definition of surzhyk, on how much a speaker has to mix his speech to make it count as surzhyk. According to Strikha, the number of people who more or less constantly use surzhyk, trying to shift to standard *Russian* or Ukrainian is not less than 20 percent of the population.

In a survey conducted in 1997 in an urban Kyiv school, 7–8 percent of the ethnic Ukrainian pupils claimed using surzhyk in contacts with their parents and grandparents.⁸ The fact that surzhyk in the survey not was given as a formal alternative but was added spontaneously by some respondents gives reasons to assume that the actual number might be higher.

The lack of congruence between ethnicity, declared mother tongue and actual language use has made some researchers propose a three-fold division of the Ukrainian population: Ukrainophone Ukrainians (40%), Russophone Ukrainians (33–34%) and Russophone Russians (20–21%).⁹ Although this division is more sociologically relevant than one relying solely on ethnicity, it is important to note that it, especially in the case of the Russophone Ukrainians, defines categories of analysis rather than conscious, coherently acting social groups.¹⁰

As regards language relations on the regional level, the main dividing line is traditionally drawn between a mainly Ukrainian speaking western Ukraine and the predominantly Russian speaking eastern and southern parts of the country. Although this to some extent is a fair description it should not be accepted without some qualifications. In eastern and southern Ukraine during the 19th and 20th centuries uneven status relations made urbanising local peasants change to Russian in an effort to adjust to city life. The predominance of Russian, which has been strengthened by migration from central Russia, is not, however, complete. In the oblasts of Charkiv, Sumy, Dnipropetrovs'k and Zaporizhzhia code-switching between Ukrainian and Russian is more common in informal domains than is the use of only one language, and there is still a not insignificant number of people in this area who claims to speak only Ukrainian.¹¹ In large areas of western Ukraine, where historically more favourable conditions existed for the spread of Ukrainian national consciousness, Ukrainian clearly predominates, even if Russian is quite widespread in urban centres.

Language ideologies in contemporary Ukraine

This article does not, though, primarily deal with the language situation, but rather with interpretations of it in Ukrainian nationalist language ideology. A language ideology is a model for how social or cultural differences are to be linguistically expressed. It codifies language norms and contains notions on which social functions a language variety should have (Schieffelin/Woolard/Kroskrity). It further defines who is to have access to economic, social and cultural goods. Notions on language and on social belonging linked to language can thereby

work as mechanisms of exclusion and social boundary markers. Since a language ideology always contains notions on the extra-linguistic qualities of the speech community it is directed towards, definitions of who belongs and who does not involve processes of language-based border-making. Language forms and speakers are thus placed inside, outside or sometimes in between the speech communities.

In Ukrainian nationalist language ideology the speech community is defined in national terms, and language-based boundary-making is taking place in the cognitive framework of ethnonationalism. What differentiates the nationalist language ideology from other Ukrainophone strands of thought on language and national identity is the sheer emphasis on Nation and Language as values in themselves, values that is often discussed quite independently from the individual members of the nation and speakers of the language.

Where the linguistic anthropologist Laada Bilaniuk in her ground-breaking analyses of language ideologies and non-standard languages in Post-Soviet Ukraine focuses on folk attitudes and interaction between ideology and social practice¹² this article provides an elite level textual study of one of the main Ukrainian language ideologies. Although the quotes in the paper from mainly, but not exclusively, professional linguists may differ in terms of context and style, their content is coherent enough to enable me to treat them as a part of the same, nationalist, language ideology. Some of the quotes can be said to be part of the referential ideology storage of Ukrainian nationalist thought.

It is important to stress that the basic tenets of Ukrainian nationalist language ideology are represented in other similar European language ideologies as well. Many of its more distinct features can to a large extent be seen as reactions to the political and sociolinguistic contexts of statelessness, competing national identity projects and subtractive bilingualism.

The nationalist language ideology competes with other language ideologies in discussions on language and national identity in Ukraine. On the Ukrainophone side of the main dividing line in the discussions during the 1990s the nationalist language ideologists have lost some ground to the post-colonialists, a more disparate group of Western-oriented intellectuals. Making references to Fanon and other thinkers in the international post-colonial discourse, the Ukrainian post-colonialists discuss the ethnolinguistic situation in Ukraine in a context of colonialism. They seek to promote the Ukrainian language not as a value in itself, which is often the case in the nationalist language ideology, but in order to enhance the social emancipation of Ukrainian-speakers. Their language ideology defends as tenaciously as do the nationalists a language and a culture they consider threatened, but does this from a perspective of the speakers as social beings, not only as carriers of the language.¹³ The social position of Ukrainian-speakers in eastern and southern Ukraine is compared with the

situation of Blacks in the American South. One leading post-colonialist, the poet and journalist Mykola Ryabchuk proposes the introduction in Ukraine of the American concepts of positive discrimination and affirmative action in order to raise the social status of Ukrainian-speakers in these parts of the country.¹⁴ Apart from the post-colonialists, there are other Ukrainophone strands of thought that do not so heavily as do the nationalists rely on language as the main marker of Ukrainian national identity.¹⁵

There are a number of competing notions on language and identity matters among Russophone language ideologists in Ukraine as well. They argue, sometimes on liberal, more often on ethnolinguistic grounds, in favour of raising the formal status of Russian and against perceived policies of Ukrainisation.¹⁶ An analysis of the Russophone language ideologies is, however, beyond the scope of this article, as is an analysis of language policy in contemporary Ukraine.¹⁷

The nationalist views on the link of language to the nation do, I would argue, reflect an influential position among language ideologists in Ukraine. The Ukrainian nation has been conceptualised mainly through its language since the 19th century, and romantic notions on the essentiality of nations and languages and on their correlation is often accepted on a common-sense basis.¹⁸ Although Ukrainian nationalism may well be, as argues Andrew Wilson, a minority faith, the nationalists form one of the most distinct ideological camps in Ukraine.

Language forms, social groups and boundary-making

The nationalist views on surzhyk shade light on how linguistic variation is given social meaning in language ideology. Linguistic variation in and by itself does not automatically carry any fixed significance for collective identity. Instead, in situations of widespread contact between closely related language varieties, extra-linguistic processes take on immediate importance in the delimitation of language systems inside the dialect continuum.¹⁹ The concept of language ideology makes it possible to understand the processes that give social meaning to language forms and shape notions on the relationship of language to social identities. A language ideology places perceived systems of language forms in relation to other perceived systems of language forms. It further works as an identity narrative, relating language forms to culture and community, in this case national community, viewing language forms as either inside or outside of the community's linguistic repertoire. Language ideologies thus form vital components of larger national identity narratives.

If, as is often the case in discourse on Ukrainian national identity, language is seen as the first and foremost marker of that identity, boundary-making in the field of language becomes a central task for cultural entrepreneurs. In 19th and early 20th century discussions on the linguistic relationship between Ukrainian and Russian the search

for linguistic borderlines was not only a matter of classification and geographic distribution of language forms, it was also a qualitative question of what the borderline separated: two dialect systems of the same All-Russian language, or two separate although closely related languages. In the Ukrainian case, the period open for alternatives in the nation-building process lasted from the 1830s up to the first decades of the 20th century, when the All-Russian project collapsed with the disintegration of the Tsarist state.²⁰

Discussions on which language forms should be accepted as normative in Standard Ukrainian are carried on in contemporary Ukraine. Speakers are asked to make choices of words and grammatical constructions that conform to the language ideology of entrepreneurs that strive to maximise or minimise language differences in relation to other languages. Ukrainian nationalist language ideology has traditionally emphasised variants that differ from Russian, while during large parts of the Soviet period Soviet Ukrainian linguists, recognising the separateness of the two languages, often chose variants closer to Russian at the expense of those closer to Polish or stemming from Western Ukrainian dialects.

Surzhyk would hardly have become the concern it is for Ukrainian language activists if Ukrainian and Russian were not conceptualised as comprising separate language systems. Not surprisingly, an emphasis on the need for clear-cut boundaries between the two languages has been apparent among Ukrainian language activists in contemporary Ukraine. One Ukrainian linguist argues that in a bilingual situation it is the ability to differentiate between the two languages that decides the level of culturedness and education of an individual speaker.²¹ In *Anty-Surzhyk* from 1994, the linguist Oleksandra Serbens'ka writes: "Anty-Surzhyk aims to help Ukrainians understand the laws of the separate existence of two languages Ukrainian and Russian"²². The norm-breaking function of surzhyk is one of the reasons behind the negative attitudes towards it that prevail in Ukrainian nationalist language ideology.

Individuals and groups that do not conform to clearly established formulas of identity can be referred to as liminals. From the perspective of the in-group, liminals are not considered to be as different as members of the out-group, but are at the same time refused full in-group status. It will be argued that the users of surzhyk often are liminalised in the Ukrainian nationalist language ideology. It is, though, important to keep in mind that liminalisation in the nationalist language ideology not necessarily equals liminalisation in Ukrainian society as a whole.

Surzhyk linguistic and social connotations

Surzhyk is a pejorative- compare hodge-podge- collective label for a wide range of mixed Ukrainian-Russian and Russian-Ukrainian language forms that dissolve and

intertwine the structures of the two Eastern Slavonic languages²³. Originally it was a name for a mix of rye and oat resulting in poor quality bread. A third meaning of surzhyk can be found in Hrinchenko's early 20th century Ukrainian dictionary and signifies a person of mixed ethnic origin.²⁴ Although surzhyk in modern usage seldom refers to mixed grain or mixed ethnic origin, there exists no definition that covers all linguistic and socio-cultural connotations of the term. Its main linguistic characteristic is that it implies norm-breaking, non-obedience to or non-awareness of the rules of the Ukrainian and Russian standard languages, while its main social characteristic is low status for the language varieties as well as for their carriers.²⁵

There is no agreement on when linguistic law-breaking becomes surzhyk; for some, like the linguist Svyatoslav Karavans'kyi²⁶, surzhyk begins already in pronunciation, when Ukrainian is spoken with Russian phonetic interference (*akanie*, *yekanie*), for others the term implies code-mixing on yet other linguistic levels. The definition of surzhyk given by the standard Ukrainian dictionary underlines the importance of language contact and code-mixing: "Elements of two or more languages, artificially united, not obiding by the norms of the standard language; a non-pure language"²⁷. There is general agreement among Ukrainian linguists on this point: what differentiates surzhyk from other non-standard language varieties in Ukraine (slang, criminal jargon, territorial dialects) is the fact that it oversteps the Ukrainian-Russian language boundary.

Because of the dominant role of language in conceptualisations of Ukrainian national identity surzhyk gets into the middle of discussions on the social and cultural legacy of Russian and Soviet rule. In the heated Ukrainian discussions on language and national identity, any language form that in some way can be regarded as a result of Russian interference may be analysed as a sign of *surzhyfikatsiya*.

The emergence of surzhyk

To understand the emergence of surzhyk as a linguistic phenomenon and as an object for discussions on national identity it is necessary to focus on the interrelated processes of modernisation and language shift from Ukrainian dialects to Russian on the one hand, and on the reconceptualisation of Ukrainianness and its relations to Russian culture on the other.

As regards the latter, the American historian P. R. Magocsi has developed a concept for understanding how the intelligentsia in late 19th century Russian Ukraine gradually reconceptualised the relations of Ukrainian culture to imperial Russian culture.²⁸ Earlier the Ukrainian elite viewed Ukrainian-Russian relations in a framework of multiple loyalties; it was considered possible to be simultaneously a local Little Russian patriot and a loyal servant of the

Imperial state. The concept of multiple loyalties came partly to rest upon the concept of the All-Russian nation; an imagined community rendered official support by the Tsarist regime. Beginning in the 1840s, the multiple loyalties concept faced increasing competition from mutually exclusivist notions, according to which Ukrainian and Russian were two separate Eastern Slavonic languages of two separate nations, following the linguistic classification often referred to as Eastern Slavonic. In spite of the at times severe repressive measures taken by the authorities against popularisation of Ukrainophile ideas in Russian Ukraine, the concept of separate nations slowly came to gain the upper hand, a process culminating in the breakdown of the competing All-Russian project in the wake of revolution and civil war.

This reconceptualisation has important implications for the interpretation of Ukrainian-Russian code-mixing. If Little Russian is a dialect, all linguistic interaction is taking place inside the All-Russian language. If Ukrainian and Russian are separate though closely related languages of separate Ukrainian and Russian nations, all cultural border crossing is taking place between distinct national cultures. With the institutionalisation and shaping in social practice of separate Eastern Slavonic nations discussions on surzhyk are firmly placed in a context of competing national languages and identities.

The linguistic varieties known as surzhyk emerged when Ukrainian peasants from the end of the 18th century increasingly came into contact with a Russian-speaking environment, a development that was closely knit to the modernisation of Ukrainian society. This process accelerated when industrialisation facilitated working-class migration to Ukrainian cities from Central Russia and made parts of the Ukrainian peasantry urbanise. The Ukrainian cities, hosting the Russian civil and military administration as well as cultural, business, church and educational facilities, soon became areas of linguistic Russification. This was the starting point for one of the classical dichotomies in east, central, and southern Ukrainian modern history- between an as urban, modern, and prestigious perceived Russian and as rural, obsolete and non-prestigious perceived Ukrainian language and culture. Reacting to this difference in status, the urbanising peasants tried to incorporate as many Russian words as possible in their speech in order to adjust to the new language and cultural environment. In these parts of Ukraine surzhyk has served as a transitional stage in the language shift from Ukrainian dialects to Russian, a function important to have in mind when confronted by the fierce positions taken on surzhyk by Ukrainian nationalists.

Given the emergence of mixed language varieties as linguistic consequences of individual strivings to achieve higher social status under conditions of uneven status relations, Ukrainian nationalists in independent Ukraine sometimes have difficulties in discussing language shift or code-mixing on the collective level without condemning

the linguistic practices of individual speakers. As we will see, the nationalist language ideology gives moral valence to language forms they consider to be pure Ukrainian and that clearly differ from Russian. As is often the case in purist ideologies, the involved ideologists render moral superiority to those who can most closely identify themselves as belonging to the preferred language base.²⁹

Surzhyk has survived to our days partly as a result of new waves of urbanisation to mainly Russian-speaking cities, partly because urbanites that master standard Ukrainian or Russian can use mixed language in informal situations, in communication with their family, relatives and close friends.

In independent Ukraine, the conditions for non-standard language use have partly changed. Although negative stereotypes toward Ukrainian still prevail in eastern and southern Ukraine standard Ukrainian has been elevated to the position of sole state language. In some sense, as argues Bilaniuk, the main dividing line in language status relations in contemporary Ukraine is now drawn between the two standard languages on the one hand and the non-standard varieties on the other.³⁰ If surzhyk earlier was associated with urbanising Ukrainian peasants, the state language status of standard Ukrainian sometimes in official contexts results in educated Russian-speakers mixing languages in their attempts to speak or write a Ukrainian language many of them do not master to perfection.³¹

If traditionally the streets or the bazar are important locations for surzhyk, in the 1990s it was regularly heard during sessions in parliament. Trub notes the occurrence in parliament of Russian surzhyk, when Russian-speaking deputies include elements of standard Ukrainian vocabulary in their Russian speech, a fact that for Trub reflects the growing importance of Ukrainian as a language of prestige and power.³²

Surzhyk is still, though, most often used in small or middle-size cities, rayon centras, in villages around the large city zones, where peasants have regular contact with the city, in suburbs with a large number of newly urbanized inhabitants. It can be heard in all parts of Ukraine where the Russian and Ukrainian languages meet, but takes on a local colour under the influence of dialects and the local sociolinguistic conditions. There is no specific surzhyk-speaking region in Ukraine.

The second part of the paper seeks to describe the Ukrainian nationalist language ideology by quoting from contemporary Ukrainian discussions on language and national identity. Although no coherent account of the history of the language ideology will be provided, a few key earlier statements frequently reproduced in contemporary discussions are included. Firstly, the role given to language for the nation will be examined, after which I proceed to analyse the attitudes to surzhyk that are prevalent in the ideology.

The functions of language in Ukrainian nationalist language ideology

Native language (*ridna mova*) is a central concept in formulations of Ukrainian nationalist ideology. The individual Ukrainian is seen to be united with his nation through the native Ukrainian language. The native language is often conceived of as a natural, almost biological phenomenon that is transmitted from the mother and provides the child with the collected experiences of his nation: "With the milk of his mother/.../ the child imbibes native sounds and words that lead it to the sphere of a national world view, a national feeling for and understanding of the world."³³

This common notion on the native language follows from a primordial, essentialist concept of the nation, prominent in many language-based nationalisms³⁴. The link between language and nation was expressed in 1918 by one of the founding fathers of Ukrainian nationalist language ideology, the linguist and orthodox metropolitan professor Ivan Ohiyenko: "Language is not simply a symbol of understanding, because it is formed in a certain culture, in a certain tradition. In this way the language is the most distinct expression of our psychology, the first guard of our psychological selves/. And as long as the language lives, the people will live on as a nationality."³⁵

This statement has since independence often been quoted in Ukrainian publications on language, and the organic qualities it gives to language and nation reflect a recurring theme in general nationalist language ideology.³⁶ A similar thought is expressed by a Ukrainian linguist in the 1990s: "Language is the spiritual habitat of the nation. Without it the nation dissolves into empty space, disappears. Its heart stops, its historical memory stiffens, its reason grows numb."³⁷

Another theme, universally prominent in nationalist language ideology is the dividing of the world into nations, each with a native language, reflecting the *Weltanschauung* of the nation, a world-view which is linked to the territory and formed by the experiences of the ancestors.³⁸ The linguist Marharyta Zhuykova expresses it this way: "The character of the language (what Wilhelm von Humboldt called its inner form) is not accidental- every nation carries in the language the most central traits of its world view, which has been shaped under specific geographical conditions as a result of an inimitable historical development."³⁹

Native language, individual development and native language competence as marker of culturedness

In Ukrainian nationalist language ideology the individual is seen to be socialised by a native language that provides him with moral values and a world view that explain to him his place in time and space. The native language hence plays a role for the individual that no other language can. Even if the individual learns other languages, there is only

one native language which relates him to the world around him: "An individual can master several languages depending on his abilities, inclinations and strivings, but best and most thorough the individual of course has to master the native language. And this not only because he communicates on an every day basis in this language, which he acquired at a young age, but also because the native language is an inseparable part of the native land, the voice of its people and an enchanting instrument, the sound of which reflects the finest and most tender strings of the human soul."⁴⁰

Arguing against the concept of two native languages prevalent in Soviet sociolinguistics, the politician and historian Mykhaylo Kosiv explains why an individual can have only one native language, and discusses the consequences for an individual of being confronted with two languages regarded as native: "Can a human being really voluntarily choose his native language, his nationality? This is a mockery of the very natural essence of man, because they are one, united and unchangeable in every individual. And when we, beginning from the earliest age and in kindergarten, burden the intellect of the child with two languages that we regard as native, the psyche of the overwhelming majority of children cannot endure this, and a deep conflict develops on the psychological level as a consequence of which the language development of the child is retarded: individuals with no or half a language grows up, cruelly robbed and insulted."⁴¹

The notion of the existence in an individual of two native languages as harmful has deep roots in nationalist thoughts on the connection between language and nation. The 19th and early 20th century Ukrainian linguist Oleksandr Potebnya warned against educating children in a non-native language until the native language had been able to provide them with a stable world view.⁴² The second language is seen to distort the connection of the individual with his native language, depriving him of a safe moral ground on which to stand.⁴³

Another characteristic feature of the nationalist language ideology is that the individual is seen to have obligations towards his native language. In Ukrainian thought this was most clearly expressed in the Commandments of the Native Language, proposed 1936 in Warsaw by professor Ivan Ohiyenko in his journal *Ridna Mova*. The commandments were republished 1993 in a Ukrainian university textbook on the history of the Ukrainian standard language, where they are followed by calls for the students to reflect upon how the commandments are being realized by individuals in Ukraine today.⁴⁴ The commandments are as follows:

1. The language is the heart of the nation: if the language vanishes, the nation vanishes, too.
2. A person who denounces his native language hurts his nation in its very heart.
3. The standard language is the main motor in the development of the nations spiritual culture, its strongest foundation.

4. The use in literature only of dialects strongly damages the cultural unity of the nation.
5. A nation that has not created its own common literary language cannot be called a conscious nation.
6. Every nation can have only one standard language, one pronunciation and one orthography.
7. The main native language obligation of every conscious citizen is to work for a rising of the culturedness of his standard language.
8. The state of the standard language is a measure of the cultural development of the nation.
9. The spiritual maturity of every individual, as well as the maturity of the whole nation is judged first and foremost by the culture of its standard language.
10. Every conscious citizen has to know in practice his united standard language, its pronunciation and united orthography, as well as recognise and fulfil the native language obligations to his nation.

Ohiyenko, who founded what he called the science of the native language (*nauka ridnoyi movy*), is frequently cited in writings of Ukrainian language activists in independent Ukraine. The concept of the individuals having obligations to their native language is alive in Ukraine today. In a methodological guide for teachers and linguists, supported by the Ivano-Frankivsk oblast' administration, the editors' direct attention to the native language obligations of every teacher, pupil and citizen, otherwise "the Ukrainian statehood, language and nation will not be reborn in our generation"⁴⁵. An issue of the educational society Prosvita's journal is devoted to "the Ukrainian language, its strength, successes and problems, to the native language obligations of Ukrainians"⁴⁶.

In accordance with a tradition prominent both in nationalist and Soviet language ideology, special attention is directed towards the individual's obligations to his native language in texts by linguists working in the fields of *kul'tura rechi* and language stylistics.⁴⁷ In a common line of argument, it is stated that an individual's overall level of culturedness can be judged by the way he speaks his native tongue. In a 1996 Ukrainian dictionary from this sphere of linguistics, the authors claim the following: "Every educated person ought to develop a feeling for the language, ought to be able to choose from many possible variants the most exact, stylistically suitable and expressive, the one that best would fit the concrete situation. It is necessary to widely use the richness of synonyms in the Ukrainian language, zealously care for its pureness, avoid unjustified loan-words and language elements from beyond the standard language/.../ The language of an individual is a special litmus paper which reveals his general level of culture, education and inner intelligence. The fostering of a high level of language culture bears witness of our love and affection to the native word, of our respect for our nation and its century-old traditions."⁴⁸

In Ukrainian nationalist language ideology the individual is seen to have one native language which carries a world view that is specific for his nation and provides him with guidance for a stable personal development. The individual has a moral obligation to protect and foster his native language. If he fails to do this, by outright language shift or by distorting it with foreign words and grammatical features, he threatens the language boundaries of the Ukrainian nation.

Surzhyk in Ukrainian nationalist language ideology

Resulting from language contact between a high status Russian and low status Ukrainian language, surzhyk is regarded as a consequence of Russian and Soviet political and cultural dominance. The nationalist language ideologists strive to cleanse the Ukrainian language of surzhyk elements by raising the linguistic awareness of Ukrainian-speakers.

Surzhyk is in a way more fundamentally provocative for the nationalist language ideology than the fact that many ethnic Ukrainians use standard Russian in everyday communication. Both phenomena dissolve the notion of clearly defined natural national communities with clearly defined cultural assets, equally distributed among their individual members. The existence of a large number of Russophone Ukrainians is a result of linguistic assimilation and – it is assumed – leads to a corresponding loss of national identity of members of one nation to another. Surzhyk goes one step further in questioning the presumptions of the nationalist language ideology. The speaker of surzhyk who has allowed his Ukrainian language to be corrupted by elements of a foreign language without mastering that language, represents a sort of cultural dead zone between the Ukrainian and Russian cultures and is by many nationalists not considered to be a full member of any of them.

A recurring theme in nationalist writings on surzhyk is that language contact resulting in mutual exchange of language elements is a natural phenomenon as long as the norms of the different languages are upheld and the exchange does not jeopardise the uniqueness of the contacting languages. If on the other hand the independence of the languages is threatened by the exchange and mixed language forms take root in the language, language contact is considered harmful. Oleksandra Serbenska in *Anty-Surzhyk* puts this in the following way: "The development of contacting languages, among them Ukrainian and Russian, has without question its own laws. When an individual brings words and combinations of words from another language into his language use without ruining the grammatical structure and phonetic distinguishing features of Ukrainian, keeping its beauty intact, using its inexhaustible lexical and phraseological richness, the process is natural and does not call for any objections. However, by arbitrarily

mixing words from the Ukrainian and Russian languages, by declining them and uniting them according to the Russian pattern, by building phrases in defiance of the models of the native language, the carrier of the language non-deliberately becomes "half-lingual"⁴⁹.

After having referred to cases of interaction between Ukrainian and Russian, the well-known writer and linguist Borys Antonenko-Davydovych takes a similar position: "Such cases of interaction are completely natural and unavoidable under the conditions of communication of nations and cannot lead to any objections, if certain words and combinations of words are transferred not artificially or incorrectly, but emerge from the demands of life itself, settling down on the firm ground of another nation. It is not good when a person with a poor mastering of Ukrainian or Russian, or of them both, mixes both languages, confuses their words, declines the words of one of the languages according to the grammatical demands of the other one."⁵⁰

In other words, language contact is natural whenever it does not, as does surzhyk, dissolve the boundaries between the languages involved.

Apart from undermining the language boundary by dissolving the language structure of the Ukrainian language, surzhyk is considered a threat to the specific Ukrainian world-view that is expressed through the language. Referring to the linguists von Humboldt, Potebnya and Hrinchenko, the author of a study on urban Ukrainian-Russian bilingualism, whose theoretical assumptions are fiercely critical to surzhyk, writes: "...But there is one more expression of assimilation- a more dangerous one: a lowering of the linguo-national consciousness of the people. In the times of the totalitarian regime and the rule of simplified sociological approaches the influence of language on thinking was underestimated, and especially merciless was the critique of the Humboldtian assumption that thinking is the kingdom of language, which defines a number of notions on the surrounding world, creating its nationally unique world view. This thought was continued by O. Potebnya, who stressed that the native language is a foundation of the national psychology. The native language secures the normal existence of ethnic communities. "As our language is, so our thoughts will be, Muscovite language leads to Muscovite thoughts (B. Hrinchenko)."⁵¹ (Emphasis in the original. NB)

In *Anty-Surzhyk* surzhyk is seen as mixing the heritage from the past with foreign elements: "Today the word surzhyk is being used in a wider sense, as a name for the degraded, squalid spiritual world of an individual, for his isolation from what is native, as a name for a mix of remnants of the past, of what belonged to the ancestors, with the foreign, which levels personality and national-linguistic consciousness."⁵²

Surzhyk in nationalist language ideology thus dissolves the Ukrainian-Russian language boundary on a structural

level, by code-mixing and norm-breaking, but also on a psychological level, by distorting the bonds between the individual ethnic Ukrainian and a Ukrainian native language that is to serve him with the world-view and moral values of the nation.

As surzhyk linguistically is a liminal phenomenon, so the users of surzhyk in the nationalist language ideology are liminalised as they are not considered to speak neither standard Ukrainian nor Russian, but language mixes in between. A surzhyk-speaker who does not try to raise his level of speech risks being condemned by nationalist language activists. The poet and politician Dmytro Pavlychko writes: "Our language needs the fire of love, it needs spiritual strength! And one who breathes in surzhyk cannot have spiritual health."⁵³

In a poem published in a methodological guide for language teachers, a surzhyk-speaking woman is described in a language full of scorn and moral indignation: "...it seems to her that the native word is not worthy of praise, therefore she despises her native word, it seems to her that the Russian word is more cultured, and she does not see that everyone laughs at her, because she is now neither Russian, nor Ukrainian, just a stupid, unreasonable woman, she does not respect either herself, or her nation and brings shame both to herself and to her kin."⁵⁴

The surzhyk-speaking woman in the poem is as a result of her speech-habits seen as not possessing any distinct national culture. The absence of a national culture makes her become a laughing-stock and render her uncultivated. She is also reprimanded for not acting as a responsible Ukrainian native language speaker. By not fulfilling her native language obligations she is not contributing to the maintenance of the Ukrainian-Russian language boundary and thus isolates herself from the Ukrainian community.

In this way, an individual whose speech habits dissolve and intertwine the Ukrainian and Russian standard languages not only risks being condemned as a threat to the uniqueness of Ukrainian culture on the collective level, but is also regarded as having lost her bonds to her native culture, bonds which are seen to be a precondition for a stable personal development.

To understand the attitudes towards individual surzhyk-speakers expressed in the nationalist language ideology it is important to note that liminalisation in the language ideology does not necessarily equal liminalisation in Ukrainian society. Although surzhyk regularly is associated with lack of education and culturedness – values crucial to a society confronted with the forces of modernisation-surzhyk-speakers have reached important positions in the economic and political life of both Soviet and Post-Soviet Ukraine. For many urbanising peasants in eastern and southern Ukraine surzhyfication of speech (often perceived as language shift to Russian) was part of the adaptation to city life and was, as a result of prevailing language stereo-

types, probably considered more fit to urban conditions than dialect speech or, later, a shift to standard Ukrainian. Memories of social traumas of the Soviet 1930s did not do anything to counter those tendencies.⁵⁵

Conclusions

The views expressed in the nationalist language ideology are not the only conceptualisations of language and national identity in contemporary Ukraine. Several important tenets of Ukrainian nationalist language ideology- the emphasis on standard language use, the native language-nation link, negative attitudes to non-standard speech- are however on a common-sense basis often accepted by large segments of Ukrainian society. Since few of the concepts prevalent in the ideology are of Ukrainian origin they reflect a common nationalist ideological heritage existing in many European nationalisms. The existence of a nationalist language ideology with deep roots in Romanticism in a sense therefore corresponds to normality and should probably not be considered by itself harmful to the development of Post-Soviet Ukrainian society.

There are, though, some problematic aspects of the nationalist language ideology, especially when the discussions on the consequences of Russian and Soviet rule for language use and national identification turn into condemnation of individual speakers of non-standard language varieties. Individual surzhyk-speakers are in the ideology not accepted as living inside the Ukrainian ethnic boundary under equal conditions with individuals whose Ukrainian speech habits are considered normative. Making language use a tool for social exclusion risks counteract the emancipating aspects of Ukrainophone argumentation.

Niklas Bernsand is a PhD student at the Department for Eastern and Central European Studies, Lund University, Sweden. He is currently working on a PhD thesis on languages ideologies and non-standard language varieties in Ukraine.

Bibliography

- Antonenko-Davydovych, Borys: *Yak my hovorymo*. Lybid', Kyiv 1991.
- Babych Nadiya: *Istoriya ukrayins'koyi literaturnoyi movy*. Svit, L'viv 1993.
- Barbour, Stephen/Carmichael, Cathie (eds): *Language and Nationalism in Europe*. Blackwell, Oxford 2000.
- Bernsand, Niklas: *Tvåspråkighetsdiskussionen i samtida ukrainska språkideologier in Nordisk Østforum No 2/2001 (forthcoming in Swedish)*.
- Bilaniuk, Laada: *Speaking of Surzhyk: Ideologies and Mixed Languages in Harvard Ukrainian Studies*. Volume XX1 No1/2 June 1997.
- Bilaniuk, Laada: *The Politics of Language and Identity in Post-Soviet Ukraine*. PhD Dissertation, The University of Michigan 1998.
- Burda, Tetyana: *Ukrayins'ko-Rosiy's'kyi bilingvism u seredovys'hchi shkolyariv m. Kyeva*. *Ukrayins'ka Mova ta Literatura v Shkoli No 34/1998*.
- Fedyk, Ol'ha: *Dukhovnyi areal narodu in Dzvin No 7/1990*.
- Fishman, Joshua A: *In Praise of the Beloved Language. A Comparative view of Positive Ethnolinguistic Consciousness*. Mouton de Gruyter, Berlin/New York, 1997.
- Flier, Michael S: *Surzhyk: The Rules of Engagement in Harvard Ukrainian Studies*. Special volume: *Cultures and Nations of Central and Eastern Europe*. Essays in honor of Roman Szporluk. Volume XXII 1998.
- Golovakha, Evgeny/Panina, Natalya: *Dvuyazychie v Ukraine: Real'noe sostoyanie i perspektivy (rezul'taty sotsiologicheskikh issledovaniy)*. *Rossiysko-Ukrainsky byulleten' No 6-7 2000*. [Http://ceia.cib.ru/archiv/n6/P21.htm](http://ceia.cib.ru/archiv/n6/P21.htm)
- Grinev, Vladimir: *Novaya Ukraina: kakoy ya ee vizhu*. Abris, Kiev 1995.
- Harlig, Jeffrey/Pleh, Csaba (eds): *When East Met West. Sociolinguistics in the Former Socialist Bloc*, Mouton de Gruyter, Berlin, 1995.
- Hrinchenko, Borys: *Slovar' ukrayins'koyi movy*. Tom IV, Kiev, 1907.
- Hrynchyshyn Dmytro/Kapelyushnyi Anatoly/Serbens'ka Oleksandra/ Terlak, Zinovy: *Slovnnyk-dopovidnyk z kul'tury ukrayins'koyi movy*. Feniks, L'viv 1996.
- Hrytsenko, Oleksandr (ed) (a): *Narysy ukrayins'koyi populyarnoyi kul'tury*. *Ukrayins'kyi tsentr kul'turnykh doslidzhen'*. Instytut kul'turnoyi polityky, Kyiv 1998.
- Hrytsenko, Oleksandr (b): *Svoya mudrist': Natsional'ni mifolohiyi ta hromadyans'ka relihiya v Ukraini*. *Ukrayins'kyi tsentr kul'turnykh doslidzhen'*. Instytut kul'turnoyi polityky, Kyiv 1998.
- Jernudd, Björn H/Shapiro, Michael J(ed): *The Politics of Language Purism*. Mouton de Gruyter, Berlin/New York, 1989.
- Kalus'ka L V/Shumey V M, ed: *Ridne slovo v ridniy shkoli*. KM Academia, Kyiv 1998.
- Karavans'kyi, Svjatoslav: *Sekrety ukrayins'koyi movy*. Kobza, Kyiv, 1994.
- Kas'yanov, Heorhyi: *Teoriyi natsiyi ta natsionalizmu*. Lybid', Kyiv 1999.
- Kosiv, Mychaylo: *"Dvuyazychie" chy "Bez'yazychie"?* in *Dzvin No 15/1990*.
- Kuzio, Taras: *Ukraine. State and nation building*. Routledge, London/New York, 1998.
- Magocsi, Paul Robert: *A History of Ukraine*. University of Washington Press, Seattle 1998.
- Malenkovich, Vladimir: *Perspektivy razvitiya russkoy kul'tury v Ukraine v zavisimosti ot napravlenosti politicheskikh protsessov i Dialog ukrainskoy i russkoy kul'tur*. *Materialy mezhdunarodnoy nauchno-prakticheskoy konferentsii*. Kiev 1997.
- Masenko, Larysa: *Mova i polityka*. Sonyashnyk, Kyiv 1999.
- Miller, Aleksei: *"Ukrainskyi vopros" v politike vlastei i ruskom obshchestvennom mnenii (vtoraya polovina XIX v.)*. *Aleteya, S:t Peterburg, 2000*.
- Mova – dusha narodu*. *Posibnyk dlya vchytelya*. VKF Znannya, Luhans'k 1997.
- Norton, Anne: *Reflections on Political Identity*. John Hopkins University Press, Baltimore 1988.

- Prosvita. Prosvityans'kyi chasopys zi L'vova. No 7–9 (202–204) 2000.
- Ryabchuk, Mykola: (De)mifolohizatsiya natsionalizmu. Krytyka no 5/1998.
- Ryabchuk, Mykola: Nesterpna vahota mrij. Krytyka 4/1999.
- Schieffelin, Bambi/Woolard, Kathryn/Kroskryty, Paul: Language Ideologies: Theory and Practice. Cambridge University Press, New York 1998.
- Serbens'ka, Oleksandra(ed): Anty-Surzhyk. Svit, L'viv 1994.
- Slovyk Ukrayins'koyi movy. Naukova Dumka, Kyiv 1978.
- Stewart, Susan: Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine. Arbeitspapiere. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung No 20/2000.
- Strikha, Maksym: Mova in Hrytsenko, Oleksandr, ed: Narysy ukrayins'koyi populyarnoyi kul'tury. Ukrayins'kyi tsentr kul'turnykh doslidzhen'. Instytut kul'turnoyi polityky, Kyiv 1998.
- Strikha, Maksym: Surzhyk in Hrytsenko, Oleksandr, ed: Narysy ukrayins'koyi Populyarnoyi Kul'tury. Ukrayins'kyi tsentr kul'turnykh doslidzhen'. Instytut kul'turnoyi polityky. Kyiv 1998.
- Svistunov, Aleksandr (ed): I zavtra zjit'. Tsivilizatsija, L'vov, 2000.
- Trub, V M: Yavishche "surzhyku" yak forma prostorichchya v situatsiyi dvomovnosti in Movoznavstvo No 1/2000.
- Vikør, Lars S: Northern Europe in Barbour, Stephen/Carmichael, Cathie (ed): Language and Nationalism in Europe, Oxford University Press, Oxford 2000.
- Vil'chyns'kyi, Yuri: Oleksandr Potebnya: Dumky pro slovo i natsional'nist'in Slovo i Chas No 1/1992.
- Wilson, Andrew: Ukrainian nationalism in the 1990s. A minority faith. Cambridge University Press 1997.
- Woolhiser, Curt: The sociolinguistic study of language contact and bilingualism in the former Soviet Union: The case of Belarus in Harlig, Jeffrey/Pleh,Csaba (ed): When East met West. Sociolinguistics in the Former Socialist Bloc, Mouton de Gruyter, Berlin, 1995.
- Zastavnyi, Fedir: Naselennya Ukrayiny. Prosvita, L'viv, 1993.
- Zheleznyi, A I: Proiskhozhdenie russko-ukrainskogo dvuyazychiya v Ukraine. Kyjiv, 1998. Internet version: wysiwig://16/http://www.geocities.com/CapitolHill/Parliament/967//zelog.htm
- Zhuykova, Marharyta: Yak hovorytymut' nashi nashchadky: ukrayins'koju movoyu chy "malorossiyskim narechiem"? in Suchasnist' 10 zhovtnya 1993.
- Interview conducted by the author: Maksym Strikha, 24th October 1998.
- ³ Zastavnyj pp. 110–111.
- ⁴ Golovakha/Panina p. 3.
- ⁵ Ibid p. 4. This number has slightly risen during the 1990s from 36.9% in 1992.
- ⁶ Ibid p. 4.
- ⁷ NB:s interview with Strikha in Kyiv, 24th October 1998.
- ⁸ Burda p. 3.
- ⁹ Khmelko/Wilson p. 75. These figures do not account for code-shifting or code-mixing.
- ¹⁰ For this point see Kuzio p. 154.
- ¹¹ Golovakha/Panina p. 5. The latter category in these regions comprises between 14.8% and 22.2% of the respondents.
- ¹² Bilaniuk 1997, 1998.
- ¹³ See the linguist Larysa Masenko for a language ideologist that combines the nationalist and post-colonial approaches.
- ¹⁴ Ryabchuk 1998 pp. 12–13.
- ¹⁵ See for example Kas'yanov and Hrytsenko (b).
- ¹⁶ For important texts see Grinev, Malinkovich and Svistunov (ed). For an extreme view see Zheleznyi.
- ¹⁷ For an analysis of discussions on bilingualism and language policy debates in contemporary Ukrainian language ideologies, see Bernsand. For an interesting account of Ukrainophone and Russophone discourse on language policy see Stewart.
- ¹⁸ See Bilaniuk 1997 for a study on the folk acceptance of this view.
- ¹⁹ The development of separate Scandinavian standard languages in a dialect continuum with a high degree of mutual comprehensibility is deeply connected with language planning by the competing Scandinavian states. See Vikør p. 108–117.
- ²⁰ Miller, p. 236.
- ²¹ Trub p. 47.
- ²² Serben'ska p. 8.
- ²³ In addition to mixes of Ukrainian and Russian there exist in Ukraine mixes of Ukrainian with other languages, phenomena which are sometimes referred to as *surzhyk*. Hence, there is Ukrainian-Polish *surzhyk* in Galicia and Ukrainian-Slovak in Transcarpathia. This paper, however, focuses on notions on language mixes of Ukrainian and Russian.
- ²⁴ Hrinchenko p. 231. The example refers to an individual of mixed Ukrainian-Rom descent.
- ²⁵ For the important point of speakers not being aware of the surzhyfication of their speech see Bilaniuk 1998 p. 83 and Flier p. 131. For the low status implications of speaking *surzhyk* see Bilaniuk 1998 pp. 149–151, 163.
- ²⁶ Karavans'kyi pp. 9–10.
- ²⁷ Slovyk Ukrayins'koyi Movy p. 854.
- ²⁸ Magocsi pp. 55–64.
- ²⁹ Shapiro pp. 22–23.
- ³⁰ Bilaniuk 1997 p. 95.
- ³¹ Bilaniuk 1997 p. 106. The pressure on civil servants to use Ukrainian should not, though, be exaggerated. For an account on the situation in eastern and southern Ukraine see Ryabchuk 1998 p. 12.
- ³² Trub p. 57.
- ³³ Kosiv p. 116.
- ³⁴ See for instanc the case studies in Barbour/Carmichael (eds).
- ³⁵ Quoted in Hrytsenko 1998b s. 64.
- ³⁶ Fishman pp. 25–27.
- ³⁷ Fedyk p. 149.

¹ This article is a part of an ongoing PhD project on language ideologies and non-standard language varieties in Ukraine. A pilot study for the thesis was conducted in Kyiv, October–November 1998 under the auspices of the research project "European Unity in Diversity", led by Senior Lecturer Karina Vamlings.

² This article does not take into account neither ethnic minority languages, which in some regions (Hungarian in Transcarpathia, Romanian in Bukovyna) have an impact on the language situation, nor territorial dialects.

- ³⁸ Fishman pp. 39–45.
- ³⁹ Zhuykova 1993 p. 123. For Whorfian influences in Ukrainian nationalist language ideology see Bilaniuk pp. 111–112.
- ⁴⁰ Antonenko-Davydovych p. 14.
- ⁴¹ Kosiv p. 118.
- ⁴² Vil'chyns'kyi pp. 13–14.
- ⁴³ This line of reasoning is far from unique to Ukraine (comp. the concept of semi-lingualism). Woolhiser (p. 65) argues that it was used by Non-Russian Soviet sociolinguists in the 1960s as the only politically possible argument against a strengthened role for the Russian language.
- ⁴⁴ Babych p. 373.
- ⁴⁵ Kalus'ka/Shumey p. 5.
- ⁴⁶ Prosvita No 7–9 2000 (front page headline).
- ⁴⁷ The relationship between nationalist and Soviet language ideologies is sometimes quite complex. Many of the themes of the nationalist ideology have equivalents in the Soviet linguistic subdisciplines of *kul'tura rechi* and *stilistika*. See Woolhiser for an interesting case study on sociolinguistics in Soviet Belarus.
- ⁴⁸ Hrynchyshyn et al pp. 14–15.
- ⁴⁹ Serbens'ka p. 6.
- ⁵⁰ Antonenko-Davydovych p. 19.
- ⁵¹ Burda p. 1.
- ⁵² Serbens'ka p. 6.
- ⁵³ Cited in *Mova-dusha narodu* p. 156.
- ⁵⁴ Kalus'ka/Shumey pp. 37–38.
- ⁵⁵ For an account on the results of the internalisation by the eastern Ukrainian population of Soviet social attitudes and stereotypes as a result of physical and structural violence see Ryabchuk 1999 p. 7.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die
Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen
unserer MitarbeiterInnen,
Veranstaltungstermine, osteuropabezogene
Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle
Kommentierte Vorlesungsverzeichnis
und andere Publikationen des OEI.

Institutions & Organized Violence in Post-Socialist Societies

by Christoph Zürcher and Jan Koehler, Berlin

Introduction

The breakdown of the socialist systems in 1989/1991 has been accompanied by sustained and organized violence between groups or between groups and the state. Major conflict broke out in Yugoslavia, Chechnya, Azerbaijan and Georgia; besides, there are smaller and localised conflicts with a high potential for escalation, most recently, in Macedonia.

The research industry on internal, ethno-political violence is one of the most productive in social sciences with regards to its outputs; it is, however, not always especially effective. Despite an impressive amount of scholarly papers on the causes of organized violence in post-socialist societies, we feel that we still lack convincing empirical work and sound theoretical framework that grasp the nature of these conflicts.

There might be a number of reasons for this, the first being the objective lack of data. The collapse of the Soviet Union brought also an end to the systematical collection of important economic and socio-political data; the newly independent states often lacked the capacity for statistical work, and many war-torn sub national units (for example Chechnya, Abkhazia, Nagorno-Karabakh or Kosovo) simply became statistically no-go areas. Quantitative studies were under these conditions hard to do.

A second reason is a serious methodological problem: On the one hand, regional studies are often quite detached from mainstream social sciences. Many case studies contain valuable information about regional peculiarities, but their research design does not reflect the current theoretical debates. On the other hand, social science main stream theory is often not easily applicable to specific conflicts, whose dynamics might be driven by peculiar, specific, historically grown factors.

The objective of this article is to propose a methodological approach for the study of organized violence in post-socialist societies that is both theoretically informed and able to grasp some of the post-soviet peculiarities. This paper does not intend to present more than preliminary results from work in progress. In our examples, we focus on successor states of the Soviet Union.

The remaining of this paper is organized in four short sections: The first section compares the evidence of internal, organized violence in Eastern Europe with the global trend. A second section briefly discusses recent findings on the causes of internal violence and links these findings to the East European experience. The third section sketches our theoretical approach. In the last section, we give four short examples that aim to demonstrate the heuristic value of our approach.

Post-Socialist Societies and the rest of the World

There seem to be four major trends in organized violence since the end of World War II:¹

- 1) The magnitude of interstate warfare decreases since the mid-80ies.
- 2) Since the end of WW II, the magnitude of internal wars (political and/or ethnical defined) has been steadily growing.
- 3) Only after 1993 (with a two years time lag after the end of the Soviet Union) the trend is reversed and internal conflicts decrease in magnitude.
- 4) Internal conflicts tend to become longer and harder to settle since the mid-80ies.

The end of the cold war seems thus to have produced mix results. Most regions are more stable now than before; interstate warfare is decreasing. The turbulences of the end of the Soviet Bloc are today partly contained. However, internal conflicts, once escalated, tend to become much harder to settle.

Eastern Europe does not contradict these trends. They are, however, accentuated. The rise in internal, ethnically defined conflict after 1991 is extremely sharp, especially given the fact that for five decades there was virtually no organized violence within the socialist bloc.

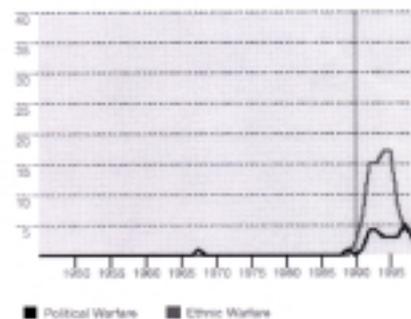


Figure 2: Violent Societal Conflict in the Socialist Bloc and Successor States²

There are at least two implications from these insights: First, Eastern Europe is in comparison with other regions statistically not unique, but merely accentuates the trends. Therefore we can assume (and try to test) that the factors that cause internal conflict globally might at least partly also apply to Eastern Europe.

Second, the trend within the region shows indeed a very sharp increase that needs explanation.

We suggest therefore that the general trend may be explained with general applicable (and observable) causes, while the regional peculiarity may be explained by specific factors.

Social Sciences and Internal Violence

Recent studies on causes and dynamics of internal conflict have made, in our opinion, valuable contributions in three fields.

Quantitative probabilistic studies

Firstly, there is significant progress in quantitative probabilistic studies. For more than five decades, social science has tried to identify the causes for war by systematically collecting data on war.³ A recent project of the Development Economic Research Group (DECRG) of the World Bank now seeks to bundle these efforts.⁴ In a series of widely discussed quantitative and qualitative papers, the scholars involved in this project try to identify those factors that increase the risk for internal war.⁵ Based on a large cross country study, the scholars identify six factors that increase the probability for internal war.⁶

Risk Factors for Internal War

- 1) A low income and falling growth rates.
- 2) The structure of income also affects the risk. The more a country is dependent on primary commodity export such as oil or gas, the higher the risk.
- 3) Ethnic composition matters: However, it is not ethnic fragmentation that matters per se, but the size of the groups within a polity. The risk is highest when the major group consists of 45–90% of the population and has thus the potential for ethnic dominance.
- 4) Terrain: Rough mountainous terrain and forest cover gives an advantage to rebel organization and thus seems to increase the risk of war.
- 5) Conflict breeds conflict. The probability of renewed conflict after a settlement is app. 50%.
- 6) Finally, bad neighborhoods affect the risk for war. Spillovers from warring neighbor countries affect a country's probability for peace.

Incentives and Rational Choice

Secondly, game theoretical models and subsequent qualitative studies have led to a more sophisticated understanding of how conflict risks actually turn into organized violence. Statistically measured probabilities tell us something about risks; they don't tell anything about causal links. For organized violence to emerge, it takes certain social situations in which actors think that the relative costs of violence are smaller than the relative costs of non-violence. Otherwise actors would not engage in the organisation of violence – an activity that takes strategic planning and investment.

In other words, the organization of violence depends on the incentive and opportunity structure in which actors are locked. Risk factors are likely to “go active” and to affect a polity's stability when a sudden shift of the incentive and opportunity structure occurs. Such a shift may be caused by many factors. One of the most important factors affecting the incentive structure of entrepreneurs

of violence, however, is, generally speaking, diminishing state capacity. The weaker the state is the greater the incentive to challenge the incumbent leaders: Thus, it is most often not the angry and the poor that rebel in the first place, but rather the political challenger that seeks to exploit the opportunity.

The factors and dynamics that cause war out-break are often very different from the factors and dynamics that determine the duration of organized violence

Thirdly, and probably most important, many qualitative studies have convincingly demonstrated that the factors that cause conflict are qualitatively different from those factors that affect the duration of conflict.

Sustained violence changes its own rationales: The causes of conflict may or may not have a political dimension (such as the fight for independence or justice). However, when organized violence becomes sustained, the economic dimension becomes more and more important. Organized violence needs continuous investment in arms, recruitment, logistics, infrastructure and PR. Entrepreneurs of violence thus need to engage in an economy of war in order to create the revenues needed for the organization of violence. In time, the economic rationale may become more important than the political aim, and entrepreneurs of violence may be more interested in sustaining their economic activities than in obtaining the original political aim or even in winning the war. Once a conflict has reached this stage and becomes a “market of violence”⁷, it may be very difficult to find a political solution – precisely because the dynamic of the conflict has shifted from the political to the economic. At the time of writing this paper, NATO and EU are experiencing these difficulties in Macedonia.

The above-discussed factors provide a powerful explanation for the emergence of internal violence in Eastern Europe after 1989 / 1991. An analysis more sophisticated than what we can deliver in this short paper would show that in most East European hot spots, the above-mentioned risk factors were in place. In addition, the total state failure in 1989 / 1991 provided an abrupt shift in the opportunity structure in the successor polities of the Soviet and Yugoslav state. It was the state collapse that has pushed the societies of these two regions in a state of fear and uncertainty and opened up windows of opportunity for political entrepreneurs. It is exactly through this window that ethnic entrepreneurs enter the political scene. State weakness, or state collapse, as it has occurred in the Former Soviet Union in Former Yugoslavia, de-blocks access to resources and power: Established institutions that have regulated access to and distribution of resources crumble or collapse, and new ones have yet to be designed. Elites thus inevitably engage in a competition, which is no longer framed by existing, accepted institutions. A key resource in power struggles can be ethnicity. Political entrepreneurs thus often turn into ethnic entrepreneurs – they appeal to real or perceived threats and injustices in order to mobilise support, and this increases the risk for conflicts.

These elements give us by and large quite a powerful tool for the explanation of internal conflicts in the former socialist bloc.

However, there remain two puzzles. Not all that can explode has exploded – some potential conflicts have been successfully defused. In other words: Similar conditions do not always and not automatically translate into violent conflicts. Rapid institutional change, as occurring in Former Yugoslavia and the Former Soviet Union, can obviously lead to new institutional arrangements on new, mostly smaller scales; and these new institutional arrangements may provide stability in inter-group relations and border management. For example, the autonomous Republic of Dagestan in the Caucasus has managed to keep ethnopolitical stability, in spite of the fact that all risk factors are “red”. The same is true for the republics of Karachaevo-Cherkessija and Kabardino-Balkarija, where the tensions between the titular groups have been defused for the time being. Adzharia, an autonomous Republic within Georgia, has not followed the examples of the secessionist South Ossetia and Abkhazia but has stayed within a nationalising Georgia.

Similar cases of non-conflict can be found in the Balkans. Armed conflicts have not spread beyond the boundaries of Former Yugoslavia, despite the fact that neighbouring states have suffered from sanctions and massive refugee flows. And even within the Yugoslav borders, large-scale violence did – for now – not diffuse to Macedonia and Montenegro. Both former Yugoslav Republics have managed so far to keep the delicate ethnic balance, despite the massive influx of Albanian refugees from Kosovo and the continuous threat of a possible Serbian conflict export. Why and how is this so?

And the second puzzle refers to the great variance of duration and intensity of hot conflicts: Some conflicts end rather quickly; others tend to become endemic, with both sides making no efforts either to win or to stop the war. What causes the great differences here?

Institutions and Internal Violence

In order to deal with these questions, we propose an institutional approach. To link the institutional arrangements of a society with the potential for organised violence or sustainable non-violent stability is, as far as we are aware of, a relatively new approach – at least for the post-socialist space.

Institutions are, according to the classical definition of Douglass North, “the rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction”⁸. Institutions are trained patterns of human interaction, which are codified in contracts and rules, or which root in shared norms, values, and codes of behaviour. Because institutions are trained, repeated and „sticky“ patterns of interaction, they stabilize social expectations and help reducing transaction costs. The institutional arrangement of a society produces incentive

structures for actors, defines the windows of opportunity for political entrepreneurs and establishes the constraints in which actors are locked. Focusing on institutions allows us to catch the opportunity structures of actors, and their access to resources.

Functions of Institutions:

- Institutions are accepted, trained and sometimes enforced patterns of interaction, which can frame conflicts. Conflict potentials can thus be defused. The breakdown of such a framework may enable the risk factors to „go active“.
- The institutional framework provides the incentive structure for local actors and thus determines their strategic action. Institutions can thus not only diffuse violence, but they can also produce violence, if the incentive structure is “badly” designed.
- Institutions have distributional effects. They determine the access to resources crucial for organizing violence and determine the relative position of actors.

Challenging widespread state-centric approaches, we argue that the institutional framework consists not only of the institutional legacy of the “official” state institutions of the socialist systems. Equally important are unofficial institutions, such as the “shadow” institutions that have emerged as a response to the organisational deficits of socialism, and those locally rooted norms and conventions that have survived in niches not occupied by the socialist state. Official and unofficial institutions form together a hybrid, eclectic, locally distinct framework, which structures actors incentives, opportunities and constraints.

“Official” institutions

Under the term official institutions we understand the legacy of the soviet state. Soviet ethno-federalism has left behind territories, equipped with titular nations, territorial bureaucracies, territorial media, proto-democratic institutions, such as parliaments (soviets), and a territorial elite that was ready to take over this legacy. In the case of Yugoslavia and the Soviet Union, these borders thus formed a template for status conflicts. Other residues of empire are not territorial, but functional. These include military organizations, economic networks of supply and production, networks of party or business nomenclature or parts of bureaucracies that have survived the collapse. Some of them have adapted to post-imperial circumstances. They became the new locus of power and formed the functional backbone of the newly assembled polities.

“Unofficial” institutions

By “unofficial” institutions we mean such institutions that were not part of the soviet design, but which have emerged as a reaction to the organisational deficits of the system, or have survived the Soviet homogenisation.

These unofficial institutions went largely undetected by political science and “sovietology”, which focused mainly

on “official” state institutions, but they proved to have a significant impact on the way politics reassembled after the implosion of the central state.

In this category belong the endemic black market economies and the widespread corruption, both of which are common features of post-socialist societies. Another widespread unofficial institution of socialist systems, which have retained their importance and functionality beyond the collapse, are the networks of patronage. In areas, where the state lacked the resources to penetrate the periphery with bureaucratic institutions, it had to rely on personal networks for governance and control. After the collapse of the central state, networks of patronage became in many places the most cohesive institutional structure, substituting state tasks and concentrating political power and economic resources.

In wide parts of the Caucasus and Central Asia, specific forms of local regulation of justice, solidarity and conflict regulation exist, which do not depend on a modern state bureaucracy, even though they might depend in their functionality to regulate conflict on the monopoly of violence of the state. Codified traditional value systems (e.g. *adat* - the “law of the mountains” in many remote parts of the Caucasus) existed together with the Soviet, and later, Russian legal systems. The re-emergence of *shariat-courts*⁹ is another example. In this context also the „council of elders“, which is still highly respected in North Caucasian societies, or the *ulemma* in Central Asia can be mentioned.

Detecting and describing such local institutions is crucial for our understanding of post-socialist spaces – from the Balkans to Central Asia, the Caucasus and the Turkish provinces of China. It is precisely this hybrid, eclectic combination of official and unofficial institutions that forms the institutional framework, which governs post-socialist, and in fact most political spaces after modernity. Today it is obvious that socialist self-perception and western analysis both dramatically underestimated the residual power of “the local”. A better understanding of this simultaneous functioning of different codes and value systems is by no means only of “folkloristic” value, but helps understanding the capacity of a society for dealing with conflicts and state-building.

Institutions in Action Snapshots from the Caucasus

The scope of this article does not permit to elaborate on the proposed approach. Instead, we will present in lieu of conclusion four snapshots from conflicts in post-socialist societies. Every snapshot is intended to highlight a significant aspect of organized violence in post-socialist societies, or, in other words, to explain a seemingly paradox development.

We think of our approach as of a camera lens. The snapshots should thus reveal the heuristic power of the institutional approach.

Snapshot 1: Market of Violence in Chechnya

Prolonged violence paves the ground for the emergence of “markets of violence”. Under the term “markets of violence” we understand a situation, in which violence is economically profitable for the few successful entrepreneurs of violence. Thus, whatever the core of the conflict was, there is a strong rationale for the warlords to stabilize the status quo. If government officials receive a share of the revenues of the market of violence (or are themselves embarking on warlord politics), they might also become interested in prolonging this violence. In such cases sustaining violence becomes a rational objective of all actors. This view contradicts commonly held assumptions of prolonged conflicts as an unintended and anarchical outcome, and it also contradicts the official discourse of governments and rebels.

The “market of violence”-metaphor adequately describes the situation in Chechnya. Between 1996 and 1999, the Chechen rebels were left in a state of quasi-independence. Instead of reconstructing the state, however, the strongest warlords engaged in a competition, which further weakened the remaining state structures. In order to finance their efforts, they engaged in an economy of war, creating revenues from illicit oil trade, hostage taking, drug and weapon trading and collecting money from the Diaspora and from other ideologically motivated donor organisations. The Russian invasion in 1999 did not alter this war economy, not least because the Russian army is not able to end this war militarily, but clearly obstructs any political solution. Furthermore, there is enough evidence that the Russian army is participating in the war economy, for example in the illicit oil business or in weapon trading. As a result, there is a military stalemate and a sustained low intensity war, from which key players on both sides profit.

Snapshot 2: The impact of the Soviet Ethno-Federalism

A striking observation applying to the whole Caucasus region is the fact that virtually all hot conflicts broke out in and around administrative sub-units (of pseudo-state character), such as Chechnya, South-Ossetia, Nagorno-Karabakh or Abkhazia. These used to be so-called “Autonomous Soviet Socialist Republics” (ASSR) and were entitled with significant pseudo-state-institutions, such as a constitution, regional media, border, a flag, institutions of higher education and some informal quotas which favoured members of the titular nation. In most of these polities ethnic entrepreneurs succeeded in taking over the governing institutions of the sub-state-apparatus. Subsequently, these entrepreneurs managed to organize their support within the framework of these “kidnapped” institutions. This contradicts the common assumption that conflict broke out because of old aspirations of ethnically defined we-groups for independence. In areas of compact ethnic settlement, but without the framing of the soviet administrative division, no hot conflicts have broken out (e. g. Armenians in Dzhavakheti/Georgia, Uzbeks in West-Tajikistan).

This snapshot allows two important conclusions: Firstly, it was not the “awakening nations” fighting for independence that have caused conflicts, but rather ethnical elites taking advantage of the opportunity. Secondly, the existing quasi-state institutions were crucial for the success of this endeavour, because they considerably lowered the price for organising support.

Snapshot 3: Small scale conflicts and governance by networks of patronage

In many of the successor polities of the former Soviet Union, we find relatively stable regimes, although these newly independent states are extremely weak and often engage in sustained low-level conflict. We argue that this combination of weak states, conflict and relatively stable elites is not a paradox, but rather a result of a rational strategy of the elites.

Elites of newly independent (quasi-)states often find that the best way to govern is based on highly institutionalised networks of patronage.

In order to stabilize these networks of patronage, the patrons of the networks have to satisfy the needs of their clientele. Not surprisingly, patrons in such weak “network states” usually control access to resources such as oil, gas or cotton. In order to secure his position, the patron must furthermore prevent potential challengers from access to resources. Independent economic activities are not encouraged, and patrons typically try to hinder independent activities outside of the network.

Therefore, patrons will minimize public goods such as safety, protection, economic opportunities or legal protection; instead they will try to privatise these goods and to make them available only within the network. One means of achieving this is by keeping the state weak; another means is to tolerate or even promote low-level conflict, even within the own state, since this increases insecurity and thus maximizes the dependency of political actors (and the population) on the patron’s good will. State weakness may thus be even a rational choice of leaders, who base their rule on networks of patronage. Governance through networks in weak states may thus stabilize the regime, but it may also increase the risk of conflict.

Snapshot 4: Ethnopolitical stability without the state

The last snapshot shows the tiny Republic of Dagestan, one of the ethnically most diverse regions in the world, neighboring war torn Chechnya. Dagestan, however, has been blessed by a remarkable ethnopolitical stability, although the state is extremely weak. We argue that this can be explained by “traditional” local institutions. As mentioned above, a colourful patchwork of “traditional” institutions, dealing with conflict and negotiating justice and access to resources, had survived socialist homogenisation. Such an institution is the *dzhamaata*¹⁰ in Dagestan. *Dzhamaata* can be described as a complex system of

numerous independent, but interrelated political formations of self-government with uniform norms. These units of self-government are based on the principle of neighbourhood, which, in the multi-ethnic patchwork of Dagestan, is distinct from clan-networks defined by descent. The *dzhamaata* adapted to the legal environment by changing in size and by cooperating with other institutions. It thus retained its significance as a political unit governing interethnic reciprocal exchange throughout the changes of statehood, and has thus helped to preserve ethnopolitical stability without a state.

Work in progress...

In this paper we intended to propose a theoretical approach, designed to grasp the conditions for the organisation of organized (internal) violence in post-socialist societies. To give an idea of the heuristic value of our approach, we have presented four examples of how the institutional framework of a society influences actor’s incentives with regard to the organisation of violence. This paper is not more than a report from work in progress. A collection of case studies from the Caucasus and the Balkan will be published later this year (Koehler, Jan and Zürcher, Christoph, 2001, Potentials of (Dis)order. Explaining Violence in the Caucasus and in the Balkan. Manchester: Manchester UP).

Dr. Christoph Zürcher is researcher and lecturer at the Institute of East European Studies, Free University Berlin, within the Department of Political Sciences.

Contact: zuercher@zedat.fu-berlin.de

MA Jan Kohler has received his degree from Free University Berlin in Social Anthropology. He has worked as the assistant of the Personal Representative of the Chairperson in Office of the OSCE on the Nagorno-Karabakh conflict until November 2000.

Contact: koehler@zedat.fu-berlin.de

¹ For a good overview, see for example Gurr, Ted R., Marshall, Monty G., Khosla, Deepa, 2000, Peace and Conflict 2001. A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy (Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland, College Park).

² Adapted from Gurr, Ted R., Marshall, Monty G., Khosla, Deepa, 2000, Peace and Conflict 2001. A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy (Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland, College Park).

³ Prominent projects are, among others, the Correlates of War Project (cf. Singer, J. D., Small, M., 1994, Correlates of War Project: International and Civil War Data, 1816–1992.

- Ann Arbor, MI: ICPRS); the State Failure Project (cf. Gurr, Ted R., with Harff, Barbara and Marshall, Monty G., 1997, Codebook: Internal Wars and Failures of Governance, 1954–1996. State Failure Task Force. <http://www.bsos.umd.edu/cidcm/stfail/index.htm>, 12.3.2001); the Polity Data (cf. Jagers, Keith, Gurr, Ted R., 1995, Tracking Democracy's Third Wave with Polity III Data. In: Journal of Peace Research, vol. 31, No. 4, 1995: 469–482); the Minorities at Risk (cf. Gurr, Robert T., 1993, Minorities at Risk: Wash. DC: USIP).
- ⁴ The Economics of Political and Common Violence. The World Bank: Development Economic Research Group DECRG. (Vgl. <http://www.worldbank.org/research/conflict/index.htm>).
- ⁵ The key paper is Collier, Paul, Hoeffler, Anke, 2001, Greed and Grievance in Civil War (January 4, 2001) <http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedandgrievance.htm> (25.05.2001).
- ⁶ see Collier, Paul, Hoeffler, Anke, 2001, Greed and Grievance in Civil War (January 4, 2001) <http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedandgrievance.htm> (25.05.2001)
- ⁷ A term coined by Georg Elwert. See Elwert, Georg, 1997, Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trotha, Trutz von (ed.), 1997, Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Westdeutscher Verlag: 86–101.
- ⁸ North, Douglass C., 1990, Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge UP.: 6.
- ⁹ Islamic law interpreted according to the Islamic law-schools, sharia was strongly repressed in the Soviet Union, whereas adat – the localised customary law never ceased to have a considerable influence.
- ¹⁰ "Dzhamaat" is an Arabian word, signifying "society", a distinct organised collectivity of people.

Der Performatismus oder: die Kulturentwicklung nach dem Ende der Postmoderne

Von Raoul Eshelman, Berlin

Wer in der Glaskuppel des neuen Reichstags einmal himmelsnah spazieren gegangen ist, wen ein „Dogma“-Film fasziniert hat, wer sich von den Erfolgsromanen eines Ingo Schulze, Michel Houellebecq oder Viktor Pelevin hat begeistern lassen, der ahnt es bereits: Diese Werke sind nicht mehr postmodern. Sie setzen nicht auf Spiel, auf Zitat, auf endlos-ironische Verführung und Täuschung des Beobachters, sondern wirken irgendwie anders – direkter, einfacher, sinnlicher, vielleicht auch ehrlicher. Diese sich neu anbahnende Epoche war Gegenstand des Seminars „Performatismus in der aktuellen Kultur oder die Überwindung der Postmoderne“, das vom Autor dieser Zeilen im Rahmen der Slavistik und AVL im Sommersemester 2001 angeboten wurde. Mit „Performatismus“ ist eine Ästhetik gemeint, die das in der Postmoderne ausgemusterte Subjekt tatkräftig wieder in Szene setzt. Statt uns in endlose Spielereien auf unterschiedlichsten Ebenen zu verstricken, konfrontieren uns die neuen Kunstwerke mit starren, gewissermaßen dogmatisch gesetzten Rahmen, die der Held, die Heldin oder der Beobachter zu transzendieren hat. So zum Beispiel der Reichstagsbesucher: Während er spiralartig in der transparenten Kuppel des Reichstags hinaufsteigt, lässt er die schwere, geschichtsträchtige Masse des alten Kerngebäudes unter sich. Er endet buchstäblich im Himmel über Berlin, wo er – zumindest eine Zeit lang – über den unten tagenden Machthabern der Republik thront. Der Aufstieg zum Zenit des künstlichen Himmelszelts ist eine unwillkürlich vollzogene Performanz, deren Held der Besucher selbst ist. Solche durch das Kunstwerk vermittelten Transzendenzerlebnisse – so die These – finden sich auch in Literatur, Film und Theater wieder. Dort

wird naturgemäß mit fiktionalen Handlungsrahmen und Identifikationserlebnissen gearbeitet. Wer bangt nicht in „Lola rennt“ mit der gleichnamigen Heldin, die drei Anläufe in drei fast identischen Handlungseinheiten braucht, um das Leben ihres tollpatschigen Manni zu retten? Und wer hält nicht zu dem als Kind grausam missbrauchten Helden des Films „Das Fest“, der den erstarrten Rahmen des Familienfestes dazu benutzt, die erdrückende Mauer des Schweigens niederzureißen und sich und seine Geschwister zu erlösen? Diese und andere ähnlich konstruierte Filme und Bücher machen uns zu Gläubigen, zu Zeugen, Anhängern und Komplizen von Helden und Heldinnen, die aufopferungsvolle, auf Transzendenz ausgerichtete Taten vollziehen. Das performatistische Subjekt kehrt nicht als Biedermann, sondern als norm-überschreitender, sich aufopfernder Fokus unserer Aufmerksamkeit zurück. Die von ihm ausgehenden Glaubensakte dienen nicht einem institutionell, sondern einem ästhetisch vermittelten Transzendenzerlebnis.

Die bereits erwähnten Eigentümlichkeiten des Performatismus – Rahmenbildung, Subjektfokus, Transzendenzerfahrung – verlangen natürlich ein Umdenken in der Theorie. Denn mit endloser, subjektzeretzender Metaphysikkritik kann man sich diesen Erscheinungen kaum positiv nähern. Daher auch der Rückgriff auf die in Europa kaum bekannte, aber für die aktuelle Kulturentwicklung unheimlich wichtige Generative Anthropologie des amerikanischen Romanisten, Sprachphilosophen und Kulturkritikers Eric Gans¹. Im Mittelpunkt dieser Theorie steht eine Urszene, in der sich Mitglieder einer vorsprachlichen Gemeinschaft um einen begehrten Gegenstand streiten. Nor-

malerweise würde sich die Gemeinschaft so lange bekriegen, bis eine tierische, auf Gewalt beruhende Hackordnung zu Stande kommt, in der sich das Recht des Stärkeren durchsetzt. Doch irgendwann – so kann man sich die Szene ausmalen – setzt einer der Streithähne ein Zeichen, das den Gegenstand bezeichnet und gewissermaßen ersetzt. Wird das Zeichen von den übrigen Mitgliedern des Kollektivs angenommen, lässt sich der Streit aufschieben, die Gewaltspirale eindämmen oder brechen. Dieses unmittelbar hinweisende (Gans sagt: ostensive) Zeichen transzendiert die tierische Streitordnung, indem es einen abstrakten, ausbaufähigen Fokus der Verständigung bietet. Gleichzeitig erlangt das Urzeichen kraft seiner schlichtenden, heilsbringenden Funktion einen zentralen sakralen Wert. Das die Gemeinschaft rettende Zeichen, das die Aufmerksamkeit des Kollektivs von einem Gegenstand auf ein vom Menschen geschaffenes Abstraktum lenkt, wird zum „Namen Gottes“, zum Fokus kultischer oder religiöser Tätigkeit. Das Urzeichen trägt nämlich keine Bedeutung, sondern ist einfach wahr. Denn durch seine Setzung verspricht es eine Überwindung des tierischen Gewaltzustandes – und löst dieses Versprechen weitgehend ein. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die damit verbundene Performanz nicht restlos aufgeht. Weil das Zeichen nicht all das einhalten kann, was es verheißt (es ist schließlich nicht das begehrte Ding, das es repräsentiert), entstehen Resentiments, deren Brisanz nur durch weitere und immer komplexer werdende Zeichensetzungen aufgeschoben werden können – kurzum, durch jene weit gefächerte Entwicklung, die wir Kultur nennen.

Was hat nun ein wahres, von einer sakralen Aura umgebenes Urzeichen mit der Abkehr von der Postmoderne zu tun? Ostensive Zeichen finden in der Alltagssprache nur begrenzte, eher banale Anwendung (als Beispiele zitiert Gans Ausdrücke wie „Feuer!“ oder „Mann über Bord!“) und müssen stets von komplexeren Zeichentypen ergänzt werden. Entscheidend für die ästhetische Wirkung ostensiver Zeichen im Performatismus ist deshalb der spezifische Handlungsrahmen, in dem sie gesetzt werden und die Identifikationsmöglichkeiten, die durch ihre Setzung entstehen. Wenn sich die als geistig Behinderte auftretenden Kommunenmitglieder in Lars von Triers Film „Idioten“ bevorzugt in ostensiven Grunzlauten äußern, so lassen sich zunächst zwei konkrete Funktionen erkennen: eine subversive, die die bürgerliche Sprachordnung provoziert, und eine sinnliche, die der Kommunikation unter den sexuell recht freizügigen „Idioten“ dient. Bestand hat dieser Zeichengebrauch aber zunächst nur innerhalb des von den Kommunarden gesetzten Rahmens, der selbst Produkt höherer Reflexion ist. Die Wahrheit des Ostensiven bleibt stets geteilt, anfechtbar, des Betrugs verdächtig. Ob dieser Verdacht ausgeräumt wird oder nicht, ist daher entscheidend für die epochale Zuordnung des Werks. Wird das Transzendenzstreben eines Helden als Betrug entlarvt oder nachhaltig ironisiert, so befindet man sich noch im sattsam bekannten Modus der Postmoderne. In Erzählwerken des Performatismus dagegen wird das tran-

szendente Moment für den Zuschauer mit dramaturgischen Mitteln verbindlich gesetzt. Oft geschieht dies in Verbindung mit einem Akt der Selbstaufopferung. So bringt nur eine Protagonistin des Films „Idioten“ – die schüchterne, von Selbstzweifeln geplagte Karen – es über sich, das an Peinlichkeit und Selbsterniedrigung kaum zu überbietende „Gaga-Machen“ in ihrem bürgerlichen Leben zu realisieren. Der Film lässt keinen Zweifel daran, dass das sprachlose Sabbern der Heldin beim steifen Kaffeekranz der Familie und ihr anschließender Abgang einen notwendigen, erlösenden Schlussstrich setzt. Mit spitzfindigen, ironischen Metakomentaren ist einer solchen Performanz nicht beizukommen. Denn nicht die – in der Tat hinterfragbare – Inszeniertheit des „Gaga-Machens“ steht im ästhetischen Vordergrund, sondern die dramaturgisch herbeigeführte, für den Zuschauer unleugbare Tatsache der persönlichen Befreiung. Wer trotzdem metaphysikkritisch oder ironisch interpretieren will, kann das ruhig weiter tun – nur wird er die ästhetische Intention des Films gründlich verfehlen. Das performatistische Kunstwerk ist nicht auf endlose Ironisierung aus, sondern will den Zuschauer zu einem ästhetisch vermittelten, ding- oder personenbezogenen Glaubenserlebnis hinführen. Dieses mit der Rückkehr zum Ostensiven verbundene ästhetische Erlebnis ist wohlge-merkt nicht restaurativ. Es stellt in der Regel eine gewaltige Provokation für die bürgerliche Ordnung dar – man denke nur an die oben erwähnten Dogma-Filme – sowie für die zunehmend müde wirkende Zitier- und Verwirrästhetik der alten Postmoderne.

Zu den wichtigsten Vertretern des Performatismus gehören sicherlich auch osteuropäische Schriftsteller und Filmmacher. Besonders zu erwähnen wären die junge, in ihrer Heimat äußerst beliebte polnische Schriftstellerin Olga Tokarczuk („Der Schrank“, „Ur- und andere Zeiten“), die russischen Erfolgsautoren Viktor Pelevin („Buddhas kleiner Finger“, „Generation P“) und Ljudmila Ulickaja („Olgas Haus“, „Reise in den siebenten Himmel“) sowie die überaus populären tschechischen Filmmacher und Szenaristen David Ondříček und Petr Zelenka („Samotáři“ [Einzelgänger] bzw. „Knoflíkáři“ [Knopfmenschen]) oder Jan Hřebejk („Musíme si pomáhat“ [Wir müssen zusammenhalten]). Anhand dieser Autoren lassen sich bestimmte Grundtendenzen innerhalb des Performatismus bereits ausmachen. Zuständig für die metaphysisch untermauerte Vermittlung transzendenter Zustände sind in erster Linie die Russen Ulickaja und Pelevin. Der bekennende Buddhist Pelevin strukturiert seine Werke so, dass der Leser nicht umhin kann, die vom Autor verordnete buddhistische Grundhaltungen einzunehmen. Immer wieder setzt Pelevin Mechanismen in Gang, die den Leser dazu bringen, die Nichtigkeit der Welt, des Selbst und des Sinns am eigenen Lektürevverhalten zu erfahren. Beispielhaft ist die Erzählung „Sigmund im Café“. Dort sitzt ein gewisser Sigmund in einem Wiener Caféhaus des Fin-de-siècle und kommentiert jeweils sieben, vom Autor ausführlich geschilderte Handlungseinheiten der Kaffeegäste mit einem gewichtigen „Aha!“. Wer von diesem „aha“ psychoanalyti-

sche Einsicht in verborgene Tiefendimensionen der menschlichen Seele erwartet, wird aber herb enttäuscht. Denn „Sigmund“ entpuppt sich als ein Papagei, der im verdreckten Käfig sitzt und mit dem nachgeplapperten „aha!“ nur auf seinen eigenen erbärmlichen Zustand aufmerksam machen will. Alle Sprache – so suggeriert der Buddhist Pelevin – hat im Endeffekt diesen ostensiven, lediglich zeigenden Charakter. Unsere Suche nach Sinn und Symbolik läuft ins Leere, das sich letzten Endes nur über den Buddhismus – im Nirvana – positiv erfahren lässt. Erst die Nichtung des eigenen Ich bzw. des eigenen Narzissmus wird zu einem richtigen „Aha-Erlebnis“ führen, das natürlich nur weit jenseits von jeder literarischen Vermittlung zu Stande kommen kann.

Bei der gelernten Psychologin Tokarczuk zeichnet sich ein skurriles Spiel mit ostensiver Regression ab, mit Rückfällen in Zustände archetypischer Unmittelbarkeit und Einheitlichkeit. Held und Heldin der Erzählung „Der Schrank“ fühlen sich immer mehr vom Innenraum des im Titel genannten Möbelstücks angezogen, in dem sich die Unterschiede zwischen Mann und Frau, Leben und Tod, Gegenwart und Vergangenheit in einen dämmrigen Urzustand auflösen. Schließlich wenden sich die Protagonisten von der Außenwelt völlig ab, sie ziehen sich gänzlich in den Schrank zurück: „Über Möbel, Servietten und Geschirr breitet sich eine immer dickere Schicht Staub, und unsere Wohnung versinkt immer weiter in der Dunkelheit“.² Der Leser wird in die enigmatische, dunkle Logik dieses Rückzugs mit einbezogen, er erhält keinen konkreten Anlass, dessen Ablauf psychologisch oder metaphysikkritisch zu hinterfragen (die Geschichte ist weder Traum noch Witz noch Wahn). Tokarczuk, die sich programmatisch auf Jung und den Mythenforscher Mircea Eliade beruft, will uns an archetypischen, enigmatischen Urerlebnissen teilnehmen lassen, deren metaphysische Zielsetzung – im Gegensatz zu oben erwähnten russischen Autoren – eher im Dunkeln bleibt.

Dass performatistische Werke auch eine komische Dimension haben können, zeigen neuere Filme wie „Wir müssen zusammenhalten“, der tschechische Oscar-Kandidat des Jahres 2000. Während der deutschen Okkupation verstecken Josef und Marie Cízek, ein durchschnittliches tschechisches Ehepaar, den aus dem Konzentrationslager geflohenen jüdischen Bekannten David eher unwillig in ihrer Speisekammer. Damit nicht ein Deutscher bei ihnen einquartiert wird, was unweigerlich zum Verrat des Verstecks geführt hätte, kommt das Ehepaar auf die Idee, schnell ein Kind in die Welt zu setzen. Da Josef zeugungsunfähig ist, muss der versteckte David heran, um ein in hohem Maße peinliches, aber gleichzeitig rettendes „Wunder“ zu vollbringen. Über die künstlerische Gelungenheit dieser sentimental überfrachteten Groteske kann man geteilter Meinung sein; deren Ausrichtung auf tragikomisch inszenierte Transzendenz liegt aber auf der Hand. Am Ende hält Josef, der durch die Ruinen seiner Kleinstadt den Kinderwagen schiebt, sein von einem anderen gezeugtes Kind

einer Tischgesellschaft entgegen, die aus lauter zuvor Ermordeten besteht: der jüdischen Familie, dem auf der Flucht erschossenen Jungen des Deutschen, dem von der Gestapo getöteten Hund der Nachbarin. Die von Marie, Josef und David vollbrachte Performanz versöhnt das Eigene mit dem Fremden, das Lebende mit dem Toten, verwischt die Grenze zwischen Widerstand und Kollaboration. Nicht die erkenntnistheoretischen Bedingungen dieser Leistung stehen im Vordergrund, sondern die Möglichkeit der Überwindung überhaupt – ein Thema, das der skeptizistischen Postmoderne natürlich völlig fremd ist.

Wie es in der Kultur insgesamt mit dem Performatismus weitergeht, kann nur die Zeit zeigen. Geplant ist jedenfalls im Wintersemester 2001–2002 ein Seminar „Generative Anthropologie als Gegenmodell zum Poststrukturalismus“, das Studierenden der FU Eric Gans' anthropoetische Theorie näher bringen soll. Im März 2002 soll ein Workshop mit dem Titel „Paradigmenwechsel in der heutigen Kultur. Die Epoche nach der Postmoderne“ stattfinden. Im Rahmen des von Raoul Eshelman (FU Berlin) und Holt Meyer (Universität Erfurt) organisierten Arbeitstreffens sollen Wissenschaftler aus der Medien-, Theater- und Literaturwissenschaft zusammenkommen, um über die neuesten post-postmodernen Entwicklungen in ihren Fachgebieten zu diskutieren.

Dr. Raoul Eshelman ist Privatdozent und vertritt im Sommersemester 2001 und Wintersemester 2001/02 den Lehrstuhl für Slawische Wissenschaften an der FU Berlin.

¹ Siehe *The Origin of Language*, Berkeley 1981; *The End of Culture*, Berkeley 1985; *Science and Faith*, Savage, Md. 1990; *Originary Thinking*, Stanford 1993; *Signs of Paradox. Irony, Resentment, and Other Mimetic Structures*, Stanford 1997.

² *Der Schrank*, Stuttgart 2000, S. 11.

JÜRGEN BRUCHHAUS

**Runet 2000 – Die politische Regulierung
des russischen Internet**

KATJA PATZWALDT

**Die russische Leidensfähigkeit –
Mythos oder rationales Verhalten?**

*Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft
des Osteuropa-Instituts, Heft 31 und 32, 2001*

Zeithorizonte in der Transitionsforschung und den internationalen Beziehungen. Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines methodischen Ansatzes

Von Susanne Nies, Berlin

I. Einführung

Neue Begriffe haben in die sozialwissenschaftliche Forschung und Methodendebatte Einzug gehalten. „Zeithorizonte“ (*Time-Horizons*) gehört dazu. Was aber genau besagt der Begriff? Wo liegen seine interpretatorischen Möglichkeiten und Grenzen?

Man stelle sich vor, man wachte eines Morgens auf, und alles wäre anders: Die Warensortimente in den Geschäften ebenso wie die Straßennamen, die Zeitungen und Medien, die Autos und Gebäude, die Kleidung und Menschen, die Werte und Vorbilder. Orientierung fällt schwer, wenn die Institutionen von gestern keinen Anhaltspunkt mehr geben für das Heute und Morgen. Millionenfach wurde es in den Transitionsländern seit 1990 so erlebt: Was ewig erschien schwand von heute auf morgen dahin und tausendfach wiederholte Riten verloren jede Bedeutung. Die neue Gewissheit wich rasch der alltäglichen Ungewissheit und dem Gefühl der Verlorenheit in einer unbekannteren, für manche rätselhaften, gar feindlichen Welt.

In einer solchen Situation, so die Annahme, verkürzen sich Zeithorizonte: Das Bemühen um Überleben tritt an die Stelle von Gestaltung.¹ Kurze Zeithorizonte begleiten drastische Wandlungsprozesse und sind Ausdruck politischer Instabilität. Gemeinhin werden sie deshalb als negativ bewertet. Verlängern sie sich, so schließt man auf Stabilisierung, gelungene Anpassung, und Beruhigung der Lage.

Stimmt aber diese Interpretation? Was genau sind Zeithorizonte? Wie kann man sie bestimmen und welche Annahmen bestehen über sie?

„Zeit“, so definiert Meyers Neues Lexikon², „ist das nicht umkehrbare, nicht wiederholbare Nacheinander, das manifest, erfahrbar bzw. bewusst wird als Aufeinanderfolge von Veränderungen und Ereignissen in Natur und Geschichte: häufig wird von der mit naturwissenschaftlichen Verfahren messbaren sogenannten objektiven Zeit die subjektive, auf dem sog. Zeitbewusstsein basierende Zeit unterschieden“.

Zeithorizonte beziehen sich auf die subjektive Zeit, auf Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der Zukunft. Sie entsprechen damit der gegenwärtigen, subjektiven zeitlichen Perspektive einer bestimmten Person oder Gruppe.³ Ermittelt sind sie über Befragung und Umfragen: Man identifiziert eine bestimmte Person, Gruppe oder Bevölkerung und befragt sie nach ihrem Zeithorizont, nach dem Zeitraum, in dem sie denkt.

Durch zeitlich versetzte Wiederholung mit dem selben *sample* stellt man Verschiebungen fest, was Rückschlüsse erlaubt hinsichtlich der sozio-politischen Veränderung in einer Gruppe, Region oder einem Land.

Folgende Fragen ergeben sich:

Zur Natur von Zeithorizonten und den sie beeinflussenden Faktoren (II)

1. Welche Rolle spielt der jeweilige kulturelle Kontext?
2. Welche Bedeutung kommt dem Alter des Befragten und der demographischen Ausgangslage einer Gesellschaft zu?
3. Haben wir es mit einem einzigen Zeithorizont zu tun, oder weist jedes Individuum unterschiedliche Zeithorizonte auf in Abhängigkeit von unterschiedlichen Fragen, Identitäten⁴ (etwa: Gesellschaft, Privatleben etc.). Wenn ja, entsteht ein „Gesamtzeithorizont“ durch Zusammenfügen verschiedener Zeithorizonte?
4. Haben wir es innerhalb einer Gesellschaft oder Gruppe mit gruppenspezifisch unterschiedlichen Zeithorizonten zu tun? Lässt das *patchwork* sämtlicher Zeithorizonte der uns interessierenden Gruppe oder Gesellschaft Rückschlüsse zu über den gegenwärtigen oder künftigen Wandel, Stabilität oder Instabilität?

Zur Interpretation von Zeithorizonten (III)

Wie sind die Ergebnisse zu bewerten, d. h. was bedeuten kurze oder lange Zeithorizonte für die Stabilität, den Reformstand oder Reformstau einer Gesellschaft?

II. Zur Natur von Zeithorizonten

1. Abhängigkeit von der jeweiligen Kultur

Die Zeitvorstellung unterlag im Verlaufe der Geschichte drastischen Änderungen: der Weg führt von der Schicksalsgläubigkeit der Babylonier über die Newton'sche Annahme einer absoluten Zeit bis hin zur raumbedingten Relativität der Zeit bei Einstein.⁵ Machtausübung schloss zuweilen auch das Monopol auf die Zeit ein: So setzte Karl V. im Jahre 1370 durch, dass die Kirchenglocken nach der Palastglocke zu schlagen hätten und drängte damit die Kirche zurück.⁶ Zeitvorstellungen waren und sind abhängig von der jeweiligen Zivilisation und ihrem Entwicklungsstand: Für Agrargesellschaften ist eine an Natur und Jahreszeiten angelehnte Zeitvorstellung typisch. Das Leben im Mittelalter war strukturiert durch Natur und Religion, durch Feste und Jahreszeiten. Erst industrielle Revolution und monetäre Wirtschaft ließen Zeit als knappes Gut erscheinen. Zeitmessung, Zeitvorstellung und Normalisierung verbanden sich im Kontext näherrückender Räume: Die Umbrüche im Verkehrswesen und der Kommunikation – von der Postkutsche über den Zug, das Auto, bis zum Flugzeug und der IT-Revolution – trugen die Forderung einer vereinheitlichten Zeitregelung an die bis dahin nicht

oder nur locker verbundenen Orte heran. Fahrpläne und Atomuhren, das Denken in Arbeitswochen und Monatslöhnen sollten zur Zeitvorstellung des Menschen in der Industriegesellschaft werden. Unzählig sind dahingegen die Berichte der sogenannten Entwicklungshelfer über die „Unzuverlässigkeit“ ihrer einheimischen Partner bei Verabredungen: die nichts anderes ist als Ausdruck einer anderen Zeitvorstellung.

Was uns objektiv erscheinen mag, ist zutiefst zeitbedingt. Zeitgenossen wie Castells, Virilio und Gleick erleben die Gegenwart als weitere Beschleunigung, als Dominanz der Gegenwart über Vergangenheit und Zukunft. Sie sprechen von *acceleration of just about everything* oder von *timeless time*.⁷ Die Zeitperzeption der Menschen im IT-Zeitalter ist zweifelsohne im Umbruch, was sich allenthalben manifestiert: von den *instant-wars* hier zu den endlosen Kriegen dort, von der *connectness* hüben zum Abgekoppelt-Sein drüben.⁸

Der Wandel der Zeitvorstellung gehört als *mental legacy* zu den unabhängigen Variablen. Vorstellungen vom Selbst und der Gesellschaft sind zutiefst geprägt durch unsere kulturelle Zugehörigkeit, die mit ihr verbundene aktuelle Aufteilung des Lebens in Privat und Beruf oder nach Tagesrhythmen, nach Arbeitszeiten, unsere Vorstellung von Lebenszyklen und vieles mehr.

Unterschiedlichen Kulturen und Epochen und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und -schichten sind – ereignisabhängig – ihre jeweils spezifischen Zeithorizonte zuzuordnen.

2. Abhängigkeit vom individuellen Lebensalter und der Demographie

Die demographische Ausgangslage einer Gesellschaft und das individuelle Alter eines Befragten nehmen Einfluss auf Zeithorizonte. Gesellschaften mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Über-Sechzig-Jährigen tendieren zu Konservatismus und Bewahren des Althergebrachten,⁹ Gesellschaften mit einem überdurchschnittlichen Anteil der Altersgruppe 20–25 kennen dagegen eher die verschiedenen Spielarten des Radikalismus und Fundamentalismus.¹⁰

Wie Befragungen der Autorin ergaben, variieren Zeithorizonte erheblich mit dem Lebensalter der Befragten. Folgende Vermutungen könnten aufgestellt werden:

Alter ¹¹	Zeithorizont
3–5 Jahre	Unterscheidung zwischen gestern (allgemein Vergangenheit) und morgen (allgemein Zukunft); Bedeutung von Festen (Geburtstagen etc.)
5–9 Jahre	1 Jahr
10 Jahre	2 Jahre
20 Jahre	4 Jahre
30 Jahre	5 Jahre
40 Jahre	10 Jahre
50 Jahre	15 Jahre
60 Jahre	20 Jahre
70 Jahre	10 Jahre
80 Jahre	5 Jahre

Natürlich spielt die Entwicklung des Zeitbewusstseins für den Zeithorizont im Kindesalter eine maßgebliche Rolle: Zeitbewusstsein entsteht erst und führt von einer absoluten Dominanz der Gegenwart über eine binäre Unterscheidung von gestern (alles Vergangene) und morgen (alles Kommende) zu einer sich verfeinernden, kulturbedingten Zeitvorstellung.¹² Auf den Zeithorizont der älteren Menschen hat die allgemeine Annahme der Lebenserwartung eine unmittelbare Auswirkung.

Der Zeithorizont eines Individuums ist geprägt durch sein Lebensalter und die Lebenserwartung einer bestimmten Gesellschaft.

3. Ein Zeithorizont oder mehrere?

Da Menschen mehrere Identitäten auf sich vereinigen ist anzunehmen, dass sie für unterschiedliche Lebensbereiche unterschiedliche Zeitannahmen treffen. Eine differenzierte Handhabung tut not. Das klassische Triptychon Fernand Braudels der kurzen, mittleren und langen Dauer sollte an dieser Stelle erwähnt werden. Braudel unterschied bekanntlich zwischen:

- *Histoire événementielle*: Bereich der sich rasch wandelnden Ereignisoberfläche des sozialen Lebens (*courte durée*).
- *Histoire sociale*: Bereich der sozialen Strukturen und Entwicklungen, der Mentalitäten, Symbole, Gesten. Entwicklungen dauern im Vergleich zu einem Menschenleben viel länger (*moyenne durée*).
- *Histoire naturelle*: Bereich der Ereignisse, der den Rhythmen und Veränderungen der Natur folgt und sehr lange dauernde und flache Entwicklungskurven aufweist. (*longue durée*).¹³ Zeithorizonte beziehen sich immer auf die „*courte durée*“. Die mittlere und lange Dauer prägen dagegen unsere Mentalitäten und Kulturen und nehmen so indirekt Einfluss auf die Zeithorizonte.

Ein grobes Schema individueller Zeithorizonte könnte folgendermaßen dargestellt werden: s. Tab. S. 58.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Zeithorizonte werden beeinflusst durch

- Kultur und die spezifische Zeitvorstellung, die mit ihr verbunden ist
- Lebensalter und Lebenserwartung
- Identitäten, auf sie bezogene Zeithorizonte, und Subsumierung zu einem Gesamt-Zeithorizont durch „dramatische Ereignisse“
- sowie durch die vor dem Umbruch liegende Zeitvorstellung.

4. Schichtspezifische Zeithorizonte in einer Gesellschaft: winner and loser

Es ist offensichtlich, dass Zeithorizonte schichtspezifischen Schwankungen ausgesetzt sind. Homogenisierend wirken drastische Ereignisse (Putsch, Naturkatastrophen).

Ebene	Zeithorizont	Hierarchie / Interferenz
Umwelt / Natur	Abhängig von Ereignissen	Bei Katastrophen etc. Nr. 1, Bedeutung für Landwirtschaft
„öffentlich“ Gesellschaft / Staat	Abhängig von System Weitere Differenzierung möglich nach Region, Staat, Kontinent, Welt etc.	Bei einschneidenden Ereignissen Nr. 1 (z.B. Revolution, Putsch, Regimewechsel etc.; direkte Auswirkungen auf Privat)
„privat“ Familie / Beruf	Abhängig von Ereignissen z.B. Beziehung, Krankheit, Arbeit etc.	Bei einschneidenden Ereignissen Nr. 1 (z.B. Krankheit, Tod, Trennung, Hochzeit, Kinder etc.) direkte Auswirkungen auf berufliche Entwicklungen

Ein im Gassektor tätiger Russe wird vermutlich einen längeren Zeithorizont haben als eine alleinstehende russische Rentnerin in einem abgelegenen Winkel des Landes.

Eliten haben oftmals andere Zeithorizonte als die breite Masse. Die Kombination dieser Zeithorizonte gibt Aufschluss über die politische Stabilität eines Landes.

Folgende Cluster sind denkbar: (die folgenden Angaben sind rein hypothetisch!)

Gruppe ¹⁴	I	II	III	IV	V	VI
Zeithorizont 1 (Russland 1992)	3	10	6.5	5	8	2
Zeithorizont 2 (Russland 2000)	5	10	7.5	6	10	2

Legende: I. Politische Elite; II. Ökonomische Elite; III. Eliten Mittelwert; IV. Bevölkerung (Mittelwert); V. Stadtbevölkerung; VI. Landbevölkerung

Interpretation: Man kann aus dem Ansteigen beider Mittelwerte von Fall 1 zu Fall 2 die Stabilisierung der Lage ableiten. Es ist zu fragen, welche Grenzwerte bei den verschiedenen Gruppen zur erhöhten Instabilität führen, bzw. wie die Zeithorizonte der verschiedenen Gruppen als Cluster zu bewerten sind.

III. Zur Interpretation der Zeithorizonte

Gemeinhin wird vermutet, dass ein kurzer Zeithorizont negativ, ein langer positiv zu beurteilen ist.

An einigen Beispielen lässt sich diese Behauptung überprüfen:

Kurze Zeithorizonte:	Bewertung
Mehrheit russische Bevölkerung 1990–92	negativ
Mehrheit deutsche Bevölkerung 1945	negativ
Betroffene einer Naturkatastrophe (z.B. Erdbeben Türkei)	negativ

Betroffene eines Krieges (z.B. Kosovo, Tschetschenien)	negativ
abgelöste Elite bei Elitenwechsel	negativ
siegreiche Elite bei Elitenwechsel	positiv

Lange Zeithorizonte	Bewertung
Bevölkerung eines autoritären oder totalitären Staates	negativ
Bevölkerung einer etablierten Demokratie	positiv

Es ergibt sich aus diesen bei weitem nicht erschöpfenden Beispielen, dass kurze Zeithorizonte nicht per se positiv, und lange Zeithorizonte nicht per se negativ zu beurteilen sind.

Es ist zu vermuten, dass gruppenabhängig in einer Gesellschaft eine Art *Patchwork* von Zeithorizonten besteht: die Dynamik, Stabilität oder Wandlungsfähigkeit einer Gesellschaft könnte damit vom Mischungsverhältnis abgeleitet werden.

Dieses könnte in etwa so aussehen:

Hypothese: stabile dynamische Gesellschaft

Führungseliten	kurze-mittelfristige Zeithorizonte (erlauben Wandel, Volontarismus)
Bevölkerungsmehrheit	lange Zeithorizonte (Stabilität)
Beispiel:	Bundesrepublik Deutschland

Hypothese: instabile hochdynamische Gesellschaft

Führungseliten	kurze-mittelfristige Zeithorizonte
Bevölkerungsmehrheit	kurze Zeithorizonte (Instabilität)
Beispiel:	Russische Föderation 1993

1. Beispiel: Zeithorizonte in Russland

Als Fallbeispiel soll im Folgenden die Entwicklung der Zeitvorstellung und der Zeithorizonte in Russland nachgezeichnet werden.¹⁵

Die russische Volkskultur sah Zeit als endlos, ewig an. Andrej Platonov sprach von der russischen mittelalterlichen Gesellschaft als einer „zeitlosen“: Zeit war eine vage Kategorie. Man unterschied zwischen der Zeit, in der man

fahren- und jener, in der man nicht fahren konnte, in enger Anlehnung an das Naturgeschehen, und orientierte sich daneben an den kirchlichen Feiertagen, die in einen großen, endlosen Zeitfluss hineingestreut waren.

Diese Zeitvorstellung ähnelt jener des europäischen Mittelalters. Erst die Zwangskollektivierung Stalins zerstörte diese, das russische Land beherrschende, an Natur, Kirche und Familie orientierte Zeitvorstellung.

Außerhalb des Landes hatten zuvor zwei drastische Versuche stattgefunden, das Zeitbewusstsein der Menschen zu verändern, und über diese Veränderung Herrschaft auszuüben:

– Peter der Große dekretierte im Jahre 1699 den Justinianischen Kalender und ließ das Jahr nicht im September, sondern im Januar beginnen.¹⁶

– Stalin führte 1929 die ununterbrochene Arbeitswoche – *nepřeryvka* – mit sechs Tagen und ohne Sonntag ein, in enger Anlehnung an das *Procedere* in der französischen Revolution. Mit der Beseitigung des Sonntags sollte endgültig der Untergang der Kirche und Religion besiegelt werden. Faktisch führte das Dekret aber zu unterschiedlichen Zeitvorstellungen zwischen Stadt und Land, Industriearbeitern und Landbevölkerung. 1941 wurde die Sieben-Tage-Woche wieder eingeführt.

Innerhalb der Sowjetunion wurde die Moskauer Zeit landesweit und ohne Rücksichtnahme auf die Zeitzonen eingeführt. So war es nicht erstaunlich, dass die Baltischen Staaten kurz nach Verkündigung ihrer Unabhängigkeit auch den Wechsel zu der ihrer Zeitzone entsprechenden finnischen Zeit bekannt gaben.

Das subjektive Zeitempfinden, die Zeithorizonte waren für die Mehrheit der Bevölkerung in den Krisenzeiten der Oktober-Revolution, des Bürgerkrieges und des 2. Weltkrieges kurz. Hinzu kam der bereits erwähnte Stadt-Land-Gegensatz mit den damit verbundenen unterschiedlichen Zeitperzeptionen. Dieser verschwand weitgehend mit der Zwangskollektivierung. Zum Ende der Sowjetunion kann man insofern von langen Zeithorizonten sprechen, als gemeinhin ein langer Fortbestand der Sowjetunion angenommen wurde und als Säuberungen und Terror nicht mehr zu den alltäglichen Herrschaftsmitteln gehörten.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging der Übergang von langen zu sehr kurzen Zeithorizonten einher. Castells sieht dieses Phänomen im größeren Zusammenhang des „shift from the longterm-horizon of historical time to the short term horizon of monetized time characteristic for capitalism, thus ending the centuries-old statist separation between time and money. By so doing Russia joined the West at the very moment that advanced capitalism was revolutionizing its own time-frame“¹⁷.

Fast eine Dekade nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich die Zeithorizonte schichtspezifisch diversifiziert und insgesamt schichtübergreifend verlängert.

2. Beispiel: Zeithorizonte in den internationalen Beziehungen nach 1990

Wenn kurze Zeithorizonte mit Anpassung und Überleben zu assoziieren sind, und lange mit *design* und *influence*, dann ist in einer neuen weltpolitischen Konstellation derjenige begünstigt, der in langen Zeithorizonten zu denken vermag.

Eine Hypothese wäre, dass die heute die Weltpolitik dominierenden USA als einzige auch einen langen Zeithorizont (zumindest der Führungsschicht) vorzuweisen haben. Publikationen wie jene von Huntington, Fukuyama, oder „The Grand Chessboard“ von Brzezinski könnten als Beleg für diese These verstanden werden.

Andere Staaten, wie etwa die frühere Supermacht Russland, haben auf Grund des direkten Bezugs zur Gemengelage am Ausgang des Kalten Krieges mit der Anpassung an die neue Situation und der Bewältigung der schwierigen Transition zu tun. Zeithorizonte sind auch bei den Eliten kurz, eine Beschäftigung mit dem über das eigene Land hinausgehenden weltpolitischen Design fällt schwer.

IV. Ergebnisse

1. Zeithorizonte sind ein fruchtbarer methodischer Ansatz, den es in der Erforschung von Transition und Demokratisierung ebenso zu berücksichtigen gilt wie im Studium internationaler Beziehungen, in der Elitenforschung und anderen Teilbereichen der Politischen Wissenschaft. Sie passen in eine Zeit des sozialwissenschaftlichen Postpositivismus, in der der Interaktion von Denken und Wirklichkeit mehr Bedeutung beigemessen wird: So führte der Popper-Schüler George Soros in die Wirtschaftswissenschaften den Begriff der Reflexivität ein, der eben genau die Rückwirkung subjektiver Annahmen auf das objektive Geschehen – etwa bei Börsenspekulationen – beinhaltet.¹⁸ Die Berücksichtigung von Zeithorizonten entspricht der Berücksichtigung von Zukunftserwartungen, die reflexiv auf die Gegenwart und Zukunft einwirken.

Zu warnen ist jedoch vor einer vereinfachenden Interpretation, etwa wie im bislang gängigen Sinne: kurze Zeithorizonte = schlecht, lange = gut.

2. Mehrere Zeithorizonte fügen sich – individuell oder innergesellschaftlich – zusammen: Sowohl bei Individuen als auch Gruppen und Gesellschaften haben wir es mit mehreren Zeithorizonten zu tun, die ein Gesamtbild ergeben, bzw. in ein hierarchisches Verhältnis zueinander treten. Es könnte für die Forschung von Interesse sein, ein differenziertes Bild der Zeithorizonte einer Gesellschaft zu entwerfen, und über den Vergleich einer Reihe von Fällen empirisch Erkenntnisse über die Stabilität bzw. den bevorstehenden Wandel in einer Gesellschaft zu gewinnen. Derartige Forschungen liegen bisher noch nicht vor.

3. Zur Methode und zur Interpretation: Es ist wichtig, die Gruppe der zu Befragenden zu identifizieren und genau zu definieren. Der diachrone Vergleich gibt Aufschluss über Verschiebungen und reduziert die Bedeutung der Variablen.

Kurze Zeithorizonte stellen immer ein politisches Problem, ein Stabilitätsproblem dar: Ein Umbruch steht unmittelbar bevor oder ist soeben erfolgt.

Aber auch lange Zeithorizonte sind nicht per se eine Garantie für Stabilität: Da Zeitperzeptionen subjektiv sind, ist Irrtum nicht ausgeschlossen. Obwohl im In- und Ausland vom langfristigen Fortbestehen der Sowjetunion ausgegangen wurde, erfolgte doch unvermutet der Zusammenbruch. Zeithorizonte und Ereignisse interagieren in beide Richtungen.

Auch Naturkatastrophen führen zum drastischen Wandel der Zeithorizonte und damit des Fortschrittsglaubens.¹⁹

4. Zeithorizonte in Transitionsländern: Die Entwicklung ist vermutlich sehr unterschiedlich, aber allgemein ist, mit Ausnahme von Kriegs- und Krisengebieten (Tschechien, ehemaliges Jugoslawien) von einer Verlängerung der Zeithorizonte seit Anfang der 90er Jahre auszugehen.

Ein Vergleich der Zeithorizonte in verschiedenen Transitionsländern sowie der Bevölkerungsgruppen steht noch aus.

Dr. Susanne Nies ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Literatur

- Adam, B., *Time and Social Theory*. Cambridge: Polity Press 1990.
- Aveni, A., *Rhythmen des Lebens. Eine Kulturgeschichte der Zeit*. Stuttgart 1991.
- Braudel, Fernand, *Le temps du monde*, dans: *La Dynamique du Capitalisme*, Champs, Flammarion, Paris 1985.
- Castells, M., *The Rise of the Network Society, Millenium I*, Blackwell Publishers, 2nd edition 2000, Chapter *The Edge of Forever: Timeless Time*, S. 460–500.
- Dux, G., *Die Zeit in der Geschichte*, Frankfurt a. M. 1989.
- Friedland, R., Boden, D. (eds.), *Nowhere: Space, Time, and Modernity*. University of California Press, Berkeley, CA 1994.
- Giddens, A., *A Contemporary Critique of Historical Materialism*. Berkeley CA, University of California Press 1981.
- Gleick, J., *Chaos*. New York: Viking Penguin, 1987.
- Gleick, J., *Faster: The Acceleration of Just About Everything*. New York: Pantheon 1999.
- Hanson, S., *Time and Soviet industrialization*. Berkeley CA, University of California 1991.
- Heidegger, M., *Sein und Zeit*, Tübingen 16. Aufl. 1986.
- Lash, S., Urry, J., *Economies of Signs and Space*, London: Sage 1994.
- Olson, M., *Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships*, Chapter 2: *Time, Takings, and Individual Rights*, pp.25–45, Basic Books, New York 2000.
- Piaget, J., *Die Bildung des Zeitbegriffs beim Kinde*, Stuttgart 1986.
- Young, M., *The Metronomic Society*, Cambridge, MA, Harvard University Press, 1988.
- Withrow, G.J., *Time in History: The Evolution of our General Awareness of Time and Temporal Perspective*, Oxford University Press 1988; deutsch: *Die Erfindung der Zeit*, Hamburg 1991 (zitiert im Artikel nach der deutschen Ausgabe).
- Virilio, P., *Fluchtgeschwindigkeit*. Essay.
- Zerubavel, E., *The Seven Day Circle: the History and Meaning of the Week*, New York Free Press 1985.
-
- ¹ Segbers 1995 Einführung: Segbers spricht von *vyivanie i adaptacija* (russisch: Überleben und Anpassung) anstelle von *design* und *influence*.
- ² Meyers Neues Taschenlexikon, Bd. 24, S. 220, 5. Auflage, Mannheim 1995.
- ³ Eigentlich müsste man hier auch von Vergangenheitsbewusstsein, einer Art Zeithintergrund sprechen: Möglicherweise steht er in einer gesetzmäßigen Korrelation zur zeitlichen Perspektive. Auch Zeitbewusstsein, bezogen auf die Vergangenheit, ist Veränderungen ausgesetzt, wird durch den Kontakt mit mehreren Generationen ebenso geprägt wie durch das Geschichtsbewusstsein einer Gesellschaft. Eine Einbeziehung des „Zeithintergrunds“ würde aber den Rahmen dieser Darstellung sprengen; so sei er hier nur erwähnt.
- ⁴ Menschen haben eine größere Anzahl von Identitäten, die kontextabhängig hierarchisiert sein können. So kann ein Mensch die folgenden Identitäten haben: Europäer, Deutscher, Mann, Musiker etc.
- ⁵ Zu einer ausführlichen Darstellung siehe Whitrow 1991.
- ⁶ Whitrow 1991: 172.
- ⁷ Castells 2000, Gleick 1987, 1999, Virilio verschiedene.
- ⁸ Zur Idee der unterschiedlichen Dauer von Kriegen siehe Castells 2000: 484–491.
- ⁹ Was mitnichten bedeutet, dass dies immer so bleiben wird. Es ist durchaus denkbar, dass es einerseits mit der Verlängerung der Lebenserwartung, veränderten Lebensgewohnheiten der älteren Menschen, der Verschiebung der Mehrheiten zugunsten des älteren Bevölkerungsteils zu politischen Verhaltensänderungen, vielleicht einem Altersradikalismus kommen wird.
- ¹⁰ Zum Beispiel islamischer Fundamentalismus in Ländern wie Algerien mit einer sehr jungen Bevölkerung, oder auch NS-Deutschland.
- ¹¹ Die hier genannten Zeithorizonte sind abhängig von der Lebenserwartung in einer Gesellschaft.
- ¹² Siehe dazu Piaget, J., *La notion du temps chez l'enfant*.
- ¹³ Braudel entwickelte seine Drei-Zeiten-Theorie unter maßgeblichem Einfluss der Geographen. Siehe zu einer umfassenden Darstellung Daix, Pierre, Braudel. Flammarion, Paris 1998.
- ¹⁴ Sehr vereinfachtes Schema. Andere Gruppen können benannt und identifiziert werden.
- ¹⁵ Siehe dazu Castells 2000: 461–463, Hanson 1991, Zerubavel 1985: 35–43.
- ¹⁶ Dieses führte zu erbitterten Kontroversen in Russland: Man war der Auffassung, dass der Tag der Schöpfung am 1. 9. in einer warmen Periode stattfinden müsse, und dass der 1. 1. historisch falsch sei. Peters Ziel hingegen war es, Russlands Standards mit jenen Europas zu homogenisieren.
- ¹⁷ Castells 2000: 463.
- ¹⁸ Soros, George, *The Crisis of Global Capitalism*. Public Affairs, New York 1998.
- ¹⁹ Ein historisches Beispiel ist der Einfluss des Erdbebens von Lissabon auf Voltaire.

Ringvorlesung im Wintersemester 2001/2002 am Osteuropa-Institut der FU Berlin

Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

Moderation: PROF. DR. KLAUS SEGBERS, Vorsitzender des Institutsrats des OEI

- 24.10.2001 **N.N.**
Die Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft in der frühen Perestrojka
- 31.10.2001 **Gunter Hofmann** (Die Zeit, Berlin)
Agenda-Setting und Adhocismus: Wer bewegt die deutsche Außenpolitik?
- 07.11.2001 **Heinrich Vogel** (ehem. Direktor des BIOSt)
Wissenschaftliche Politikberatung – Who cares? Wissenschaft über Osteuropa
- 14.11.2001 **Michael Steiner** (außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers, Bundeskanzleramt, Berlin)
Politikgestaltung im frühen 21. Jahrhundert: Mehrebenenspiele
- 21.11.2001 **Peter Frey** (ZDF, Leiter des Hauptstadtstudios, Berlin)
Agenda-Setting: Zur „Macht“ der vierten Gewalt
- 28.11.2001 **Mary McAuley** (Ford Foundation, Moscow)
Themen, die auf der Agenda fehlen? Humanitäre Anliegen
- 05.12.2001 **N.N.**
Internationale Aspekte
- 12.12.2001 **Hans-Ulrich Klose** (MdB SPD, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, angefragt)
Politikgestaltung im frühen 21. Jahrhundert: Vom Gestalten und Ertragen
- 19.12.2001 **Karl Lamers** (MdB CDU, angefragt)
Politikgestaltung im frühen 21. Jahrhundert: „Außenpolitik“ und „Innenpolitik“
- 09.01.2002 **Marina Pavlova-Sil'vanskaja** (Carnegie Stiftung, Moskau)
NGOs and Civil Society: Mehr als eine Mode?
- 16.01.2002 **Klaus Naumann** (ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr)
Sicherheitspolitik: Innenpolitische Bedingtheiten und mediale Kontexte
- 23.01.2002 **Monika Grütters** (Vorstandssprecherin der Stiftung Brandenburger Tor, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Berlin)
Von den Tiefen und Untiefen der Landespolitik – Erzählungen aus Berlin
- 30.01.2002 **Gesine Schwan** (Präsidentin der Viadrina Frankfurt/Oder, Berlin)
Kultur und Stereotypen als Faktoren politischen Gestaltens
- 06.02.2002 **Joschka Fischer** (Außenminister, Berlin, angefragt)
Politik im frühen 21. Jahrhundert: Vom rationalen Gestalten transnationaler und Welt-Politik
- 13.02.2002 **N.N.**
Politik und Wissenschaft – Erfahrungen aus der Sicht der Regierung und der Opposition
- 15.02.2002 **Vladimir Mau** (Moskau, angefragt)
Perzeptionen aus dem Ausland. Who lost Russia?

Veranstaltungsorte:

Harnack-Haus, Ihnestr. 16-20, D-14195 Berlin
Osteuropa-Institut, Garystr. 55, D-14195 Berlin, Hörsaal A (s. Aushang)
(U-Bhf. Thielplatz oder Oskar-Helene-Heim)

Zeit: jeweils am Mittwoch 18–20 Uhr

Anfragen zur Veranstaltung sind zu richten an den Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts
Tel.: (030) 838-54058, Fax: (030) 838-53616, Email: segbers@zedat.fu-berlin.de

Aktuelle Hinweise auf der Homepage: <http://www.oei.fu-berlin.de>

Forschungsaufenthalte ausländischer Gastwissenschaftler am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts

Von Holm Sundhaussen, Berlin

Seit mehreren Jahren bewerben sich ausländische Graduierte und Wissenschaftler bei den einschlägigen Förderinstitutionen (allen voran beim DAAD und bei der Alexander von Humboldt-Stiftung) um einen Gastaufenthalt am Arbeitsbereich Geschichte & Kultur des OEI. Fast alle Bewerberinnen und Bewerber kommen aus den Staaten Südosteuropas. Die Ausnahmen sind schnell benannt. Regelmäßig (zweimal im Jahr) besuchen Historiker der Universität Prag (Institut für Universalgeschichte und Geschichte der internationalen Beziehungen: Prof. Aleš Skořivan und Kollegen) das Osteuropa-Institut im Rahmen kurzfristiger Forschungsaufenthalte in Berlin. Skořivan ist Chefredakteur der „Prague Papers on History of International Relations“, zu deren Beirat auch der Unterzeichnete gehört. Eine weitere Ausnahme bildete der Aufenthalt von Darius Staliūnas aus Wilna, der sich als DAAD-Stipendiat in der zweiten Hälfte der 90er Jahre hier aufhielt. Dr. Staliūnas ist mittlerweile stellvertretender Leiter des Historischen Instituts von Litauen und Mitherausgeber der „Lithuanian Historical Studies“.

Alle übrigen Gäste seit Mitte der 90er Jahre kamen aus Südosteuropa. Zu ihnen gehörten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) Prof. Dr. Zoran Ćirić, Germanist aus Belgrad, Humboldt-Preisträger, Dr. Rumen Daskalov, Historiker aus Sofia (Humboldt-Stipendiat), Dr. Ljubinka Trgovčević-Mitrović, Historikerin aus Belgrad (DAAD-Stipendiatin), Prof. Dr. Bogdan Murgescu, Historiker aus Bukarest, Iorga-Preisträger (Roman Herzog-Stipendiat), Dr. Calin-Radu Anușă, Historiker aus Bukarest (Roman Herzog-Stipendiat), Prof. Dr. Djordje Kostić, Slawist und Germanist am Balkanologischen Institut in Belgrad (Humboldt-Stipendiat), Prof. Dr. Teodor Pavel, Historiker aus Cluj/Rumänien (DAAD-Stipendiat), Dr. Predrag Marković, Historiker aus Belgrad (Roman Herzog-Stipendiat), Dr. Mirela-Luminița Murgescu, Historikerin aus Bukarest (DAAD-Stipendiatin), Prof. Dr. Dušan Nežak, Historiker, Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Ljubljana (DAAD-Stipendiat), Prof. Dr. Milan Ristović, Historiker aus Belgrad (DAAD-Stipendiat) und Bojan Aleksov, Doktorand, Historiker (Stipendiat der Central European University in Budapest). Zur Zeit halten sich Dr. Tristan Landry, Historiker aus Kanada (als Humboldt-Stipendiat) und Vince Paál, Historiker und Doktorand aus Budapest (als DAAD-Stipendiat) am Osteuropa-Institut auf. Im Herbst 2001 wird Prof. Dr. Valeri Stojanov, Turkologe aus Sofia als Humboldt-Stipendiat am Arbeitsbereich Geschichte & Kultur erwartet. Für die erste Jahreshälfte 2002 ist der Forschungsaufenthalt von Dr. Hannes Grandits, Historiker an der Universität Graz, angekündigt.

Eine rege Zirkulation besteht zwischen dem Osteuropa-Institut und der Central European University in Budapest, ohne dass dies jemals institutionell verankert worden wäre.

Mehrere unserer Gäste waren vor oder nach ihrem Aufenthalt in Berlin auch an der CEU zu Gast (z.B. Rumen Daskalov, Predrag Marković, Bojan Aleksov sowie einige Teilnehmer am Südosteuropa-Forschungscolloquium, die von dritter Seite – z.B. vom Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas – ein Stipendium erhalten haben).

Aus den Forschungsaufenthalten der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind vielfältige persönliche Netzwerke und Kooperationen hervorgegangen (von Tagungen einmal abgesehen). So waren z.B. Predrag Marković und Milan Ristović an einem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekt zur vergleichenden Untersuchung der autoritären Regime in Ostmittel- und Südosteuropa während der Zwischenkriegszeit beteiligt. Die Ergebnisse des Projekts sind Mitte 2001 in einem umfangreichen Sammelband beim Schöningh-Verlag erschienen. Marković arbeitete auch an einem anderen, ebenfalls von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projekt, zum Identitätswandel im früheren Jugoslawien mit. Die Manuskripte werden derzeit in Belgrad zum Druck vorbereitet. Bogdan Murgescu gehört zu den Koordinatoren eines laufenden DAAD-Projekts zur Erstellung eines Curriculums „Geschichte Südosteuropas als europäische Geschichte“. Aus der Zusammenarbeit zwischen Rumen Daskalov und dem Unterzeichneten entstand ein Beitrag zu dem beim Beck-Verlag in München erschienenen Handbuch „Südosteuropa“, herausgegeben von Margaditsch Hatschikjan und Stefan Troebst. Enge Kontakte bestehen zu Djordje Kostić, dem Sekretär des Humboldt-Clubs in Serbien. Aber auch die hiesigen Studierenden und Graduierten haben aus der persönlichen Begegnung mit den ausländischen Gästen vielfältigen Nutzen gezogen.

Die Humboldt-Stiftung hat im Jahr 2000 die Verteilung ihrer Stipendiaten auf die deutschen Forschungseinrichtungen in einem Zeitraum von fünf Jahren (1995–1999) untersucht. „Das Ergebnis dieser Untersuchung ist meines Erachtens“, so der Präsident der Humboldt-Stiftung, Professor Wolfgang Frühwald, in einem Schreiben an die Rektoren und Präsidenten der deutschen Universitäten, „deshalb ein Leistungsindikator, weil die Stipendiatinnen und Stipendiaten völlig frei in der Wahl ihres Forschungsortes und ihres Forschungsthemas sind. Sie stimmen also gleichsam ‚mit den Füßen‘ über die besten Forschungsorte in Deutschland ab.“ In dem auf dieser Basis erstellten „Ranking“ rangiert die FU als „Spitzenreiter“ an vierter Stelle (was die absolute Zahl der ausländischen Gäste betrifft). In der Geschichtswissenschaft nimmt sie sogar den ersten Platz ein. Der Arbeitsbereich Geschichte & Kultur sieht darin einen Ansporn, sich auch weiterhin – und verstärkt – um die Betreuung ausländischer Gastwissenschaftler zu bemühen.

Holm Sundhaussen ist Univ.-Prof. am OEI der FU Berlin.

Soziologie in St. Petersburg – Interview mit Ingrid Oswald



Foto: PD Dr. Ingrid Oswald

PD Dr. Ingrid Oswald war von 1991 bis 1996 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, seit 1999 ist sie Privatdozentin an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg, arbeitet seit Anfang des Jahres als Hochschullehrerin in St. Petersburg.

Sie sind jetzt an die Staatliche Universität in St. Petersburg berufen worden, an die Fakultät für Soziologie.

Ja, aber offiziell berufen werde ich nach russischem Hochschulrecht, wenn ich ein Jahr an einer russischen Hochschule unterrichtet habe.

Welchem Studiengang sind Sie da zugeordnet und wie ist das alles organisiert?

Die Organisation teilen sich der DAAD, also der Deutsche Akademische Austauschdienst, und die Staatliche Universität St. Petersburg. Und insofern habe ich auch einen doppelten Auftrag. Der DAAD hat mich dorthin vermittelt, um erstens die Lehre an der Soziologischen Fakultät zu ergänzen, also zusätzlich zum normalen Lehrangebot Lehrveranstaltungen zu Themen anzubieten, wie dies auch an den Universitäten in Deutschland erfolgt, auch wenn es sich dabei natürlich nicht um „deutsche Soziologie“ im engeren Sinne handelt. In Deutschland ist akademische Soziologie ja nicht ohne die Auseinandersetzung mit anderen westlichen Ansätzen denkbar. Es geht, und damit ist zugleich das offizielle Ziel des DAAD benannt, um die Mitwirkung an der Internationalisierung der Sozialwissenschaften in Russland. Zweitens unterrichte ich an dem vom DAAD eingerichteten „Deutschen Zentrum“ an der Soziologischen Fakultät.

Unterrichten Sie auf Deutsch? Oder in beiden Sprachen?

Die Lehrangebote an der Fakultät richten sich an alle Studierenden eines bestimmten Studienjahres, und da ist die Unterrichtssprache Russisch. Die Lehrveranstaltungen am „Deutschen Zentrum“ sind deutschsprachig, also, so weit es eben reicht. Wenn ich merke, dass die Studierenden nicht mehr folgen können, dann geht es auf Russisch weiter, und die Schlussdiskussionen erfolgen auch auf Russisch. Ich möchte ja schon wissen, was bei den Studierenden angekommen ist.

Welche Lehrveranstaltungen bieten Sie an, können Sie die Themen selbst festlegen?

Was die Lehrangebote im Deutschen Zentrum angeht, so bin ich da sehr frei. Im letzten Semester habe ich zwei Kurse durchgeführt, zum einen über Migrationsprozesse, zum anderen über Stadtentwicklung – beide jeweils als Ver-

gleich zwischen Ost- und Westeuropa. Die Inhalte der Lehrveranstaltungen an der Fakultät muss ich natürlich mit den anderen Hochschullehrern absprechen und bin dabei von der konkreten Zuordnung abhängig. Ich bin dem Lehrstuhl von Professor Vinogradov zugeordnet, also Soziologie im allgemeinen, manchmal dort auch „Politische Soziologie“ genannt, eine Benennung, die ich allerdings so nicht teilen würde. Schwerpunkte sind Sozialstruktur, Sozialisation, sozialer Wandel, es gibt auch einen kleinen Zweig zur Geschlechterforschung, auf Russisch „Genderforschung“. Meine Schwerpunkte Migration und Ethnizität, Stadt- und Regionalsoziologie und Sozialstrukturforschung passen da am besten hinein. Ansonsten gibt es noch Lehrstühle, die deutlich anders strukturiert sind: für Soziologische Theorie, für Wirtschaftssoziologie, Sozialanthropologie und für Sozialarbeit bzw. „angewandte Soziologie“.

Und welche Themen bieten Sie in russischer Sprache an?

Im letzten Semester habe ich mich, in Absprache mit dem Dekan und dem Lehrstuhlinhaber für das Thema „Theorien sozialen Wandels“ entschieden. Aber das war nicht die beste Wahl, wie ich bald feststellen musste. Denn das Lehrgebiet ist natürlich sehr groß und dementsprechend haben sich die Einzelthemen auch mit anderen Lehrangeboten am Lehrstuhl überschritten, weshalb einzelne Dozenten sehr darauf bedacht waren, dass ich nicht „ihre“ Themen behandle. Das war aber wirklich eine Missdeutung. Der DAAD mischt sich nicht in die inhaltliche Ausgestaltung der Lehre ein, die von einem aus Deutschland vermittelten Hochschullehrer angeboten wird, und ich bin auch nicht daran interessiert, „Konkurrenzveranstaltungen“ durchzuführen. Außerdem war das Thema so theoretisch, dass einige Studierende wohl auch abgeschreckt wurden, zumal es ja einen eigenen Lehrstuhl Soziologische Theorie gibt.

Ist das nicht erstaunlich? Eigentlich sollte man sich doch denken, dass Studenten in Russland sich für „sozialen Wandel“ interessieren müssten.

Nun ja, aber es sind eben die konkreten Konstellationen zu berücksichtigen. Aber daraus kann man nur lernen. Im nächsten Semester werde ich den Kurs über Migration in etwas abgewandelter Form und zugeschnitten auf die Pro-

blemlagen in Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion anbieten. Das kommt auch dem Interesse der Studierenden entgegen, wie ich inzwischen feststellen konnte. Ich bin nämlich sehr häufig darauf angesprochen worden, warum ich so ein wichtiges Thema nur auf Deutsch anbiete. Und da im Lehrangebot Migration tatsächlich fehlt, habe ich den Kurs vorgeschlagen. Er wurde auch von allen Beteiligten akzeptiert, so dass ich denke, dass das ein guter Weg ist.

Wer studiert eigentlich an diesem Deutschen Zentrum? Sind das die Studierenden, die ganz normal an der Fakultät eingeschrieben sind oder handelt es sich um ein Extraprogramm?

Es ist ein Zusatzprogramm, mit dem die wissenschaftliche Kompetenz in fremdsprachiger soziologischer Literatur gefördert werden soll. Englisch müssen inzwischen ja alle angehenden Wissenschaftler lernen, das ist eben die internationale Wissenschaftssprache. Und daher soll an dieser soziologischen Fakultät, die eine der größten in Russland ist, gezielt die deutschsprachige Literatur bekannt gemacht werden. Dieses Ziel unterstütze ich sehr, denn viele klassische, aber auch neuere soziologische Schulen sind in Deutschland gegründet worden. Einschreiben können sich alle Studierenden der Soziologie, also aus allen Fakultäten, sei es nun Wirtschaftssoziologie, Sozialanthropologie oder allgemeine Soziologie. An dieses inhaltliche soziologische Programm ist ein Sprachlehrprogramm gekoppelt, das ebenfalls vom DAAD gefördert wird. Die Studierenden lernen also Deutsch und können dann Soziologiekurse in Deutsch belegen.

Und wie gut sind die Deutschkenntnisse?

Da bin ich oft sehr beeindruckt. Denn auch StudienanfängerInnen sprechen zum Teil schon ganz ausgezeichnet Deutsch. Das sind diejenigen, die in einer Schule mit deutschem Sprachschwerpunkt waren. Andere dagegen haben erst an der Universität mit dem Sprachunterricht angefangen, sind also viel schlechter, auch wenn sie älter sind. Und damit ist auch ein Problem benannt, das in diesen Kursen besteht, die ja so ein bisschen ein Sammelbecken für alle sind, die sich für ein bestimmtes Thema auf Deutsch interessieren: Nicht nur das Sprachniveau ist uneinheitlich, auch die soziologischen Kenntnisse sind sehr verschieden. Darauf muss ich im Unterricht natürlich eingehen, ich kann nicht nur einfach mein Material präsentieren und erwarten, dass etwas dabei herauskommt. Es geht zum großen Teil um die eingehende Erklärung, in welcher Theorietradition bestimmte Studien und Ansätze stehen, und dann um die Beschäftigung mit der Fachterminologie. Und, wie bereits gesagt, wenn es stockt, dann können wir immer noch auf Russisch ausweichen.

Gibt es viele solche Zusatzprogramme an russischen Hochschulen?

Inzwischen gibt es, vor allem in Moskau und in St. Petersburg, eine ganze Reihe von Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen mit fremdsprachigen Fachschwerpunkten. Die meisten davon sind natürlich englisch-

sprachig, und daher ist es schon wichtig, dass auch deutsche Sprach- und deutschsprachige Fachkenntnisse vermittelt werden. Der DAAD fördert in ganz Russland wie übrigens überall auf der Welt, Sprachlehrkurse und daneben auch einige Fachlehrkurse, zu denen ich nun in gewisser Weise gehöre. Es gibt beispielsweise in Moskau an einer Wirtschaftshochschule eine ähnliche Zusatzausbildung. Meines Wissens gibt es diese Kombination von Sprach- und Fachlehrkursen jedoch nur in den Geistes- und Sozialwissenschaften, denn eine Förderung naturwissenschaftlicher Disziplinen in deutscher Sprache ist kaum sinnvoll, da dort von vorneherein alles auf Englisch läuft.

Bekommen die Studierenden dann ein eigenes Abschlussdiplom?

So weit ist es leider noch nicht, wenn das auch ein Fernziel ist. Bislang erhält man ein Zertifikat, das den Absolventen auf dem Arbeitsmarkt ganz gute Chancen zu bieten scheint, also bei deutschen Organisationen und Unternehmen in Russland. Außerdem gibt es ein Austauschprogramm, in dessen Rahmen sich die Studierenden für ein Semester an einer deutschen Universität bewerben können, mitunter sogar für ein Doktorandenstipendium. Dieses Austauschprogramm bezieht sich natürlich auch auf Studierende aus Deutschland, die nach Russland kommen können, als Studierende oder als Tutoren. Gegenwärtig betrifft das die Universitäten Bielefeld und Magdeburg. Im Juni wurden fünf StipendiatInnen ausgewählt, die ab Oktober für ein Semester an diesen Universitäten ihr Soziologiestudium fortsetzen werden.

Nur fünf? Warum nur so wenige?

Das betrifft jetzt nur die Stipendien, die in diesem Semester an der Soziologischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg vergeben wurden. Es gibt aber eine Reihe anderer Bildungseinrichtungen, an denen der DAAD Sprachlehrkurse unterhält und ebenfalls Stipendien vergibt, sowohl in St. Petersburg als auch in anderen russischen Städten. Das Austauschprogramm an der Soziologischen Universität bezieht sich übrigens nicht nur auf die Studierenden, sondern auch auf Dozenten.

Was zum Beispiel Sie betrifft...

In gewisser Weise ja. Ich bin allerdings die einzige Langzeitdozentin. Es gibt jedes Jahr auch einige Kurzzeitdozenten: Hochschullehrer und Wissenschaftliche Mitarbeiter aus Deutschland, konkret aus Bielefeld und Magdeburg, kommen beispielsweise für einen Monat und führen Blockveranstaltungen durch, meist allerdings in englischer Sprache, da doch nur wenige in der Lage sind, auf Russisch zu unterrichten. Es sollen auch irgendwann russische Hochschullehrer in Deutschland Lehre anbieten können, aber meines Wissens haben die an diesem Austauschprogramm beteiligten Personen bislang nur Einzelvorträge gehalten. Geplant ist aber ein sogenanntes „Tandem“-Lehrprogramm. Das könnte so aussehen, dass ein russischer und ein deutscher Dozent ein gemeinsames Lehrprogramm zu einem bestimmten Gebiet ausarbeiten, das dann sowohl in Russland als auch in Deutschland

durchgeführt werden kann. Das ist ein Teil des Fernziels Internationalisierung.

Warum konnte das noch nicht verwirklicht werden? Wie mir scheint, existiert das Programm doch schon einige Jahre.

Das ist richtig. Aber es gibt einige Hindernisse. Zum Beispiel sind die Lehrangebote, die die deutschen Hochschul-lehrer und Dozenten in St. Petersburg anbieten, immer noch nicht wirklich in das Curriculum integriert. Es handelt sich um Wahlveranstaltungen, und solange es kein eigenes Zusatz- oder Aufbaustudium ist, das mit einem nicht nur intern geltenden Zertifikat, sondern mit einem Diplom abgeschlossen werden kann, ist der Besuch dieser Veranstaltungen eben freiwillig. Da sind die Koordinatoren vor Ort, namentlich Professor Kozlovskij, der das Deutsche Zentrum in St. Petersburg leitet, auch überfordert. Denn eine solche Genehmigung muss von der Hochschulleitung und letztlich vom Bildungsministerium in Moskau genehmigt werden. Daran wird aber gearbeitet. Doch man muss die Situation auch realistisch sehen. Denn solch eine Institutionalisation erfordert Jahre des Verhandels und des Antichambrierens, das ist nicht über Nacht zu erreichen. Das zeigt doch auch der Transformationsverlauf insgesamt. Ganz konkrete Personen müssen das zu ihrer Sache machen und über eine längere Zeit verfolgen.

Ist es nicht so, dass viele Professoren gar nicht so gerne über längere Zeit in Russland sein wollen?

Nun, wenn es sich nicht um Osteuropa-ExpertInnen handelt, dann ist ein Daueraufenthalt in Russland schon problematisch. Heutzutage wird eben ein Aufenthalt in den USA oder in einem anderen westlichen Land mehr honoriert, das ist schon so. Aber es gibt doch einige Leute, die das machen, gegenwärtig eben an den Universitäten Bielefeld und Magdeburg.

Warum betrifft das nur diese Universitäten?

Das ist meines Erachtens vor allem eine Frage der Koordination. Der DAAD hat dieses konkrete Austauschprogramm, an das das Deutsche Zentrum in St. Petersburg gekoppelt ist, in Kooperation mit der Universität Bielefeld eingerichtet. Professor Feldhoff hat das 1993/94 begonnen und sehr viel Energie investiert. Danach ist noch die Universität Magdeburg dazugekommen, die ebenfalls in dem Kooperationsvertrag aufgenommen wurde, Koordinatoren sind derzeit die Professoren Dittrich und Schrader, der übrigens mein Vorgänger als Langzeitdozent an der Fakultät war. Man muss das verstehen, denn alle möglichen Institute oder Universitäten haben vielleicht ein allgemeines Interesse, aber doch nur wenig konkrete Ideen und noch weniger konkrete Personen, die dann auch bereit sind, Mühe und Zeit für ein solches Programm zu verwenden. Ich denke, das ist das gleiche Prinzip wie bei den Städtepartnerschaften. Eine ganz bestimmte Stadt fühlt sich verantwortlich für die wissenschaftliche, kulturelle oder wirtschaftliche Entwicklung einer anderen Stadt. Niemand kann alles machen, aber er oder sie kann *etwas* machen – und das erfordert Interesse, Empathie und Ausdauer.

Warum ist Berlin nicht Kooperationspartner in diesem Austauschprogramm?

Die Freie Universität unterhält einen Kooperationsvertrag mit der Staatlichen Universität in St. Petersburg, der sogar noch aus sowjetischen Zeiten datiert. Und auch unter den Sozialwissenschaftlern gibt es reichlich Kontakte. Ich selbst war zum Beispiel 1991 im Rahmen dieser Kooperation einen Monat lang an der Fakultät, an der ich jetzt unterrichte. Das war leider im September, als dort der Lehrbetrieb gerade erst anging. Man konnte damals nicht viel mit mir anfangen, und ich konnte noch nicht sehr gut Russisch. Solche Aufenthalte sind trotzdem nicht völlig umsonst, denn man knüpft Kontakte und erhält einen Eindruck von einer anderen Bildungsinstitution. Auch Frau Mánicke-Gyöngyösi, die hier am Osteuropa-Institut als Hochschullehrerin unterrichtet, war einige Male in St. Petersburg und hat Kurse abgehalten. Möglicherweise wäre es Anfang der 1990er Jahre auch möglich gewesen, dieses Austauschprogramm in Berlin zu verwirklichen, das kann ich nicht sagen. Fakt ist, dass sich der DAAD mit der Universität Bielefeld geeinigt hat, und ich denke, dass Professor Feldhoff dabei ganz wichtig war. Solche Initiativen stehen und fallen eben mit dem persönlichen Einsatz von ganz konkreten Personen.

Einzelne Studierende können natürlich trotzdem...

Einzelanträge an den DAAD oder an andere Förderinstitutionen stellen. Ich habe zum Beispiel im letzten Semester eine Studentin aus Oldenburg betreut, die von sich aus einen Antrag beim DAAD stellte, der dann auch genehmigt wurde. Aber die FU ist eben nicht Kooperationspartner in diesem konkreten Programm.

Verstehe. Abgesehen von diesen organisatorischen Fragen würde mich nun aber auch interessieren, wie sich die Soziologie in Russland entwickelt hat. Welche Rolle spielt dabei das Austauschprogramm?

Nach wie vor unterscheidet sich die universitäre Ausbildung in Russland sehr stark von der in Deutschland. Zum Beispiel gibt es einen weit höheren Anteil an Pflichtseminaren, was hier meist als „verschult“ beschrieben wird. Ich empfinde das jedoch nicht nur als nachteilig, denn gerade AnfängerInnen brauchen doch schon Anleitung, wie sie ihr Studium gestalten können. Ich weiß nicht, ob die Pflichtstundenzahl so hoch sein muss, aber die Studierenden werden doch wenigstens am Anfang ein bisschen an die Hand genommen. Der „Zwang zur Wahl“, wie er in Deutschland existiert, führt ja oft eher zur Desorientierung. Auch ist die Betreuung im Prinzip nicht schlecht, denn an jedem Lehrstuhl lehren mindestens zwei oder drei Professoren, mehrere Dozenten mit langjähriger Lehrerfahrung, dazu kommen noch Assistenten und wissenschaftliche Hilfskräfte. Geschmälert wird dies natürlich dadurch, dass viele Dozenten noch an einer anderen Hochschule lehren müssen oder sonst eine Arbeitsstelle bekleiden, weil das offizielle Gehalt einfach nicht für den Lebensunterhalt ausreicht. Doch diese heillos überfüllten Lehrveranstaltungen, die ich aus Berlin und Magdeburg kenne, gibt es nicht,

und das ist sowohl für die Studierenden als auch für die Dozenten von Vorteil.

Und die Lehrinhalte? Unterscheiden die sich von den früheren sowjetischen Lehrprogrammen?

Es gibt natürlich noch viele Dozenten und Professoren, die ihre eigene Ausbildung und Lehrerfahrung zu sowjetischen Zeiten gemacht haben. Von ihnen lässt sich nicht erwarten, dass sie nun einfach ein „gewendetes“ Lehrprogramm anbieten. Was diese im einzelnen erzählen, kann ich nicht sagen. Aber es gibt auch sehr viel jüngere Dozenten, die nicht nur sowjetische oder russischsprachige soziologische Literatur kennen; und es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Lehrbüchern, in Übersetzung oder in Eigenanfertigung, an Textsammlungen klassischer Literatur. Die Erwartungen sollten auch hier nicht zu hoch und damit unrealistisch sein. Zunächst werden die Studierenden natürlich mit russischsprachiger Literatur vertraut gemacht, das kann gar nicht anders sein. Es muss darum gehen, den Studierenden einen Begriff davon zu vermitteln, was Soziologie ist oder sein kann, und dann muss ihnen das selbständige Arbeiten beigebracht werden. Da wäre eine Verminderung der Pflichtveranstaltungen dienlich, weil das oft nur in Auswendiglernen des Prüfungstoffes mündet. Damit wäre dann auch eine Aufwertung der Zusatzangebote, die ich zum Beispiel liefere, gegeben. Aber das ist, wie gesagt, noch nicht so weit gediehen.

Also werden diese Zusatzangebote doch nicht wirklich genutzt?

Jein. Einerseits möchte man von russischer Seite aus diese Zusatzangebote, andererseits gibt es eben noch diese institutionellen Hindernisse, die ich beschrieben habe. Aber es lässt sich doch inhaltlich Einfluss nehmen. Der DAAD ermöglicht ja nur die Anwesenheit der Lang- und Kurzzeitdozenten, bestimmt aber nicht die Lehrinhalte. Und da habe ich nun erkannt, dass mir weitgehend freie Hand gelassen wird. Die Themengebiete Migration und Stadtentwicklung sind bislang nicht abgedeckt, die kann ich also einführen und auch vertiefen, selbst in Form von Lehrforschungsprojekten sogar in die Forschung überführen. Dabei geht es übrigens nicht nur um die Bekanntmachung mit deutscher Literatur; auch in Deutschland ist Migrationsforschung und -lehre nicht ohne die Kenntnis englischsprachiger Literatur denkbar.

Gibt es denn Forschungsprojekte zu diesen Themen?

Noch nicht, aber wohl bald. Denn ein Entwicklungsaspekt der russischen Universitäten besteht darin, dass nun auch an eigenen Forschungsprofilen gearbeitet wird. Traditionell sind die Universitäten in Russland ja nur mit der Lehre befasst, während die Forschung vor allem an der Akademie der Wissenschaften betrieben wird. Doch das soll sich nun ändern. So gibt es beispielsweise ein neu aufgelegtes Förderprogramm namens *Integracija*, das die gemeinsame, institutionenübergreifende Forschung an den Universitäten und den akademischen Einrichtungen unterstützen soll. Ich bin auch an einem Antragsvorhaben beteiligt, in dem es um die Einstellung zur Globalisierung geht.

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

Das muss ich abwarten. Ich selbst sehe auf eine zehnjährige, insgesamt sehr erfolgreiche Forschungserfahrung in Russland zurück und weiß daher, was möglich ist. Allerdings führe ich die Forschungsprojekte mit einem Institut durch, das ich selbst mit russischen KollegInnen aufgebaut habe, dem „Centre for Independent Social Research“ in St. Petersburg. Diese Erfahrungen will ich nun an der Universität nutzen. Es muss sich erweisen, inwieweit Wissenschaftler, die sich bisher auf die Lehre konzentriert haben, die mühselige Arbeit der Antragstellung und der einigermaßen termingerechten Anfertigung von wissenschaftlichen Studien erlernen. Aber ich habe doch die Vorstellung, dass sich etwas tut, einfach deshalb, weil das Interesse sehr groß ist. Außerdem hoffe ich, dass ich im Rahmen der Lehrforschung, die ich im nächsten akademischen Jahr durchführen will, einige Studierende für zukünftige Forschungsprojekte rekrutieren kann. Und dabei ist es dann erstmal von nachgeordneter Bedeutung, wo diese Personen institutionell angebunden sein werden – ob in dem kleinen Forschungsinstitut oder an der Universität.

Haben denn solche Forschungsprojekte Relevanz für die Politik? Sie sprachen ja auch von einem Lehrstuhl für „angewandte Soziologie“. In Deutschland werden derartige Aufträge, Expertise für die Politik, doch eher an unabhängige Institute vergeben.

Sofern Forschung an den Universitäten durchgeführt wird, gibt es kaum direkte Einflussmöglichkeiten auf die Politik, eher noch weniger als in Deutschland. Akademische Forschung führt ja ein Eigenleben. Außerdem ist „angewandte Soziologie“ eher so zu verstehen, dass Sozialarbeiter ausgebildet werden – was ganz neu ist in Russland – oder dass es um das Erlernen von Methoden der Umfrageforschung geht. Absolventen dieses Schwerpunktes werden dann in Meinungsforschungsinstitutionen arbeiten; an der Universität geht es um die Ausbildung.

Zum Schluss möchte ich auch noch etwas Persönliches fragen. Gefällt Ihnen die Arbeit dort?

Ja, eigentlich schon. Es ist eine neue Erfahrung, vor allem deshalb, weil die Studierenden so jung sind – sie kommen ja nach der zehnjährigen Schulausbildung an die Universität. An dem Forschungsinstitut, das ich bereits erwähnt habe, sind die MitarbeiterInnen zum Teil auch recht jung, aber sie haben doch zumindest die Universität bereits hinter sich, sind also etwa 22 oder 23 Jahre alt, wenn sie dort anfangen. Mit 16- oder 17-jährigen StudienanfängerInnen hatte ich bisher noch nicht zu tun. Und bis jetzt weiß ich eben noch nicht so recht, ob mein Zusatzangebot auch wirklich wahrgenommen wird. Das liegt vor allem daran, dass es noch nicht richtig in das allgemeine Lehrangebot integriert ist. Das ist eigentlich das größte Manko.

Ich muss nun nochmals nachfragen. Hat man sich nicht genügend gekümmert?

Doch, schon. Aber das alles ist ein langer und zum Teil mühsamer Weg. Ein wichtiger Schritt besteht ohne Zwei-

fel darin, die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen. Aber dann müssen auch viele Leute an der Verwirklichung von Programmen und Projekten über eine geraume Zeit mitarbeiten. Sie müssen Zeit dafür mitbringen, die Sprache können, Geld für ihre Arbeit bekommen – da spielt vieles mit. Und es können sich aus vielerlei Gründen nicht viele Leute leisten, einen Teil ihres Berufslebens dem institutionellen und inhaltlichen Umbau der russischen Wissenschaft zu widmen. St. Petersburg ist da noch ein relativ günstiger Fall, denn noch weniger Leute sind bereit, beispielsweise zwei Jahre nach Perm, Syktyvkar oder Samara zu gehen, wo es auch Universitäten gibt, die recht gute soziologische Lehre anbieten. Ein Monat Lehre in Perm lässt sich ganz gut machen, aber – ich spreche nun für mich – beim besten Willen nicht zwei Jahre. Die russische Provinz, die ich in den letzten Jahren bereist habe, stellt einen ausländischen Wissenschaftler noch vor ganz andere Herausforderungen. Aber es wäre jetzt einfach an der Zeit, dass nicht alle Mittel immer nur nach Moskau und St. Petersburg fließen. In diesen Städten gibt es sogar schon einen gewissen Sättigungseffekt. Im Vergleich zu den „Provinzuniversitäten“ sind die Studierenden und die Wissenschaftler doch schon recht verwöhnt. Ich fürchte, dass man dort immer weniger verantwortungsvoll mit noch mehr Zusatzangeboten, sollten sie eingerichtet werden, umgeht.

Ließe sich da nicht ein Rotationssystem einrichten? Also, dass Kurzzeitdozenturen eingerichtet würden für drei Monate Perm, dann drei Monate Syktyvkar und immer so weiter?

Das ist ein netter Gedanke. Aber ich glaube, dass lässt sich nur mit ganz jungen Nachwuchswissenschaftlern machen, die noch das Land erkunden wollen, oder mit bereits emeritierten Professoren, die noch belastbar genug sind für solche Strapazen. Aber für die meisten ist eine derartige Superflexibilität nicht lebbar. Ich selbst könnte mir das nicht vorstellen. Die Tätigkeit in St. Petersburg ist für mich möglich, weil ich bereits seit zehn Jahren dort Forschung betreibe. Ich habe dort viele Kontakte, Bekannte und gute Freunde, d.h. ich kann dort leben und nicht nur arbeiten. Und das ist doch wichtig – gute Arbeit ist nur möglich, wenn auch die sonstigen Bedingungen einigermaßen stimmen. Doch wenn man nur drei Monate irgendwo ist, erfährt man zwar mehr als ein Tourist, aber man hat kaum etwas begriffen.

Das Interview führte Milena Büchs, Wiss. Hilfskraft des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

INGRID OSWALD

**Die Nachfahren des „homo sovieticus“
Ethnische Orientierungen
nach dem Zerfall der Sowjetunion**

Berlin 2000, Waxmann

Lesekurse des Polnischen und Tschechischen für Deutschsprachige sowie des Deutschen für Polen und Tschechen

Von Tomasz G. Pszczó³kowski, Warschau

Im Rahmen der Aktion Lingua LD des von der Europäischen Kommission mitfinanzierten Sokrates-Programms arbeiten seit Anfang 2000 deutsche, österreichische, polnische und tschechische Hochschulen – die Universität Warschau als koordinierende Einrichtung, die Karls-Universität Prag, die Fernuniversität Hagen, die Universität Wien sowie die Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder – zusammen an einem Projekt zur Entwicklung von Lesekursen authentischer Texte aus den Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Kurse werden voraussichtlich im Frühjahr 2002 auf CD-ROM und in der Netzversion unter dem Titel „Lernen für Europa“ angeboten werden.

Durch die Kurse wird den Studierenden der Sozial- und Geisteswissenschaften und anderen Interessenten die Möglichkeit geboten, sich im Selbststudium das Leseverständnis polnischer und tschechischer Fachtexte aus den besagten Wissenschaften anzueignen. Umgekehrt werden auch Polen und Tschechen analoge Lesekurse des Deutschen angeboten.

Die ursächliche Begründung und der fachliche Hintergrund dieses Projekts entstammen dem Fachbereich für Interkulturelle Studien der Fernuniversität Hagen, an dem auf Grund eines Textvergleichs europäischer Texte erkannt wurde, dass eine angemessene Lesefähigkeit zum Studium authentischer Texte in mehreren Fremdsprachen als Voraussetzung für eine umfassende interkulturelle Kompetenz dringend geboten ist, um einen aus interkultureller und europäischer Sicht fatalen *Circulus vitiosus* zu durchbrechen: Werden nämlich in einem europäischen Studiengang interkulturelle Fragestellungen in ihrer jeweils nationalen Sichtweise miteinander kontrastiert, dann treten zwar die nationalen Perspektiven offen zutage, die inhärenten Ethnozentrismen aber, die es zu relativieren bzw. zu überwinden gilt, bleiben durch die Übersetzung unentdeckt oder werden, vom sprachkundigen Leser unbemerkt, vom Übersetzer durch die eigenen Ethnozentrismen ersetzt. Ein Beispiel: Völkerwanderung heißt im Polnischen zwar, ähnlich wie im Deutschen, *wędrówka ludów*, im Französischen dagegen *invasion des barbares*, was bereits eine Wertung dieses historischen Prozesses beinhaltet.

Angesichts des Fehlens geeigneter Sprachlehrmaterialien ergab sich für die Fernuniversität Hagen die Notwendigkeit, integrierte Lesekurse zu entwickeln, die das interkulturelle Fachstudium gleichzeitig mit dem Lesenlernen der Fremdsprachen ermöglichen. Dieser Ansatz wurde mit der Entwicklung eines dänischen und eines niederländischen Lesekurses für deutschsprachige Lerner im Rahmen eines Lingua D-Programms an der Fernuniversität Hagen verwirklicht und soll jetzt, unter gleichzeitiger Erweiterung der Textsorte auf europäische Themen der Gei-

stes- und Sozialwissenschaften, auf slawische Sprachen angewendet werden.

Der grundlegende methodische Ansatz der Lesekursentwicklung beruht auf der bewussten Beschränkung auf eine konkrete Textsorte – im vorliegenden Fall wissenschaftliche Texte zu geistes- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen –, die es gestattet, eine Zielsprache in sehr kurzer Zeit partiell zu erlernen, falls die Hilfsmittel didaktisch entsprechend aufbereitet sind. Dies gelingt, weil sich der Erwerb rezeptiver Lesefähigkeiten wissenschaftlicher Texte in der Regel auf eine reduzierte Formenlehre, eine rudimentäre Grammatik und einen auf zehn- bis zwölf-tausend Wörter reduzierten Wortschatz beschränken wird, der überdies, da er den Fachwissenschaften und/oder der Bildungssprache entstammt, eine große Anzahl von Internationalismen aufweist.

Den Kursen werden in den 70er Jahren erstmals erprobte und in den Folgejahren weiterentwickelte Lesestrategien zugrunde gelegt. Die Lesestrategien entstammen der angelsächsischen Leseforschung und ihrer Rezeption in den Niederlanden, in Dänemark und Deutschland und wurden auf einen niederländischen und einen dänischen Lesekurs für deutschsprachige Lerner in einem früheren Lingua-D-Projekt angewendet und im Fernstudium in Hagen seit März 1999 erfolgreich eingesetzt. Hauptmerkmal des jeweiligen Lesekurses sind die Fachtexte, die in den lesedidaktischen Teilen so angeordnet sind, dass sie inhaltlich und sprachdidaktisch eine akzeptable Lernprogression ermöglichen. Diese Fachtexte beginnen mit kurzen Sätzen und Texten und steigern sich auf maximal 5–7 Seiten. Alle Texte werden von lesedidaktisch relevanten *Pre-, While- und Post-Reading Tasks* begleitet, mit deren Hilfe sich der Lerner interaktiv durch das Textmaterial arbeitet. In einem dritten, reinen Leseteil, der die Originaltexte beinhaltet, werden nur das Wörterbuch sowie das Fachglossar und die Grammatik als Lesehilfe angeboten.

Der lesedidaktische Ansatz beruht auf einem zwischen 1977–1984 in den USA entwickelten „interaktiven Lesemodell“, das von einer Interaktion zwischen Leser und Text ausgeht. Dieses Modell ist eine Mischung zwischen den älteren *Bottom-up-* und den jüngeren *Top-down-* Modellen. Der diesem Projekt zugrundeliegende interaktive Ansatz geht davon aus, dass der Leseprozess interaktiv ist und dass der Lerner sein Vorwissen in Kombination mit dem Dekodieren der Sprache und der textbasierten Information einsetzt, und zwar mit einer starken Konzentration auf das Vokabular/Lexikon. Aus pädagogischer Sicht kommt es also darauf an, den Leser einer zweiten Sprache dazu zu bringen, sein Vorwissen einzusetzen und damit kognitive Ressourcen freizusetzen, die auf das Dekodieren der frem-

den Sprache gerichtet werden. Bedeutung und Verständnis des Gelesenen erschließen sich durch bzw. spiegeln sich in den Leseübungen (*Tasks*). Voraussetzung ist die Entwicklung geeigneter didaktischer Hilfsmittel, entsprechend bearbeiteter Texte bzw. Lektionen sowie einer dem Lerner und seinem Lerntempo angepassten Progression, wofür sich das Selbst- und Fernstudium besonders gut eignen. Fachdidaktisch unterscheidet man zwischen Bereitstellungs-, Verarbeitungs- und Erschließungsstrategien, denen jeweils eine Reihe von Lern- und Arbeitstechniken entsprechen, die in den Übungsaufgaben der Leselectionen operationalisiert werden. Oberstes Gebot der Leseforscher ist es, im Lesekurs nicht Inhalte sondern Fertigkeiten (*skills*) zu vermitteln.

Darüber hinaus begünstigt dieser Ansatz die Interkomprehension, d.h. das synchrone Lernen mehrerer verwandter Sprachen, da die verwandten Wörter erschlossen bzw. die Sinnabweichungen oder „falschen Freunde“ durch eine relativ kurze Liste kenntlich gemacht werden können, während syntaktische oder idiomatische Probleme in einer konzeptbezogenen Lesegrammatik erörtert werden. Der interkomprehensiv sprachliche Ansatz, der in den Lesekursen mit verschiedenen europäischen Sprachen verwirklicht wird, soll das vergleichende und nahezu gleichzeitige Studium mehrsprachiger Fachtexte ermöglichen und beschleunigen. Mit der methodischen Erschließung von zwei germanischen und zwei slawischen Zielsprachen und den entsprechenden Fachtexten wird die Voraussetzung zum lernökonomisch effizienten mehrsprachigen rezeptiven Fremdsprachenerwerb geschaffen. Erste Priorität genießt in diesem Projekt die Entwicklung der partiellen rezeptiven Lesekompetenz, nachgeordnet ist die Möglichkeit, mit Hilfe der Vertonung bestimmter Elemente der Lesekurse als Einstieg auch ein rudimentäres Hörverständnis der jeweiligen Zielsprache zu erwerben. Beim Erwerb von Lesekompetenzen haben die Studierenden beider Sprachfamilien die Möglichkeit, bei entsprechender sprachdidaktischer Ausgestaltung der Lesekurse die verwandten Sprachen Deutsch und Niederländisch bzw. Polnisch und Tschechisch parallel rezeptiv zu erlernen.

Im vorliegenden Projekt sollen rezeptive Lesekompetenzen in einer (für Tschechen) bzw. zwei germanischen Sprachen (für Polen, für die neben einem deutschen auch ein adaptierter Hagerer Lesekurs in Niederländisch entwickelt wird), vermittelt werden. Umgekehrt können deutschsprachige Lerner mit Hilfe eines thematisch bestimmten Lesekurses mit hochaktuellen Fachtexten Lesekompetenzen in einer oder zwei selten gelernten slawischen Sprachen erwerben. Bei Gelingen dieses Experiments sollen in Zukunft auch andere slawische Sprachen wie Slowakisch und Slowenisch erschlossen werden.

Die Kurse sind einheitlich aufgebaut: Jeder Kurs beginnt mit einer sprachpropädeutischen Einführung in die jeweilige Sprache, der eine Kurzgrammatik folgt. Jeder Kurs beginnt mit ganz einfachen Texten von nur wenigen Zeilen,

der Einführungsstufe. Der Lerner findet darin etwa die Beschreibung der Lage eines Landes mit Namen der wichtigsten Städte, Flüsse oder Gebirge. Den Einführungstexten folgen längere Texte von einer halben bis einer ganzen Seite, die bereits mehr Informationen und kompliziertere sprachliche Strukturen enthalten, die jedoch weiterhin noch relativ einfach sind. Auf der dritten Stufe sind es bereits authentische Texte. Zu den einzelnen Kursen werden Lesegrammatiken und Wörterbücher entwickelt, die als Hyperlinks interaktiv abrufbar sind. Die Lesegrammatiken der einzelnen Sprachen bestehen aus jeweils einer kurzen Grammatik speziell für Lesetexte und einer ausführlicheren Grammatik für diejenigen Lerner, die sich mit dem jeweiligen sprachlichen Problem genauer beschäftigen wollen. Die Grammatiken werden in die Texte integriert sein, sie können bei grammatischen Problemen durch Buttons aufgerufen werden.

Die Textauswahl für die deutschen Lesekurse ist abgeschlossen, an der Auswahl tschechischer und polnischer Texte wird noch gearbeitet. Den polnischen und tschechischen Lesekursen des Deutschen wurden zunächst unter anderem Studienbriefe der Fernuniversität Hagen zugrunde gelegt, darunter mit folgenden Themen: Modell Deutschland; „Europäisierung Osteuropas“, Europäische Integration. In den polnischen und tschechischen Texten stehen unter anderem die deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Beziehungen, die Nationalitätenproblematik in Tschechien und Polen, historische und aktuelle Probleme des Multikulturalismus in den beiden Ländern im Mittelpunkt.

Das Projekt ist insofern innovativ, als es bisher keine CD-ROM- oder Netzversionen von Lesekursen gibt, die den Erwerb nur einer Fähigkeit, nämlich des Leseverstehens, in den oben genannten Sprachen fördern würden.

Die Lesekurse beruhen auf folgenden didaktischen Ansätzen, die aufs Engste mit pädagogischen Ansätzen verbunden sind: In den Lesekursen werden von Beginn an systematisch relevante Fachtexte aus den Geistes- und Sozialwissenschaften eingesetzt, speziell aus der Geschichte der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, der Nationalitätenproblematik, der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration in die europäischen Strukturen u.a. Somit ist von der ersten Lektion an die transnationale Dimension im kulturellen, politischen und interkulturellen Bereich gegeben, die durch vergleichende Studien den Blick auf die europäische Dimension ermöglicht. Durch die Wahl der Sprachen, Texte und Partner wird gezielt auf die künftige EU-Erweiterung abgehoben und die Befähigung der Kursteilnehmer gefördert, die unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen und den jeweiligen Diskussionsstand kennen zu lernen.

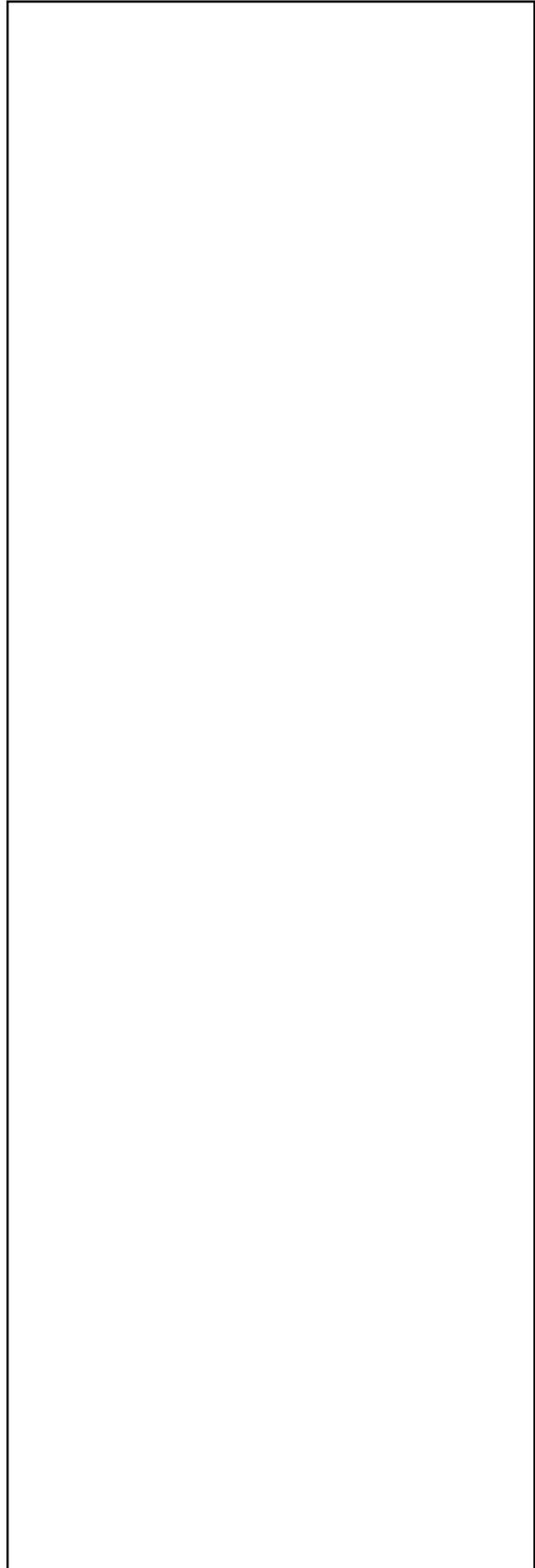
Was das Lehr- und Lernumfeld der Lesekurse betrifft, so sind sie aufgrund ihrer multimedialen Ausrichtung auf CD-ROM ideale Lehrmaterialien für das interaktive Lernen im individuellen autonomen Selbststudium sowie im institu-

tionalisierten Fernstudium. Lernraum sind der private Bereich des Studierenden oder entsprechend ausgestattete Schulungsräume in den Hochschulen. Angesichts der raschen technischen Entwicklung ist jetzt auch die Erstellung einer Netzversion der Lesekurse vorgesehen.

Die Lesekurse auf CD-ROM und insbesondere in der Netzversion gehören selbstverständlich zur Informations- und Kommunikationstechnologie. Von daher sind die Inhalte der Kurse weltweit zugänglich und tragen damit zur Überwindung der Ethnozentrismen sowie zur Verbreitung des Inter- und Multikulturalismus bei.

Informationen über die Lesekurse werden zunächst auf der Webseite www.fernuni-hagen.de/SPRACHEN zugänglich sein.

***Prof. Tomasz G. Pszczó³kowski** ist außerordentlicher Professor am Institut für Germanistik der Universität Warschau und leitet dort die Abteilung für Kulturkunde der deutschsprachigen Länder. Er ist Koordinator des weiter oben vorgestellten Projekts der Lesekurse „Lernen für Europa“.*



Zehn Jahre der Unabhängigkeit: Die Ukraine und ihre Außenpolitik (1991–2001)

Von Mykola Movchan, Kiev

Am 24. August 2001 feierte die Ukraine den 10. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit, die am 24. August 1991 proklamiert worden war. Hiermit entstand in Europa ein neuer souveräner Staat. Die Ukraine hat eine vorteilhafte geopolitische und geostrategische Lage in Mittel- und Osteuropa. Der Fläche nach (603.700 qkm) ist die Ukraine das zweitgrößte Land Europas (das größte ist Russland) und der Bevölkerung nach (fast 52 Mio.) das fünfgrößte Land Europas. In der Ukraine kreuzen sich die Wege von Europa nach Asien und von Nordeuropa nach Süden. In diesem Kontext ist es nennenswert, dass der geographische Mittelpunkt Europas sich auf dem Territorium der Ukraine, in Transkarpatien befindet. Die Gesamtlänge der Landesgrenzen der Ukraine beträgt 4558 km. Die Ukraine grenzt an folgende Staaten: Russland (Landesgrenze – 1576 km); Moldavien (939 km); Weißrussland (891 km); Rumänien (West – 362 km, (Süd – 169 km); Polen (428 km); Ungarn (103 km); Slowakei (90 km). All diese geopolitischen Faktoren weisen darauf hin, dass die unabhängige Ukraine eine wichtige Stabilitätsrolle in Europa spielen kann und ihren Beitrag zur Verstärkung des europäischen Sicherheitssystems leistet. Diese vorteilhaften geopolitischen und geostrategischen Faktoren üben einen großen Einfluss auf die außenpolitischen Ausrichtungen und die Entwicklungstendenzen der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Das Ziel dieses Beitrages besteht darin, sowohl auf die außenpolitische Geschichte der Ukraine zurückzublicken, als auch die Probleme und Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik darzustellen.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Ukrainische Staatlichkeit und Außenpolitik im historischen Rückblick

Die heutige Ukraine kann auf eine lange Tradition der Staatlichkeit zurückblicken, die in drei Zeitabschnitte eingeteilt werden kann:

1. Der erste Zeitabschnitt betrifft die Kiever Rus', die mittelalterliche slawische Supermacht mit Kiev als Zentrum.
2. Der zweite Zeitabschnitt bezieht sich auf das Kosakentum (XVI.–XVII. Jh.).
3. Der dritte Zeitabschnitt betrifft die Existenz der unabhängigen Ukraine in den Jahren 1917–1920. Damals wurde die Unabhängigkeit der Ukraine im Rahmen des Friedensvertrags von Brest-Litovsk vom 3. März 1918 durch Deutschland, Österreich-Ungarn und Sowjetrussland anerkannt.

Außerdem hatte – noch in der Sowjetzeit – die Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik (USSR) ihr eigenes

Außenministerium, das im Jahre 1944 gegründet wurde. 1945 wurde die Ukraine einer der Mitgründerstaaten der Vereinten Nationen (UNO) und deren Mitglied. Die USSR hatte eine eigene diplomatische Vertretung bei der UNO. Jedoch war das Außenministerium der USSR in Kiev völlig dem Moskauer Außenministerium untergeordnet.

Nach der Verabschiedung der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung durch den Obersten Sowjet der USSR am 16. Juli 1990 wurde die Rolle des Außenministeriums der USSR wesentlich gestärkt. Das ukrainische Außenamt begann direkte Kontakte zum Ausland aufzunehmen.

Das Natur- und Wirtschaftspotenzial der Ukraine

Die Ukraine hat ein sehr vorteilhaftes Klima, das die Agrarwirtschaft begünstigt. Sie gehört zu den sechs Ländern der Welt mit der größten bewirtschafteten Ackerfläche (34 Mio. Hektar) und nimmt einen der vorderen Plätze bei den Schwarzerdeböden ein. In der Ukraine befinden sich 25% der gesamten Schwarzerdeböden der Welt. Auf dem Territorium des Landes existieren über 7000 erkundete Vorkommen von insgesamt 94 Arten diverser Bodenschätze. Reich an Erdöl sind die Festlandsockel im Asowschen und im Schwarzen Meer (geschätztes Volumen: vier bis fünf Mrd. m³). Außerdem befinden sich in der Ukraine 20% des Weltvorkommens der Manganerze, 5% der Eisenerze. Alle diese Faktoren weisen darauf hin, dass die Ukraine ursprünglich ein großes Potenzial hatte, um sich als unabhängiger Staat entwickeln zu können. Außerdem hatte die Ukraine ein riesiges Industripotenzial. Circa 40 % der Industrie der ehemaligen Sowjetunion befanden sich in der Ukraine. Daher kann man behaupten, dass die Ausgangslage der ukrainischen Unabhängigkeit vorteilhaft war.

Bildung der ukrainischen Streitkräfte

Eines der stärksten Potenziale hatte die Ukraine im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Mit ihrer Unabhängigkeitserklärung hat die Ukraine eine der größten und mächtigsten Armeen der Welt geerbt. Diese Streitkräfte waren mit Atomwaffen und moderner Militärtechnik ausgerüstet. Die Ukraine besaß das drittgrößte Nuklearpotenzial der Welt (nach den USA und Russland). Damals waren auf dem Territorium der Ukraine folgende Militäreinheiten stationiert: Eine Raketenarmee, drei Heeres- und zwei Panzerarmeen, ein Armeekorps, vier Luftarmeen, eine Sonderluftschutzarmee und die Schwarzmeerflotte. Insgesamt befanden sich auf dem Gebiet der Ukraine 780.000 Mann des Personalbestandes, 6500 Panzer, mehr als 7000 gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 1500 Kampfflugzeuge, mehr als 350 Kriegs- und Versorgungsschiffe, 1272 strategische nuklea-

re Sprengköpfe der interkontinentalen ballistischen Raketen und mehr als 2500 Einheiten der taktischen Nuklearwaffen.

Am 24. August 1991 traf die Verchovna Rada die wichtige Entscheidung, alle auf dem Territorium der Ukraine stationierten Truppeneinheiten der Streitkräfte der Sowjetunion unter eigene Jurisdiktion zu stellen. Gleichzeitig beschloss die Verchovna Rada, das Verteidigungsministerium der Ukraine zu schaffen. In diesem Moment ging die Ukraine unter den ehemaligen sowjetischen Republiken beim Ausbau eigener Streitkräfte in Führung. Von nun an begann die Regierung der Ukraine, die Streitkräfte und andere Truppeneinheiten des unabhängigen ukrainischen Staates zu bilden.

Trotz des großen politischen und wirtschaftlichen Potenzials, war der Weg der Ukraine in die Unabhängigkeit außenpolitisch schwierig. Von Anfang an musste der junge Staat auf allen Ebenen viele Probleme und Herausforderungen bewältigen. Die Probleme bestanden vor allem darin, dass die internationale Staatengemeinschaft psychologisch nicht bereit war, die Unabhängigkeit sowohl der Ukraine, als auch der anderen Republiken der Sowjetunion und die Auflösung der Sowjetunion zu akzeptieren. Einer der Hauptgründe für solche Stimmungen im Westen war das Schicksal der sowjetischen Atomwaffen. Wenige Jahre später zeigte sich die Ukraine als Musterstaat und verzichtete als erster Staat in der Weltgeschichte freiwillig auf den Besitz von Kernwaffen. Sämtliche Atomwaffen wurden nach Russland transportiert.

Wie wichtig der vollständige Abzug aller Kernwaffen aus der Ukraine war und welcher großer Beitrag dadurch zur Verringerung der nuklearen Bedrohung sowie zum Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraumes in Europa geleistet wurde, kam 1996 in der Erklärung des Lissaboner Gipfeltreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit gebührender Deutlichkeit zum Ausdruck.

Die Bestätigung der Unabhängigkeit

Das gesamtukrainische Referendum und die internationale Anerkennung

Der Zeitraum vom August bis zum Dezember 1991 war nicht leicht für die Ukraine, da sie der internationalen Gemeinschaft und der offiziell noch existierenden Sowjetunion beweisen musste, dass das ukrainische Volk ebenfalls unabhängig von der Sowjetunion sein wollte.

Einer der möglichen Wege bestand darin, ein gesamtukrainisches Referendum durchzuführen, um alle Probleme und Fragen über die Legitimität der Unabhängigkeit der Ukraine zu lösen. Mit anderen Worten: Man brauchte die rechtliche Bestätigung der Unabhängigkeit der Ukraine. Deswegen war das gesamtukrainische Referendum über die Unabhängigkeit außerordentlich wichtig. Es fand am 1. Dezember 1991 statt. Parallel dazu wurden auch die

ersten Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Die Ergebnisse des gesamtukrainischen Referendums zeigten, dass sich mehr als 90% der Wähler, einschließlich der russischen Bevölkerung und der in der Ukraine lebenden Nationalitäten, für die Unabhängigkeit der Ukraine aussprachen. Ein höchst bemerkenswertes Merkmal des ukrainischen Weges zur Unabhängigkeit bestand darin, dass sich die Erlangung der Eigenstaatlichkeit vollkommen friedlich vollzog. Mit Recht verweisen ukrainische Politiker darauf, dass kein einziger Schuss fiel, dass es keinen einzigen Zusammenstoß aus ethnischen Gründen, kein einziges Opfer von Nationalitätenkonflikten in der Republik gab. Mit dem eindeutigen Volksentscheid machte die Ukraine deutlich, dass sie ihre Rolle als unabhängiger, souveräner Staat voll übernehmen wollte. Es war ebenfalls die Ukraine, die auf die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als losen Staatenbund ohne suprastaatliche, supranationale Institutionen bestanden hatte. Die Ukraine war zu einer weiteren Kooperation mit den ehemaligen Sowjetrepubliken nur unter der Bedingung bereit, dass die Mitgliedstaaten alle Attribute unabhängiger Staaten beibehalten würden.¹

Die ersten Staaten, die die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannten, waren Polen und Kanada (am 2. Dezember 1991). Polen war traditionell misstrauisch gegenüber der Sowjetunion. Deswegen war die Unabhängigkeit der Ukraine für Polen ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Außerdem lebt in Polen eine große ukrainische Minderheit. Deswegen hatte Polen auch ein innenpolitisches Interesse, die Unabhängigkeit der Ukraine zu unterstützen sowie engere partnerschaftliche Beziehungen zur Ukraine zu pflegen und weiter zu entwickeln. Für die Ukraine war und bleibt Polen einer der wichtigsten Verbündeten. Polen strebt von sich aus eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine an. Dies betrifft auch Kanada, wo fast zwei Mio. Kanadier ukrainischer Abstammung leben, die eine bedeutende Rolle in der Innen- und Außenpolitik Kanadas sowie in der kanadischen Gesellschaft spielen. Der Faktor der ukrainischen Diaspora im westlichen Ausland war sehr wichtig für die Förderung des Unabhängigkeitsprozesses in der Ukraine. In diesem Kontext ist es nennenswert, dass es im westlichen Ausland eine große ukrainische Diaspora von ungefähr fünf Millionen Menschen gibt.² Außer in Polen und Kanada existiert eine ukrainische Diaspora in folgenden westlichen Staaten: in den USA (ca. 1,5 Mio. Amerikaner ukrainischer Abstammung), in Brasilien (zwischen 300 000–500 000), Argentinien (250 000), Australien (ca. 30 000), ferner in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rumänien, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Deshalb ist der Diaspora-Faktor bei der Erlangung der ukrainischen Unabhängigkeit nicht zu unterschätzen. Dazu muss man auch hinzufügen, dass es die ukrainische Diaspora war, die der Ukraine finanziell half, Gebäude für die Botschaften in solchen Ländern wie Kanada, den USA, Australien, Frankreich usw. zu erwerben. Im östlichen Ausland (Russland und ehemalige Sowjetrepubliken) lebten mehr als 11 Mio. Ukrainer.

Zum ersten Präsidenten der Ukraine wurde am 1.12.1991 Leonid Kravèuk gewählt. Kravèuk, der in der Sowjetzeit zu den ukrainischen Nationalkommunisten gehörte, hat die ukrainische Unabhängigkeit mit Boris El'cin und Michail Gorbaèev geschickt ausgehandelt. Leonid Kravèuk hat viel dazu beigetragen, die Staatlichkeit der Ukraine in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zu stärken.

Am 8.12.1991 haben Russland, die Ukraine und Weißrussland mit Unterzeichnung des Minsker Abkommens die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) gegründet. Nach dem Minsker Abkommen wurde die Ukraine von weiteren Staaten anerkannt. Jedoch wurde die volle völkerrechtliche Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft sowohl der Ukraine als auch der anderen GUS-Staaten erst nach Rücktritt des Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbaèev (25.12.1991) erreicht. Sein Rücktritt symbolisierte das Ende der Sowjetunion.

Die ukrainische Außen- und Sicherheitspolitik: Probleme und Entwicklungstendenzen

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit bestand das Hauptziel der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik darin, die Integration der Ukraine in die europäischen und euroatlantischen Strukturen voranzutreiben. Unter Präsident Leonid Kravèuk (1991–1994) bemühte sich die Ukraine, ihren Platz in Europa zu finden. Die Ukraine nahm diplomatische Beziehungen zu verschiedenen Ländern auf und eröffnete dort ihre Botschaften. Leonid Kuèma, der im Juli 1994 zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde, setzte die pro-westliche Außenpolitik der Ukraine fort.

Das Jahr 1997 war außenpolitisch von großer Bedeutung für die Ukraine. Die Ukraine hat seit 1997 mehrere Verträge abgeschlossen, die als außenpolitische Erfolge zu werten sind: Neben dem ukrainisch-russischen Grundlagenvertrag vom 31.5.1997 ist der Vertrag mit Rumänien hervorzuheben. Am 9.6.1997 wurde die gemeinsame NATO-Ukraine-Charta unterzeichnet, die der Ukraine ein besonderes Verhältnis zur NATO einräumt. Gewachsenes Vertrauen und partnerschaftliche Zusammenarbeit wurden durch den Besuch des ständigen NATO-Rats in Kiev vom 29. Februar bis 2. März 2000 unterstrichen. Es war die erste Sitzung der NATO-Ukraine-Kommission auf ukrainischem Boden. Seit Mai 1997 existiert in Kiev ein NATO-Informationsbüro. Außerdem finden auf dem Territorium der Ukraine regelmäßig NATO-Übungen statt.

Die Bemühungen um eine Heranführung an die Europäische Union und an die anderen europäischen und euroatlantischen Strukturen ist eins der wichtigsten Ziele der ukrainischen Außenpolitik. Grundlage der Beziehungen zur EU sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vom 16. Juni 1994 (in Kraft seit März 1998). Mit der Verabschiedung der „Gemeinsamen Strategie EU – Ukraine“ durch den Europäischen Rat in Helsinki am 10. 12.1999 hat die EU die Bedeutung einer Fortentwicklung der Beziehungen bekräftigt. Die Europäische Union begrüßt die pro-europäische Orientierung der Ukraine.

Das Verhältnis zu Russland bleibt von zentraler Bedeutung für die Ukraine. Dieser nordöstliche Nachbar der Ukraine ist ein wichtiger politischer Partner mit großem Einflusspotenzial. Die Ukraine bleibt wirtschaftlich und im Energiebereich weiter auf Russland angewiesen. Der ukrainische Präsident Kuèma und der damalige russische Präsident Boris El'cin hatten in den vergangenen Jahren die Beziehungen konsequent fortentwickelt. Am 25.12.1998 wurde der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag endlich vom russischen Parlament ratifiziert, am 24.3.1999 folgte der Schwarzmeerflotten-Vertrag. Es bleiben aber viele ungelöste Probleme in den bilateralen Beziehungen. Ungelöst ist z.B. die Aufteilung sowjetischen Vermögens im Ausland sowie der Verlauf der Staatsgrenze im Asowschen Meer.

Die Ukraine versucht eine aktive Außenpolitik in der osteuropäischen Region und im Kaukasus zu betreiben, um die Zusammenarbeit in diesen Regionen zu stärken. Mit Georgien, Aserbaidschan, Moldau und Uzbekistan bildet sie die GUUAM-Staatengruppe, deren Ziel neben der weiteren Festigung der Sicherheit, der Unabhängigkeit der Partnerstaaten insbesondere eine Intensivierung der Handels- und Energiebeziehungen ist.

Die Ukraine ist seit dem 8. November 1995 Mitglied des Europarats. Mit der Abschaffung der Todesstrafe zu Jahresbeginn 2000 trug sie einer wesentlichen Forderung des Europarats Rechnung.

Wichtigster westlicher Partner der Ukraine sind die Vereinigten Staaten. Durch eine aktive Besuchsdiplomatie erkennen die USA die besondere geostrategische, politische und militärische Bedeutung einer unabhängigen Ukraine für die Sicherheit und Stabilität in Europa an. Umgekehrt betrachtet die Ukraine die Vereinigten Staaten in vielen Fragen als wichtigen Partner und Ratgeber.

Die ukrainische Diplomatie bemüht sich erfolgreich um die Verstärkung der partnerschaftlichen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Polen, Ungarn und Rumänien. Polen wird von der Ukraine als strategischer Partner und Ratgeber auf dem Weg der Heranführung an die westlichen Institutionen, insbesondere die EU betrachtet. Im Verhältnis zu Ungarn stehen der Ausbau der Wirtschaftskontakte und die Förderung der ungarischen Minderheit in der Ukraine (ca. 160 000) im Vordergrund. Das Kernproblem im Verhältnis zu Rumänien ist die ungelöste Festlegung der gemeinsamen Seegrenzen im Schwarzen Meer.

Seit die Ukraine Ende 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, hat sie nicht nur das Ziel ihrer Integration in europäische und transatlantische Institutionen verfolgt, sondern sich auch bemüht, einen produktiven Beitrag zur Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum zu leisten. Dies hat in der Ukraine selbst politische und wirtschaftliche Reformen und im Ausland die Beteiligung der Ukraine an friedenserhaltenden Operationen und humanitären Einsätzen zur Folge gehabt.

Eine Voraussetzung für die Stabilität Europas besteht in der Stabilität der einzelnen europäischen Staaten. Die Rück-

kehr der Ukraine in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien und ihr aktives Engagement für den Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur waren nicht frei von Problemen. Am 28. Juni 1996 hat die Ukraine eine neue Verfassung angenommen, die mit den europäischen Normen eines demokratischen Rechtsstaates in vollem Umfang vereinbar ist und die Achtung der Bürgerrechte gewährleistet. Darüber hinaus hat die Ukraine durch ihre Gesetze zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten weltweit Achtung und Ansehen gewonnen.

Auch heute besteht jedoch das Hauptproblem der Ukraine in der Stabilisierung der Volkswirtschaft, die durch die Folgeschäden von Tschernobyl noch immer zusätzlichen Belastungen ausgesetzt ist. Trotzdem gehört die Ukraine unbestreitbar in die Kategorie derjenigen Volkswirtschaften, die sich in der Phase des Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen System befinden. Und trotz der politischen und sozialen Unterschiede in der ukrainischen Gesellschaft konnte die Ukraine diese Reformen mit ausschließlich friedlichen, rechtsstaatlichen Mitteln durchführen, ohne dass es während dieser Übergangszeit zu Massenprotesten, gewaltsamen Zusammenstößen oder zur Anwendung von Gewalt gegenüber politischen Gegnern gekommen wäre.

Die Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft ist sowohl im Hinblick auf die Bereitstellung von Ressourcen als auch in Bezug auf die Weitergabe von Fachwissen von entscheidender Bedeutung, wenn die Ukraine ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden will. Diese Hilfe sollte jedoch nicht als Geste der Wohltätigkeit betrachtet werden, sondern eher als Beitrag zur Erreichung der gemeinsamen Ziele. Es liegt nämlich im Interesse der gesamten euro-atlantischen Staatengemeinschaft, dass man die Ukraine als europäischen Staat mit 50 Millionen Einwohnern angesichts akuter wirtschaftlicher Probleme, angesichts der Erblast sozialer Schwierigkeiten und angesichts der Folgen einer Umweltkatastrophe von globalen Ausmaßen nicht einfach „im Regen stehen“ lässt.

Seit Erlangung der Unabhängigkeit bestand eines der wichtigsten Ziele der ukrainischen Außenpolitik darin, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Ukraine herzustellen und diese vertraglich abzusichern. Dass die Ukraine und Ungarn 1991 ihre nationalen Minderheitenprobleme lösen konnten, ist ein bemerkenswertes Beispiel für diese Zielsetzung der ukrainischen Außenpolitik sowie für unser Bekenntnis zu den Menschenrechten und den Rechten nationaler Minderheiten. In letzter Zeit hat die Ukraine im Hinblick auf die Konsolidierung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Staaten unserer Region einige Durchbrüche erzielt. Die Ukraine schloss mit Russland und Rumänien politische Grundlagenvverträge ab, traf mit Russland einige Vereinbarungen über die Schwarzmeerflotte, schloss mit Weißrussland einen Vertrag zur Regelung von Grenzfragen ab und unterzeichnete mit Polen eine Aussöhnungs- und Einigkeitserklärung.

Obwohl die Ukraine in den ersten zehn Jahren ihrer Unabhängigkeit selbst mit zahlreichen Problemen konfrontiert

war, hat sie sich an den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um die Beilegung regionaler Konflikte in Europa aktiv beteiligt. Insbesondere unterstützt die Ukraine die internationale Staatengemeinschaft beim Peacekeeping in Bosnien und Herzegowina, Kosovo usw. Ukrainische Friedenstruppen sind im Rahmen der SFOR- und KFOR-Missionen Seite an Seite mit Streitkräften der NATO und ihrer Partnerstaaten im Einsatz und sie werden diesen Friedensdienst auch auf Grundlage des seit Juni 1998 geltenden neuen Mandates fortsetzen. Zudem war die Ukraine einer der ersten Staaten, der auf die OSZE-Initiative für Berg-Karabach reagierte, indem sie einen Teil der Beobachter für die dortige langfristige Mission zur Verfügung stellte.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Ukraine auch der Lösung des Konfliktes im an die Ukraine angrenzenden Gebiet der Republik Moldau, in dem Bürger ukrainischer Abstammung die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bilden. Es ist ein Beweis für das Vertrauen, das die internationale Völkergemeinschaft dem aktiven Beitrag der Ukraine zu den Friedensmissionen in Europa entgegenbringt, dass die Ukraine gemeinsam mit der Russischen Föderation und der OSZE die Vereinbarungen zur Lösung des dortigen Konfliktes garantieren soll. Durch den Erfolg der Ukraine bei der Beilegung der Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Autonomen Krimrepublik kann man auch Erfahrungen mit innerregionalen Problemen in die verschiedenen Verhandlungen einbringen.

Darüber hinaus ist die Ukraine aufgrund ihrer Teilnahme am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und am NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP) davon überzeugt, dass bei Konflikten die Erfahrungen und Fähigkeiten der NATO im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen im gesamten EAPR-Gebiet aktiver genutzt werden sollten. In diesem Zusammenhang begrüßt die Ukraine die Entwicklung eines politisch-militärischen Rahmenkonzeptes für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO.

Die Teilnahme an Mechanismen der regionalen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Aspekt der ukrainischen Außenpolitik, der auch durch ukrainische Initiativen in einigen regionalen Strukturen zum Ausdruck kommt. Dazu zählen beispielsweise die Mitteleuropäische Initiative (Central European Initiative – CEI), die Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres, die Euroregion Karpaten und die Euroregion Bug. Aus meiner Sicht – als ukrainischer junger Wissenschaftler, Politologe und Journalist – stellen diese Strukturen mit Blick auf die Stärkung der regionalen Stabilität ein beachtliches Potenzial bereit, und die Ukraine hat vorgeschlagen, dass sich die OSZE und die Staaten der Mitteleuropäischen Initiative zusammenschließen, um die Stabilität und Sicherheit Mittel- und Osteuropas zu festigen. Gute Aussichten gibt es auch für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staatentrios Ukraine-Polen-Rumänien und Ukraine-Rumänien- Republik Moldau. Außerdem existie-

ren viele Möglichkeiten für den weiteren Ausbau unserer strategischen Partnerschaft mit Polen. Überdies hat die Ukraine deutlich ihr Interesse an der Arbeit des Rates der Ostseestaaten zum Ausdruck gebracht, um mit dieser Staatengruppe zusammenzuarbeiten.

Die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine in Richtung auf eine uneingeschränkte Integration in europäische und transatlantische Strukturen der Zusammenarbeit steht für die ukrainischen Bemühungen, zu einem geeinten und stabilen Europa beizutragen. Die Ukraine unterstützt uneingeschränkt den Geist der Solidarität und der gemeinsamen Werte, durch den sich der Europarat, die OSZE und die Europäische Union auszeichnen. Die Ukraine ist bereits Mitglied des Europarates und der OSZE und sie arbeitet entschlossen darauf hin, auch der EU beizutreten. Anfang 1998 ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU in Kraft getreten. Jetzt können die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Kontakte zur Europäischen Union weiter ausgebaut werden.

Im November 1999 wurde Leonid Kučma als Präsident der Ukraine wieder gewählt. Er proklamierte die Inangriffnahme der inneren Reformen in politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Regierung Viktor Jušenko wurde gebildet. Diese Regierung hat die Voraussetzungen für die Wirtschaftsreformen wesentlich verbessert.

Im Kontext der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union bleibt zu erwähnen, dass der ukrainische Außenminister Anatolij Slenko im Januar 2001 in Berlin in seinem Vortrag zum Thema „Ost oder West – Wo liegt die Zukunft der Ukraine?“³ die Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik so formuliert hat: Erstens Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Zweitens Zusammenarbeit mit Russland. Drittens Partnerschaft mit den USA und viertens Zusammenarbeit mit Deutschland. Außerdem sollte die Ukraine die Beziehungen zu Paris und London wesentlich vertiefen. Deutschland ist für die Ukraine einer der wichtigsten politischen Partner auf ihrem Integrationsweg nach Europa und einer der bedeutendsten europäischen Wirtschaftspartner. In Bezug auf das Volumen des bilateralen Handels mit der Ukraine liegt Deutschland vor allen anderen Ländern West- und Mitteleuropas. Der bilaterale Handel zwischen der Ukraine und Deutschland 1999 stellt sich wie folgt dar: ukrainische Exporte – 504,0 Mio. US-Dollar, Importe aus Deutschland – 793,7 Mio. Handelsüberschuss – 288,8 Mio. zugunsten der Bundesrepublik. 607 Unternehmen mit deutschen Investitionen wurden in der Ukraine registriert, der Gesamtumfang der deutschen Investitionen beträgt 164,1 Mio. US-Dollar. Jedoch, sind diese Ziffern leider nicht überzeugend, da für Staaten wie die Ukraine und Deutschland Probleme bestehen, vor allem, im für die ausländischen bzw. deutschen Investoren noch nicht günstigen Wirtschafts- und Investitionsklima in der Ukraine. Aber die Regierung Viktor Jušenko und die Regierung seines Amtsnachfolgers Anatolij Kinakh haben die Wirtschaftslage in der Ukraine

wesentlich verbessert. Außerdem ist die Bundesrepublik Deutschland nach den USA der größte Geber bilateraler Hilfe und nach Russland der wichtigste Handelspartner der Ukraine.

Die offiziellen Besuche von Papst Johannes Paul II. in der Ukraine im Juni 2001 und des NATO-Generalsekretärs Lord George Robertson in Kiev im Juli 2001 zeigten deutlich, dass sich trotz schwieriger Probleme und innenpolitischer Krisen, die die Ukraine in den Jahren 2000–2001 erlebte, die wirtschaftlichen und politischen Reformen im Lande weiterentwickeln werden.⁴

MA Mykola Movchan ist ukrainischer Journalist und Politologe; Doktorand am Institut für Journalistik der Taras-Shevchenko-Universität Kiev.

Literatur

- Interview mit Leonid Kravčuk, „Den“, 03.02.1999, S. 4–5.
 „Nacionnal'naja Bezpeka – Ščyt der•avy“, „Urjadovyj Kurjer“, 22.08.1996, S. 3–4.
 Interview mit Anatolij Slenko, „Zerkalo nedeli“, 20.01.2001, S. 1 und 5.
 Olga Alexandrova, „Perzeptionen der auswärtigen Sicherheit der Ukraine“, Bericht des BIOst, Nr. 40/1993.
 Rußland in Europa?, Alexander Ott, „Die Ukraine: Partner oder Vasall Rußlands?“, S. 215–228.
 Sherman W. Garnett, „The Sources and Conduct of Ukrainian Nuclear Policy“, in: „The Nuclear Challenge in Russia and the New States of Eurasia“, Hrsg: George Quester, Band 6, Armonk, New-York, London 1995.

¹ Olga Alexandrova, Berichte des BIOst, „Von einer Sowjetrepublik zu einem europäischen Staat: Anfänge der Außenpolitik der Ukraine“, 14/1992, S. 4–5.
² Ein Interview mit dem Außenminister der Ukraine Anatolij Slenko, Osteuropa, 11/1991, S. A 648.
³ Magazin „Five continents“, Februar 2001, Kiev, S. 7–9.
⁴ „NB! Signaly Gotovnosti“, „Den“, 06.07.2001, S. 4.

RICARDA VULPIUS: *Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861–1921*, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 49 (2001), H. 2, S. 240–56

RICARDA VULPIUS: *Nationsbildung der Ukraine im Spiegel der Kämpfe um die Nationalisierung von Religion (1861–1921)*, in: Berliner Osteuropa Info 16 (2001), S. 52–54.

Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova – ein Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte?*

Von Stefan Troebst, Leipzig

Der Süden der historischen Landschaft Bessarabien, der heute teils zur Ukraine, teils zur Republik Moldova gehört, weist eine hochgradig diversifizierte ethnische Struktur auf. Im Zuge der Eroberung der bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zum Osmanischen Reich gehörenden Region durch Russland floh die gesamte muslimische Bevölkerungsmehrheit. Das so entstandene Vakuum füllten die Zaren mittels der Einrichtung eines Ansiedlungsrayons für Ausländer auf. Lockmittel dabei war die unentgeltliche Vergabe von Land, Steuerprivilegien sowie Wehrdienstbefreiung. Neben Schweizern, Süddeutschen, Serben und Bulgaren nahmen auch Angehörige der im damals osmanischen Bulgarien lebenden Gagausen die russische Ansiedlungseinladung an. Hauptauswanderungsgrund für diese türkischsprachige Gruppe war ihre Konfession, waren sie doch gleich Bulgaren, Serben und Russen orthodoxe Christen. Als die Perestrojka die Moldauische Sowjetrepublik erreichte, formierten auch die Gagausen eine Volksfrontbewegung und im Zuge der nationalistischen moldauischen Sprachgesetzgebung riefen sie im gagausischen Hauptort Comrat ihre eigene Mini-Sowjetrepublik aus. Was sich jedoch wie der Beginn eines ethnischen Bürgerkrieges ausnahm, resultierte nach einem langen Verhandlungsprozess in einem tragfähigen Kompromiss der gagausischen Führung mit der Zentralregierung der nun unabhängigen Republik Moldova.

Am 23. Dezember 1994 verabschiedete das moldauische Parlament in der Hauptstadt Chişinău nach ganztägiger, intensiver und ausnahmsweise in russischer Sprache geführter Debatte ein „Gesetz über die besondere Rechtsstellung von Gagausien (Gagauz Yeri) in der Republik Moldova“. Kernpunkt der Gesetzes war die Gewährung innerer Selbstbestimmung für die Gagausen Moldovas mittels der Konstituierung Gagausiens als „autonomer territorialer Einheit mit einer besonderen Rechtsstellung, die als Form der Selbstbestimmung der Gagausen ein Bestandteil der Republik Moldova ist“. Konkret bedeutete dies Territorialautonomie für diejenigen Regionen im Süden des Landes, die in einem Referendum im März 1995 mehrheitlich für die Zugehörigkeit zum neuen Gagausien stimmten. Dies war in 30 Stadt- und Landgemeinden der Fall. Am 1. Januar 1996 wurde dieses Ergebnis rechtskräftig und seitdem umfasst Gagausien 1831,5 Quadratkilometer bzw. 5,4% der Fläche der Republik. Es wird von 171 500 Menschen bewohnt, darunter 78,7% Gagausen, 5,5% Bulgaren, 5,4% Moldauer, 5,0% Russen, 4,0% Ukrainer und 1,3% Angehörige anderer Ethnien. Aus gagausischer Sicht von ganz besonderer Bedeutung waren zwei Bestimmungen des

Autonomiegesetzes, die weniger praktisch-politische denn symbolische Bedeutung besaßen: Zum einen wurde als „eigentlicher Träger der Rechtsstellung von Gagausien (Gagauz Yeri – der Ort, wo die Gagausen leben) das zahlenmäßig kleine gagausische Volk [...], das geschlossen im Staatsgebiet der Republik Moldova lebt“, benannt – das gagausische „Volk“ also, und nicht „bloß“ eine „Minderheit“ oder eine „Ethnie“ –, und zum anderen berücksichtigte das Gesetz die historisch begründete Furcht der Gagausen vor einem neuerlichen Anschluss ihres Siedlungsgebietes an das benachbarte Rumänien, wie im Zeitraum 1918–1940 und 1941–1944 schon einmal der Fall: „Im Fall der Veränderung des Status der Republik Moldova als unabhängiger Staat hat das Volk von Gagausien das Recht auf äußere Selbstbestimmung“, also auf Eigenstaatlichkeit qua Sezession.

Gagausien, das von einem im Juni 1995 direkt gewählten Gouverneur (Başkan) regiert wird, verfügt über ein eigenes Parlament und seit 1998 auch über ein eigenes Grundgesetz. Gleichberechtigte Amtssprachen sind Gagausisch, Russisch und Moldauisch, d. h. Rumänisch. Allerdings ist das Territorium des Autonomiegebietes nicht zusammenhängend, sondern besteht aus dem Kerngebiet um die Hauptstadt Comrat samt dem südöstlich angrenzenden Ceadâr Lunga, einer „Insel“ um die Stadt Vulcăneşti im äußersten Süden sowie zwei weiteren Enklaven, den Dörfern Copceac und Carbolia.

Mit der Gewährung von Territorialautonomie beendete die moldauische Zentralregierung einen 1989 entstandenen Konflikt, der zweimal – im Oktober 1990 und im August 1991 – die Form eines Bürgerkrieges anzunehmen drohte. Zugleich wirkte sich die Lösung des Gagausien-Problems beruhigend auf den anderen und größeren ethnopolitischen Konflikt im Lande, demjenigen in und um Transnistrien, aus. Dieser Konflikt geriet im Sommer 1992 außer Kontrolle und resultierte in einem einwöchigen Kurzkrieg um die Stadt Bendery/Tighina zwischen der Armee der Republik Moldovas und den Truppen der transnistrischen Separatisten, dem ca. 1.000 Militärs und Zivilisten zum Opfer fielen und in dessen Verlauf etwa 100.000 Menschen intern disloziert wurden. Bis heute ist keine Lösung für das Transnistrienproblem gefunden worden. Vor dem Hintergrund der extrem gespannten Situation im Lande zu Beginn der neunziger Jahre stellt das Autonomiegesetz für Gagausien also einen spektakulären Sieg der Vernunft über ethnationales Machtstreben alter Eliten dar – eine zumal im postsowjetischen Raum ebenso seltene wie reife Leistung aller Konfliktakteure.

Ungeachtet dieses Verhandlungserfolges von 1994 hegten die an der Lösung des Problems beteiligten multilateralen Organisationen keine Sympathie für das Lösungsmodell Territorialautonomie, sondern hantierten mit wenig angemessenen postmodernen Konzepten wie dem einer de-ethnisierten Zivilgesellschaft. Als Gründe gaben sie an, dass eine Autonomieregelung aufgrund der ethnischen Gemengelage im Süden Moldovas neue Minderheiten sowie einen gefährlichen Präzedenzfall für die gesamte Region schaffen würde. Dass auch in EU-Europa ethnopolitische Konflikte nicht selten mittels Territorialautonomie gelöst wurden, so etwa in Spanien, Großbritannien, Italien, Finnland und sogar Frankreich, wurde dabei geflüchtiglich übersehen. Sowohl der Europarat als auch die OSZE versuchten Chi'inău und Comrat weg von der Autonomielösung und hin zu einer allgemeinen, gleichsam flächendeckenden Minderheitengesetzgebung zu bringen. Allerdings ist anzuerkennen, dass beide internationale Organisationen letztendlich an der Ausgestaltung des Autonomiegesetzes konstruktiv mitgearbeitet und ihre Expertise auch bei dessen Implementierung zur Verfügung gestellt haben. Dennoch bleibt festzuhalten, dass aus der Sicht dieser beiden am engsten mit Menschen- und Minderheitenrechtsstandards befassten supranationalen Akteure das Autonomiemodell „ausnahmsweise“ und ausschließlich für den gagausischen Fall gebilligt wurde. Von einer Vorbildfunktion konnte aus ihrer Sicht keine Rede sein.

Ganz anders die Perspektive der Akteure vor Ort. Alle moldauischen Zentralregierungen haben den Gagausienkompromiss respektiert, manche ihn gar in ihrer Selbstdarstellung nach außen instrumentalisiert. Ähnlich die Sichtweise der Betroffenen, d.h. der Gagausen und Nicht-Gagausen im Autonomiegebiet. Zwar gibt es Kritik an unzureichendem *power-sharing* zwischen Zentralregierung und Autonomiebehörde sowie an der schwachen Vertretung der letztgenannten auf gesamtstaatlicher Ebene, doch das Statut an sich wird nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr als Erfolg gewertet. Dies gilt auch und gerade für mindestens zwei Drittel der Nicht-Gagausen Gagausiens – und dies aus einem höchst plausiblen Grund: Während außerhalb des Autonomiegebietes gemäß moldauischer Sprachgesetzgebung Inhaber von Führungspositionen in Verwaltung, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Medien, Wirtschaft u.a. aktive Kenntnisse des Moldauischen/Rumänischen aufweisen müssen, ist dies im dreisprachigen Gagausien nicht erforderlich. Nicht zuletzt hierin liegt die Erklärung dafür, dass die östlich und südlich des Autonomiegebietes lebende bulgarische Minderheit gleichfalls die Forderung nach Territorialautonomie nach gagausischem Muster erheben. Aus ihrer Sicht sowie aus derjenigen der Ukrainer, Russen und Gagausen außerhalb Gagausiens hat also das Autonomiestatut durchaus Vorbildfunktion.

Wie nimmt sich der Fall der gagausischen Territorialautonomie nun aber aus der Sicht derjenigen sozialwissenschaftlichen Disziplinen aus, die mit der Analyse und der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen ethnopolitischer Konflikte befasst sind? Kann hier von einem „Modell

Gagausien“ gesprochen werden? Das zentrale Ergebnis des im vergangenen Jahrzehnt sprunghaft gestiegenen Forschungsinteresses an der Übertragbarkeit funktionierender Regelungen für gespannte interethnische Beziehungen auf solche Fälle, in denen entsprechende Regelungen nicht gefunden wurden, hat die optimistische Annahme vom transponierbaren Modellcharakter etwa des Südtirol-Statuts, des Status der Åland-Inseln oder der deutsch-dänischen Erklärungen zu den beiderseitigen Grenz-minderheiten stark relativiert, wenn nicht gar widerlegt. Statt dessen bildete sich ein Forschungskonsens dazu heraus, dass Territorialautonomie erstens kein Allheilmittel und zweitens nicht von der Stange zu haben ist. „Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich“ lautet der berühmte erste Satz von Lev Tolstoj's *Anna Karenina*, und was für den familiären Bereich zutrifft, gilt offensichtlich auch für das Zusammenleben von ethnischen Gruppen. Konflikttheoretisch übersetzt bedeutet dies, dass Fälle entspannter interethnischer Beziehungen weitreichende Ähnlichkeiten aufweisen, wohingegen jeder ethnopolitische Konflikt seine eigene Spezifik besitzt. Für die praktische Politik heißt dies, dass auch die Bearbeitung dieser Konfliktgattung dem Einzelfall angepasst, gleichsam „maßgeschneidert“ werden muss. Was in dem einen Fall mittels innerer Selbstbestimmung – Autonomie, Föderalisierung, Devolution u. a. – geregelt werden kann, kann in einem anderen Fall nur über äußere Selbstbestimmung – „samtene“ Scheidung, Teilung, Sezession u. a. – befriedet werden. Das mag wie eine Binsenweisheit klingen, ist aber dennoch erst seit kurzem Gemeingut der einschlägigen Forschung wie konkret der konstruktiven Konfliktbearbeitung.

Bestes Beispiel für diesen verspäteten Erkenntnisprozess ist die 1996 erschienene, grundlegende Monographie *Autonomy – Flexible Solutions to Ethnic Conflicts* der Jerusalemer Völkerrechtlerin Ruth Lapidoth, die seinerzeit die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Oslo über den Autonomiestatus von Westbank und Gazastreifen beratend begleitet hat. Die Autorin hat sich darin ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Das Entwickeln eines allgemeingültigen und zudem praxistauglichen Modells für die Lösung ethnopolitischer Konflikte in Form von Autonomiekonzepten. Doch schon im Vorwort kapituliert sie vor der Komplexität des Problems: „This research was initially begun with the hope that it would lead to a model or some models of autonomy, but the author soon realized that due to the great diversity of the various cases, it would not be feasible to formulate a practical general model.“ (S. 4) Stattdessen unternahm die Autorin einen *Tour d'horizon* durch die gesamte Bandbreite von Autonomielösungen dieser Welt, von Puerto Rico über die Faröer bis Eritrea mit historischen Rückblenden auf das West-Berlin des Kalten Krieges, das Memelgebiet der Zwischenkriegszeit oder das russische Großherzogtum Finnland im 19. Jahrhundert. Ihr ernüchterndes und ausgesprochen theoriefernes Resümee lautet: „Autonomy is not a panacea, but only a tool or a

framework that can constitute an adequate compromise if the parties are looking for one. [...] Like any tool, it must be used in accordance with the special circumstances of each case." (S. 204)

Innere Selbstbestimmung mittels Autonomie kann also im Einzelfall innerstaatliche Konflikte interethnischer Art zum beiderseitigen Vorteil lösen und das vermeintliche Nullsummenspiel in eine *win-win*-Situation überführen: Die Mehrheit gewinnt Stabilität, die Minderheit Sicherheit. Eine Garantie dafür, dass eine Autonomieregelung im konkreten Fall eine solche positive Wirkung tatsächlich hat, gibt es allerdings nicht. Mit anderen Worten: Das Beispiel der gagausischen Territorialautonomie taugt aus den genannten prinzipiellen Gründen nicht als Blaupause zur Befriedung anderer ethnopolitischer Konflikte – und dies ungeachtet seiner positiven konfliktmindernden Wirkungen. Diese Wirkungen belegen, dass die (ehemaligen) Konfliktparteien im Süden Moldovas die Lapidothsche Grundvoraussetzung für eine Konfliktlösung, nämlich die *gemeinsame* Suche nach einer solchen, erfüllt haben. Insofern lässt sich aus dem Drehbuch der erfolgreichen Lösung des moldauisch-gagausischen Konflikts also doch eine Vorbildfunktion ableiten: Ausgehend von der gemeinsamen Feststellung, dass ein gewaltfreier Modus der Konfliktaustragung einem gewaltsamen vorzuziehen ist, sind zum einen die divergierenden Interessen zu inventarisieren, zum anderen die unterschiedlichen Lösungsoptionen zu benennen. In einem nächsten Schritt ist der Verhandlungsrahmen zu zimmern, innerhalb dessen die strittigen Punkte behandelt werden. Ist das geschafft, besteht begründete Aussicht darauf, dass sich der Weg zu einer einvernehmlichen Lösung als das eigentliche Ziel entpuppt. Im Prozess ergebnisoffenen Verhandeln liegt folglich die Chance zu nachhaltigem Interessenausgleich. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch multilaterale Organisationen, kann dabei wertvolle Hilfestellung durch Vermittlungstätigkeit oder Bereitstellung von materiellen wie immateriellen Anreizen leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Staatengemeinschaft ihr Eigeninteresse dem eigentlichen Vermittlungsziel nachordnet. Im Falle der Autonomieregelung für Gagausien war das in der entscheidenden Verhandlungsphase im Jahr 1994 nicht immer gewährleistet – eindeutig kein Vorbild für die Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte andernorts.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, ebenfalls in Leipzig.

Literatur

- Chinn, Jeff, Steven D. Roper: Territorial Autonomy in Gagauzia. In: Nationalities Papers 26 (1998), S. 87–101.
- Diaciu, Lilia, Matthew Hanna: Welcome to Gagauzia. A Practical Business Guide. Comrat 1997.
- Güngör, Harun, Mustafa Argun^oah: The Gagauz. A Handbook. London 2001.
- King, Charles: The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture, Stanford, CA, 1999.
- Lapidoth, Ruth: Autonomy: Flexible Solutions to Ethnic Conflicts. Washington, DC, 1996.
- Mark, Rudolf A.: Das Gesetz über die besondere Rechtsstellung von Gagausien (Gagauz Yeri) in der Republik Moldova. In: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht 37 (1995), S. 291–306.
- Neukirch, Claus: Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Münster. 1996.
- Socor, Vlad: Gagauz Autonomy in Moldova. A Precedent for Eastern Europe? In: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report 3 (1994), H. 33, S. 21–28.
- Teague, Elizabeth: Six Years of Gagauz Autonomy. London 2001. Vortrag auf dem Jahreskongress der Association for the Study of Nationalities in New York im April 2001.
- Thompson, Paula: The Gagauz in Moldova and Their Road to Autonomy. In: Magda Opalski (ed.): Managing Diversity in Plural Societies. Minorities, Migration and Nation-Building in Post-Communist Europe. Nepean, Ontario 1998, S. 128–147.
- Tolstoi, Leo [Lev N. Tolstoj]: Anna Karenina. Roman. Aus dem Russischen von Arthur Luther. Mit einem Nachwort von Egon Friedell. Zürich 1985.
- Troebst, Stefan: Die bulgarische Minderheit Moldovas zwischen nationalstaatlichem Zentralismus, gagausischem Autonomismus und transnistrischem Separatismus (1991–1995). In: Südosteuropa 44 (1995), S. 560–584.
- Troebst, Stefan: Von „Gagauz Halkı“ zu „Gagauz Yeri“: Die Autonomiebewegung der Gagausen in Moldova von 1988 bis 1998. In: Ethnos – Nation 7 (1999), H. 1, S. 41–54.

* Beitrag zur internationalen Tagung „Die Republik Moldau im europäischen und sicherheitspolitischen Kontext“ des Büro Kiews der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg am 18. und 19. Juni 2001.

JACOB LANDAU AND
BARBARA KELLNER-HEINKELE

**The Politics of Language
in the Ex-Soviet Muslim States
Azerbaijan, Uzbekistan, Kazakhstan,
Kyrgyzstan, Turkmenistan and Tajikistan**

Ann Arbor 2001
(C. Hurst & Co. Publishers Ltd.)

„Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa“ – ein Workshopbericht

Von Nele Dröscher, Berlin

„Freedom of information is...the touchstone of all the freedoms“ (UN Freedom of Information Conference 1948). Wie sieht es aus mit der Freiheit in Osteuropa zu informieren und informiert zu werden? Diese Frage war Gegenstand eines Seminars bei der Rechtsanwältin und Lehrbeauftragten Kinga Hiller, das zum Thema „Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa“ am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin (OEI) angeboten wurde. Teilnehmer waren Studierende der Osteuropastudien, der Publizistik und der Rechtswissenschaften mit fundierten Sprachkenntnissen eines osteuropäischen Landes.

Die Ergebnisse des Seminars wurden mit Unterstützung der Rechtsanwaltskanzlei Kinga Hiller JURISTISCHER DIENST FÜR OSTEUROPA in einem Workshop am Ende des Sommersemesters von den Studierenden öffentlich vorgetragen. Als Ansprechpartner für die Diskussion konnten Journalisten und Medienexperten aus Osteuropa gewonnen werden. U.a. reiste Frau Biljana Kovacevic-Vuco, Vorsitzende des Jugoslawischen Rechtsanwaltskomitee für Menschenrechte und „Mutter“ eines Gesetzesentwurfes für ein neues Medienrecht in Serbien, an.

Referiert wurde zu den Ländern Russland, Weißrussland, Estland, Lettland, Polen, Rumänien, Kroatien und Serbien. Die Referate folgten einer einheitlichen Gliederung, um einen besseren Vergleich der Länder untereinander zu gewährleisten. Einleitend wurden jeweils Eckdaten zum Land genannt. Dem folgte als erster Gliederungspunkt ein Überblick über das Medienrecht, namentlich die Verankerung der Meinungs- sowie Presse- und Rundfunkfreiheit in der Verfassung, die Kommunikationsgesetze, sowie Internationale Abkommen und Verträge. Unter der Überschrift „Medienorganisation“ stellten die Referenten das Presse- und Rundfunksystem des Landes dar. Genießt die Presse Gründungsfreiheit? Ist der Rundfunk (Fernsehen und Hörfunk) institutionell unabhängig vom Staat? Wie werden die Lizenzen für den privaten Rundfunk vergeben? Können Ausländer Medienunternehmer sein? Unter der Überschrift „Medienlandschaft“ wurden im Anschluss die Eigentumsverhältnisse an den wichtigsten Zeitungen und Sendern skizziert. Direkte und indirekte Beschränkungen der Medienfreiheit wurden im Gliederungspunkt „Medienwirklichkeit“ dargestellt und den eingangs zitierten verfassungsrechtlichen Garantien gegenübergestellt.

Die Diskrepanz von Medienrecht und Medienwirklichkeit zeigte sich besonders deutlich in den ersten beiden Referaten zu Russland und Weißrussland. Wie in allen Verfassungen der behandelten osteuropäischen Länder¹ ist auch in diesen beiden Staaten die Freiheit der Meinungsäußerung und der freie Zugang zu Informationen garantiert und ein explizites Zensurverbot formuliert. Der Wortlaut der ein-

zelnen Verfassungen ist Art. 29 der Verfassung der Russischen Föderation, der hier als Beispiel zitiert werden soll, ähnlich. Das Verbot des Zwanges, eine Meinung zu äußern oder diese aufzugeben, ist allerdings lediglich in der russischen und in der weißrussischen Verfassung zu finden.

Die Presse- und Rundfunkfreiheit ist in mehreren der genannten Verfassungen neben der Meinungsfreiheit selbstständig erwähnt. Einige Länder beschränken sich jedoch, wie am Beispiel der russischen Verfassung ersichtlich ist, auf die Garantie der Freiheit der Masseninformatio-² on, ohne gesondert die Presse- und Rundfunkfreiheit zu nennen.

Stehen hinter beiden Formulierungen die gleichen Werte? Grundsätzlich umfasst die Pressefreiheit nach deutschem Verständnis das Recht, die Öffentlichkeit über alle Tatsachen, die bekannt werden, zu unterrichten. Sie hat damit Informations- und Meinungsbildungsfunktion. Zur Erfüllung dieser Funktion hat jeder Redakteur Meinungs- und Tatsachenbehauptungsfreiheit, sowie Informations- und Betätigungsfreiheit.

Pressefreiheit bedeutet gleichzeitig Gründungsfreiheit. Im Rundfunkbereich ist die Gründungsfreiheit jedoch eingeschränkt. Aufgrund der begrenzten Sendekapazitäten ist die Gründungsfreiheit für Medien des Rundfunksektors über die Vergabe von Lizenzen geregelt. Diese Beschränkung findet ihre Rechtfertigung in der Garantie eines für alle gleichberechtigten Zugangs zu den Lizenzen.

Die osteuropäischen Staaten haben die Meinungsfreiheit nach dem Vorbild westlicher Verfassungsstaaten in ihre Verfassungen integriert. Ihre Mitgliedschaft im Europarat³ und die beantragte Aufnahme einiger Staaten in die EU setzen insofern auch entsprechende Bedingungen. Sie haben zu weiten Teilen die Terminologie der westlichen Verfassungsstaaten übernommen und definieren sich als demokratischen Rechtsstaat. Daher kann gefolgert werden, dass die Grundfreiheiten, insbesondere die Kommunikationsfreiheiten, nach dem Vorbild westlicher Wertvorstellungen übernommen wurden. Wenn Russland die Masseninformatio-⁴ nsfreiheit garantiert, soll damit im Prinzip westlicher Standard, also auch die mit der Presse- und Rundfunkfreiheit verbundenen Garantien der Betätigungsfreiheit und der Staatsferne der Berichterstattung aufgezeigt werden.

Artikel 29⁴

- (1) Jedem wird die Freiheit des Gedankens und des Wortes garantiert.
- (2) Eine Propaganda oder Agitation, die aus sozialen, rassistischen, nationalen oder religiösen Gründen Hass und Feindschaft schürt, ist unzulässig. Die Propaganda einer

sozialen, rassischen, nationalen, religiösen oder sprachlichen Überlegenheit ist verboten.

(3) Niemand darf gezwungen werden, seine Meinungen und Überzeugungen zu äußern oder diese aufzugeben.

(4) Jeder hat das Recht, auf rechtmäßige Weise frei Information zu suchen, zu erhalten, weiterzugeben, zu erzeugen und zu verbreiten. Das Verzeichnis der Nachrichten, die Staatsgeheimnis sind, wird durch Bundesgesetz festgelegt.

(5) Die Freiheit der Masseninformati on wird garantiert. Zensur ist verboten.

Wie sieht die Realität in Russland aus? Sind die Medien in Russland frei und unabhängig?

Die Übernahme von NTW bildete nur die Vorstufe für eine weitere Zentrierung der Medien unter Kontrolle des halbstaatlichen Gaskonzerns Gasprom. Nach Schließung der Zeitung „Segodnja“ und den Austausch der Redaktion des Magazins „Itogi“, sicherte sich Gasprom erst kürzlich die Aktienmehrheit beim Radiosender „Echo Moskv y“. Der zur Kontrollmehrheit fehlende Aktienanteil von 25% wurde dem Konzern von einem Moskauer Bezirksgericht zugesprochen. „Echo Moskv y“, der Sender mit der Lizenznummer 1, war die erste Radiostation auf russischem Boden, die 1990 ohne staatliche Kontrolle auf Sendung ging. Die „Moscow Times“ bezeichnete ihn als „the last independent voice in the country’s national media“. Das Verschwinden der letzten unabhängigen Stimmen aus der russischen Medienlandschaft ist ein Indikator für die Verschlechterung der allgemeinen Mediensituation in Russland. Bei der Beurteilung der Lage ist jedoch zu berücksichtigen, dass weder NTW⁵ noch Radio „Echo Moskv y“⁶ vor ihrer Übernahme als uneingeschränkt unabhängig zu betrachten waren.

Dies bestätigte auch der Geschäftsführer des Programms „Journalisten aus Russland“ des Journalistenkollegs der FU Berlin, Jens Althoff, der davor warnte, mit der früheren Unabhängigkeit des Senders NTW allzu unkritisch umzugehen. Jens Althoff, der für die Diskussion als Experte für Medienfreiheit in Russland zur Verfügung stand, betonte „die Presse Russlands fungiere als Sprachrohrmedium einzelner Interessengruppen. Die Gründe hierfür seien vielfältig. Einer der Hauptfaktoren sei jedoch der Mangel an Kapital.“ Hier zeigte sich ein generelles Problem der Medien in Osteuropa, welches sich im weiteren Verlauf des Workshops immer wieder bestätigen sollte: Viele Einschränkungen der Pressefreiheit sind wirtschaftlicher Natur. Zur Durchsetzung seiner politischen Interessen macht sich der Staat wirtschaftliche Druckmittel zunutze.

Durch staatliche Monopole auf Druck und Vertrieb der Presse, auf die sowohl im russischen als auch im weißrussischen Referat eingegangen wurde, kann der Staat die Abonnementspreise bestimmen. Die Preisregelung erfolgt zum einen über die Höhe der Vertriebskosten, zum anderen durch Subventionen der staatlichen Presse. So gibt es in Weißrussland nach Aussage der Referentin aufgrund der

hohen Kosten des Verteilungssystems keine private Tageszeitung. Ein anderes Regelungsinstrument des Staates ist die Entscheidungshoheit über die staatlichen Druckereien. Nach Beschlagnahme der Druckerpressen des Druckhauses Magic gehören in Weißrussland, wie aus dem Referat deutlich wurde, alle Druckerpressen dem Staat. So berichtete die NGO „Reporter ohne Grenzen“, dass der weißrussische Staat dem Chefredakteur der unabhängigen Tageszeitung „Dyen“, Alexandr Tomkoviè, Anfang August 2001 mitteilte, den Druck seiner Zeitung in den staatlichen Druckereien einzustellen. Mit der Entscheidungsfreiheit über die Zulassung einzelner Zeitungen zum Druck steht den Regierungen einiger osteuropäischer Staaten somit der Weg offen, die Medienfreiheit direkt einzuschränken.

Aber auch über restriktive gesetzliche Regelungen werden konkrete Einschränkungen vorgenommen. So stellte die Russlandreferentin das russische Werbe gesetz vor. Es legt fest, dass der Werbeanteil 40% des Gesamtumfanges des Druckerzeugnisses nicht überschreiten dürfe. (In den USA beläuft sich der zulässige Werbeumfang im Vergleich auf 60%). Eine der wichtigsten Finanzquellen der Presse, die Einnahmen aus Werbung und Anzeigenschaltung, ist somit bereits von vornherein eingeschränkt. Erschwerend kommt hinzu, dass infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise in Russland viele Unternehmen aufgrund finanzieller Sorgen wie im Mediensektor, die nötigen Gelder für Werbung und Anzeigenschaltung nicht aufbringen können. Ebenso ist die Bevölkerung mit knappen Mitteln ausgestattet, so dass eine sinkende Nachfrage nach Druckerzeugnissen zur Finanzenge der Medien beiträgt.⁷ Die wichtigsten Einnahmequellen einer Zeitung, Werbung und Abonnenten, werfen in Russland somit nur unzureichende Erträge ab. Zusätzlich belastend wirken sich immense russische Steuerforderungen aus, die nicht zuletzt Media Most in die Insolvenz getrieben haben.

Neben den staatlichen Maßnahmen trägt leider auch die Arbeit vieler Journalisten einschränkend zur Medienfreiheit bei. Angezogen von der Attraktivität der Aufbesserung ihres geringen Einkommens, lassen sich viele Redakteure zum Schreiben bezahlter Artikel verleiten. Kritische Journalisten und Chefredakteure dagegen bewegen sich auf unsicherem Boden. Die strafrechtlichen Sanktionen für falsche Berichterstattung sind hoch. Aber auch weniger subtile Mittel, wie tätliche Angriffe auf Journalisten erschweren bzw. vereiteln eine unabhängige Berichterstattung. Allein im vergangenen Jahr kamen 21 russische Journalisten ums Leben. Dies geht aus einer Statistik des CJES (Center for Journalism in Extreme Situations) hervor, die Kinga Hiller in ihrer Einleitung zum Workshop als Folie auflegte.⁸

Wie bereits bei der staatlichen Monopolstellung deutlich wurde, gleicht die Situation der Medien in Weißrussland der russischen. Schwerpunkt des Referates zu Weißrussland war die Machtpolitik Lukašenkos. Die Missachtung des Wesentlichkeitsprinzips in Weißrussland, also

die Regelung rechtlicher Fragen durch die Regierung und nicht durch das Parlament, führt zu einer Beschneidung des Rechtssystems, die sich auch im Mediensektor bemerkbar macht. Unabhängige Zeitungen werden in nur sehr geringer Stückzahl aus Litauen eingeschmuggelt und eine winzige Radiostation sendet noch von Polen aus.⁹ Unter Missachtung jeglicher Verfassungsgarantien hat Lukašenko die Medien inklusive der Internetprovider weitgehend gleichgeschaltet.

Die an das Referat anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage der Reaktion der Bevölkerung auf die Vorgehensweise Lukašenkos. Eine Studentin aus dem Workshop-Publikum berichtete aus eigener Erfahrung, dass in den größeren Städten Proteste der Intellektuellen stattgefunden hätten.¹⁰ Sie seien jedoch von einem Großaufgebot der Polizei, mit Kameras ausgestattet, überwacht und begleitet worden, so dass jeder Teilnehmer sicher sein konnte, aktenkundig zu werden und damit Berufs- und Lebenschancen seiner Person und seiner Familie zu gefährden. Aus Schutz vor der polizeilichen Dokumentation der Demonstrationen sei zu kleinen, verdeckten Aktionen übergegangen worden.

Wie im Referat bestätigt wurde, sind die meisten Sendestationen in der Verbreitung ihrer Programme beschränkt. Viele Sender sind nur in den wenigen großen Städten zu empfangen, so dass die Landbevölkerung mit oppositionellem Gedankengut nicht erreicht werden kann. Damit ist sie allein auf das Staatsfernsehen Lukašenkos angewiesen und demzufolge seine treueste Wählerschaft.

Im Gegensatz zu Weißrussland und Russland ist die Situation der Medien in Estland, Lettland und Polen eine ganz andere. Aus allen drei Referaten ging hervor, dass das bestehende Recht in diesen Ländern anerkannt und die Medienfreiheit in ihrem Kern gewahrt wird. Selbstverständlich ist der Mediensektor auch in diesen Ländern nicht ohne Regulierung, die jedoch wiederum dem Erhalt der Meinungsvielfalt dient, indem Sendelizenzen – wie kürzlich in Polen – ggf. auch wieder entzogen werden, wenn ein Medienunternehmen zu viele Sender auf sich konzentriert und droht, eine marktbeherrschende Stellung einzunehmen. Besonders problematisch ist die Situation auf dem Zeitungssektor in Estland, wie die Referentin anschaulich darstellte, der nicht durch die Vergabe von Lizenzen reguliert werden kann. Dort dominieren zwei große skandinavische Mediengruppen den Markt. Der norwegische Shibstedkonzern und die schwedische Bonniergruppe, die die größten und auflagenstärksten Zeitungen herausgeben. Mit dem Beschluss, ihre Aktivitäten in dem Ostseestaat zu bündeln, legten Shibsted und Bonnier in einem ersten Schritt ihre Boulevardblätter *Õhtuleht* und *Sonumileht* zusammen. Diesem Zusammenschluss soll nun die Vereinigung aller Zeitungs- und Zeitschriftenteile beider Konzerne folgen, wie aus dem Referat hervorging. Diese Fusion hätte zur Folge, dass beide wesentlichen Tageszeitungen von derselben Gesellschaft, die anteilig beiden Konzernen gehört, herausgegeben würden. In Estland geht die Ge-

fahr für die Meinungsfreiheit daher im Ergebnis nicht von den politischen Kräften, sondern von der freien Wirtschaft aus, die mit ihren Konzentrationsbestrebungen die Meinungsvielfalt und damit die Möglichkeit, sich aus verschiedenen Quellen frei zu informieren, gefährdet.

Im letzten Vortragsblock wurden Referate zu den südosteuropäischen Ländern gehalten. Die Grundproblematik besteht sowohl in Serbien und Kroatien, als auch in Rumänien einheitlich darin, die Ablösung des Rundfunks von direkter staatlicher Einflussnahme zu erreichen. Dies soll durch die Umwandlung der staatlichen Rundfunkanstalten in selbstverwaltete Anstalten des öffentlichen Rechts erfolgen. Wie aus den Referaten ersichtlich wurde, war der Prozess in allen drei Ländern mit ähnlichen Mühen verbunden. Der Workshop „Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa“ entwickelte sich in diesem Teil auch zum Forum für einen Dialog zwischen serbischen und kroatischen Journalisten! Serben und Kroaten überlegten gemeinsam, wie mit der Vergangenheit ihrer Kollegen umgegangen werden sollte. Einhellig kamen sie zu dem Ergebnis, dass es zwar bedauernd sei, dass sich ihre Journalisten dem politischen Regime und seinen Anschauungen untergeordnet hätten, dass jedoch nur dort, wo Journalisten des alten Regimes aktiv zur Volksverhetzung oder sonstigen Straftaten aufgerufen hätten, Strafverfolgung und Berufsausschluss angebracht seien.

Insgesamt gestaltete sich der Tag äußerst informativ. Es wurde einmal nicht allein zu den Problemen der Medienwirklichkeit berichtet, sondern bei den Wurzeln, den Rechtsgrundlagen, die oftmals ganz „legale“, wenngleich auch nicht verfassungskonforme Ermächtigungen für Beschränkungen der Medienfreiheit bilden, angesetzt. Über eine ausführliche Rechts- und Systemanalyse wurde somit der Vergleich zur Medienwirklichkeit sehr anschaulich und greifbar dargestellt. Die anschließenden Diskussionen mit den Journalisten und Osteuropaexperten, sowie Erfahrungsberichte von Teilnehmern des Workshops trugen bereichernd zu einer in jeglicher Hinsicht sehr gelungenen Veranstaltung bei.

Bestärkt durch das große Interesse an dem Workshop wird es eine Dokumentation der Veranstaltung auf der Homepage des OEI und der Internetpräsenz des Juristischen Dienstes für Osteuropa geben.¹¹

Nele Dröscher ist Mitarbeiterin in der Rechtsanwaltskanzlei Kinga Hiller „Juristischer Dienst für Osteuropa“.

¹ Art. 29 der Verf. der Russischen Föderation v. 12. Dez. 1993 (*Rossijskaja gazeta* vom 25. Dezember 1993, S. 3 ff); Art. 33, 34 der Verf. der Republik Weißrussland v. 25. März 1994 (*Vedamasci V' archounaga Saveta Respubliki Belarus' 1994*, Nr. 9; *Narodnaja Gazeta*, Nr. 298 vom 27. Nov. 1996); §§ 44, 45 der Verf. der Republik Estland v. 28. Juni 1992 (*Riigi teataja* 1992, Nr. 26, Pos. 349); Art. 99, 100 der Verf. der Republik Lettland v. 7. Aug. 1992 (Neuverkündung in *Latvijas*

Republikas Saeimas un Ministru Kabineta Zinotajs Nr. 6 vom 31. März 1994); Art. 54 der Verf. der Republik Polen vom 2. April 1997 (Beilage zu „Rzeczpospolita“ vom 3. April 1997); Art. 30, 31 der Verf. von Rumänien v. 21. Nov. 1993 (Monitorul Oficial al Romanie (Partea I) Nr. 233/1991 vom 21. November 1991); Art. 38 der Verf. der Republik Kroatien v. 22. Dez. 1990 (In der Fassung vom 20. Januar 1998 (Narodne Novine 1998, Nr. 8, Pos. 121)); Art. 45 der Verf. der Republik Serbien vom 1. September 1992 (Službeni Glasnik Republike Srbije 1990, Nr. 1, Pos. 1), abgedruckt in deutscher Übersetzung bei Herwig Roggemann: Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, 1999.

- ² Dies gilt für Weißrussland, Estland und Lettland, wobei letztere beiden sogar auf die Formulierung Masseninformaton verzichten.
- ³ Unter den hier behandelten osteuropäischen Länder ist nur Weißrussland nicht Mitglied im Europarat.
- ⁴ Abgedruckt in deutscher Übersetzung bei Herwig Roggemann, S. 784.
- ⁵ So geht aus einem Bericht von Roger Blum, veröffentlicht 1996 im Tagesanzeiger (www.tagesanzeiger.ch), hervor, dass NTW neben verschiedenen Radiosendern und Zeitungen (beispielsweise „Segodnja“ oder „Nezavissimaja Gazeta“) bereits 1996 durch Banken dominiert wurde.
- ⁶ In einer Meldung der dpa Moskau, in der SZ vom 05.05.2001 unter dem Titel „Gasprom übernimmt auch kritischen Radiosender“ veröffentlicht, wird berichtet, dass der Anteil des Gasprom-Konzerns vor Erhalt der Aktienmehrheit bereits 25 % betrug.
- ⁷ Dies bestätigt auch der Bericht von Roger Blum, wonach sich russische Familien 1990 noch vier Zeitungen und Zeitschriften leisten konnten, während 1996 nur noch jede zehnte Familie überhaupt eine Zeitung kaufte. Bestes Beispiel ist die „Komsomolskaja Pravda“, die mit fast 23 Millionen Abonnenten 1990 in das Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen wurde und deren Leserschaft nun bei 704 000 (Quelle: Auswärtiges Amt) liegt.
- ⁸ Statistik 2000: Killings – Russia: 4, Georgia: 1, Tajikistan: 1, Ukraine: 1. Unsolved murders or unclear investigation results – Russia: 5, Kazakhstan: 1, Ukraine: 3. Murders unrelated to professional activities – Russia: 12, Tajikistan: 1, Ukraine: 2. Missing journalists – Russia: 2, Belarus: 1. Attacks related to professional activities – Russia: 64, Azerbaijan: 26, Armenia: 2, Belarus: 3, Georgia: 13, Kazakhstan: 8, Kyrgyzstan: 2, Moldova: 4, Ukraine: 10. Attacks unrelated to professional activities – Russia: 18, Tajikistan: 3, Ukraine: 2. Detentions and arrests of Journalists – Russia: 21, Azerbaijan: 4, Armenia: 3, Belarus: 44, Georgia: 2, Kyrgyzstan: 1, Ukraine: 1. Legal prosecutions of journalists – Russia: 17, Azerbaijan: 2, Kazakhstan: 2, Kyrgyzstan: 4, Turkmenistan: 1. Pressure on the mass media – Russia: 37, Azerbaijan: 7, Armenia: 1, Belarus: 3, Georgia: 3, Kazakhstan: 8, Kyrgyzstan: 4, Moldova: 2, Ukraine: 6. Censorship – Russia: 16, Azerbaijan: 1, Armenia: 3, Belarus: 1, Kazakhstan: 3, Tajikistan: 2, Ukraine: 9.
- ⁹ Zitat: SZ Thomas Urban, 14.04.2001.
- ¹⁰ Der Großteil der weißrussischen Bevölkerung lebt jedoch auf dem Land.
- ¹¹ <http://www.oei.fu-berlin.de> und <http://www.juristischer-dienst-osteuropa.de>.

Internationales Symposium „Structural Changes in Post-Socialist Central Europe and the Actual Challenges of Modernization“

Von Klaus Müller, Berlin

Vom 11.–13. Mai 2001 fand in Prag eine Veranstaltung zu den Auswirkungen des osteuropäischen Systemwechsels auf die Sozialstruktur der zentraleuropäischen Gesellschaften statt, an der mehr als 30 Referenten und Diskutanten aus neun Ländern teilnahmen. Veranstalter waren das Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das Institut für Soziologie der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und das Wissenschaftszentrum Berlin. Die konzeptionelle Vorbereitung lag in den Händen von W³adys³aw Adamski (Warschau), Pavel Machonin (Prag) und Wolfgang Zapf (Berlin) und hob diese Tagung in zweifacher Hinsicht positiv von vielen anderen Veranstaltungen zum ersten Jahrzehnt post-kommunistischer Reformen ab. Zum ersten durch die Absicht, ein elaboriertes theoretisches Programm, nämlich ein vergleichsweise offen gehaltenes Modernisierungskonzept in der Anwendung auf die zentraleuropäischen Länder zu überprüfen, weiterzuentwickeln und gegebenenfalls zu revidieren. Der Brennpunkt lag dabei auf der sozialstrukturellen Dynamik der zurückliegenden Jahre. Zum zweiten war die intensive Diskussion durch umfangreiche im Vorfeld erstellte nationale Berichte über den Verlauf des gesellschaftlichen Umbaus in Ungarn und Polen, in der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie in Ostdeutschland vorbereitet worden.

Die Relevanz der übergreifenden Fragestellung, ob sich in den zentraleuropäischen Gesellschaften eine den westlichen Ländern vergleichbare Sozialstruktur herausbilde, wurde einerseits aus den gemeinsamen Erfahrungen der Vergangenheit begründet: Der Niedergang des Sozialismus folgte nicht einfach aus wirtschaftlicher Stagnation oder politischer Repression, sondern hatte auch spezifisch sozialstrukturelle Gründe, die von Machonin als Symbiose zwischen Egalitarismus und Totalitarismus charakterisiert wurden. Die politische und ideologische Überformung der Wirtschaft führte zur Entkopplung von Bildung und Einkommen. Manuelle Tätigkeiten wurden gemäß einem verengten Verständnis von produktiver Arbeit überbewertet, während intellektuelle Qualifikationen weder leistungsgemäße Entlohnung noch politischen Einfluss garantierten. Solche Statusdiskrepanzen und eine aufgrund der ständischen Verfestigung privilegierter Positionen abnehmende intergenerationale Mobilität waren sicherlich für die steigende politische Unzufriedenheit und den Loyalitätsschwund im Spätsozialismus mitverantwortlich.

Andererseits sollte eine sozialstrukturelle Analyse den nicht immer einheitlich verwendeten Begriff der Transformation in sinnvoller Weise operationalisieren. Es war zu

erwarten, dass die Einführung von Märkten und der Abbau sozialistischer Verhältnisse, eine drastisch veränderte Beschäftigungsstruktur und Einkommensverteilung nach sich ziehen und die Privatisierung der Planwirtschaft neue soziale Klassen hervorbringen würde. In welchen Dimensionen lässt sich diese Dynamik aber empirisch aufzeigen? Wie lassen sich die Veränderungen der letzten Jahrzehnte zusammenfassend resümieren? Ist die Transformation, wie einige Ökonomen Mitte der 90er Jahre meinten, erfolgreich abgeschlossen?

In der Präsentation der fünf umfassenden Länder-Berichte wurden die strukturierenden Effekte der Arbeitsmärkte und des Bildungssystems auf die Einkommensverteilung, die Situation der Haushalte und die soziale Mobilität aufgezeigt. Objektive Indikatoren wurden durch die subjektive Einschätzung der veränderten Lebenslagen und der Klassenzugehörigkeit ergänzt. Unterschiedliche Entwicklungspfade wurden mit verschiedenen politischen Strategien des Übergangs in Verbindung gebracht, wobei den konstatierten Modernisierungserfolgen freilich auch die negativen Auswirkungen der postkommunistischen Krisen gegenübergestellt wurden, nämlich zunehmende Ungleichheit, Korruption und Anomie.

Vor dem Hintergrund des breiten empirischen Materials wurde eine Reihe interessanter Thesen zur Diskussion gestellt. Machonin zufolge kann die postkommunistische Sozialstruktur noch nicht als konsolidiert gelten: Es handle sich um hybride Gesellschaften, in denen sich mehrere Zeitebenen und Konfliktlinien überlagern. In der tschechischen Gesellschaft der 90er Jahre überschneiden sich demokratische Traditionen aus vorkommunistischer Zeit mit institutionellen und rechtlichen Hinterlassenschaften des Sozialismus, zugleich aber mit tiefgreifenden Aversionen gegen die negativen Seiten des alten Systems und schließlich dem Versuch, an die fortgeschrittenen westlichen Länder anzuschließen. Entsprechend komplex seien auch die sozialen *cleavages* gelagert: zwischen Gewinnern und Verlierern des Systemwechsels; zwischen ethnischen Gruppen; zwischen den im Zuge der Privatisierungen entstandenen Klassen sowie zwischen stärker national- und stärker europa-orientierten Gruppen. Von einer Annäherung an „meritokratische Strukturen“, wie man sie in Westeuropa vorfinde, könne noch längst keine Rede sein. Zu verzeichnen seien weiterhin starke Status-Inkonsistenzen. Milan Tuček ergänzte, dass das ‚Verdienstprinzip‘, das sich in der Tschechischen wie der Slowakischen Republik nur graduell durchsetze, nicht an Bildungsabschlüsse, sondern an die tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten gebunden

sei. Die Transformation durch Spaltung' (Zapf) habe bislang nur wenig an den ähnlichen Sozialstrukturen beider Republiken verändert, obwohl man in Tschechien aufgrund eines dynamischeren privaten Sektors eine stärkere Aufwärtsdifferenzierung innerhalb der Mittelklasse feststellen kann, während die unteren Strata in Slowakien eine höhere Statuskohärenz aufweisen. Die Herausbildung einer Mittelklasse westlichen Stils befinde sich in beiden Staaten noch in einem sehr frühen Stadium.

Zsolt Spéder und Kollegen bestätigten dies aus ungarischer Perspektive, indem sie auf eine stark fragmentierte Mittelklasse, eine hohe Mobilität zwischen den Einkommensgruppen sowie auf eine umfangreiche „Gesellschaft von Inaktiven“ hinwiesen, die weniger von (Arbeits-)märkten als vielmehr von staatlichen Transfers abhängt. Auffälliger noch als der sektorale Wandel der Beschäftigung sei die rasante Mikrodynamik individueller Positionswechsel und die damit verbundene Einkommensmobilität. In dieser Hinsicht sei die ungarische Gesellschaft noch stärker im Fluss als Ostdeutschland, das sich seit Mitte der 90er Jahre sozialstrukturell konsolidiert habe. Bemerkenswerte Einsichten erbrachte die Anwendung von Mertons Theorie der Anomie bzw. der Referenzgruppen auf die spezifischen Übergangsprobleme: Das Repertoire individueller Verhaltensweisen und Wertorientierungen ist weitaus breiter als ökonomische Ansätze unterstellen, wobei über die (Un-)zufriedenheit mit der persönlichen Situation weniger absolute Wohlfahrtsgewinne als vielmehr ein Vergleich mit den gewählten Bezugsgruppen entscheidet. Henryk Domański und Kollegen konstatierten für Polen zwar eine Verwestlichung von Lebensstilen und eine hohe intragenerationelle Mobilität; trotz Systemwechsel aber sei eine erstaunliche Kontinuität der intergenerationalen Mobilität und Stabilität der Berufsstruktur zu beobachten. Die starke Zunahme universitärer Abschlüsse kann als Ausdruck einer nachholenden Modernisierung gewertet werden. W³adys³aw Adamski warnte jedoch vor einer neuen Illusion, die zur Überproduktion im Bereich höherer Bildung führen könnte.

Die deutlichste sozialstrukturelle Konvergenz an westliche Muster war zweifellos für Ostdeutschland gegeben, wie Wolfgang Zapf aufzeigte. Denn hier wurden die Basisinstitutionen einer ‚größeren, reicheren und glücklicheren‘ Referenzgesellschaft implementiert. Die Kehrseite dieser *transformation by unification* war freilich, dass die vom Vereinigungsschock überwältigte Bevölkerung kaum Einfluss auf die rapide ablaufenden Veränderungen nehmen konnte. Aufgrund objektiver und subjektiver Wohlfahrtsgewinne seien die Frustrationen der frühen 90er Jahre jedoch einer positiveren Einschätzung der Lebensverhältnisse gewichen. Ist es angesichts solcher Wohlfahrtsgewinne berechtigt, die postkommunistischen Transformationen insgesamt als Modernisierungen zu deuten?

In dieser Frage gingen die Kommentare weit auseinander. Jiři Musil (Prag) räumte ein, dass in einigen Dimensionen

Konvergenzen zu beobachten seien, jedoch ein zu großes Gewicht auf wirtschaftliche und sozialstrukturelle Faktoren gelegt werde. Wichtiger seien neue Wertbeziehungen, was schon daran abzulesen sei, dass Kulturkonflikte größeren Raum in der öffentlichen Diskussion einnehmen als etwa Armutsfragen. Erik Allard (Helsinki) ging einen Schritt weiter und forderte ‚postmoderne‘ Beschreibungen: Die in Osteuropa vorherrschende Identitätspolitik und das veränderte Wählerverhalten seien weder institutionell noch strukturell verankert. Modernisierung aber sei ein utopisches und homogenisierendes Konzept mit autoritären Obertönen. Jakob Juchler (Zürich) plädierte für eine stärkere Problembindung und Differenzierung des Konzepts, da einige Dimensionen von Modernisierung für Osteuropa neu definiert werden müssten: Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft etwa könnten in der Zeit von Agrarskandalen nicht mehr als Ziel per se gelten. Wie Jan Delhey (Berlin) aufzeigte, ist eine aufholende Modernisierung jedoch nicht nur ein theoretische Konzept oder ein abstrakter Wunsch der östlichen Bevölkerungen, sondern zentrales Element der EU-Programmatik. Die Erfahrungen mit der Konvergenz zwischen den EU-Staaten führten jedoch zugleich vor Augen, dass die Integrationsgewinne auf absehbare Zeit partiell bleiben werden. Vermutlich werden dabei Variationen innerhalb Zentral- und Osteuropas eine große Rolle spielen.

Dem entsprechend wurde eine Fortsetzung der Konferenz ins Auge gefasst, die über die nationalen Entwicklungen hinaus weitergehende Vergleiche der osteuropäischen Erfahrungen zu leisten hätte. Die Ergebnisse der Prager Konferenz sollen zunächst in der polnischen Zeitschrift „Sisyphus. Social Studies“ erscheinen; Wolfgang Teckenberg (Heidelberg) bereitet eine englischsprachige Buchausgabe vor.

PD Dr. Klaus Müller lehrt Soziologie am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

FRANK BOENKER/KLAUS MUELLER
ANDREAS PICKEL (eds.)

**Post-Communist Transformations
and the Social Sciences.
Cross-Disciplinary Perspectives**

Rowman & Littlefield, New York 2001

Roundtable on Border Cultures, Cultural and Language Minorities and Majorities, Novi Sad, 4.–6. Mai 2001

Von Carl Bethke, Berlin

Im Juni 1999 haben unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges die Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Künste zusammen mit den Universitäten der beiden Bundesländer sowie dem Wissenschaftskolleg und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen die Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft gegründet. Mit Stipendien, Gastprofessuren, Austauschprogrammen, Workshops und Konferenzen soll insbesondere die Wissenschaftsentwicklung in Jugoslawien und seinen Nachbarländern unterstützt werden. Seit Dezember 2000 werden in diesem Rahmen auf Initiative des Präsidenten der Akademie der Künste György Konrád sowie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), Dieter Simon, „Balkan-Rundtischgespräche“ veranstaltet. Unter dem Motto „Künstler und Wissenschaftler aus Südosteuropa im Gespräch“ fand nach der Eröffnungskonferenz im vergangenen Dezember in Berlin im April in Budapest eine Tagung zum Thema Intellektuelle im Kontext der Balkan-Region statt.

An diese Gesprächsrunden in Berlin und Budapest knüpfte die Veranstaltung zum Thema Border Cultures in Novi Sad an. Sie brachte in Zusammenarbeit mit dem Open Society Institute Schriftsteller, Literaturkritiker, Wissenschaftler und Essayisten sowie Vertreter von Verlagen bzw. literarischen Zeitschriften aus fünf Ländern (Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Slowakei, Deutschland) miteinander ins Gespräch. Thema waren Erfahrungen multikulturellen Zusammenlebens und sog. „kleiner Kulturen“ im südöstlichen Mitteleuropa und dessen Grenzbereichen zum Balkan. Als Ort der Veranstaltung war die Hauptstadt der Vojvodina, Novi Sad ausgewählt worden. Serben, Juden, Ungarn und Deutsche hatten hier jahrhundertlang miteinander gelebt, in den letzten Jahren hatte die Stadt eine intensive Zuwanderung aus Bosnien, der Krajina und Kosovo zu verkraften. Alpar Losoncz und László Végel vom Zentrum für Multikulturalität aus Novi Sad waren Gastgeber und Moderatoren der Veranstaltungen.

Am 5. Mai vormittags diskutierten Gábor Csordás (Zeitschrift *Jelenkor*, Pécs/Ungarn) mit Gerhart Csejka (früher Ost-Banat bzw. Bukarest, Aktionsgruppe Banat, Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Literatur“ jetzt Palais Jalta/Frankfurt) und Peter Zajac (Verlag Kaligramm, Slowakei) über ihre Erfahrungen als Literaturkritiker und Herausgeber von Literaturzeitschriften im interkulturellen Rahmen. Während Csordás vor allem über die Entwicklung von einer Grenzlandmentalität hin zu einer Identität der kleinen Kulturen und deren Verhältnis zu den nationalen Zentren sprach, kamen bei Csejka und Zajac die Schwierigkeiten, die mitteleuropäische Literatur einem auswärtigen Publikum zu vermitteln, zur Sprache. Zajac problematisierte die

Notwendigkeit von „kleinen Kulturen“ – dies können Minderheitskulturen wie auch die Mehrheitskulturen kleiner Staaten sein – nach dem Ende der sozialistischen Kulturpolitik und über die Förderungsprogramme der Wendezeit hinaus Anerkennung im „Westen“ zu verschaffen. Als Beispiel für ein wachsendes Desinteresse an osteuropäischer Kultur nach dem Ende der „Hochkonjunktur“ zitierte er den Zustand der Slawistik an deutschen Universitäten, was ebenso berechtigt ist wie die Bemerkung von Csejka, es sei im Grunde der Krieg gewesen, der z.B. das zeitweilige Interesse an jugoslawischer Literatur motiviert habe. Csejka bewertete im Übrigen, ebenso wie der aus Siebenbürgen stammende Dokumentarfilmer Marius Tabacu, die praktischen Erfahrungen des „multi-kulturellen Nebeneinanderlebens“ in der Region, gerade mit Hinblick auf die Zeit des Sozialismus und die Revolution 1989, mit Ernüchterung und Skepsis.

Der Nachmittag wurden mit Überlegungen von László Végel, der in Jugoslawien für die oppositionelle Zeitschrift „Uj Symposium“ gearbeitet hatte, eingeleitet. Er stellte die These auf, das Zentrum suche die Peripherie entweder auf, um diese zu unifizieren, oder aber diese als Lieferant von „erwünschtem Exotischem“ zu benutzen. Anschließend wurden verschiedene Projekte und Institutionen präsentiert: So stellte zum Beispiel Dorian Branea die „3rd Europe Foundation“ aus Temesvar vor, die sich einerseits zur Aufgabe macht Literatur aus mitteleuropäischen Sprachen auf Rumänisch herauszugeben, und die andererseits der theoretischen Debatte über Mitteleuropa ein Forum liefern möchte. Über das Regionale Zentrum mit der Sozialwissenschaftlichen Sammlung an der Universität Szeged sprach Attila Pató. Hier soll zunächst die Geschichte der Opposition der 80er Jahre aus möglichst grenzübergreifendem Ansatz heraus (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) erforscht werden, geplant sind weitere Projekte wie z.B. eine Sommerschule oder eine Zeitschrift zu Themen der Identität, der Konflikte und der Ökologie in der Region. Andrea Virginas vom „Invisible College“, einem Zusammenschluss vor allem ungarischer Studenten an der Universität Cluj, berichtet über das Zeitschriftenprojekt „Lkkt“ und referierte eine kritische Sicht auf die bisherigen Konzepte von Identität und Multikulturalität. Carl Bethke stellte den Teilnehmern das Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin vor und sprach dann über seine Forschungsarbeiten zu den Minderheitenidentitäten in der Vojvodina. Das südöstliche Mitteleuropa habe – unter unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen – eigenständige Traditionen und Konzeptionen multi-ethnischen Zusammenlebens entwickelt, die über lange Zeiträume erfolgreich gewesen seien. Es sei sogar davor zu warnen, sich künftig ausschließ-

lich an bestimmten westeuropäischen Vorbildern zu orientieren, etwa mit Hinblick auf die Rechte von Minderheiten. In der anschließenden Diskussion griff László Szigeti (Kaligram, Bratislava) den Konflikt um Grenzlandidentität und Brückenfunktion von Minderheiten auf. Er erklärte die Aufgabe seines Verlages sei keineswegs, nur die Minderheit zu versorgen, vielmehr sei das Anliegen, die Mehrheit durch Übersetzungen mit den benachbarten Kulturen bekannt zu machen, immer wichtiger geworden. Attila Pató unterstrich den wesentlichen Konnex von politischem Pluralismus und einem gesellschaftlich sichtbaren kulturellem Pluralismus, beidem seien die totalitären Regime abgeneigt gewesen. Szigeti und Bethke betonten, dass die Anerkennung auch kultureller Pluralität ein wichtiger Bestandteil einer europäischen Verfassungsordnung sein müsse, keineswegs dürften die Menschen- und Minderheitenrechte gegeneinander ausgespielt werden, wie dies z.B. im kommunistischen Jugoslawien, geschehen sei. Éva Karádi von der ungarischen Ausgabe von „Lettre“ richtete an die Gastgeber die Frage, ob in Jugoslawien überhaupt eine Vergangenheitsbewältigung nach deutschem Vorbild angestrebt werden könne, angesichts der Tatsache dass sich

die Vergangenheit unaufhörlich als Büchse der Pandora erweise. Alpar Losoncz erinnerte an den ideologischen Multikulturalismus der Tito-Zeit und die Schwierigkeiten auch des westlichen Diskurses um Konstruktion und Respektierung des „Anderen“. László Végel schließlich oblag es im Schlusswort, viele der diskutierten Fragen im „Paradoxon einer zentralistischen Postmoderne“ festzuhalten.

Insgesamt war die Tagung ein interessantes und informatives Treffen, bei dem vor allem die komplexen Übergangszonen *zwischen* dem Balkan und Mitteleuropa im Vordergrund standen. Vielleicht könnten die Brücken- und Vermittler-, vielleicht auch Modellfunktionen speziell dieser Regionen im Prozess des europäischen Zusammenwachsens wieder stärker relevant werden. Nicht minder bedeutend als die Tagung selbst war das persönliche Gespräch zwischen den an genau dieser Frage arbeitenden Forschern und Publizisten. Weitere Treffen sollen folgen.

Carl Bethke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Symposium „Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts“ in Leipzig

Von Aloys Henning, Berlin

Am 5. und 6. Juli 2001 unter der Leitung von Prof. Dr. med. Ingrid Kästner die vierte von der DFG geförderte Tagung zu *Deutsch-russischen Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts* statt (vgl. BOI 13, S. 57f., BOI 14, S. 101f. und BOI 16, S. 68–70), unterstützt vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Sie war Prof. Dr. Erik Amburger (Heuchelheim) gewidmet, dessen Lebenswerk den deutsch-baltisch-russischen Kulturbeziehungen gilt.

So berichtete als erster von 20 Referenten Hermann Beyer-Thoma (München) über *Die „Datenbank Erik Amburger“ des Osteuropa-Instituts München als Instrument der medizinhistorischen Forschung*. Ihr unschätzbare biographischer Thesaurus wurde von E. Amburger zusammengetragen und steht in München interessierten Forschern zur Verfügung. Juris Salaks (Riga) referierte über *Justus Christian Loder (1753–1832) und sein medizinisches Bildungsreformprojekt in Deutschland und Russland*. Während seiner 25jährigen Tätigkeit als Hochschullehrer in Jena richtete Loder ein Geburtshaus ein und erteilte klinischen Unterricht für Geburtshelfer, Hebammen und Studenten. In Moskau organisierte er Lazarette während der napoleonischen Feldzüge und unterbreitete 1804 Reform-

pläne für den medizinischen Unterricht an der Moskauer Universität. Hartmut Bettins (Marburg) Beitrag betraf *Alexander Nicolaus Scherer (1771–1824) und das Verhältnis von Theorie und Praxis*. Der geborene St. Petersburger Scherer arbeitete mit Unterstützung J.W. Goethes in Weimar und wirkte als Privatdozent als entschiedener Antiphlogistiker in Berlin, Dorpat und Petersburg. Er begründete die „Allgemeinen Nordischen Annalen der Chemie“ und die Chemische Gesellschaft St. Petersburg. Der Historiker Toomas Pung (Tartu) sprach über Johann Friedrich v. Erdmann (1778–1846), Absolvent der Universitäten Wittenberg und Halle, 1808 Prof. für Arzneilehre und Physiologie in Wittenberg, 1810 für Therapie und Pathologie in Kazan, 1822 Hofarzt in Dresden, ab 1826 Prof. der Physiologie, dann Arzneimittellehre und Dätetik in Dorpat. Dort begründete Erdmann eine pharmakologische Sammlung, die heute zum Bestand des Historischen Museums in Tartu gehört.

Ol'ga V. Iodko (St. Petersburg) berichtete über *„Vestnik vodoleëenie i russkich mineral'nych vod“ – die erste wissenschaftliche Zeitschrift für Balneologie in Russland*. Der Literaturwissenschaftler Erhard Hexelschneider (Leipzig) sprach über *Carl Gustav Carus (1789–1869) und seine russischen Beziehungen*. Sie galten nicht zuletzt pro-

minenten russischen Patienten, u.a. Nikolaj Gogol'. Carus' Stellung am Dresdener Hof beeinflusste Lehrstuhlbesetzungen in Dorpat. Agnessa V. Muktan (St. Petersburg) referierte über *Homöopathische Krankenhäuser in St. Petersburg (nach Dokumenten des RGIA St. Petersburg)*. Erki Tammiksaar (Tartu) trug vor: *Der Einfluss K. E. v. Baers (1792–1876) bei der Wahl deutscher Gelehrter an die Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg*. Baer nahm mehrfach auf Statutenänderungen der AW Einfluss, um die russische und westeuropäische Wissenschaft einander anzunähern. 1821 hat er in Königsberg auf Veranlassung des russischen Kulturministeriums das Zoologische Museum gegründet. Baers Nachlass war in der UdSSR ab 1971 der Forschung nicht zugänglich. Jurij A. Vinogradov (St. Petersburg) merkte in *Deutsche Ärzte und Pharmazeuten als Mitglieder der Kaiserlichen Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg im 19. Jahrhundert* u.a. an, dass nach der Akademiegründung im 18. Jahrhundert deutsche Mediziner 37% der Mitglieder stellten. Konstantin K. Vasylov (Sumy) Referat *Deutsche an der medizinischen Hochschule in Odessa* zeigte auf, wie ihr Anteil statistisch im Laufe des 19. Jhs ständig abnahm. Nach 1900 waren die deutschen Mitarbeiter der Odessaer Hochschule Nachfahren von Russlanddeutschen.

Aloys Hennings (Berlin) Beitrag *Zur Werkstattssituation der Schaffung der russischen augenärztlichen Fachsprache 1751* machte anhand der subtilsten Dokumentation der Medizingeschichte über einen fahrenden Okulisten (Augenarzt) die Probleme des Fachsprachentransfers in das Russische deutlich. Galina Kichigina (Toronto) sprach über *Die Entwicklung des physiologischen Labors an der St. Petersburger Mediko-chirurgischen Akademie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die deutsche Schule der experimentellen Physiologie*. Marina A. Akimenko (St. Petersburg) verknüpfte *Die Anfänge der psychiatrischen Ausbildung für Ärztinnen in Russland gegen Ende des 19. Jahrhunderts* mit den für Europa vorbildlichen Anstrengungen russischer Frauen um das Recht, Medizin zu studieren. Johannes Oehme (Wolfenbüttel) berichtete über *Deutsch-russische Beziehungen in der Kinderheilkunde unter besonderer Berücksichtigung von Karl Rauchfuß (1835–1915)*, geboren in St. Petersburg, Gründer der russischen Pädiatrie. Er schuf in Petersburg das damals größte Kinderkrankenhaus Europas und führte als erster isolierte Abteilungen für Infektionskrankheiten ein.

Larisa Shumeiko (Kassel) sprach über *Die Institutionalisierung der pathologischen Anatomie und der allgemeinen Pathologie in Moskau durch Aleksej Ivanovič Polunin*. Seine Dissertation erschien in Moskau und deutsch in Leipzig. Er übersetzte 1859 R. Virchows *Zellulärpathologie* ins Russische. Elena A. Zajceva (Moskau) berichtete über *Deutsche an der Moskauer Universität des 19. Jahrhunderts: Lehr- und Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Chemie der Arzneimittel und der Lebensvorgänge. Carl Schmidt (1822–1894) als physiologischer*

Chemiker war der Beitrag von Stefan Roß (Essen) gewidmet. Er machte den Anteil des Dorpater Hochschullehres am Verdrängen der naturphilosophischen Konzepte der vis vitalis bzw. Identitätslehre (nach Schelling) durch die physiologische Dynamik deutlich. Anna M. Ivachnovna (St. Petersburg) trug *Apotheken und deutsche Apotheker in St. Petersburg im 19. Jahrhundert* bei. Sie merkte an, dass zu den neuerdings zugänglichen Archivalien solche der Apotheke des Valaam-Klosters im Ladoga-See gehören. Sarmite Pijola (Riga) referierte über *Die Pharmazeutische Gesellschaft zu Riga und ihre Beziehungen zu den St. Petersburger Pharmazeuten*, zu welcher viele Ehrenmitglieder aus St. Petersburg zählten. In Riga war der Apothekerberuf im 19. Jahrhundert ein Privileg der Deutschen. 225 lettische Studenten der Pharmazie studierten in jener Zeit in Dorpat. Marina I. Sorokinas (Moskau) *Deutsche private Apotheker in Moskau im 19. Jahrhundert (nach Dokumenten im RGIA Moskau)* beschlossen das Symposium.

Ein festlicher Abend versammelte am 5. Juli die Arbeitsgruppe in Auerbachs Keller als der Medizingeschichte in Leipzig angemessenem Ort. Er geht auf ein Weinlager mit Handel und Ausschank zurück, das der Pathologe, dann Therapeut und Dekan der Leipziger Medizinischen Fakultät Heinrich Stromer (1482–1542) von Auerbach („Auerbachius“) neben seiner Professur unterhielt. Nach der Reformation war die Anatomie im Kreuzgang des Leipziger Dominikanerklosters untergebracht, dessen Besitz an die Universität fiel. Seine völlig intakte *Paulinerkirche* wurde 1969 auf Weisung Walter Ulbrichts zur Erneuerung der Universität gesprengt, unterstützt von Angepassten, abgeschirmt vom Staatssicherheitsdienst der DDR gegen den Widerstand in der Bevölkerung.

Am 7. Juli erhielt nach Abschluss des Symposiums Frau Dr. med. Kristin Zieger den Dr. Margarete-Blank-Preis für ihre mit Magna cum laude bewertete Dissertation „Die Bedeutung der deutschen Ärztevereine für das wissenschaftliche Leben, die medizinische Versorgung und soziale Belange der Stadt St. Petersburg von 1819–1914“, die von Frau Prof. Ingrid Kästner betreut worden ist. Kristin Zieger hat auf dem ersten deutsch-russischen Symposium der Arbeitsgruppe im April 1999 aus ihren Forschungsergebnissen berichtet (vgl. BOI 13/1999, S. 58). Die Preisverleihung fand im Rahmen einer Feierstunde in Panitzsch bei Leipzig statt im Haus von Margarete Blank, das heute eine Gedenkstätte ist, die liebevoll von Frau Charlotte Zeitschel betreut wird. Margarete Blank (geb. 21.2.1901 in Kiew) hat nach ihrem Medizinstudium 1921–26 in Leipzig in Panitzsch 1930 die erste Landarztpraxis eröffnet. Sie wurde 1934 promoviert aufgrund ihrer Dissertation „Eine Krankengeschichte Herman Boerhaaves und ihre Stellung in der Geschichte“, die am Leipziger Institut für Geschichte der Medizin (Karl Sudhoff-Institut) Henry Ernest Sigerist (1891–1957) und Karl Sudhoff (1853–1938) betreut haben. Während des Zweiten Weltkrieges half Margarete Blank unter Missachtung staatlicher Verbote Zwangsarbeitern und

Kriegsgefangenen medizinisch und mit Informationen aus ausländischen Nachrichtensendungen. Im Juli 1944 wurde sie verhaftet, aufgrund einer Denunziation durch einen Kollegen als „bolschewistische Spionin“ wegen „Wehrkraftzersetzung“ verurteilt und am 9. Februar 1945 hingerichtet. Sie hatte die Ängste der Frau des Kollegen vor den Russen beruhigt. Margarete Blank hat deren Kinder behandelt.

Die nunmehr das dritte Jahr im Rahmen des von Ingrid Kästner und Dietrich von Engelhardt initiierten DFG-Projekts arbeitende deutsch-russisch-baltische Gruppe ist die erste derartige medizinhistorische. Deutsch-russische Beziehungen in der Medizin waren zuvor Forschungsgegenstand einzelner Wissenschaftler bzw. Institutionen, so auch der Abteilung Medizin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin von 1951 bis 1987. Die mehrsprachigen Arbeitsmöglichkeiten im Verbund der Arbeitsgruppe fördern das Erschließen zahlreicher nicht ausgewerteter Quellen (vgl. o.a. A.V. Muktan und M.I. Sorokina mit V.S. Sobolev in BOI 16, S. 69). Sie beugen Theoriekonstrukten vor und verkürzten historischen Wertungen an Stelle der Berücksichtigung fremdsprachiger Quellen (vgl. Martin Dinges, „Nemeckie vraèi v Rossii vtoroj poloviny XVIII veke: konflikt kul'tur“, in: S. Ja. Karp (otv. red.), J. Šlobach, N. F. Sokol'skaja (perev. iz nemeck.), „Russkie i nemcy v XVIII veke: Vstreàa kul'tur. Moskva 2000“, S. 160–189; siehe dazu auch: Jacob Hurrle und Michael Samec, Was soll nur aus dem Institut werden? Oder: Irgendwas mit Osteuropa, BOI 16/2001, S. 73).

Bei der diesjährigen Leipziger Tagung wurden als Band 4 der Reihe *Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften* die Ergebnisse vorgelegt vom voran gegangenen Symposium der deutsch-russisch-lettischen Arbeitsgruppe in Lübeck-Travemünde (vgl. BOI 16, S. 68): *Von Samuel Gottlieb Gmelins Reise durch Russland bis zum Niedergang der Apothekerfamilie Poehl*, herausgegeben von Regine Pfrepper, Ingrid Kästner und Dietrich von Engelhardt, Aachen: Shaker 2001. 275 S. 26 Abb.

Dr. med. Aloys Henning war bis zu seiner Pensionierung Akademischer Mitarbeiter des AB Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Kontakte:

Prof. Dr. Dietrich v. Engelhardt
 Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte
 Königstraße 42, D-23552 Lübeck
 Fax (0451) 707 99 899
 e-mail <www.v.e@imwg.mu.luebeck.de>

Prof. Dr. Ingrid Kästner
 Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin
 und Naturwissenschaften der Universität Leipzig
 Augustusplatz 10-11, D-04109 Leipzig
 Fax (0341) 961 24 58
 e-mail: kaesti@server3.medizin.uni-leipzig.de



Die Implementierung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten in Russland: Historische Voraussetzungen – gesetzliche Normen – politische und gerichtliche Praxis

Von Andreas Umland, Cambridge

Welche Stellenwert haben Menschenrechte im politischen und juristischen Alltag des heutigen Russland? Bedeutet der Beitritt der Russländischen Föderation zum Europarat eine dauerhafte Übernahme des westlichen Grundwertekanons? Welche realen Auswirkungen hat die russische Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention außerhalb der Moskauer Ringstraße? Ist Russland tatsächlich auf dem Weg zu einem Rechtsstaat mit dem Primat menschenrechtlicher Normen? Oder stellen die Fortschritte der letzten Jahre lediglich die Vorstufe zu einem neuen Zyklus der Verwässerung und anschließenden Revidierung liberaler Reformen dar?

Am 6.–7. April 2001 führten das Fachlektorenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung, das Uraler Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Fachbereich „Internationale Beziehungen“ der Uraler Staatlichen Universität in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine wissenschaftliche Konferenz zu Problemen der Implementierung der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Russländischen Föderation (im Weiteren: RF) durch. Schauplatz dieser Tagung war der Konferenzsaal der Regierung der Sverdlovsker Oblast' in Jekaterinburg. Siebenundzwanzig Referenten aus verschiedenen Regionen Russlands sowie aus Deutschland, Großbritannien, Kanada und den USA diskutierten aus geschichts-, politik- und rechtswissenschaftlicher Perspektive sowie aus Sicht des praktischen Menschenrechtsschutzes in neun Panels ausgewählte Umstände, Aspekte und Probleme der Verwirklichung menschenrechtlicher Normen in Russland und insbesondere in der Sverdlovsker Oblast'. Rund zweihundertzwanzig registrierte Hörer der Konferenz vertraten unter anderem verschiedene rechtswissenschaftliche Fakultäten Jekaterinburger Hochschulen sowie ein breites Spektrum nichtstaatlicher Organisationen der Uraler Region.

Im fünften Jahr nach Russlands Beitritt zum Europarat und dritten Jahr nach seiner Ratifizierung der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten“ – im Weiteren: Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) – war es aus verschiedenen Gründen sinnvoll, eine solche Konferenz gerade in Jekaterinburg durchzuführen. Zum einen schien es nützlich, sich außerhalb Moskaus und Sankt Petersburgs zu versammeln, da sich in der russischen Provinz das Problem eines effektiven Menschenrechtsschutzes anders – oft schwieriger – darstellt, als in den beiden Hauptstädten. Zum anderen erschien Jekaterinburg geeigneter als andere Oblastzentren; die oft als dritte Metropole Russlands bezeichnete Groß-

stadt spielt in mancher Hinsicht eine Vorreiterrolle. So ist das ehemalige Sverdlovsk traditionell ein Zentrum der rechtswissenschaftlichen Hochschulbildung und -forschung. Vor allem befindet sich hier eine der wichtigsten Juristenschmieden der RF, die Uraler Staatliche Juristische Akademie (ehemals Sverdlovsker Juristisches Institut). Dass Boris Jelzin im damaligen Sverdlovsk studierte und seine politische Karriere begann, verschaffte der Stadt Anfang der 1990er einen gewissen Sonderstatus und scheint ein Grund dafür zu sein, dass der politische Pluralisierungsgrad in der Sverdlovsker Oblast' heute höher liegt, als in vielen anderen Regionen der RF. Die ehemals geschlossene Stadt und insbesondere ihre zahlreichen Hochschulen entwickelten in den 90er Jahren zudem eine Vielzahl internationaler Kontakte. Heute befinden sich in Jekaterinburg zum Beispiel Generalkonsulate der USA, Großbritanniens und Tschechiens sowie Informations- und Dokumentationszentren des Europarates und der Europäischen Union. Schließlich war Jekaterinburg bereits Heimstatt für einige Seminare, Lehrgänge und Konferenzen über internationale Menschenrechte im allgemeinen und die EMRK im besonderen. Im April 1997 etwa fand an der Uraler Staatlichen Juristischen Akademie ein internationales Seminar zum Thema „Die Russländische Föderation im Europarat: Probleme der Anwendung von Normen des Menschenrechtsschutzes“ statt. Von März bis Juni 2000 führt das Uraler Zentrum für konstitutionellen und internationalen Menschenrechtsschutz fünf Kurzlehrgänge für 30 Juristen aus verschiedenen Regionen Russlands zur EMRK und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHMR) in Jekaterinburg durch.

Während es Zweck dieser Veranstaltungen war, einen ausgewählten Spezialistenkreis über die EMRK-Normen zu informieren, stellte die hier kurz vorzustellende Konferenz den Versuch (a) einer ersten Bilanzierung der bisherigen EMRK-Inkorporierung sowie -Anwendung in Russland und (b) eines Zusammenbringens unterschiedlicher Personenkreise dar. Ziel war es, sowohl Sozialwissenschaftler als auch verschiedene Praktiker, vor allem Menschenrechtler aber auch Repräsentanten staatlicher Organe, über ihre Eindrücke zum bisherigen Erfolg und zu den künftigen Perspektiven einer EMRK-Implementierung in Russland berichten zu lassen. Am Rande der Konferenz fand eine Präsentation von Amnesty International und des Lektorenprogramms der Robert-Bosch-Stiftung sowie eine Ausstellung von Büchern, Zeitschriften und Broschüren zur Menschenrechtsproblematik statt.

Der erste Konferenztag konzentrierte sich auf einige Vorbedingungen und Begleitumstände der Implementierung internationaler Menschenrechte und gliederte sich in vier Sektionen. Im Eröffnungspanel „Einige historische, kulturelle und psychologische Voraussetzungen einer Implementierung von Menschenrechten im postsowjetischen Russland“ legte die Historikerin Julija A. Charlamova (Staatliche Universität Stavropol) dar, dass eine Implementierung der EMRK aufgrund der Spezifika der russischen Geschichte, Kultur und Philosophie unmöglich ist. Die Soziologin Jekaterina Chodšajeva (Staatliche Universität Kasan) stellte anschließend eine Inhaltsanalyse von Presse- und Fernsehbeiträgen sowie eine Umfrage unter Journalisten aus der Republik Tatarstan vor. Ihre Daten besagen, dass zwar Berichte über die Verletzung so genannter sozio-ökonomischer Rechte erscheinen, es jedoch nahezu keine Beleuchtung der klassischen Menschenrechte in den Medien Tatarstans gibt. Der Jurist Anatolij Ja. Asarov (Moskauer Schule für Menschenrechte, Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten der RF und Expertenrat beim Menschenrechtsbeauftragten der RF) illustrierte in seinem abschließenden Vortrag den in Russland herrschenden „rechtlichen Infantilismus“ bezüglich der EMRK und führte diesen auf Versäumnisse des Außen- und Bildungsministeriums der RF zurück.

In der Sektion „Internationaler Menschenrechtsschutz und das innerstaatliche Recht Russlands“ berichtete die Juristin Manja Hussner (Universität Leipzig) zunächst über den Implementierungsmechanismus von völkerrechtlichen Normen in der RF. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die russischen Standards zwar nur noch unwesentlich von entsprechenden westlichen unterscheiden, eine tatsächliche Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich durch mangelnde Verfügbarkeit internationaler Verträge und Gerichtsurteile beziehungsweise deren russische Übersetzungen für Juristen der RF erschwert wird. Professor Marat S. Salikov (Uraler Staatliche Juristische Akademie Jekaterinburg) unterstrich in seinem anschließenden Vortrag, dass der Verweis auf internationale juristische Normen inzwischen gängige Praxis bei der Urteilsfindung des Verfassungsgerichts der RF geworden ist und erwähnt ein Beispiel, in welchem das Verfassungsgericht nicht nur auf eine EMRK-Norm verwies, sondern darauf sein Urteil gründete. Die Juristin Svetlana G. Petrakova (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte Moskau) schließlich verglich in ihrem Vortrag einige russländische Gesetznormen mit den Standards der EMRK und analysierte die Rechtsanwendungspraxis bezüglich der EMRK in der RF.

In der Sektion „Einige spezifische Probleme des Menschenrechtsschutzes im heutigen Russland“ stellt die Juristin Vera A. Sokolkina (Sverdlovsker Oblastduma und Uraler Frauenassoziation) das Missverhältnis zwischen Männern und Frauen in der Besetzung der Legislativ- und Exekutivorgane verschiedener Ebenen in der Sverdlovsker Oblast' dar. Die Juristin Angela Bortel (University of California at Berkeley und Staatliche Universität Moskau)

illustrierte in ihrem Vortrag den florierenden „Verkauf“ osteuropäischer Frauen an westliche Bordelle; sie erkennt als Gründe für dessen zumeist straffreien Ausgang in Russland sexistische Stereotypen und mangelndes gesellschaftliches Bewusstsein bezüglich dieser Praxis. Die Juristin Anastasija O. Malzeva (Informations- und Rechtsschutzzentrum der Gesellschaft „Memorial“ Jekaterinburg) untersuchte die Verfahrenspraxis von Gerichten der Sverdlovsker Oblast' bezüglich Klagen, die die Möglichkeit der Leistung eines alternativen Zivildienstes zum Ziel haben; Malzeva weist auf die Inkonsistenz der diesbezüglichen Urteile durch verschiedene Gerichte allein in der Sverdlovsker Oblast' hin.

Im Rahmen des Panels „Ethnozentrismus und Menschenrechte in einer Welt im Wandel“ erkannte der Politologe Christopher F. M. Goldsmith (University of Nottingham, Civic Education Project und Staatliche Universität Tjumen) in Gladstones Konzept der „zivilisatorischen Standards“ der sogenannten Englischen Schule einen Mittelweg zwischen Isolationismus und vollständigem Souveränitätsverlust; er sieht in einer Implementierung der EMRK eine dementsprechendes Instrument für Russlands Übernahme westlicher Standards. Der Jurist Minkail I. Gagajev (Zentrum für den Schutz der Rechte deportierter und repräsentierter Bürger Argun) stellte eine Verbindung zwischen Stalins Deportation des tschetschenischen Volkes 1944 und der heutigen Tschetschenienpolitik der politischen Führung der RF her und illustrierte anhand von Beispielen massive Menschenrechtsverletzungen in der tschetschenischen Republik.

Der zweite Konferenztag widmete sich Fragen einer tiefen Implementierung der EMRK und wurde mit dem Panel „Einige allgemeine Probleme der Implementierung der Normen der EMRK in Russland“ eingeleitet. Die Juristin Emma F. Schamsumova (Uraler Juristisches Institut beim Innenministerium der RF) wies in ihrem Vortrag auf die Praxis staatlicher Organe der ehemaligen Sowjetunion, nicht gemäß gesetzlich gesetzter Rahmen sondern gemäß eigenem Ermessen zu handeln, hin. Sie sieht in der Durchsetzung von Menschenrechten als Grundlage des rechtlichen Regimes in Russland eine Hauptaufgabe der heutigen russischen Gesellschaft. Der Jurist Anton L. Burkov (Gesellschaftliche Vereinigung „Sutjašnik“ Jekaterinburg) stellte die Entscheidungen des EuGHMR als Rechtsquelle der RF dar. Die Juristin Olga G. Selichova (Uraler Juristisches Institut beim Innenministerium der RF) analysierte die Einhaltung von Menschenrechten in der föderalen und regionalen Gesetzgebung der RF.

Die Sektion „Einige konkrete Probleme der Implementierung der Normen der EMRK in Russland“ wurde von dem Juristen Andrej V. Trofimenko (Staatliche Sozial-Ökonomische Universität Saratov) eingeleitet, der die Schwierigkeiten einer sich ankündigenden stärkeren rechtlichen Regulierung der Internet- und E-mail-Nutzung in Russland darstellte. Der Jurist Igor A. Širmanov (Süduraler Staatliche Universität, Filiale Nishnewartowsk) illustrierte anhand eines Beispiels aus seiner Anwaltspraxis die Folgen einer

Verletzung des durch den EuGHMR bekräftigten Prinzips der „bestimmten Rechtsbegriffe“ (bzw. des Grundsatzes der Eindeutigkeit gesetzlicher Regelungen) durch eine uneindeutige Formulierung in den Art. 198 und 199 des Strafgesetzbuches der RF. Die Verwaltungswissenschaftlerin Olga G. Aleksenko (Nordkaukasische Akademie für Staatsdienst Rostov am Don) stellt in ihrem Vortrag die in Russland bisher einmalige Institution einer Menschenrechtskommission beim Bürgermeister der Stadt Rostov am Don vor.

Die Sektion „Menschenrechtsschutz in der Sverdlovsker Oblast“ wurde von den Vorträgen der Verwaltungswissenschaftlerin Tatjana W. Gladkova (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit der Sverdlovsker Oblastregierung und Uraler Akademie für Staatsdienst) und des Juristen Viktor A. Alfjorov (Apparat des Menschenrechtsbeauftragten der Sverdlovsker Oblast) zur Geschichte und zum Charakter der Institution des Menschenrechtsbeauftragten der Sverdlovsker Oblast eingeleitet. Diskutiert wurden hierbei insbesondere Fragen der Präsenz und Zugänglichkeit des Beauftragten in der Öffentlichkeit und der Zweckmäßigkeit einer Nominierung von Kandidaten für dieses Amt durch den Gouverneur der Oblast, wie im entsprechenden Oblastgesetz vorgesehen. Es wurde festgestellt, dass der Sverdlovsker Beauftragte bisher hauptsächlich mit Beschwerden der Verletzung so genannter sozial-ökonomischer Rechte beschäftigt sei. Im anschließenden Vortrag des früheren Dissidenten und politischen Häftlings Vladimir A. Šaklein (Interregionales Zentrum für Menschenrechte Jekaterinburg) kamen eine Reihe von flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel Freiheitsberaubung und Folterungen, durch die Milizorgane der Sverdlovsker Oblast zur Sprache. In ihrem abschließenden Vortrag untersuchte die Juristin Jelena Ju. Gontscharowa (Uraler Zentrum für konstitutionellen und internationalen Menschenrechtsschutz Jekaterinburg) die Einhaltung des Rechts auf ein faires Gerichtsverfahren (Art. 6 der EMRK) in der Tätigkeit der Gerichte der Sverdlovsker Oblast.

Im abschließenden Panel „Präsentationen der Teilnehmerorganisationen der Konferenz“ stellte zunächst die Juristin Ljudmila A. Birjukova das Forschungs- und Lehrprogramm des Jekaterinburger Instituts für Privatrecht und der Uraler Sektion der Russländischen Schule für Privatrecht vor. Der Jurist Anatolij A. Asarov verwies anschließend auf die vielfältigen Aktivitäten seiner Moskauer Schule für Menschenrechte. Die Juristin Jelena V. Makej vertrat die Jekaterinburger Filiale der Gesellschaft „Memorial“ und zählte die zahlreichen Aktivitäten und Projekte dieser Organisation auf. Der Historiker Vasilis Vourkoutiotis (Uraler Staatliche Universität) erklärte kurz den Charakter und die Zielsetzungen des Lektorenprogramms des Civic Education Project (New Haven/NY und Budapest) in Russland. Die Juristin Svetlana G. Petrakova skizzierte die Tätigkeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Russland. Der Menschenrechtler Vladimir A. Šaklein stellte kurz das Netzwerk der freiwilligen Aktivisten des Interregionalen Zentrums für Menschenrechte in der Uraler

Region dar. Der Jurist Vladimir V. Nikoljukin schließlich, stellte kurz die gesellschaftliche Vereinigung „Kollegium der Rechtsschützer“ der Stadt Išovsk, Udmurtien, vor.

Fazit der Konferenz ist, dass zwar die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Inkorporierung internationaler Menschenrechtsnormen in Russland inzwischen durchaus gegeben sind. Von einer tatsächlichen, tiefen Implementierung und breiten Anwendung etwa der Standards der EMRK oder Urteile des EuGHMR ist Russland jedoch immer noch weit entfernt, wie die zahlreichen vorgestellten Fallbeispiele illustrierten. Neben dem desolaten Zustand des russischen Rechtsstaates allgemein, ist dafür die schmale Basis an Informationen und Dokumenten, die der Bevölkerung der RF bisher bezüglich der EMRK und anderer internationaler Menschenrechtsverträge und -deklarationen zur Verfügung steht, verantwortlich. Im gegenwärtigen Stadium scheint daher die Verfügbarmachung der EMRK und ihrer Protokolle und der Urteile des EuGHMR sowie weiterer internationaler Verträge der RF in russischer Sprache eine vielversprechende Strategie zur effektiveren Implementierung von Menschenrechten in Russland zu sein.

Dr. Andreas Umland war (1999–2001) als Fachlektor der Robert-Bosch-Stiftung an der Uraler Staatlichen Universität tätig; z.Zt. (2001–2002) Visiting Fellow am Weatherhead Center for International Affairs und Research Associate am Davis Center for Russian Studies, Harvard University, Cambridge.

WENKE CRUDOPF

Russland-Stereotypen in der deutschen Medienberichterstattung

*Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft
des Osteuropa-Instituts, Heft 29, 2000*

Strengthening Women's Rights in the Accession Process

Von Ursula E. Frübis, Berlin

Am 14. September 2001 fand im Rahmen der Generalversammlung der European Women's Lobby (EWL) in Brüssel eine Tagung mit dem Thema „Strengthening Women's Rights in the Accession Process“ statt.

Zielsetzung des Seminars war eine Bestandsaufnahme zu den Rechten der Frauen im Kontext der EU-Osterweiterung. Den zentralen Fokus der Debatte bildeten Erörterungen zu den Rechten der Frauen im wirtschaftlichen Bereich, die Frauenrechte und der Frauen- und Mädchenhandel. Auch sollte die Entwicklung der zukünftigen Politikhalte der EWL in Bezug auf die Erweiterung diskutiert werden. Anwesend waren rund 200 Vertreterinnen. Die deutschen Frauen-NGO's waren durch den Deutschen Frauenrat vertreten.

Doch zunächst, wer ist die EWL? Die „Europäische Frauenlobby“ wurde im September 1990 in Brüssel gegründet. Sie besteht aus einem Bündnis von Frauen-NGO's und vertritt heute über 3000 Dachorganisationen. Die EWL verfügt über einen Beobachterstatus bei der UNO, beim Europarat (Ausschuss Menschenrechte) sowie über zwei Sitze im „Beratenden Ausschuss für Chancengleichheit“ der Europäischen Kommission. Die Lobby will die Interessen der Frauen in den Mitgliedsstaaten wahrnehmen und in Brüssel vertreten. Sie ist inzwischen zu einer unumgänglichen Partnerin im europäischen Entscheidungsprozess geworden. Sie wurde in der Vergangenheit zu Fragen der Sozialpolitik und dem 4. Aktionsprogramm Chancengleichheit konsultiert. Die Lobby spielte eine wichtige Rolle auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Dabei verpflichtete sie sich zum Monitoring der Pekinger Aktionsplattform und im Peking+5-Prozess in den EU-Mitgliedsstaaten.

Dem Seminar in Brüssel ging im Juni diesen Jahres ein Treffen der EWL mit Frauen-NGO's im „Women's Issues Information Centre“ in Vilnius voraus. Dort wurde die Frage, wie im Rahmen des Beitrittsprozesses verstärkt die Rechte der Frauen eingebracht werden können, behandelt. Als Ergebnis wurden sechs zukünftige Handlungsfelder festgelegt: 1. Verstärkung des *mainstreaming* Prozesses (*reinforcing gender equality mainstreaming*), und die Anwendung von weiteren wichtigen Politikinstrumenten (*policy instruments*) der EU; 2. Sicherstellung der Implementierung des *acquis communautaire* zur Chancengleichheit; 3. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen; 4. Stärkung der Rolle von Frauen in der Wirtschaft; 5. Förderung von Frauen in Führungspositionen; 6. Verstärkte Förderung der Rolle der Frauen-NGOs im Beitrittsprozess.

Petra Erler sprach als Mitarbeiterin des Kommissars für Erweiterung Günter Verheugen. Nach Frau Erler liegt das Hauptproblem der Kandidatenländer bei Gleichstellungsfragen nicht so sehr in der rechtlichen Ausgestaltung, sondern in den sich real verschlechternden Lebensverhältnissen von Frauen. Als Beispiel führte sie die verstärkte Unvereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie in Polen an. Offene Formen der Diskriminierung bei der Ausschrei-

bung von Stellen seien in Polen an der Tagesordnung. Dass Frauen im polnischen Parlament kaum repräsentiert sind, führte sie als weiteres Argument an. Sie beklagte die geringen finanziellen Mittel, die die EU in der Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandel aus Ländern wie Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Weißrussland und Litauen aufwendet. Bei Problemen der häuslichen Gewalt interveniere die Polizei in Rumänien selbst dann nicht, wenn sie gerufen wird.

Laurette Onkelinx, die belgische Ministerin für Beschäftigung und Gleichstellung und derzeitige Präsidentin des Europäischen Rates, stellte fest, dass die von Frau Erler beschriebenen Probleme auch die Hauptprobleme in einigen Mitgliedsstaaten der EU seien. Sie unterstrich, dass der Erweiterungsprozess auch eine Chance bietet die Situation von Frauen in den Mitgliedsstaaten zu verbessern. Es gehe darum, Lösungsmöglichkeiten für die Frauen in den Mitgliedsstaaten und den Erweiterungsländern gemeinsam zu erarbeiten. Als Beispiel führte sie ihr Heimatland Belgien an. So werden in Belgien Frauen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Männer. Auch gäbe es, wie in vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU, keine geschlechtsspezifische Datenerhebung in den Statistiken. Frau Onkelinx kündigte an, dass unter ihrer EU-Ratspräsidentschaft im Bereich des *mainstreaming gender equality* weitere Schritte unternommen werden. Mitte Oktober soll eine Konferenz zum Thema „Gender Budgeting“ in Brüssel stattfinden.

Urszula Nowakowska, die Direktorin des polnischen „Women's Rights Centre“ konstatierte, dass sich die Situation der Frauen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten verschlechtert hat. Auch sie führte die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben an. Rückschauend stellte Frau Nowakowska aber auch fest, dass im sozialistischen Polen niemals öffentliche Debatten über die Gleichstellung der Geschlechter geführt wurden. Sie beklagte, dass die derzeitige polnische Regierung keine Anstrengungen unternimmt, Gesetze gegen sexuelle Belästigung zu verabschieden. An die Adresse der polnischen Frauen-NGOs richtete sich die Feststellung, dass diese es bislang versäumt haben am DAPHNE Programm der EU teilzunehmen, zum Teil ist dies auch dem Mangel an Informationen geschuldet. Auf den offiziellen Websites der polnischen Regierung, die die Bevölkerung über den EU-Beitritt informieren sollen, fehlen absichtlich Informationen zu Gleichstellungsfragen. Urszula Nowakowska forderte vor diesem Hintergrund, dass Gleichstellungsfragen im Beitrittsprozess eine größere Rolle spielen müssen. Sie bat um eine stärkere Unterstützung durch das Europäische Parlament.

Informationen zur Arbeit der EWL sind unter <http://www.womenlobby.org> zu finden.

Ursula E. Frübis ist Frauenbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Sprachlos: die Ästhetik der Eigenheit Rückblick auf das 8. Festival für osteuropäisches und deutsches Off-Theater in Potsdam

Von Anja Hennig, Berlin

In Bukarest gäbe es nach den Aufführungen immer ein Paar Leute, die ihr Geld wiederhaben wollen. Der junge Regisseur Theodor-Cristian Popescu lehnt sichtlich zufrieden an der Wand des engen quirligen Raumes und löffelt sein polnisches Bigos vom Premiere-Buffer. Das Publikum nämlich, dass zu „Teatrul Nottara/Compania Teatralna 777“ und damit zur Auftaktveranstaltung des 8. Festivals für Osteuropäisches und Deutsches Off-Theater UNIDRAM nach Potsdam gekommen war, wollte am Ende einfach weiter applaudieren.

Die Bühne ist schlicht. Im Hintergrund zwei halbtransparente käfigähnliche Schränke mit fünf Menschenschatten, eine verwaiste Tuba an der Seite und melancholische Musik. Eine Frau tanzt aus dem Schrank. Als sie sich verführerisch vor den dunklen Augen ihres Verehrers zu drehen beginnt, scheint der Charakter des Stückes in seinen ersten Minuten bereits erbarmungslos entschieden. Doch jeder zu erwartende Kitsch erstickt sich jäh im körperlichen Kampf um Nähe und Distanz. Er wird zu einem changierenden Geschlechterreigen, den die zwei Männer und drei Frauen mal einsam exhibitionistisch, mal schalkhaft vereint, tanzen, steppen, stöhnen oder weinen. Wohin mit dem eigenen Ich, der eigenen Lust? Zweifellos, man schaut mit anderen Augen und staunt über so viel Laszivität. So erscheinen die zärtlich-komischen Aufwachversuche der ineinander verkeilten halbnackten Männer plötzlich als Klischeebruch „osteuropäischer Traditionalität“. Gleichzeitig weilt in der vertraut mimenhaften Tragik-Komik des rumänischen Tanztheater „DaDaDans“ eine gewisse Faszination des exotisch Anderen.

Nun ist in verschiedenen Gebieten die Suche nach dem „typisch Osteuropäischen“ sehr beliebt und oft auch erfolgreich. Bei einem wenig sprachorientierten Theaterfestival hieße das etwa, nach einer osteuropäischen (bzw. polnischen, tschechischen, russischen, ungarischen etc.) Tendenz von Themen und ihrer ästhetischen Umsetzung zu suchen.

Das Thema von „Fadenkreuz“ der Gruppe „Stateless“ aus Mostar/New York ist im Vergleich zu den meisten bei UNIDRAM präsentierten Stücken, eindeutig: Flucht, Gewalt, Verzweiflung, Suche nach dem Leben. Eine junge Frau verlässt nach einem letzten Telefonat mit der Mutter ihre zerkämpfte Heimat Bosnien, um ihren angeblich noch lebenden Bruder in New York zu suchen. Aus dem anfänglich hoffnungsvollen Glauben, mit Hilfe der New Yorker Telefonauskunft ihren Bruder zu finden, wird ein verzweifelt Ringen mit der Gegenwart und den vergangenen Erfahrungen von Vergewaltigung und Tod. Ob sie am Ende

ihrem Selbstmordversuch erliegt, bleibt offen. Die szenischen Mittel sind überzeugend schlicht obwohl multimedial, das Ambiente beklemmend düster. Man hat das Gefühl, zu viel zu erfahren von dem Leben der jungen Bosnierin auf der Bühne mit ihrem New Yorker Akzent im verhältnismäßig viel gebrauchten Englisch. Das macht es schwer, den dargebotenen Pathos zu kritisieren. Zu bekannt zudem die eingespielten Videosequenzen verzweifelter Menschen auf Flüchtlingstrecks.

Ebenfalls einen biographischen Ansatz verfolgt die in die Tage gekommene Warschauer Künstlergruppe „Akademia Ruchu“, dem Inbegriff gesellschaftskritischen Off-Theaters im Polen vor allem der 70er und 80er Jahre. Ihre Richtung ist jedoch grundverschieden. Sie wollen einfach ihre Fragen aufwerfen, die lang diskutierten – über die Welt, erzählt Zbigniew Olkiewicz, einer der fünf Performer, nach der Vorstellung bei piwo und papirosy im „Waldschloss“. Komisch nur, dass man das Gefühl nicht loswird, sowohl bei der Performance „Mauritius“ als auch bei „Clinic Exit“, moralisch belehrt zu werden. So etwa, wenn in ständiger Redundanz zum Thema Geld rotleuchtende Rechenkugeln hin und her geschoben, zum Thema Genforschung kleine Puppen in große Reagenzgläser gestopft werden oder die Vereinzelungsgefahr durch Globalisierung per Computeranimation mit Sätzen wie „save your loneliness“ oder „time is our own misery“ über die Leinwand schleicht. Bis einzelne Worte mit Kriegsakustik explodieren. Dazu unerbittlich elektronische Musik. Einige Textfragmente seien von Stanislaw Lem, meint Zbigniew. Dessen Humor scheint allerdings außen vor geblieben.

Umso angenehmer, nach diesem technischen Spektakel in die Steinzeit zurückzukehren. Die bleichen Tierknochen liegen bereits eiförmig auf der Bühne, irgendwo tropft Wasser und im Hintergrund hängen quadratische Aschezeichnungen, aus denen Es alsdann hervorkommt: kalkig weiß und unbeholfen, unklar, was Es wird, bis die Zehe sich sein Gefieder krallt – Aschevogel, leise krächzend. Benas Sarka kommt von der litauischen Küste und ist ein sensibler Objektkünstler archaischer Art. Er belebt das, was das Meer anspült, lässt Schrott tanzen und verbindet in seiner extremen Körperarbeit all die Dinge zu einem seltsam zauberhaften (Klang)Spiel. So entdeckt das Vogeltier bei „Pelenai“ (Asche) nach seinen Butu-Tänzen um das Stein-Ei auf dem Rücken hüpfend, knochenklingend, mit dem Messer jagend schließlich das Feuer. Die Zuschauer der ersten Reihe schiefen vor wirbelndem Staub und am Ende verschwindet das Ei, verschwindet Es und eine echte litauische Gans watschelt auf die Bühne.

Typisch litauisch? Wer die anderen Performances des professionell ausgebildeten Schauspielers kennt, würde nur sagen: „echt Benas“. Natürlich ist es schwer, anhand dieses einwöchigen Festivals Tendenzen ost- und westeuropäischen alternativen Theaters aufzeigen zu wollen. Das ist auch gar nicht primäres Ziel von UNIDRAM, das vor acht Jahren aus der Initiative von theaterspielenden GermanistikabsolventInnen der Universität Potsdam hervorgegangen ist. UNIDRAM, mittlerweile fest in der Theaterszene etabliert, versteht sich in erster Linie als Forum der Begegnung und des Austausches junger experimentell arbeitender Ensembles aus Ost und West. So sind die Gruppen meist die ganze Woche über anwesend und haben die Möglichkeit, an Workshops und den Diskussionsrunden zum jeweiligen Stück teilzunehmen, während vorwiegend Studierende die Übersetzung und Betreuung übernehmen.

Dennoch lässt sich, auch in Erinnerung an die letzten Jahre, etwas verallgemeinernd bemerken, was auch nicht weiter verwundert: Je jünger die Mitwirkenden, desto weniger sichtbar werden ost- oder westregionale, geschweige denn traditionelle Prägungen in Ästhetik und Spiel. Die Medien sind weitgehend gleich: Video, Kamera-Live-Einsätze, Licht und Ton etc.; welche Bilder sie hingegen schaffen, bestimmt der experimentelle Zugang einer jeden Gruppe. Die jungen Absolventinnen der Prager Tanzakademie zum Beispiel provozieren mit totalem Weiß und Stille – rhythmisch gebrochen nur durch das hörbare Stakkato von Atem und Körperbewegung. Klischeefremde Frauenkörper im Dialog mit sich und über sich.

Es bleibt der Eindruck, dass die thematische Orientierung der Ensembles durch ihre „Generationenerfahrung“ im jeweiligen gesellschaftlichen, vor allem auch großstadtgeprägten, Kontext bestimmt ist. Und möglicherweise nä-

hern sich diese Erfahrungen an. Zwar repräsentiert die britische Gruppe „Forced Entertainment“ mit ihrem trashigen „Showtime“ eine Tendenz junger britischer Kunst. Gleichzeitig aber verkörpert dieses Laboratorium extremer Stimmungserzeugung bei kommunizierten Nonsens eine (Un)Kultur veröffentlichter Privatheit und Reality TV, die überall zu verorten wäre. Zudem mischen sich die kulturellen Elemente. So ist die musikalische Performance der Schweizer Gruppe Stimmhorn schlechthin außergewöhnlich (und wohl wenig „schweizerisch“) nicht, weil samt Bläser rotierende Alphörner auf der Bühne selten sind. Vielmehr ist es die körperlich verinnerlichte Verbindung von verfremdeten Alphornklang und zentralasiatischem Ober- und Gesang, die neben dem Transzendenten dieser Musik vor allem die – zudem äußerst humorvolle – Persönlichkeiten zweier Menschen spiegelt.

So könnte Beispiel um Beispiel folgen, aus Moskau oder Budapest, auch folkloristischer Art oder mit fernöstlichen Stockkampfsequenzen. Aber um am Ende keine Zweifel aufkommen zu lassen: Es gibt auch die eindeutig osteuropäischen Momente. Meistens spät am Abend, wenn gegen 23 Uhr der Blues-Pianist im Theaternachtcafé plötzlich seinen Platz räumen muss für melancholischem Klänge und eine junge Moskauer Schauspielerin mit russischen Chansons beginnt.

Das Osteuropäisch-deutsche Theaterfestival UNIDRAM fand vom 17. bis 23. Juni 2001 zum 8. Mal in Potsdam statt. Auch nächstes Jahr werden wieder 12 Ensembles erwartet, die Bewerbungsfrist für Gruppen ist der 1. Februar 2002.

www.unidram.de oder unidram@gmx.de

Anja Hennig studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Zum XX. Internationalen Festival für orthodoxe Kirchenmusik in Hajnówka

Von Aloys Henning, Berlin

Vom 27. Mai bis 2. Juni 2001 fand in Hajnówka in der ostpolnischen Wojewodschaft Pod³askie unter dem Patronat des Präsidenten der Republik Polen, Aleksander Kwaœniewski, zum 20. Mal das Internationale Festival für orthodoxe Kirchenmusik statt. Veranstaltungsort war wie seit 1988 die orthodoxe Dreifaltigkeitskathedrale (vgl. BOI 9/1997 S. 50, und 12/1999, S. 56f.).

Am Wettbewerb des Jubiläums-Festivals 2001 nahmen ausschließlich Chöre teil, die Preisträger vorangegangener Festivals in Hajnówka waren, 29 Chöre aus Polen, Belarus, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Makedonien, Rumänien, Russland, Jugoslawien (Serbien), der Slowakei und der Ukraine. Das Eröffnungskonzert bestritt der

Preisträger des Hajnówka-Festivals 2000, der Moskauer Staatschor unter Andrej Koœevnikov.

Die Jury des Jubiläums-Festivals bildeten unter dem Vorsitz des Komponisten Prof. Romuald Twardowski, Dozent an der Musikakademie in Warschau, der Musiker und Komponist Erzbischof Ionafan von Cherson und Taurien (Ukraine), Prof. Andrej Koœevnikov (Moskau), der Dirigent und Musiker Ireneusz Ławreszuk als Vertreter der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, Jan Łukaszewski, Dirigent und Direktor des Polnischen Kammerchors „Schola Cantorum Gedanensis“ in Danzig, Prof. Bożena Sawicka, Dozentin an der Musikakademie in Bia³ystok, Leiterin des Chors der Medizinischen Akademie in Bia³ystok, Dr.

Włodzimierz Wołoskiuk, Dirigent des Chores der Christlichen Theologischen Akademie Warschau als Vertreter der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und der Dirigent und Musiker Jerzy Zawisza als Vertreter des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe.

2001 wurden in Hajnówka Chöre in sechs Kategorien ausgezeichnet. Von den ländlichen Pfarrchören erhielt der Frauen-Chor der slowakischen orthodoxen Pfarrei Mariä Entschlafung in Jarabina einen ersten Preis, der in sehr schöner Intonation regional typische zweistimmige Gesänge vortrug, zum Teil arrangiert von seiner Dirigentin Dr. Anna Derevjanikova. Unter den städtischen Pfarrchören wurde der Jugendchor der Pfarrei sv. Nikolaj mit seinem Dirigenten Protodiakon Aleksander Łysienkiewicz in Białyсток mit einem zweiten Preis ausgezeichnet, der Chor der Kathedrale św. Maria Magdalena in Warschau unter Protodiakon Sergiusz Bowtruczuk mit dem ersten. In der Kategorie *Andere Pfarrchöre* erhielt den ersten Preis der gemischte Chor der Akademie und des Geistlichen Seminars in St. Petersburg unter Nikolaj Botkin, den zweiten der Chor „Mokranjac“ von der Pfarrei sv. Sava in Belgrad unter Jelena Ječ. Der Brüder-Chor des Kiewer Höhlenklosters unter Sergej Borysevič wurde mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

In der Kategorie *Professionelle Kammerchöre* gewann der Männerchor des Staroërkaskij Klosters sv. Dmitrij Donskoj in Rostov am Don einen ersten Preis. Für weltliche Amateurchöre wurden zwei zweite Preise verliehen, an den Kinderchor „Ranica“ aus Minsk unter Viktor Maslennikov und an „Tavryëskij Blagovest“ aus Simferopol. Der Auftritt dieses Preisträgers von 1998, der seinerzeit unter Volodymyr Nikolenko durch seine im Vergleich „intimere“ Sangeskunst auffiel, war eine Überraschung: „Tavryëskij Blagovest“ wurde 2001 von einem Kinderchor repräsentiert, überwiegend Mädchen zwischen 8 und 14 Jahren, die in nichts der Leistung des Erwachsenen-Chores 1998 nachstanden, auch nicht im Klangvolumen, das unter der bewundernswerten Stimmenführung von Ol'ga Šapolova mit größter Klangschönheit auch dasjenige eines professionellen Chores erwachsener Frauen erreichte. Der Chor bezeugte herausragende musikpädagogische Arbeit. Den ersten Preis in dieser Kategorie erhielt der Chor des Schlesischen Polytechnikums aus Gliwice (Gleiwitz) unter Czesław Freund.

Höhepunkt des Festivals 2001 war der Auftritt des 1990 gegründeten Kiewer Kammerchors „Kyïv“ unter Mykola Gobyd'є, erster Preisträger 1993 und 1996, der einen ersten Preis erhielt. Er sang u.a. Fragmente einer Chrysostomus-Liturgie der zeitgenössischen ukrainischen Komponistin Lesja Diëko. Ihre Musik ist unter Verwendung von Zwölftontechnik anscheinend auch mit zitierten Kompositionstechniken Hildegards von Bingen (1089–1179) komponiert, von der das größte musikalische Œuvre des 12. Jahrhunderts überliefert ist. Der Chor und sein Dirigent sangen diese moderne liturgische Musik untemperiert mit erstaunlichen ästhetischen Effekten: Untemperiert polyphon ge-

sungen beeindruckten beispielsweise Sekunden-Intervalle, die u.a. ostslawische Kirchenmusik charakterisieren, auch bei längeren musikalischen Phrasen durch ihre Schönheit und nicht durch die sprichwörtliche Sekunden „reibung“ temperierter Sekunden-Intervalle. Auf Befragen äußerte M. Gobyd'є, das untemperierte Singen sich bei einem Chor automatisch einstellt, wenn er ausschließlich vokale Musik ohne Zuhilfenahme temperierter Instrumente erarbeitet – weil die menschliche Stimme untemperierte Töne bildet, wenn sie physiologisch optimal benutzt wird. Dies erklärt den besonderen Klang osteuropäischer Chöre für orthodoxe Kirchenmusik, weil diese keine Instrumente kennt. Ein weiterer erster Preis wurde dem Staatlichen Chor des Belorussischen Radios und Fernsehens in Minsk unter Viktor Rovdo zuerkannt.

Die Jury zeichnete mit Preisen die Dirigenten Vjačeslav Bojko des Chores der Svjato Ozeranska-Kirche in Char'kiv (Ukraine) aus und Prof. Leon Zaborowski vom Kammerchor „Capella Musicae Antiquae Orientalis“ aus Poznań. Einen Sonderpreis erhielt der Kammerchor für Kirchenmusik unter Valerij Petrov aus Tallinn für den neuartigen Vortrag seiner Gesänge als szenische Inszenierung.

Das Jubiläumsfestival Hajnówka 2001 war erneut ein Glanzpunkt europäischer vokaler Musikkultur.

Dr. med. Aloys Henning war bis Februar 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

HOLM SUNDHAUSSEN und HEIKO HÄNSEL (Hg.)

**Konfliktregionen Südosteuropas
im Zeitalter des Nationalismus Teil 1 und 2**

*Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Geschichte und Kultur
des Osteuropa-Instituts, 3/2001, 4/2001*

KLAUS SEGBERS und KERSTIN IMBUSCH

**Designing Human Beings?
Politikwissenschaftliche Annäherungen
an eine neue Leitwissenschaft „Life Sciences“**

*Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft
des Osteuropa-Instituts, Heft 33, 2001*

Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig

Von Stefan Troebst, Leipzig

Wozu Kulturstudien Ostmitteleuropas?

Kulturstudien Ostmitteleuropas haben zum Ziel, eine spezifische Kultur verstehen zu lernen und dabei zu erfahren, wie das Verstehen fremder Kulturen generell vor sich geht. Zugleich kann das Verstehen einer anderen Kultur zu einem besseren Verständnis der eigenen führen. Wer dergestalt zwischen zwei Kulturen agiert und vermittelt, erwirbt neben Sprach- und Regionalkenntnissen interkulturelle wie interpersonelle Kompetenz, die in einer Vielzahl von Berufsfeldern gefragt ist.

„Ostmitteleuropa“ ist dabei weder ein essentieller noch ein statischer, sondern ein konstruierter sowie fluktuierender Begriff. Der politischen Geographie nach ist Ostmitteleuropa derzeit die von der Russländischen Föderation und der Europäischen Union eingerahmte Gruppe von Staaten von Estland bis Albanien, von der Ukraine bis zur Tschechischen Republik. Dem war nicht immer so: Das Ostmitteleuropa der frühen Neuzeit hatte deutlich kompaktere Konturen, das der Zwischenkriegszeit ebenfalls, und im Zeitraum 1795–1918 sowie erneut 1939–1944 war Ostmitteleuropa als Staatenlandschaft auf der politischen Landkarte Europas nicht existent, da von Imperien überlagert bzw. besetzt. Was gegenwärtig das östliche Mitteleuropa bzw. – je nach Perspektive – das westliche Osteuropa darstellt, schließt Südosteuropa und weite Teile Nordosteuropas mit ein. Ihnen gemeinsam ist, dass sie heute Schauplatz der Rückgängigmachung des gesellschaftspolitischen Experiments „Sozialismus“ sind – ein Prozess, der in Gestalt einer doppelten, gar dreifachen Transformation stattfindet: In allen Staaten der Region werden die „alten“ Eigentumsverhältnisse und politischen Systeme durch „neue“ abgelöst, während einige Staaten durch Sukzession bzw. Sezession ihrerseits neu bzw. wieder entstanden sind.

„Kulturstudien“ ist ein Fach, dessen Untersuchungsgegenstand Kultur in einem breiten, ja alltäglichen Sinne – entsprechend dem französischen Terminus *civilisation* oder dem englischen *way of life* – ist.¹ Kultur, so ein Definitionsversuch neueren Datums, „umfasst die Gesamtheit der Gewohnheiten eines Kollektivs“.² Bereiche der eigentlichen Hochkultur wie E-Musik, die Malerei der Avantgarde oder experimentelles Theater spielen dementsprechend nur eine untergeordnete Rolle. Als Untersuchungsrahmen innerhalb der Philologie stellen Kulturstudien eine beträchtliche Erweiterung über das Feld literatur- und sprachwissenschaftlicher Themen hinaus in Richtung Politik, Kommunikation, Alltag, Wirtschaft u. a. dar. Vergleichbares gilt auch für das Verhältnis zwischen Kulturstudien und den auf Ostmitteleuropa bezogenen *area studies*, hier vor allem der Zeitgeschichtsforschung. Während jedoch die klassischen historisch-philologischen

Universitätsfächer Slavistik und Osteuropäische Geschichte an erster Stelle Verfügungswissen produzieren, ist das „Produkt“ der Kulturstudien regulativ und handlungsorientiert, besteht aus Orientierungswissen sowie Orientierungskönnen.³ Die Kombination von interkulturellem *tacit knowledge* und aktiver interpersoneller Kommunikationsfähigkeit zielt dabei sowohl auf die Befähigung zu kritischer Analyse als auch zugleich auf diejenige situativen Handelns (Scholl-Simon 2001).⁴ Und persönliches, durch Erfahrung, Übung und Individualität erworbenes Wissen ist gegenüber allgemein zugänglicher Information das entscheidende Plus.⁵ Kulturstudien sind daher ungeachtet ihrer „akademischen“ Bezeichnung ein hochgradig praxistaugliches Forschungsparadigma und somit berufsqualifizierendes Studienfach.

Was sind Kulturstudien Ostmitteleuropa?

Die auf Ostmitteleuropa fokussierte philologische Forschung in ihrer dominierenden slavistischen Ausprägung operiert mit einem breiten Verständnis dessen, was ihre Gegenstände sind und was ihre Untersuchungsregion ist. Die slavische Literaturwissenschaft bezieht dabei Gesellschaftsgeschichte, *intellectual history* und Philosophie ebenso ein wie die slavische Sprachwissenschaft Fragen von Sprachkontakt, Sprachpolitik, Sprachnationalismus und entsprechend Sprachkonflikt. Wenn die Kulturstudien dennoch nicht bloße auxiliäre Landeskunde der Slavistik sind, dann liegt dies an ihrem gänzlich anders gearteten inhaltlichen, methodischen, regionalen und disziplinären Zugriff:

– In *inhaltlicher* Hinsicht fragen die Kulturstudien unter Anwendung eines weiten, dynamischen und disziplinenübergreifenden Kulturbegriffs in historischer Perspektive nach den Bestimmungsfaktoren für das gegenwärtige „Aussehen“ der Untersuchungsregion sowie für die unterschiedlichen Arten diese wahrzunehmen.

– In *methodischer* Hinsicht basieren Kulturstudien auf den Säulen von Vergleich, Vielfalt und Multidisziplinarität. Die komparative Methode schließt dabei sowohl kontrastive Vergleiche wie die Untersuchung trans- bzw. interferentieller kultureller Prozesse ein. Vielfalt, also Methodenpluralismus, meint ein breites Spektrum an Vorgehensweisen, das von empirischer Feldforschung über Text- und Diskursanalyse bis hin zu Theoriebildung reicht. Multidisziplinarität schließlich heißt, dass im Prinzip alle geistes-, staats- und sozialwissenschaftlichen Fächer für die Zielsetzung der Kulturstudien aktivierbar sind.

– In *regionaler* Hinsicht gehen Kulturstudien Ostmitteleuropas Problem-orientiert, d. h. mit flexiblen, gleichsam pulsierenden Abgrenzungen vor, die über Kategorien

wie „Sprache“, „Nation“ oder „Staat“ hinausgreifen. Im Vordergrund stehen dabei von der sozialen, ökonomischen, demographischen, rechtlichen, ethnischen, religiösen oder kulturellen Struktur abgeleitete Regionalisierungen.

– In *disziplinärer* Hinsicht stoßen Kulturstudien Ostmitteleuropas in die Lücke, die vor allem in den Staats- und Sozialwissenschaften bezüglich Osteuropas klafft. Anders als geisteswissenschaftliche Disziplinen wie Philologie und Geschichte haben Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft, Geographie, Ethnologie oder Religionswissenschaft keine regional ausgerichteten Subdisziplinen ausgebildet bzw. diese mit dem Ende des Kalten Krieges institutionell wieder abgebaut. Sicher müssen so zentrale Parameter wie Rechtskultur, soziale Struktur und Eigentumsverhältnisse politisch gesehen an der demnächst gesamteuropäischen Elite des *acquis communautaire* der EU gemessen werden – historisch zu „erklären“, mittels Empathie zu „verstehen“ und kulturell zu „re-konstruieren“ sind sie mit diesem Maßstab jedoch nicht. Dazu bedarf es unbedingt regionalwissenschaftlicher Spezialisierung.

Kulturstudien Ostmitteleuropas in der Praxis der Universität Leipzig

Die 1999 eingerichtete Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig ist dem Institut für Slavistik angegliedert. Dem Fach zugute kommen dabei die beträchtlichen Leipziger Standortvorteile. Die Professur ist in eine universitäre, außeruniversitäre und regionale Ostmitteleuropa-Infrastruktur an Lehre, Forschung und Praxis eingebettet, wie sie andernorts in der Bundesrepublik nicht zu finden ist:

– Die Universität Leipzig verfügt in einer Reihe von Instituten über ostmitteleuropabezogene Professuren bzw. Forschungs- und Lehrschwerpunkte. Dies gilt neben dem Institut für Slavistik für die Institute für Romanistik, Politikwissenschaft, Soziologie, Kunstgeschichte, Sorabistik, Wirtschaftspolitik, Theoretische Volkswirtschaftslehre, desgleichen für das Religionswissenschaftliche Institut, das Historische Seminar, das Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum am Zentrum für Höhere Studien und für den Sonderforschungsbereich 417 (Regionenbezogene Identifikationsprozesse).

– Desgleichen bietet die Universität Leipzig eine ungewöhnlich dichte Infrastruktur für die Fachrichtung Kulturstudien, die mit eigenen Professuren an der Philologischen Fakultät, hier an den Instituten für Anglistik, Romanistik und Slavistik, weiter am Frankreichzentrum des Zentrums für Höhere Studien sowie an der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientalwissenschaften, hier am Institut für Indologie und Zentralasienwissenschaften, am Orientalischen Institut und am Ostasiatischen Institut, vertreten ist. Hinzu kommen Professuren für Kulturgeschichte an den Instituten für Afrikanistik, Amerikanistik und Kultur-

wissenschaft sowie Professuren für Kultursoziologie und Kulturtheorie/Kulturphilosophie am letztgenannten Institut.

– Die Stadt Leipzig ist der Standort dreier großer außeruniversitärer Ostmitteleuropa-Forschungsinstitute, nämlich (1) des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO); (2) des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur, das seine Untersuchungsregion als Mitteleuropa definiert sowie (3) des Instituts für Länderkunde mit seiner auf Ostmitteleuropa ausgerichteten Abteilung für Regionale Geographie Europas. Hinzu kommt die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig mit einigen ostmitteleuropa-bezogenen Forschungsvorhaben. Einrichtungen wie das Polnische Institut, der Verein „Osteuropakontakt“, das Europa-Haus Leipzig sowie die Südosteuropa-Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ergänzen diese Infrastruktur.

– Die Universitätslandschaft Sachsen weist insgesamt eine hohe Dichte osteuropabezogener Schwerpunkte auf. Dies gilt für die Technische Universität Dresden mit Professuren für Slavistik, Polnische Landes- und Kulturstudien, Zeitgeschichte Osteuropas, dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und einem im Aufbau befindlichen Kulturwissenschaftlichen Mitteleuropazentrum, desgleichen für die Technische Universität Bergakademie Freiberg mit zwei osteuropabezogenen Professuren, weiter für die Technische Universität Chemnitz mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Aufbaustudiengang „Hochschulnachwuchs für Osteuropa“ (HOST), drei auf Ostmitteleuropa ausgerichteten Bakkalaureus-Studiengänge „Europa-Studien/European Studies“, der wirtschaftswissenschaftlichen Tagungsreihe „Chemnitzer Ostforum“ und der Arbeitsgemeinschaft für die Musikgeschichte in Mittel- und Osteuropa sowie schließlich für den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Fachhochschule für Polizei Sachsen in Rothenburg/OL mit einem Schwerpunkt auf soziologischer Forschung zu Ostmitteleuropa. Hinzu kommt das Sorbische Institut/Serbisch Institut in Bautzen/Budyšin, das eng mit Forschungseinrichtungen in Osteuropa vernetzt ist. Überdies hat der Freistaat Sachsen, der als einziges Bundesland gleich an zwei ostmitteleuropäische Staaten angrenzt, ein spezifisches Interesse an Ostmitteleuropa, welches sich zum einen in politischer Unterstützung wissenschaftlich-kultureller Beschäftigung mit dieser Region, zum anderen in Gestalt spezieller Förderprogramme zum Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden mit Ostmitteleuropa manifestiert.

Im universitären Alltag kommt den Kulturstudien Ostmitteleuropas doppelte Transmissionsriemenfunktion zu, nämlich zum einen zur Untersuchungsregion, zum anderen zur Berufswelt. Kulturstudien als Schnittstelle zwischen Studium und den Transformationsprozessen vor Ort manifestieren sich in einer Reihe von Formen. Es sind dies (1) organisierte Felderkundung, z. T. auch Feldforschung, mittels seminarmäßig vor- und nachbereiteter Exkursionen und

Studienaufenthalten; (2) Referenten- und Gastwissenschaftlerausaustausch mit Ostmitteleuropa sowie mit ostmitteleuropabezogenen Institutionen außerhalb der Region und (3) die Einbeziehung von Graduierten aus Ostmitteleuropa in die Doktorandenausbildung an der Universität Leipzig. Brücken zur Berufswelt stellen Berufspraktika bei internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen dar, die sich mit Ostmitteleuropa befassen und/oder vor Ort tätig sind. Ringvorlesungen und Gastvorträge mit Referenten aus diesem Arbeitsmarkt oder mit speziellen Kenntnissen über ihn bieten dabei die Möglichkeit zu Anbahnungsgesprächen.

Als von der Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas realisierte bzw. in Vorbereitung befindliche Beispiele für eine solche Transmissionsriemen-Funktion sind zu nennen: (1) Eine 14-tägige Exkursion in die Slowakei, die Ukraine, nach Polen, Rumänien und Ungarn zum Thema „Die Karpaten: Kooperation und Konflikt in einer ostmitteleuropäischen Kernregion“ im September 2000⁶; (2) eine für Juni 2002 geplante, wiederum zweiwöchige Exkursion nach Litauen, Lettland und Estland zum Thema „Russen im ‚Nahen Ausland‘: Die baltischen Staaten“; (3) eine im WS 2000/01 abgehaltene Ringvorlesung zum Thema „Der Stabilitätspakt für Südosteuropa – eine Zwischenbilanz“; (4) eine für das Sommersemester 2002 geplante Ringvorlesung mit dem Titel „Von der ‚Konferenz‘ zur ‚Organisation‘: Zehn Jahre OSZE-Konfliktprävention in Osteuropa“⁷; und (5) die Vermittlung von Studierenden zu mehrmonatigen (z. T. bezahlten) Berufspraktika an die Vertretung des Europarats in Sarajevo, an das Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und an die OSZE-Mission im Kosovo (OMIK).

Kontakt:

Prof. Dr. Stefan Troebst
GWZO, Luppenstr. 1 B
D-04177 Leipzig

Tel. (0341) 97 35 584, -560

Fax: (0341) 97 35 569

E-mail: stefan.troebst@snafu.de

URL <http://www.uni-leipzig.de/gwzo>

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, ebenfalls in Leipzig.

³ Mittelstrass, J.: Die Geisteswissenschaften im System der Wissenschaft, in: Frühwald, W., u. a. (Hg.): Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt/M. 1991, S. 15–44, hier S. 37.

⁴ Scholl-Simon, L.: „Die kulturelle Herkunft ist eher nachrangig“. Über den Umgang mit Fremden, in: Der Tagesspiegel (Berlin) vom 10. Juni 2001, S. 33.

⁵ Frühwald, W.: Wissen verpflichtet oder Von der Verantwortung der Eliten in der Wissensgesellschaft, in: Studienstiftung des deutschen Volkes (Hg.): Jahresbericht 2000. Fakten und Analysen. Bonn 2001, S. 40–55, hier S. 50.

⁶ Troebst, S.: Die Karpaten – zwischen subregionaler Identitätssuche und EU-Osterweiterung. Eine Exkursion der Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas in die Heimat Andy Warhols, in: Berliner Osteuropa Info H. 16, 2001, S. 63–65.

⁷ Siehe zum Thema auch Troebst, S.: Ethnopolitische Konflikte in Osteuropa und die OSZE: Eine vorläufige Bilanz, in: Berliner Osteuropa Info H. 11, 1998, S. 38–41.

¹ Fisch, J.: Zivilisation, Kultur. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. O. Brunner, W. Conze u. R. Koselleck. Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 679–774.

² Hansen, K. P.: Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung. Tübingen, Basel 1995, S. 15.

Hühner, Spengler, „Boondeswehr“ Gedankensplitter aus der russischen Provinz

Von Christoph Gumb, Vorone•

Sollten Straßen- und Ortsnamen auch den geistigen Raum einer Stadt markieren, so wäre es um Vorone• folgendermaßen bestellt: Um von der Uni nach Hause zu kommen, geht man die Plechanovstraße über die D•er•inskijstraße zum Leninplatz. An dem sich – oh Mantel der Geschichte! – Kirovstraße, Plechanovstraße und der „Prospekt Revoljucii“ schneiden. Vorbei an der unvermeidlichen Lenin- und der nicht minder hässlichen Puškinstatue folgt man dem Prospekt, biegt über die „Kommissar•evskaja“ auf die Friedrich-Engels-Straße und gelangt – vorbei an einem der Häuser, in denen der Poet Ossip Mandel’štam während seiner Verbannung wohnte – an: in der Tschaikovskijstraße.

Mit dieser Parade der Toten beginnt sich der Blick zu weiten. Der Blick auf den alltäglichen kleinen kulturellen Overkill einer russischen Provinzstadt, mit dem das Leben elf Eisenbahnstunden von Moskau entfernt durchsetzt zu sein scheint.

„Eine Neuigkeit: ein Huhn hat Mama in die Wange gehackt und sie gekratzt. Ein kleines bißchen. Ich stand heute alleine in der Schlange vor dem Geschäft, Mama habe ich auf eine Bank gesetzt.“ Seit Osip Mandel’štam seiner Frau Nade•da Jakovlevna Ende April 1937 diese Neuigkeiten aus seinem Exil in Vorone• geschrieben hat, sind mehr als sechzig Jahre ins Land gegangen. In denen sich so manches verändert hat: Heute tanzen die Hühner im Fernsehen, singen „Mne chorošo!“ – zu der Melodie von James Browns „I feel good“ – und preisen damit Produkte der Schokoladenfabrik „Bol’ševik“ an: „Qualität seit 1835“.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Vorone• von den Deutschen besetzt, bei der Befreiung zu 98 Prozent zerstört. Nach dem Krieg wurde es dann mit allen Attributen einer sowjetischen Gebietshauptstadt versehen: die Hauptstraßen wurden größer, erhielten prachtvollere Häuser im Stile der sowjetischen Neoklassik, die Gebäude von Partei und Armee wurden ein wenig prunkvoller als vor dem Krieg aufgebaut, Trabantenstädte entstanden vor den Toren der Stadt und am linken Flussufer und auf dem alten Friedhof baute man schließlich einen Zirkus. Die örtliche Industrie produzierte Flugzeuge, man hatte Arbeit und konnte abends über den „Platz des Sieges“ flanieren und sich am Blick vom Steilufer auf den Fluss Vorone• ergötzen.

Doch das Leben hat sich geändert. Was früher ein hochbezahlter Kybernetiker in der sowjetischen Industrie war, steht heute leicht schwankend an Sonntagen auf einer der zentralen Straßen und verkauft Gesamtausgaben russischer Klassiker oder ganze Jahrbände alter Parteizeitungen. Und ist immer für ein Schwätzchen zu haben; vor allem, wenn es ein Ausländer ist. Der aus einem der Länder kommt, die

in jenem Teil der Welt liegen, den man aus den Fernsehserien kennt, die täglich über den Bildschirm flimmern. In diesen Gesprächen erfährt man dann absonderliches – man bekommt Geschichten einer vergangenen Zeit zu hören. Einer Zeit, in der das Leben fröhlich war, Genossen: die Frauen im Komsomol und die Männer Recken, die wahlweise ohne mit der Wimper zu zucken eimerweise selbstgebrannten Alkohol trinken, reihenweise deutsche Soldaten vernichten oder einfach Generalsekretär werden konnten. Wenn sie es nur gewollt hätten. Allein, die Zeiten haben sich, wie gesagt, verändert: Der Kybernetiker steht an der Straße, verkauft Relikte einer verschütteten Epoche und – hält sich für unsterblich. Glaubt, dass er auf der neunzehnten Stufe einer geheimen Rangordnung steht, eine „persönliche Energie“ von sieben Millionen Kilowatt besitzt: Die Ärzte, so sagt er, haben ihm verboten, in den Himmel zu blicken – andernfalls würde er Flugzeuge zu Absturz bringen. So aber stürzt er täglich selber ab: in eine Mischung aus Alkohol und jener eigentümlichen Melange aus dem Glauben an ein vergangenes goldenes Zeitalter und einem anämisch anmutenden kulturellen Nationalismus, der sich im unvermeidlichen Zitieren von Puškin, Esenin und den allgegenwärtigen, berühmten vier Zeilen Tjuëvs äußert.

Der Vergleich mit den Folgen eines Tankerunglücks drängt sich auf – mit dem Aggregatzustand von Altöl scheint diese Mischung sich überall festzusetzen, einem dünnen Film gleich Augen und Ohren abzudichten, Gedanken zu verkleben: In der Sowjetunion gab es das beste Speiseeis, die besten Waffen und die schönsten Frauen. Und um die Welt verstehen zu können sollte man die „Protokolle der Weisen von Zion“ gelesen haben. Oder zumindest Oswald Spengler. Denn – es spenglet im Imperium a.D.: Nicht nur der einfache Kybernetiker auf der Straße, auch der Doktorand der Politologie auf Konferenzen ist schnell mit diesem Namen zur Stelle. Teilt die Welt in Kulturkreise ein, sieht den kommenden Konflikt zwischen der „romanisch-germanischen“ und der slawischen Kultur. Neuer Hauptfeind der NATO ist die orthodoxe Kirche. Hört man Kulturgeschichte, denkt man an Danilevskij, bringt der Besuch aus dem Ausland mit dem Schlagwort vom „Neuen Mittelalter“ angelesenes Wissen aus Hauptseminaren an den Mann, versteht man Berdjaev.

Nachts auf der Straße scheint sich Altöl in Nitroglyzerin zu verwandeln: Zeugnis dafür sind Graffiti und Aufkleber mit denen ein Teil der örtlichen Jugend seine politische Weltsicht äußert. An Straßenbahnhaltestellen kleben Parolen der Partei „Russische Nationale Einheit“ – „Wir sind gegen alle“ – und gegenüber dem Denkmal zur Befreiung der Stadt auf dem „Platz des Sieges“ werden in orthogra-

phisch nicht ganz einwandfreiem Deutsch Kenntnisse aus der deutschen Geschichte bemüht: von „Sieg Cheil!“ bis zu „Boondeswehr“. Dem Nationalismus der Alten setzt man bewusst aggressive Posen gegenüber. Einige hundert Meter von den sowjetischen Druckwaren der Alten entfernt werden manchmal von schwarzen Uniformen radikale Gedanken in Zeitungsformat verkauft. Und nachts trinkt und prügelt man dann, bis der Arzt kommt: Mitte April wurden beispielsweise in einem Freizeitpark zwei ausländische Studentinnen mit Stöcken und Ketten wegen ihres offensichtlich anderen Aussehens reif für die Intensivstation geprügelt. Furcht geht nun um unter asiatischen und afrikanischen Studenten und Studentinnen. Die Zahl der ausländischen Studierenden wird in den nächsten Semestern voraussichtlich abnehmen, den Hochschulen gehen damit wichtige Einnahmequellen verloren und ein Teil des Lehrpersonals muss um seine Arbeitsstellen fürchten.

Aber auch russischen Studenten ist der Gedanke an andere Orte nicht fremd. Wer Karriere machen will, zieht in die Hauptstadt oder geht ins Ausland: der *brain drain* ist allgegenwärtig. Fremdsprachen sind en vogue, man stellt sich drei Stunden in der Schlange der Universitätsbibliothek an, um einen der seltenen ausländischen Titel zu ergattern und benutzt verstärkt das Internet, um der intellektuellen Einzelhaft durch sowjetische Fachliteratur in der Uni zu entkommen. Oder man begibt sich unter die „Narkose durch Bücher“ – die Intensität, mit der Poesie und Literatur den Alltag durchziehen können, überwältigt und nimmt gefangen. Keine Feier, bei der nicht mindestens einmal Lyrik zitiert wird, Nächte, die gemeinsam über Büchern verbracht werden, Gesprächen, in denen auf Siebenmeilenstiefeln literarischer Raum aus mehreren Kontinenten und Jahrhunderten durchstreift wird.

Lenin und Mandel'stam, Hühner, die zu Soul „Bol'shevik“ bewerben und nachts Iossif Brodskij in Küchen – Wiedergänger, Wiederentdecktes und Neues können höchst unterschiedlich miteinander reagieren. Das Schwarzerdegebiet ist groß, der Zar ist fern, aber der Fernseher allgegenwärtig. Neuauflagen und Erstaussagen kleiner Verlage und westliche Fernsehprogramme als kulturelle Implantate auf den Dreiklang aus Schulkanon, ORT und provinzieller Verträumtheit – Ex-Komsomolzin Dornröschen, die nach einem Wodkaausch vom laufenden Fernseher aufwacht, würde sich nach einiger Zeit sicher irgendwie zurecht finden.

Darüber hinaus lebt man sein Leben, stellt sich dem Alltag, wenn nötig mit Humor. Und das war schon früher so: Ossip Mandel'stam schrieb Anfang Mai 1937 seiner Frau: „Bezüglich des Angriffes des Huhns auf Mama: keine ernsten Kratzer. Die Wunde verheilt. Weiß der Teufel, was für einen Blödsinn ich gerade schreibe. Gogol' würde sich so etwas nicht ausdenken.“

Christoph Gumb studiert an der FU Berlin Osteuropäische Geschichte, Politikwissenschaft und Slavistik, ist z. Z. mit einem Alexander-Herzen-Stipendium in Voronež.

Ökumenischer Chor St. Nikolaus besucht die ukrainische Gemeinde in Gdańsk

Von Aloys Henning, Berlin

Vom 15. bis 17. Juni 2001 besuchte der Berliner Ökumenische Chor St. Nikolaus aus Kreuzberg die ukrainische Gemeinde Presvjatoï Bogorodyci (Hl. Gottesmutter) in Gdańsk, eingeladen von ihrem Pfarrgemeinderatsvorsitzendem Herrn Roman Kohout und ihrem Pfarrer Józef Ulicki, Generalvikar der Diözese Gdańsk-Wroc³aw. Die Danziger ukrainisch-katholische (griechisch/byzantinisch-katholische, „unierte“) Gemeinde verdankt ihre Existenz vor allem der berüchtigten Aktion „Wis³a“ (Weichsel), mit welcher 1947 die polnische Regierung 150.000 ihrer ukrainischen Mitbürger und 30.000 Lemko-Rusynen zwang, ihre angestammte Heimat in Südostpolen zu verlassen und sich vorzüglich in den Gebieten der vertriebenen Deutschen im Norden und Westen Polens anzusiedeln. Ihre heimatlichen Liegenschaften fielen an den polnischen Staat. 1987 waren von 689 Kirchen, über welche 363 byzantinisch-katholische Gemeinden mit 540.000 Gläubigen 1939 auf dem Gebiet des heutigen Polens verfügten, 348 nicht mehr vorhanden oder ruiniert (Oleg Volodymyr Ivanusiv, *Cerkva v ruïni*, Vydannja Sv. Sofi?, Religijnogo tovarystva Ukraïnciv katolykiv Kanady, St. Catharines 1987, S. 22), zu wesentlichen Teilen Zeugnisse der speziellen Kultur der Rusynen der Lemko-Region (Rusnaken, Lemken), die zwischen Dunajec und San an der Nordseite der Beskiden lebten; 245 Kirchen wurden in römisch-katholische verwandelt, 70 zweckentfremdet und 28 als orthodoxe genutzt.

Am 9. September 1944 vereinbarte die UdSSR mit Polen, zur Sicherung ihrer im Zweiten Weltkrieg westwärts verschobenen Grenze als ethnische „Säuberungen“, Personen mit ukrainischer, weißrussischer, russischer und rusynischer Nationalität auf dem Gebiet des Nachriegspolens in die sowjetische Ukraine und nach Belorußland zu „evakuieren“. Aus der Ukrainischen und der Belorussischen SSR sollten Polen und Juden nach Polen „repatriert“ werden (Paul Robert Magocsi, *The Lemko Rusyns: Their past and present*. Carpatho-Rusyn American 10 (1987) 1). Nach polnischen Angaben wurden aus dem heute zu Polen gehörendem Teil des ehemaligen Galiziens 700.000 von 1.062.000 Ukrainern in die Ukraine umgesiedelt, zum Teil unter Gewaltanwendung durch örtliche polnische Behörden und nach Kriegsende noch aktiver bewaffneter Selbstschutzgruppen; nach sowjetischen Angaben seien 482.000 Umsiedler angekommen (vgl. Ivanusiv, S. 16). Ein großer Teil wurde nach Sibirien deportiert. Aus dem Lemko-Gebiet siedelten sich geschätzt 130.000 Rusynen in der Westukraine an. (Magocsi, wie o.a.).

Die während des Vordringens der Roten Armee Ende 1943 und 1944 durch die Ukraine gegründete antikommunistische Ukrainische Aufständische Armee (UPA), die gegen die Deutschen und die sowjetische Armee kämpfte, ver-

suchte vergeblich, den Exodus von Ukrainern und Rusynen in die UdSSR zu stoppen. Sie setzte nach dem Kriegsende in der Grenzregion der Karpaten ihren Guerilla-Kampf fort gegen sowjetische und polnische Streitkräfte. In einem Gefecht im März 1947 tötete sie General Karol Cewierczewski. Die polnische Regierung nahm dies zum Anlass, in enger Kooperation mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei die Bergregion nicht nur von den Partisanen zu befreien, sondern auch vom Rest ihrer seit alters ansässigen Bevölkerung.

In der Westukraine haben nach dem Kriegsende die sowjetischen Behörden die ukrainisch-katholische Kirche mit Terror vergeblich zu nötigen versucht, sich vom römischen Papst loszusagen. Mittels der Farce einer Synode von Lemberg vom 4.–6. April 1946 und weniger Apostaten wurde die ukrainisch-katholische Kirche im sowjetischen Teil Galiziens und in der Karpato-Ukraine formal mit der russisch-orthodoxen Kirche unter dem Moskauer Patriarchat zwangsvereinigt. Sie überlebte den Sozialismus in der Illegalität. Der nationale und kirchliche Chauvinismus ihrer Glaubensbrüder in der polnischen römisch-katholischen Kirchenleitung hat während der sozialistischen Ära maßgeblich die eigenständige ukrainisch-katholische Jurisdiktion in Polen behindert, zuletzt unter Führung des Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz, Kardinalprimas Glemp. 1934 hatte der Vatikan im polnischen und eigenen Interesse die ukrainisch-katholischen Dekanate der Lemkivšëyna von der Eparchie Przemycel kirchenrechtlich getrennt und einem Apostolischen Administrator unterstellt in der Absicht, die ukrainisch-nationalistische Reklamation der Lemken als Ukrainer zu schwächen. Rom befürchtete eine zunehmende Entfremdung der russophilen Rusynen, die in der ukrainisch unierten Kirche der Lemkivšëyna zunehmend der Orthodoxie zuneigten. Nach der Aussiedlung der Lemko-Rusynen 1947 fügte sich die katholische Kirche in die Auflösung ihrer griechisch-katholischen Kirchenstruktur.

Unter der Regierung Kwacieniewski sind 1997 die historischen Belastungen zwischen der Ukraine und Polen formal vertraglich bereinigt worden. Heute bilden die ukrainisch-katholische Kirche in Polen die Byzantinisch-ukrainische Eparchie Przemycel-Warszawa mit den Dekanaten Przemycel, Kraków-Krynica, Olsztyn (Allenstein), Ebl¹g (Elbing) und die Diözese Wroc³aw-Gdańsk mit den Dekanaten Wroc³aw (Breslau), Zielona Góra (Grünberg), Koszalin (Köslin) und S³upsk (Stolp). Zu ihr gehören vier Klöster mit Basilianern in Warszawa, Wêgorzewo (Angerburg), Kêtrzyn (Rastenburg) und Przemycel sowie sechs ukrainische Niederlassungen von Frauen nach der Regel Basilius des Großen in Gorlice, Warszawa, Pas³êk, Przemycel,

Pieniê¿no und Kêtrzyn. Die Eparchie ist die historische Erbin der ersten Kirche von Przemyœl, die ihre Gründung der Slawenmission Kyrills und Methods am Ende des 9. Jahrhunderts verdankt, vor der Taufe der Kiewer Rus' 988.

Die Danziger ukrainische Gemeinde hat vor drei Jahren die spätmittelalterliche gotische St. Bartholomäus-Kirche in der ul. Zau¿ek œw. Bart¿omieja 1 zur Nutzung erhalten. Die Ikonographie ihrer ästhetisch sehr ansprechenden Ikonostase ist noch im Aufbau. Der Chor St. Nikolaus hat am 16. und 17. Juni zur Freude der Gemeinde jeweils eine Chrysostomus Liturgie im ukrainischen Stil gesungen. Am Sonntag wurden als ukrainisch-katholische Besonderheit im Vergleich zu orthodoxen Kirchen ukrainische liturgische Texte zum Fronleichnamfest benutzt in Analogie zur römisch-katholischen Tradition seit 1247 (Festum Corporis Christi), eingeführt auf Betreiben Thomas' von Aquin. Nach dem Gottesdienst erhielten Kinder aus der Gemeinde im Unterstufenalter Urkunden als Anerkennung für ihre erfolgreiche Teilnahme am ukrainischen Sprachunterricht, der in der Gemeinde erteilt wird.

Die Mitglieder des Chores wurden von Familien der Gemeinde sehr gastfreundlich beherbergt und im Gemeindehaus mit ukrainischen Spezialitäten beköstigt. Ein Mitglied der deutschen Minderheit, die gute Kontakte mit der ukrainischen Minderheit unterhält, aus Gdynia hat als Fremdenführer die Chormitglieder in die Klosterkirche Oliwa mit ihrer berühmten Orgel von 1763–88 begleitet und in das Seebad Sopot (Zoppot).

Ein aktueller polnischer Aspekt tradiert römisch-katholischer Gewalt ist, dass nach Aussage von Mitgliedern der Danziger ukrainischen Gemeinde in Polen heute kein ukrainisch katholischen Priester eine eigene Familie hat (im

Kalendar „Svitla“ na Bo·yj 2001 rik, LXII Riènyk vydavnytvo Oo. Vasylijan, Toronto-L'viv, sind auf S. 307–311 ohne die Ordensgeistlichen 59 Priester für Polen verzeichnet). Ukrainische griechisch-katholische Priesteramtskandidaten werden vor Aufnahme ihres Theologiestudiums an der Katholischen Universität in Lublin genötigt, auf ihr kanonisch verbrieftes Recht zu heiraten zu verzichten und sich freiwillig zum römisch-katholischen Zwangszölibat zu verpflichten, um einen Studienplatz zu erhalten. Klerikaler Ungeist fußt auf atavistischen Vorstellungen kollektiver, unterwerfender Mutterkulte. Er ist u.a. deshalb antisemitisch, wie jüngste Äußerungen polnischer römisch-katholischer Kirchenführer im Zusammenhang mit dem Pogrom von Jedwabne 1941 belegen, weil er das Anarchische jüdischen Glaubens nicht erträgt: die bei Gott einklagbare Würde und Freiheit jedes Menschen.

Die Spannungen der europäischen Geschichte bewusster wahrzunehmen, um sie für die Zukunft fruchtbar aufzulösen, macht den Besuch der Stadt Danzig besonders anziehend. Stark spürbar wird dies in der Brigitten-Kirche mit der Grablege des Geistlichen Popieluszko, den Agenten der polnischen Staatssicherheit wegen der Aktivität der Solidarnoœa-Bewegung ermordeten. œw. Brygida ist die Pfarrei von Lech Wa¿œsa. Am Denkmal für die vom polnischen Staat 1970 getöteten Werftarbeiter an der ehemaligen Leninwerft wird Papst Jan Pawel II. zitiert: „Sie starben, damit ihr in Würde leben könnt.“

Dr. med. Aloys Henning war bis 1999 Akademischer Mitarbeiter des AB Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Er ist seit 1977 Mitglied im Ökumenischen Chor St. Nikolaus unter Leitung von Dr. Franz Görner.

Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts

HERWIG ROGGMANN	Internationales Strafrecht, 1/1999
HERWIG ROGGMANN	Rechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa, 2/1999
HERWIG ROGGMANN (Hrsg.)	Kroatiens langer Weg, 3/1999
HERWIG ROGGMANN	Verfassungsrecht in Mittel- und Osteuropa 4/1999
LÁSZLÓ CSABA	Second Generation Tasks of Transformation, Enterprise Restructuring in Hungary, 5/1999
MANUACH MESSENGIESSER	Transformation der Wirtschaftssysteme aus systemtheoretischer Sicht, 6/1999
LÁSZLÓ CSABA	A Decade of Transformation, Russia and Hungary compared, 7/1999
LÁSZLÓ CSABA	Between Transition and EU-Accession. Hungary at the Millenium, Heft 8/2000
HERWIG ROGGMANN	Strafrecht und Kunst, 9/2000
HERWIG ROGGMANN	Rechtsfragen der deutschen Einheit, 10/2000
KLAUS-HEINRICH STANDKE	Die Osterweiterung der EU: Der Stand der Dinge, 11/2000
KLAUS-HEINRICH STANDKE	Die Rolle Berlins innerhalb der Ost-West-Kompetenz der Bundesländer, 12/2000
HERWIG ROGGMANN	Privatisierung, Beteiligung, Eigentum. Funktionswandel des Eigentums in Ost u. West, 13/2000

Die Hefte können gegen eine Schutzgebühr von 5,- DM bzw. 10,- DM über das Osteuropa-Institut erworben werden.

Nomos Verlag

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2001/02

Pflichtwahlveranstaltungen für Haupt- und Nebenfach

LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
RV	SEGBERS/NIES: Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa	Mi 18–20
V/Ü	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Transformationsprobleme Russlands im 20. Jh.	Mi 16–18
V/Ü	SARTORTI: Russische Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	Do 14–16
V/Ü	SUNDHAUSSEN: Die Osmanen in Europa	Mi 14–17
V/Ü	WOHLGEMUTH: Recht und Justiz in der Literatur Osteuropas (Dostojewskij, Kafka, Tolstoj)	Mo 12–14

Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft (Schwerpunktbereich Gesellschaftswissenschaften)

Disziplin Politik

Grundstudium	GK	NIES: Einführung in das Studium der Politikwissenschaft/der Politik Osteuropas	Mi 12–14
	PS	SEGBERS/WARKALA: Internet und Politik. Analyse eines Beziehungskonfliktes	Do 10–12
Hauptstudium	HS	BAFOIL: Public Policy in MOE im Kontext der EU-Osterweiterung. Effizienz und Kohäsion	
	HS	NIES: Das Baltikum in der Internationalen Politik seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Kaliningrad-Problematik	Di 12–14
	HS	SEGBERS: Designing Human Beings? Politische Interventionen u. biologische Manipulationen	Di 10–12
	HS	SEGBERS: Transformationen in Osteuropa. Theoretische und methodische Zugänge	Di 16–18
	C	SEGBERS: Colloquium für ExamenskandidatInnen und Promovierende	Do 16–18

Disziplin Soziologie

Grundstudium	GK	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Einführung in die Soziologie: Sozialismus als Modernisierung?	Mi 14–16
	PS	HEUER: Radikale islamische Bewegungen im postsowjetischen Zentralasien	Di 10–12
	PS	MÜLLER: Einführ. in die Herrschaftssoziologie: Totalitarismus und post-totalitäre Reformen	Fr 12–14
	PS	BAUERMEISTER: Sind Frauen in Ost- und Mitteleuropa konservativ?	Mo 14–16
Hauptstudium	HS	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Russlands Standort zwischen Europa und Asien	Do 11–13
	HS	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Elitenbildung und Transformationsprozesse in Osteuropa	Fr 10–12
	HS	MÜLLER: Post-Washington Consensus und die Zukunft der osteurop. Reformpolitik	Fr 14–16
G. u./o. Hst	V/Ü	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Transformationsprobleme Russlands im 20. Jh.	Mi 16–18

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2001/02

Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft (Schwerpunktbereich Staatswissenschaften)

Disziplin Recht

Grund- studium	GK	HILLER: Grundlagen des Verfassungsrechts. Aus der Rechtsprechung osteuropäischer Verfassungsgerichte	Mo 12–14
	PS	WOHLGEMUTH: Slawische Rechtsgeschichte	Mi 10–12
HSt	HS	WOHLGEMUTH: Russische Rechtstheorie	Di 10–12
G. u./o. Hst	V/Ü	WOHLGEMUTH: Recht und Justiz in der Literatur Osteuropas (Dostojewskij, Kafka, Tolstoj etc.)	Mo 12–14

Disziplin Wirtschaft

Grund- studium	GK	MESSENGIESSER: Einführung in die politische Ökonomie des osteuropäischen Systemwechsels	Mo 10–12
	PS	MESSENGIESSER: Ökonomische Konsequenzen einer EU-Osterweiterung	Mo 12–14
Haupt- studium	HS	WERNER: Die gegenwärtige Struktur des Wirtschaftsraumes Oberschlesisches Industriegebiet / GOP	Mo 16–18
	V/C	MESSENGIESSER: Institutionen der russischen Volkswirtschaft im Übergang	Do 10–12
	C	WERNER: Betreuung von Magister- und Diplomarbeiten	n.V.
	Ex	WERNER: Geographische Exkursionen Ost-/Ostmitteleuropa	s. Aushang
G. u./o. Hst	PS/HS	MESSENGIESSER: Institutionen der russischen Volkswirtschaft im Übergang	Do 12–14

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2001/02

Arbeitsbereich Geschichte und Kultur (Schwerpunktbereich Kulturwissenschaften)

Disziplin Geschichte

Grundstudium	GK	PETERSDORF: Einführung in die osteuropäische Geschichte	Di 16–18
	PS	AUST: Einführung in die vergleichende Geschichtswissenschaft. Stalinismus und Nationalsozialismus	Fr 10–12
	Interdisz. PS	BETHKE/CIDILKO/RÜBBERDT: Regionale Geschichte und historischer Roman: Die Vojvodina	Mo 14–16
	PS	CHIARI: Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944	Do 14–16
	PS	VULPIUS: Russlands Westgrenze und Polen-Litauens Ostgrenze: Das Ringen zweier Reiche um die osteuropäische Vorherrschaft (1558–1923)	Di 14–16
	PS	SCHAUFF: Sowjetische Außenpolitik von Mitte der 20er Jahre bis zum deutschen Überfall	Do 18–20
	PS	STAGL: Einführung in die Kulturgeschichte Kroatiens	Fr 12–14
Hauptstudium	HS	PETERSDORF: Wissenschaft im Stalinismus	Di 18–20
	HS	PETERSDORF: Die Chrušëev-Ära 1953–1964	Do 14–16
	HS	SCHORKOWITZ: Russland und der Kaukasus – zwischen Koexistenz und Konfrontation. Regionalgeschichtliche Bezüge von Igor bis Putin	Mo 12–14
	HS	SUNDHAUSSEN: Reisen in den osteuropäischen „Orient“ (frühe Neuzeit)	Di 14–16
	HS	SUNDHAUSSEN: Peacemaking im Balkanraum 1878–1923. Staatsgrenzen und citizenship	Di 16–18
	C	PETERSDORF/SARTORTI: Colloquium für MagisterkandidatInnen in den Disziplinen Geschichte oder Kultur	Do 18–20
	C	SUNDHAUSSEN Interdisziplinäres Südosteuropa-Forschungscolloquium	s. Aushang
G. u./o. Hst	C	SUNDHAUSSEN/KOCKA/HILDERMEIER/KAEBLE: Colloq. zur vergleichenden Geschichte Europas	Mo 17–19
	VÜ	SUNDHAUSSEN: Die Osmanen im Europa	Mi 14–17

Disziplin Kultur

Grundstudium	GK	TORNOW: Die Sprachen und Schriften der Völker Osteuropas	Di 12–14
	PS	BURKA: Revolutionierende Architekturkonzepte d. Zwischenkriegszeit in Ost- u. Westeuropa	Di 16–18
Hauptstudium	HS	ESHELMAN: Die tschechische Literatur der 30er Jahre	Mi 14–16
	HS	ESHELMAN: Generative Anthropologie als Gegenmodell zum Poststrukturalismus	Di 10–12
	HS	GELHARD: Philosophie in Russland als literarischer Diskurs	Di 10–12
	HS	SCHMIDT: Mukašovskýs Schriften zur Ästhetik	Mo 16–18
	HS	SCHLEGEL: Kaukasische Filmmythen im interdisziplinären Dialog	s. Aushang
	C	SARTORTI/PETERSDORF: Colloquium für MagisterkandidatInnen in den Disziplinen Kultur oder Geschichte	Do 18–20
G. u./o. Hst	V	ESHELMAN: Gender-Gestaltung in der russischen Literatur	Mi 10–12
	V/C	SARTORTI: Aspekte russischer Kulturgeschichte im Film	Mo 18–20
	VÜ	SARTORTI: Russische Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	Do 14–16
	V/C	TORNOW: Text- und Kulturgeschichte Osteuropas – Die Herausbildung der osteuropäischen Standardsprachen. I. Grundlagen	Mo 12–14

Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts (1997–1998)

- KLAUS SEGBERS Transformationen in Osteuropa: Handreichungen aus politikwissenschaftlicher Sicht, 1/1997, (2. Auflage), (vergriffen, online: <http://userpage.fu-berlin.de/~oei/Outnow/Oeiap/1-97/Welcome.htm>)
- CHRISTOPH ZÜRCHER Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen, 2/1997, (vergriffen, online: <http://userpage.fu-berlin.de/~oei/Outnow/Oeiap/2-97/welcome.htm>)
- SIMONE SCHWANITZ Transformationsforschung: Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz, 3/1997
- HOLGER SCHULZE Neo-Institutionalismus: Ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse, 4/1997
- STEFANIE HARTER Wirtschaftliche Transformation in Rußland: Ein Netzwerkansatz, 5/1997
- DIETMAR MÜLLER Regionalisierung des postsowjetischen Raumes, 6/1997
- ELKE FEIN/SVEN MATZKE Zivilgesellschaft: Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa, 7/1997
- GUNNAR WÄLZHOLZ Nationalismus in der Sowjetunion: Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten, 8/1997
- LARS JOCHIMSEN Russifizierung von Windows 95 (incl. Programme auf 2 Disketten, 10.-), 9/1997
- ELKE SIEHL Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa. Die institutionenökonomische Perspektive, 10/1997
- KLAUS SEGBERS Transformations in Russia, A neoinstitutional interpretation, 11/1997
- SERGEJ MEDVEDEV Democracy, Federalism and Representation: Russian elections in retrospect, 12/ 1997
- CLAUDIA SCHMEDT Die Rolle des Dritten Sektors in Rußland: Eine empirische Analyse, 13/1997
- GESA WALCHER Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors: Theoretische Erklärungsansätze, 14/1997
- KLAUS SEGBERS Sowjeterbe und Globalisierung: Triebkräfte des nachsowjetischen Wandels, 15/1998
- CHRISTOPH ZÜRCHER Aus der Ostmoderne in die Postmoderne. Zum Wandel in der Früheren Sowjetunion, 16/1998
- GERD HERZOG Schwäche als Stärke? Bargaining Power im RGW, 17/1998
- KLAUS SEGBERS (Hg.) Transformationstheorien konkret: Wandel in der Ukraine, Belarus und Russland, 18/1998
- KLAUS SEGBERS (Hg.) Ost-West-Kompetenz als Ressource für Berlin?, 19/1998

Die Arbeitspapiere können gegen eine Schutzgebühr von DM 5.- erworben werden bei Osteuropa-Institut,
Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin. Tel.: ++49 30 5 838 4058, Fax: ++49 30 5 838 3616
e-Mail: oei@zedat.fu-berlin.de

Arbeitspapiere on-line: <http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/wp/wp.htm>

Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts (1999–2001)

PETER BORN	Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Rußland, 20/1999
GRAHAM STACK	Neoinstitutionalist Perspectives on Regionalisation in Russia, 21/1999
ALEXANDRA GOUJON	Nationalism in the Soviet and Post-Soviet Space: The Cases of Belarus and Ukraine, 22/1999
KLAUS SEGBERS/SIMON RAISER BJÖRN WARKALLA (Hg.)	After Kosovo. A Political Science Symposium – Perspectives from Southern Italy, 23/1999
KLAUS SEGBERS (Hg.)	Außenpolitikberatung in Deutschland, 24/1999
SIMON RAISER	Politische Gestaltung jenseits des Nationalstaats, 25/1999
CHRISTOPHER HOFFMANN	Vom administrativen Markt zur virtuellen Ökonomie – Rußlands scheinbare Transformation, 26/2000
KLAUS SEGBERS/FRIEDRICH BRIEGER (Hg.)	e-scapes , or dissolving concepts in the wonderland of policies, 27/2000
ALEXANDRA QUIRING	Organisierte Kriminalität – Die informelle Institutionalisierung von Eigentumsrechten in Russland, 28/2000
WENKE CRUDOPF	Russland-Stereotypen in der deutschen Medienberichterstattung, 29/2000
ANSGAR BAUMS	Normative Demokratiemodelle und Globalisierung. Positano-Protokoll 2000: Constant: Change. Political Science meets the Future, 30/2000
JÜRGEN BRUCHHAUS	Runet 2000 – Die politische Regulierung des russischen Internet, 31/2001
KATJA PATZWALDT	Die russische Leidensfähigkeit – Mythos oder rationales Verhalten?, 32/2001
KLAUS SEGBERS/KERSTIN IMBUSCH	Desiging Human Beings? Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft „Life Sciences“, 33/2001

Die Arbeitspapiere können gegen eine Schutzgebühr von DM 5.- erworben werden bei Osteuropa-Institut, Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin, Tel.: ++49 30 5 838 4058 Fax: ++49 30 5 838 3616
e-Mail: oei@zedat.fu-berlin.de

Arbeitspapiere on-line: <http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/wp/wp.htm>

PLOTKI – FU-Projektutorium am Osteuropa-Institut

Von Jakob Hurrle, Berlin

Händedruck, Grinsen. Blitzlicht. Noch ein Händedruck. Grinsen. Ein Kinderchor ertönt. Danach Blumen und ein paar Worte der beiden Staatssekretäre für die Kinder. Ja, die Zukunft, die liegt im Osten. Freundschaft muss sein. Versöhnung. Zusammenarbeit. Die Zukunft stramm im Visier. Aus ein paar Worten werden Viertelstunden. Halbe Stunden. Fast eine Stunde. Bloß dass für das polnische Kindertheater jetzt keine Zeit mehr ist. Na, trotzdem Applaus. Und das Kindertheater kriegt einen Preis. Sind die auch zufrieden. Händeschütteln, Grinsen. Die beiden schwarzen Limousinen rollen davon. Eine über die Brücke nach Osten, die andere raus aus dem Kaff an der Oder nach Berlin. Spät genug is' ja; Mission East West erst mal abgeschlossen.

Vor Ort dafür endlich was für's Volk: Kulturabend nämlich. Eine polnische Band spielt auf, aus Warszawa. Die Deutschen gehen nach Hause. Versteht man ja eh nichts. Na wenigstens die polnische Jugend, die tanzt auf dem deutschen Marktplatz. Wenn das kein schönes Bild ist. Da wird Versöhnung konkret. Nur nicht mit Bratwurst-Paule, denn der macht ein langes Gesicht. Ham sich ihr Bier aus Polen mitgebracht, die Polen. Weil's drüben billiger ist.

Osten liegt trotzdem irgendwie im Trend. Und deshalb ist es gut, dass so etwas stattfindet. Hauptsache, man redet miteinander. Na, miteinander ist vielleicht zu viel gesagt. Sagen wir: nebeneinander. Aber, wenigstens man redet.

Wir wollten eher etwas Konkretes machen. PLOTKI ist unser Name. PLOTKI, das ist Polnisch und bedeutet „Gerüchte“. Und PLOTKI ist eine neue Zeitschrift. Ausgehend von einem Projektutorium am Osteuropa-Institut erscheint PLOTKI als Ergebnis einer Kooperation zwischen rund vierzig Studierenden aus Berlin, Frankfurt (Oder), Prag, Thorn, Vilnius und Warschau. Das Projekt ist durchgehend international ausgerichtet: Die Zeitschrift wird gemeinsam von einer internationalen Redaktion herausgegeben und richtet sich auch an eine internationale Leserschaft. Deshalb erscheint PLOTKI auf Englisch.

Im Mittelpunkt der Projektarbeit stehen internationale Redaktionsseminare, die abwechselnd in Deutschland, Polen und Tschechien stattfinden. Am wichtigsten daran ist uns die Textarbeit in internationalen Arbeitsgruppen. Nicht

immer ist das einfach, schließlich ist sowohl das Kritisieren, als auch das Kritisiertwerden eine heikle Angelegenheit. Dennoch gehört wohl für alle gerade diese Gruppenarbeit zu den wertvollsten Erfahrungen: Jeder von uns hat sich mit fremden Perspektiven auseinandersetzen und eigene Denkweisen und Schreibstile hinterfragen müssen; zudem haben wir alle etwas über die gesellschaftliche Realität in den Nachbarländern erfahren.

Die bereits vorliegende erste Ausgabe von PLOTKI („Parallel Worlds“) verdeutlicht unser Konzept: Uns geht es darum, dem verstaubten Image des „Ostens“ als einer Problemregion etwas Neues, Inspirierendes entgegenzusetzen. Deshalb legen wir nicht nur Wert auf originelle Texte, sondern auch auf ein ansprechendes Layout. Von beidem erhoffen wir uns, auch Menschen anzusprechen, die sich nicht bereits von vornherein für die Thematik interessieren.

Bei PLOTKI machen wir vieles anders als wir es in der Universität gelernt haben: Wir suchen nicht Objektivität, sondern stellen unsere subjektiven Sichtweisen nebeneinander. Wir versuchen uns an einer neuen Hierarchie von Bedeutung: Interessant ist nicht das Große und Bekannte, sondern vor allem das Kleine und Verborgene. Wir möchten jene Geschichten erzählen, für die sich sonst vielleicht niemand interessiert. Das trotz aller Unterschiede in Stil und Text verbindende Glied zwischen den Texten ist dabei das Thema der einzelnen Ausgaben. Auf dieses beziehen sich alle Beiträge in der einen oder anderen Weise.

PLOTKI ist offen für alle. Wer Lust hat mitzumachen, meldet sich am besten bei: plotki@gmx.de. Unser nächstes Seminar findet vom 1.–4. November 2001 in Brünn (Brno/Tschechien) statt. Das Thema der dritten Ausgabe ist „playgrounds“.

Die zweite Ausgabe von PLOTKI erscheint Anfang August. Sie ist gegen Rückporto (3 DM) beim Osteuropa-Institut (c/o Anja Hennig) zu beziehen. Außerdem gibt es uns auch im Netz: www.plotki.net.

Jakob Hurrle, Tutor und Mitherausgeber von PLOTKI studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Deutsche und Russen *face to face* Interkulturelle Kommunikation jenseits der Sprachkenntnisse

Von Natalia Hantke und Dmitri Solodenko, Berlin

Was denkt eine Russin, wenn ihr Gast aus Deutschland ihr zwei Tulpen zum Geburtstag schenkt? Was denkt eine Deutsche, wenn ihr Gast aus Russland ihr drei rote Rosen zum Geburtstag schenkt?

Alles, was auf dem Campus und insbesondere in den Seminarräumen passiert, hat immer einen gewissen Bezug zu Kommunikation, zum Akt des Informationsaustausches. Zwischenmenschliche Kommunikationsprozesse verlaufen unter Einsatz von verschiedenen mündlichen oder schriftlichen verbalen Symbolen. In vielen Situationen werden auch nonverbale Symbole benutzt, wie zum Beispiel Körpersprache.

Zwischenmenschliche Kommunikation ist immer kulturgebunden. Die Art wie man kommuniziert, wird vom kulturellen Kontext bestimmt.

Natürlich kann eine bestimmte Person auch mit mehreren Kulturen vertraut sein oder besondere Kompetenzen für eine oder mehrere Kulturkombinationen besitzen. Nichtsdestoweniger gilt eine einfache Wahrheit: Zwischenmenschliche Kommunikation ist ein Produkt der Kultur. Und jede Kultur besitzt spezifische Normen, Werte und Erwartungen, die das Wahrnehmen, Denken, Empfinden und Verhalten der Mitglieder dieser Kultur beeinflussen und prägen.

Studenten mit verschiedenen kulturellen Normen bilden eine besondere Risikogruppe in Bezug auf Probleme der interkulturellen Kommunikation.

Das komplette Konstrukt des Phänomens Kultur kann man sich als einen Eisberg vorstellen. Den Überwasserteil bilden die expliziten, sichtbaren und auf traditionelle Art lernbaren Aspekte. Der Unterwasserteil besteht dann aus den Aspekten der „verborgenen“ Kultur: Gewohnheiten, Vorstellungen, Werte, Urteile, Stereotypen, etwas, das uns allen bewusst ist, was wir aber nicht genau artikulieren können. Üblicherweise werden diese Aspekte nicht auf traditionelle Art gelernt. Gerade diese Aspekte im Kontext der interkulturellen Kommunikation haben wir als Hauptobjekt für die Forschung im Rahmen unseres Projektforums ausgewählt.

Ziel des Projektforums ist das Kennenlernen und die kritische Auseinandersetzung mit den kulturspezifischen Barrieren in der interkulturellen Kommunikation am Beispiel von Russland und Deutschland.

Den Projektteilnehmern werden grundlegende Konzepte und Modelle für die Erfassung und Analyse interkultureller Interaktionen vorgestellt. Die praktische Anwendung des theoretischen Wissens auf die Deutung des Verhaltens in kommunikativen Situationen mit interkulturellem Kontext wird dabei in den Mittelpunkt gestellt. Das kulturgeprägte Kommunikationsverhalten in ausgewählten Ländern

(Russland und Deutschland) wird vergleichend behandelt. Hierzu werden beispielhaft einige Aspekte des Verhaltens auf dem Campus und im Privatleben analysiert.

Im Projektforum sollen die Studenten lernen:

- Auf der Grundlage kultur- und kommunikationswissenschaftlicher Theorien die Dimensionen und die Auswirkungen der Kulturbedingtheit von Wahrnehmung und Handeln zu erkennen,
- den Stellenwert des Phänomens „Kultur“ und seine Wichtigkeit in Relation zu allen Kommunikationsebenen zu verstehen,
- die interkulturelle Dynamik der Kommunikationsprozesse genau zu beobachten und zu interpretieren,
- die theoretischen Erkenntnisse erfolgreich auf die Praxis der interkulturellen Begegnung im Privatleben, im Studium und am Arbeitsplatz zu transferieren.

Anhand der theoretischen Grundlagen und eigener Auslandserfahrung erarbeiten die Teilnehmer einen Leitfaden für explorative Interviews und führen diese mit russischen und deutschen Studierenden und Lehrenden durch. Die Forschungsergebnisse werden in Form eines Ratgebers, und ferner in Form eines interaktiven Quiz-Spiels im Internet für die interessierten Studierenden und Lehrenden beider Länder präsentiert.

Natalia Hantke studiert Soziologie und Osteuropastudien an der FU Berlin.

Dmitri Solodenko studiert Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der HdK Berlin.

Kontakt:

Natalia Hantke: 030 218-05-305, hantke@zedat.fu-berlin.de

Dmitri Solodenko: 030 218 05 207, solodenko@aol.com

Erstes Treffen: Montag, 15. Oktober 2001, 16 Uhr, Café im Osteuropa-Institut, Garystr. 55, 14195 Berlin.

KLAUS MÜLLER

Totalitarismus, Modernisierung und Transformation

Erscheint im Sommer 2001

Opladen: Leske + Budrich Verlag